

IWK

Internationale
Wissenschaftliche
Korrespondenz

zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

KARL BIRKER: Die badischen Arbeiterbildungsvereine
vor dem Ersten Weltkrieg
FRIEDRICH GEORG HERRMANN: Otto Rühle als
politischer Theoretiker (II)
AGNES F. PETERSON: A Working Woman: Mathilde Jacob
DOBRIN MITSHEV: Forschungen zur deutschen
Arbeiterbewegung in Bulgarien
BURCHARD SCHEPER: Quellen und Materialien zur
Geschichte der Arbeiterbewegung im Stadtarchiv Bremerhaven
FORSCHUNGS- UND PUBLIKATIONSVORHABEN
NEUE LITERATUR

18

Apr. 73

Beiheft 1

Hedwig Wachenheim

**VOM GROSSBÜRGERTUM ZUR
SOZIALDEMOKRATIE
Memoiren einer Reformistin**

168 Seiten Snolin DM 14,80

Hedwig Wachenheims Erinnerungen geben Aufschlüsse über die sozialdemokratische Arbeiterbewegung in dem Zeitraum zwischen den Jahren unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg und der Anfangsphase der Weimarer Republik; Aufschlüsse, die zum Verständnis dieser Bewegung in besonderer Weise beitragen können. Sie zeigen, ebenso wie Hedwig Wachenheims bedeutendes Geschichtswerk "Die deutsche Arbeiterbewegung 1844 bis 1914" (erschieden 1967) ein der deutschen Sozialdemokratie eigentümliches Phänomen, das die Verfasserin offenbar zeit ihres Lebens beschäftigt hat: die Partei und die mit ihr verbundenen Organisationen als eine gegenüber der übrigen Gesellschaft weitgehend abgeschlossene Gemeinschaft. Die von politischem und sozialem Bewußtsein erfüllte Arbeiterschaft bildete die breite Basis der Gemeinschaft, aus ihr erwachsen auch zum großen Teil deren maßgebende Führer.

Ein besonderer Reiz der Erinnerungen liegt auch in der Charakterisierung der bedeutenden Männer und Frauen, vor allem vieler führender Persönlichkeiten der SPD, denen sie begegnet war. Sie ist von einer — gerade in der politischen Memoirenliteratur — ungewöhnlichen Offenheit und Unbekümmertheit.

Durch den Tod Hedwig Wachenheims im Oktober 1969 ist ihr Memoirenwerk unvollendet geblieben. Die von der Verfasserin geplante Straffung und Bearbeitung des Textes wurde im Einvernehmen mit der Familie und engen Freunden der Sozialdemokratin Frau Dr. Susanne Miller anvertraut.

Colloquium Verlag Berlin

**Internationale wissenschaftliche Korrespondenz
zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung**

Im Auftrage der Historischen Kommission zu Berlin

herausgegeben von Henryk Skrzypczak

Inhalt	KARL BIRKER: Die badischen Arbeiterbildungsvereine vor dem Ersten Weltkrieg	S. 1
	FRIEDRICH GEORG HERRMANN: Otto Rühle als politischer Theoretiker (II)	S. 23
	AGNES F. PETERSON: A Working Woman: Mathilde Jacob, 1873 - 1942	S. 51
	DOBRIN MITSCHEV: Forschungen zur deutschen Arbeiterbewegung in Bulgarien	S. 55
	BURCHARD SCHEPER: Quellen und Materialien zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Stadtarchiv Bremerhaven	S. 61
	FORSCHUNGS- UND PUBLIKATIONSVORHABEN zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und angrenzender Gebiete XVII	S. 64
	ERHARD LUCAS: Die Widerstandsbewegung gegen den Kapp-Putsch in der DDR-Historiographie	S. 72
	NEUE LITERATUR	
	Wissenschaftliches Informationsbulletin der Abteilung des IML beim ZK der KPdSU für die Herausgabe der Werke von Marx und Engels (<i>Peter Jahn</i>)	S. 79
	Årbog for Arbejderbevaegelsens Historie (<i>Gerhard Beier</i>)	S. 80
	Der moderne Imperialismus. Hrsg. und eingeleitet von Wolfgang J. Mommsen, Stuttgart 1971 (<i>Hilmar Ruminski</i>)	S. 80
	Ferdinand Lassalle, Arbeiterlesebuch und andere Studientexte. Hrsg. von Wolf Schäfer, Reinbek b. Hamburg 1972 (<i>Shlomo Na'aman</i>)	S. 81
	Friedrich Engels Studienausgabe. Hrsg. und eingeleitet von Hartmut Mehringer und Gottfried Mergner, Reinbek b. Hamburg 1973; Friedrich Engels, Die Lage der arbeitenden Klasse in England. Hrsg. von Walter Kumpmann, München 1973; The Ethnological Notebooks of Karl Marx. Translated and edited, with an introduction by Lawrence Krader, Assen 1972 (<i>William O. Henderson</i>)	S. 82
	Debatte um Engels. Verfaßt und hrsg. von Hartmut Mehringer und Gottfried Mergner, Reinbek b. Hamburg 1973 (<i>William O. Henderson</i>)	S. 82
	Annelies Laschitzka und Günter Radczun, Rosa Luxemburg. Ihr Wirken in der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1971 (<i>Georg Fülberth</i>)	S. 85
	Karl Retzlau, Spartakus. Aufstieg und Niedergang, Frankfurt/M. 1971 (<i>Frank Dingel</i>)	S. 87
	William O. Henderson, Britain and Industrial Europe 1750 - 1870, Leicester 1972 (<i>Walter Grab</i>)	S. 88
	Annelies Laschitzka, Deutsche Linke im Kampf für eine demokratische Republik, Berlin 1969 (<i>Georg Fülberth</i>)	S. 89

Arnold Reisberg, An den Quellen der Einheitsfrontpolitik, Berlin 1971 (<i>Werner T. Angress</i>)	S.	91
Walter Fabian, Klassenkampf um Sachsen, Berlin 1972 (<i>Gerhard Beier</i>)	S.	92
Hans-Helmuth Knütter, Die Juden und die deutsche Linke in der Weimarer Republik 1918 - 1933, Düsseldorf 1971 (<i>Ernest Hamburger</i>)	S.	92
Helmut Müssener, Die deutschsprachige Emigration in Schweden nach 1933, Stockholm 1971 (<i>Werner Röder</i>)	S.	94
Kurt Hirche, Die Finanzen der Gewerkschaften, Düsseldorf 1972 (<i>Gerhard Beier</i>)	S.	95
KURZANZEIGEN UND LITERATURHINWEISE	S.	96
BERICHTIGUNGEN, ERGÄNZUNGEN UND BRIEFE AN DIE REDAKTION	S.	104

ISSN 0046-8428

Redaktion: Hans H. Biegert, Rita Klunkert, Gunter Krüschet, Peter Lösche, Walter Momper.

Anschrift: 1 Berlin 45, Tietzenweg 79. Tel.: 030/833 30 61.

Die mit dem Verfassernamen gekennzeichneten Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers wieder. Die Verfasser sind verantwortlich für die Richtigkeit der in ihren Beiträgen mitgeteilten Tatbestände. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keinerlei Haftung. Für alle Beiträge behält sich die Historische Kommission alle Rechte vor, auch die Rechte des Nachdrucks, der Übersetzung in fremde Sprachen sowie der fotomechanischen Wiedergabe. Gerichtsstand: West-Berlin.

Die IWK ist kein Gegenstand des Buchhandels. Sie wird von der Historischen Kommission zu Berlin ausgegeben und erscheint dreimal jährlich (April, August, Dezember). Preis: Einzelheft DM 7,- (Studenten DM 5,-), Jahresabonnement DM 21,- (Studenten DM 15,-) zuzüglich Porto und Verpackung. Zahlung nach Erhalt unserer Rechnung auf das Postscheckkonto Historische Kommission – Sonderkonto L, Nr. 2155 15 - 105, beim Postscheckamt Berlin West. Von den älteren Heften sind noch lieferbar die Nummern 1, 5, 6, 7, 11/12 und 13 - 17. Weitere Nachdrucke vergriffener Hefte sind geplant. Ein Gesamtinhaltsverzeichnis für die Hefte 1 - 10 geben wir kostenlos ab.

Gedruckt mit Unterstützung des Senators für Wissenschaft und Kunst, Berlin.

Einem Teil der Auflage dieses Heftes liegt die Nr. 15 der "Bibliographischen Information Arbeiterbewegung, Marxismus-Sozialismus, Revolutionäre und Befreiungsbewegung, Dritte Welt" bei, die im Limmat-Verlag, Zürich, erscheint.

DIE BADISCHEN ARBEITERBILDUNGSVEREINE VOR DEM ERSTEN WELTKRIEG

Von Karl Birker

Als auf dem 5. Vereinstag des Verbandes deutscher Arbeitervereine im September 1868 in Nürnberg die Einheit des Verbandes zerbrach und eine liberal gesinnte Minorität die Versammlung verließ, gab es in Deutschland etwa 300 Vereine, die sich selbständig auf genossenschaftlicher Basis um eine bessere Bildung der Arbeiterschaft bemühten.¹ Nicht alle diese Vereine nannten sich ausdrücklich Arbeiterbildungsvereine; vor allem in Nord- und Ostdeutschland hießen sie oft Arbeiterverein, auch Volks- oder Handwerkerverein,² doch drückt der Name Arbeiterbildungsverein das vorherrschende Ziel aus und wurde in Baden und Württemberg ausschließlich verwendet.

Der Ursprung der Arbeiterbildungsvereine ist in den Auslandsvereinen der deutschen Handwerker, vor allem in der Schweiz und in Frankreich, zu sehen. Die ersten bedeutenderen Vereine in Deutschland entstanden seit 1844 in Berlin, Hamburg, Mannheim (1847 wieder aufgelöst), Bremen und weiteren norddeutschen Städten; alle diese Vereinsgründungen wurden von bürgerlichen Demokraten unterstützt. Einen großen Aufschwung nahm die Entwicklung während der Revolution von 1848/49. Die nun fast vollständig von "Arbeitern" – die allerdings ganz überwiegend Handwerker oder gelernte Facharbeiter waren – getragene "Allgemeine Arbeiterverbrüderung" umfaßte etwa 200 Vereine mit 20 000 Mitgliedern in ganz Deutschland. Sie lehnte sich politisch eng an die bürgerliche Demokratie an, vertrat aber neben der Bildungsarbeit konsequent die eigenständigen materiellen Interessen der Arbeiterschaft, die sie in ihrer Gesamtheit organisieren wollte. Die Dachorganisation mußte 1850 aufgelöst werden, und die meisten Lokalvereine fielen ebenfalls der Reaktion zum Opfer; lediglich in den norddeutschen Staaten Hannover, Hamburg, Bremen und Holstein blieben sie bestehen, allerdings unter Verzicht auf jede Erörterung öffentlicher Angelegenheiten.

Mit dem Beginn eines regeren politischen Lebens um 1860 entstanden an vielen Orten wieder Arbeiterbildungsvereine, die in der Regel eng mit Bürgerlichen zusammenarbeiteten. Für kurze Zeit schien es so, als ob es zu einem Bündnis zwischen Liberalen und Arbeitern kommen würde, doch zerstörte das Auftreten Ferdinand Lassalles die liberalen Hoffnungen auf eine breite Basis im Kampf gegen die konservativen Regierungen. Zwar folgte ihm anfangs nur ein Teil der Arbeiterschaft, aber auch die Mehrheit der zunächst im liberalen Lager gebliebenen Vereine des 1863 in Frankfurt gegründeten "Vereinstages [später: Verbandes] deutscher Arbeitervereine" (VDA), die sich auf der Grundlage des Schulzeschen Prinzips der "reinen Selbsthilfe" zusammengeschlossen hatten, entwickelte sich mehr und mehr nach links, vor allem als 1867 der Drechslermeister August Bebel die Führung des Verbandes übernahm.

Der linke Flügel des VDA arbeitete eng mit den süddeutschen, antipreußisch gesinnten Demokraten der Volkspartei zusammen, zunächst auch noch nach Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei 1869 in Eisenach, die aus einem Zusammenschluß der linken Arbeiterbildungsvereine mit ehemaligen Lassalleanern entstand. Doch bald zerbrach das Bündnis an den sozialen Gegensätzen und an einer fehlenden Bereitschaft zum Kompromiß auf beiden Seiten.

Es kann jetzt als erwiesen gelten, daß die Arbeiterbewegung in den fünfziger Jahren nicht vollständig zum Erliegen kam, daß die Arbeiterbildungsvereine der sechziger Jahre also kein Neubeginn wa-

1 Die Arbeiter(bildungs)vereine finden mehr und mehr Beachtung bei der Erforschung der frühen Arbeiterbewegung. Eine eingehendere Darstellung ihrer allgemeinen Entwicklung und ihrer Tätigkeit bietet Karl Birker, *Die deutschen Arbeiterbildungsvereine 1840 - 1870* (= Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 10. Publikationen zur Geschichte der Arbeiterbewegung), Berlin 1973 (phil. Diss. FU Berlin 1971 unter dem Titel "Die deutschen Arbeiterbildungsvereine von 1840 bis 1870 unter besonderer Berücksichtigung der norddeutschen Entwicklung"). Dort finden sich auch ausführliche Literaturangaben. Die Arbeit deutet die Fortentwicklung nach der Trennung der Arbeiterbewegung vom liberalen Bürgertum nur an und geht auch nicht näher auf die einzelnen Vereine in Baden, Württemberg und Bayern ein.

2 Die meisten Handwerker- und nahezu alle Gewerbevereine vertraten jedoch nur die Standesinteressen des selbständigen Handwerks.

ren.³ Ebenso wenig bedeutete aber die Spaltung des VDA 1868 das Ende der liberalen Arbeiterbildungsvereine. Zwar war ihrem Versuch, im "Deutschen Arbeiterbund" eine ganz Deutschland umfassende Organisation zu schaffen, nur geringer Erfolg beschieden (nach einer 2. Versammlung in Aschaffenburg 1870 hört man von keinen gemeinsamen Aktivitäten mehr),⁴ aber auf regionaler Ebene wurde durchaus intensiv weitergearbeitet, etwa in Bremen, Hannover, im Maingau, in der Pfalz und in einer Reihe von Städten Bayerns und Württembergs. Ihr stärkstes Zentrum hatten die liberalen Arbeiterbildungsvereine im Großherzogtum Baden; von 1863/65 bis in die Zeit des Nationalsozialismus gab es – mit einer kurzen Unterbrechung – einen Gauverband, dem zeitweise über 50 Vereine angehörten. Die badischen Arbeiterbildungsvereine sind im Zusammenhang mit den liberalen Volksbildungsbestrebungen zu sehen, die insgesamt noch recht wenig erforscht sind.⁵ Die Arbeiterbildungsvereine haben darüber hinaus durch ihre genossenschaftlichen Einrichtungen einen Beitrag zur Sozialgeschichte des deutschen Südwestens geleistet. Eine eingehende Interpretation ihrer Entwicklung unter Berücksichtigung der politisch-sozialen Verhältnisse Badens kann diese knappe Untersuchung nicht leisten. Es sei nur darauf hingewiesen, daß Baden insofern eine Sonderstellung in Deutschland einnimmt, als dort die Liberalen relativ früh an der Regierungsverantwortung beteiligt waren. Von der auch vom Großherzog Friedrich I. unterstützten kleindeutschen Richtung (den späteren Nationalliberalen) trennten sich im Laufe der sechziger Jahre – meist antipreußisch gesinnte – Demokraten, die sich hauptsächlich aus dem Kleinbürgertum rekrutierten,⁶ die aber weniger einflußreich waren als ihre Gesinnungsfreunde im Nachbarland Württemberg. Sie hatten ihre Hauptstützpunkte in Karlsruhe, Pforzheim, Offenburg und vor allem in Mannheim. Vor der Reichsgründung herrschte in Baden schon ein "Kulturkampf", in dessen Verlauf von liberaler und von katholischer Seite weite Teile der Bevölkerung mobilisiert wurden.

Die badische Wirtschaft entwickelte sich insgesamt in der zweiten Jahrhunderthälfte günstig, besonders nach 1871. Auf dem gewerblichen Sektor herrschte der Kleinbetrieb vor. 1861 gab es nur 37 Fabriken mit mehr als 20 Arbeitern, entsprechend kamen auf 100 Meister nur 82 Gehilfen. 1882 arbeiteten in 129 300 Betrieben 248 495 Personen (von rd. 1,6 Mill. Einwohnern = 15,5 % der Gesamtbevölkerung), also weniger als 2 pro Betrieb. Für dasselbe Jahr weist die Statistik 60 210 Arbeiter nach; diese Zahl steigerte sich bis 1899 auf 145 777. Typisch für Baden sind die Pendler, die in die Stadt zur Arbeit fahren, daneben aber nach Feierabend noch eine kleine Landwirtschaft betreiben.

Vor der eigentlichen Darstellung sei noch das Archivmaterial erwähnt, auf das sich die Untersuchung stützt. Ausgangspunkt waren einige Briefe, Protokolle und Statuten aus den Akten des VDA 1865 - 1869, die Baden betreffen, im Archiv der Arbeiterbewegung (August-Bebel-Institut) beim Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Berlin (zitiert: Bebel-Archiv Berlin). Im Staatsarchiv Ludwigsburg befindet sich ein umfangreiches Depositum des Arbeiterbildungsvereins Stuttgart mit gutem Material auch über die badischen Vereine.⁷ Sehr ergiebig sind auch die Akten des Arbeiterbildungsver-

- 3 Neben dem tatsächlichen Fortbestehen zahlreicher Vereine in Norddeutschland bestand die Arbeiterbewegung z. B. in Württemberg "informell" weiter, d. h. es gab zwar keine Organisation, aber Führer der nachrevolutionären Arbeiterbewegung blieben miteinander in Kontakt, was die Wiedergründung der Vereine seit 1862 sehr erleichterte. Zu Württemberg vgl. Wolfgang Schmierer, *Von der Arbeiterbildung zur Arbeiterpolitik. Die Anfänge der Arbeiterbewegung in Württemberg 1862/63 - 1878* (= Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung), Hannover 1970. Zum Begriff "informell" vgl. a. a. O., S. 42 f.
- 4 Die bisher beste Zusammenstellung des Materials über den Deutschen Arbeiterbund findet sich bei Hugo Eckert, *Liberal- oder Sozialdemokratie. Frühgeschichte der Nürnberger Arbeiterbewegung*, Stuttgart 1968, S. 132-138.
- 5 Am bekanntesten wurde Robert von Erdbergs und Werner Pichts Verurteilung der extensiven Bildungsarbeit der "Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung" (seit 1917: "Gesellschaft für Volksbildung"). Abgesehen davon, daß ihre Darstellung durch ihr Engagement in der von ihnen entscheidend mitgetragenen "neuen Richtung" beeinflusst ist, gab es neben der Gesellschaft durchaus eigenständige Bemühungen, von denen im Text schon die Rede war. Eine neuere Untersuchung über den Rhein-Mainischen Verband für Volksbildung lieferte Rudolf Martin Vogel, *Volksbildung im ausgehenden 19. Jahrhundert*, Stuttgart 1959.
- 6 Lothar Gall, *Der Liberalismus als regierende Partei. Das Großherzogtum Baden zwischen Restauration und Reichsgründung*, Wiesbaden 1968.
- 7 Vgl. Wolfgang Schmierer, *Der Bestand "Arbeiterbildungsverein Stuttgart" im Staatsarchiv Ludwigsburg*, in: *Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung*, H. 11/12 (April 1971), S. 46 ff. Der Verfasser möchte an dieser Stelle Herrn Dr. Schmierer für seine freundlichen Hinweise danken.

eins Freiburg im dortigen Stadtarchiv⁸ mit Verbandszeitschriften, Jahresberichten und Festschriften. Nach Auskunft des Generallandesarchivs Karlsruhe und des Stadtarchivs Mannheim befindet sich weder dort noch in Heidelberg einschlägiges Material für unseren Zeitraum.

Vor der Revolution von 1848 bestand in Baden lediglich seit 1844 ein Handwerksgesellenverein in Mannheim, der aber 1847 wegen demokratischer Tendenzen aufgelöst wurde. 1848 entstanden einige Vereine, so mit Sicherheit in Mannheim, Heidelberg, Wertheim, Karlsruhe und Baden/Stadt, außerdem zwei Vereine des Gutenbergbundes in Freiburg und Konstanz, die aber alle infolge der revolutionären Kämpfe nicht recht reüssierten. Als am 2. August 1850 das badische Innenministerium nach dem Vorbild des preußischen Vorgehens die Behörden anwies, etwa noch bestehende Arbeiter- und ähnliche Vereine "Kraft der hiermit ausdrücklich erteilten diesseitigen Ermächtigungen auf dem Grund des Gesetzes vom 26. Oktober 1833 aufzulösen", konnten die Ämter mitteilen, daß es keine derartigen Vereine in Baden mehr gab.⁹

Dennoch begann die Neugründung von Vereinen nach dem Ende der Reaktionsperiode etwa zwei Jahre früher als in Württemberg, obwohl dort bis 1852 ein reger Gauverband bestanden hatte und die Arbeiterbildungsvereine auf eine lebendige Tradition zurückgreifen konnten. Allerdings gab es vor allem im überwiegend katholischen Süden des Landes konfessionelle Gesellenvereine, die für die Gründung der Arbeiterbildungsvereine seit 1860 von Bedeutung wurden. 1860 gründeten vier Handwerksgesellen in Konstanz den ersten badischen Arbeiterbildungsverein nach der Reaktionsperiode, weil es ihnen im katholischen Gesellenverein "zu eng" geworden war. Auch der Arbeiterbildungsverein Freiburg entstand im Februar 1861, um die konfessionelle Spaltung in einen katholischen (seit 1852)¹⁰ und einen evangelischen (seit 1858) Gesellenverein zu überwinden; der letztere trat mit 71 Mitgliedern geschlossen zum neuen Verein über, auch vom katholischen Verein kamen einige Handwerker. Einen weiteren Grund für das rasche Entstehen von Arbeiterbildungsvereinen sieht Gutheim¹¹ in der 1861 in Baden eingeführten Gewerbefreiheit, "da sich nun jeder mit eigener Tüchtigkeit durchsetzen mußte". Diese Begründung ist bezeichnend für die Auffassung, die die Liberalen von den Arbeiterbildungsvereinen hatten, daß sie nämlich dem bildungswilligen und tüchtigen Handwerker größere Aufstiegschancen in der liberalen Leistungsgesellschaft verschaffen sollten. Für die Handwerker und Arbeiter waren andere Motive für den Beitritt in einen Arbeiterverein oft ebenso wichtig oder noch wichtiger, etwa genossenschaftliche Einrichtungen, Geselligkeit oder auch – allerdings nicht in Baden – der Gedanke der Solidarität der sozial Benachteiligten.

Bis 1863, einem für die deutschen Arbeitervereine wichtigen Jahr, wurden in Baden 19 Arbeiterbildungsvereine gegründet, von denen drei wieder eingingen, aber später neu erstanden (Emmendingen, Kandern, Vöhrenbach).¹² Es kam auch schon – nach einem ersten Arbeitertag im August 1862 in St. Märgen – im Gauverband "Badisches Oberland" zu einem Zusammenschluß, dessen Hauptmotiv die Wanderunterstützung war. Auf einem weiteren Arbeitertag am 4. Oktober 1863 in Riegel wurden die Bedingungen zum Beitritt in den Verband festgelegt: 1. Bildung der Mitglieder durch Unterricht; 2. Einrichtung einer Kranken- und einer Sparkasse; 3. Einrichtung einer Wanderkasse. 1863 und 1864 nahm der Verband an den Vereinstagen des VDA in Frankfurt und Leipzig teil. Aber erst auf der zweiten Gauversammlung am 26. Dezember 1864 in Freiburg gab sich der Gau eine festere Organisation

8 Das Material wurde dem Verfasser in sehr liebenswürdiger Weise vom Stadtarchiv Freiburg zur Verfügung gestellt.

9 Zum Mannheimer Verein siehe Frolinde Balser, *Die Anfänge der Erwachsenenbildung in Deutschland in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Eine kultursoziologische Deutung*, Stuttgart 1959, S. 92-95. Zu den badischen Vereinen 1848/50 vgl. Frolinde Balser, *Sozial-Demokratie 1848/49 - 1863. Die erste deutsche Arbeiterorganisation "Allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung" nach der Revolution* (= Industrielle Welt, Bd. 2. Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte), Stuttgart 1962, S. 296-298.

10 In diesem Verein verkehrte August Bebel während seiner Wanderschaft; er erwähnt in seinen Erinnerungen anerkennend die dort herrschende tolerante Haltung. August Bebel, *Aus meinem Leben*, Neuauflage Frankfurt/M. 1964, S. 43 f.

11 Ferdinand Gutheim, *Geschichte des Arbeiterbildungs-Vereins Freiburg i. Br. 1861 - 1911*, Freiburg 1911, S. 11.

12 Siehe Tabelle 1 im Anhang, S. 15 f.

und Statuten.¹³ Die Versammlung war "sehr zahlreich und namentlich auch von Freiburger Bürgern und Freunden des Arbeiterstandes stark besucht. Vorsitzender dieser Versammlung war Hr. Kreisgerichtsrath Eimer. Nach der Eröffnung derselben referierte der Leipziger Abgeordnete [d. i.: der Vertreter des Gauces auf dem 2. Vereinstag des VDA 1864 in Leipzig] noch spezieller über den zweiten deutschen Arbeitertag. Dem folgte die Frage über Errichtung von Herbergen, verbunden mit Arbeitsvermittlung. Die Diskussion war äußerst lebhaft und es beteiligten sich namentlich auch dabei die anwesenden Gäste Freiburgs." Im Verlaufe der Verhandlungen sprach sich die Versammlung "dahin aus, daß das sogenannte 'Blaumachen' entehrend für ein Mitglied eines Arbeiterbildungs-Vereins sei. Bei wiederholten Fällen sei ein solches Mitglied aus dem Verein auszuschließen." Abgesehen von der Verabschiedung der Statuten wurden folgende Beschlüsse gefaßt: 1. An Vereinsorten sollten Herbergen errichtet werden; 2. die Wanderunterstützung sollte fortgesetzt werden; 3. Sparkassen sollten in allen Vereinen eingerichtet werden.

Am 1. April 1865 gehörten dem oberbadischen Verband 598 Mitglieder an. Inzwischen hatte dieser Kontakt mit den Vereinen in Donaueschingen, Heidelberg, Karlsruhe, Konstanz, Mannheim, Pforzheim und Radolfzell aufgenommen, um die Organisation auf ganz Baden auszudehnen. Nach deren Zustimmung wurde zum 23. Juli 1865 eine Versammlung nach Karlsruhe einberufen, an der sich 19 Vereine direkt oder schriftlich beteiligten. Vorort des nun gesamtbadischen Verbandes wurde Freiburg. Auf dem Vereinstag des VDA in Stuttgart im selben Jahr opponierten einige badische Vereine (Heidelberg, Karlsruhe, Pforzheim) gegen die Formulierung, daß die Arbeitervereine für ein allgemeines Wahlrecht agitieren sollten. Es muß bezweifelt werden, ob tatsächlich das vorgegebene taktische Motiv — bei politischer Betätigung konnten die Vereine immer noch verboten werden — maßgeblich für diese Haltung war. Es drückt sich hierin vielmehr eine häufig zu beobachtende Skepsis der Liberalen gegenüber dem allgemeinen Wahlrecht aus.

Die nächste Versammlung des badischen Gauverbandes vom 12. Juli 1868 in Offenburg stand schon unter dem Eindruck der drohenden Spaltung der Arbeiterbildungsvereine. Rohreck (Pforzheim) war für engeren Anschluß an den VDA, aber gegen jede politische Agitation; damit wollte man offenbar versuchen, Einfluß auf den Gesamtverband zu erlangen, um ihn von seiner Linksentwicklung abzubringen. Dem Antrag stimmten sieben Vereine zu, während sich vier Vereine (Furtwangen, Karlsruhe, Lahr, Offenburg) zunächst noch vom VDA fernhalten wollten. Vorort des Gauces wurde Pforzheim.

Auf dem Nürnberger Vereinstag des VDA im September 1868 gehörten die badischen Vereine zur liberalen Minderheit, die die Versammlung verließ. Der Arbeiterbildungsverein Karlsruhe wurde dann für ein Jahr (1869/70) Vorort des liberalen Deutschen Arbeiterbundes, während die anderen Vereine (außer Mannheim¹⁴) sich wieder auf die Gauverbandsarbeit zurückzogen, die ungeschmälert weitergeführt wurde. Einen Überblick über die Verbandstage ab 1869 gibt Tabelle 2 im Anhang. 1869 wurde über folgende Themen verhandelt: 1. Rechenschaftsbericht; 2. Gewerksgenossenschaften (Referent war der bekannte liberale Sozialpolitiker Dr. Max Hirsch aus Berlin); 3. Koalitionsrecht; 4. zwei Petitionen an die 2. Kammer: a) Abänderung des § 23 des Gewerbegesetzes dahin, "daß die Dienstordnungen nur nach Einvernehmen mit den Arbeitern oder deren Vertretern jeweils aufzustellen sind"; b) "... auf Erlassung eines Gesetzes über die Verpflichtung der Gewerbetreibenden zum Schadenersatz an Arbeiter oder deren Familie bei Unglücksfällen durch Maschinen"; 5. allgemeines, geheimes und direktes Wahlrecht; 6. Verhältnis der Arbeiter zu den Gewerkvereinen; 7. Wanderunterstützung (wurde obligatorisch); 8. Statutenänderung; 9. Wahl des Vorortes, die wiederum auf Pforzheim fiel.¹⁵

Im selben Jahr sprachen sich die meisten liberal gebliebenen Arbeiterbildungsvereine Württembergs für eine Verschmelzung mit dem badischen Verband aus. Trotz gewisser Bedenken Pforzheims wegen

13 "1. Vierteljahresbericht der Arbeiterbildungs-Vereine des oberbadischen Gauverbandes. Vom 1. Januar bis 1. April 1865", Freiburg i. Br., im Bebel-Archiv Berlin, Fasz. A 6, Nr. 154. Die Statuten sind abgedruckt im Anhang, S. 13 f.

14 Der Mannheimer Verein gehörte nach 1868 vorübergehend dem badischen Verband nicht an; Gründe dafür sind nicht bekannt. Leider hat eventuell vorhanden gewesenes Material über den Verein im Mannheimer Stadtarchiv nach dortiger Auskunft den Krieg nicht überstanden.

15 Staatsarchiv Ludwigsburg, Rep. JL 1, Büschel 28.

der zu großen Ausdehnung des Verbandsgebietes kam es dann auf dem Vereinstag in Villingen 1870 zur Bildung eines Verbandes südwestdeutscher Arbeiterbildungsvereine. In Villingen wurde u. a. auch über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse gesprochen. Dem Referat lag eine Erhebung des Vorstandes zugrunde, der wir die einzigen allgemeinen Angaben über die in den Vereinen vertretenen Handwerksberufe verdanken;¹⁶ gefragt war nach der Arbeitszeit (in der Regel 11 bis 13 Stunden) und dem Lohn, der auch bei gleichem Beruf in den einzelnen Orten oft recht unterschiedlich war. Die Aktivität des neuen Vorortes Karlsruhe war durch den deutsch-französischen Krieg beeinträchtigt, doch hatte man hier sicherlich den guten Willen, die gemeinsame Sache zu fördern. Das muß allerdings beim Arbeiterbildungsverein Stuttgart, der 1871 Vorort wurde, bezweifelt werden. Gegenüber 27 Sitzungen in Pforzheim 1868/69 finden wir im Protokollbuch des Verbandes nur zwei Berichte über Sitzungen des Vorortkomitees in Stuttgart.¹⁷ Durch den nach der Reichsgründung noch verstärkten Verzicht auf politische und gesellschaftsverändernde Aktivität erschien manchen liberalen Vereinen ein regionaler Zusammenschluß, der zudem zusätzliche Kosten brachte, überflüssig. Die 1873 einsetzende Wirtschaftskrise verursachte ebenfalls eine Lähmung der Arbeit der Bildungsvereine wie auch der Genossenschaften. An manchen Orten machte sich zudem die sozialdemokratische Agitation bemerkbar. Im 1869 auf Anregung von Max Hirsch gegründeten liberalen Gewerkverein der Gold- und Silberarbeiter zu Pforzheim, der zeitweilig über 2 000 Mitglieder hatte, wie auch im dortigen großen Arbeiterbildungsverein gewannen nach 1870 Sozialdemokraten größeren Einfluß und drängten die liberalen Arbeiterführer Moritz Müller¹⁸ und Albert Wittum zurück. In Pforzheim zeigt sich in geradezu idealtypischer Weise die Entwicklung der in den sechziger Jahren aus dem Boden der liberalen Arbeiterbewegung hervorgegangenen Organisationen in sozialdemokratischer Richtung, wie es an anderen Orten Badens nicht in dem Umfang der Fall war. Die Zusammenarbeit der Pforzheimer Sozialdemokraten mit den bürgerlichen Demokraten riß aber nicht ab, was viel zu dem ausgeprägt reformerischen Charakter beitrug.¹⁹

Gerade in Baden ist jedoch der Gedanke einer Zusammenarbeit der Arbeiterbildungsvereine nicht aufgegeben worden. Einige Vereine (Heidelberg, Karlsruhe, Pforzheim) schlossen sich bald nach deren Gründung im Jahre 1871 der "Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung" an. In den frühen siebziger Jahren gab es einen "Gauverein Mittelrhein-Pfalz" mit Mannheim als Zentrum. Von dort gingen 1874 sogar Bestrebungen zur Bildung eines allgemeinen Verbandes deutscher Arbeiterbildungsvereine aus, die jedoch zu keinem Erfolg führten.²⁰ Über weitere Aktivitäten des Gauvereins Mittelrhein-Pfalz ist nichts bekannt. 1876 wurde auf Initiative des Arbeiterbildungsvereins Augsburg ein "Verband süddeutscher Arbeiterbildungsvereine" gegründet, dem sich 1878 vierzehn badische Vereine anschlossen. Ein wirkliches Zentrum bekamen die badischen Vereine aber erst wieder mit der Gründung des "Verbandes badischer Arbeiterbildungsvereine" in Säckingen 1894, der sich als Nachfolgeorganisation des süddeutschen Verbandes betrachtete. Diesem Verband gehörten 1912 49 Vereine mit 7 519 Mitgliedern an, er hielt regelmäßig alle zwei oder drei Jahre einen Verbandstag ab,²¹ hatte ein eigenes Organ und wurde durch die Behörden unterstützt. Er war korporatives Mitglied der "Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung" und hatte selber wieder fünf Unterverbände: Seegau, Rhein- und Wiesentalgau (gegründet 1880), Schwarzwaldgau (gegr. 1900), Breisgau (gegr. 1910), Pfalzgau. Von 1896 bis

16 Siehe Tabelle 3 im Anhang, S. 18.

17 Staatsarchiv Ludwigsburg, a. a. O. Der Stuttgarter Arbeiterbildungsverein wurde 1881 auch nicht "wegen politischer Tendenzen" verboten, wie Gutheim in der Festschrift von 1911, S. 38, schreibt, sondern ihm war der Verbandsbeitrag zu teuer, weswegen er den Verband der süddeutschen Arbeiterbildungsvereine verließ (Wolfgang Schmierer, *Von der Arbeiterbildung* . . . , S. 124, Anm. 49).

18 Moritz Müller, der sich zum selbständigen Schmuckfabrikanten hinaufarbeitete, war 1862 einer der maßgeblichen Gründer des Pforzheimer Arbeiterbildungsvereins. Er verfaßte mehrere Schriften zur sozialen Frage und arbeitete aktiv im VDA mit, blieb aber nach 1868 im kleindeutsch-liberalen Lager und distanzierte sich in der Folge mehr und mehr von der Arbeiterbewegung, ohne seine demokratische Grundhaltung aufzugeben.

19 Vgl. zur Arbeiterbewegung in Baden allgemein Jörg Schadt, *Die Sozialdemokratische Partei in Baden. Von den Anfängen bis zur Jahrhundertwende, 1868 - 1900* (= Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 68), Hannover 1971. Speziell zu Pforzheim siehe S. 44 ff.

20 Wolfgang Schmierer, *Von der Arbeiterbildung* . . . , S. 124.

21 Siehe Tabelle 2 im Anhang, S. 17.

1910 war der Reallehrer Schmitt (Lahr) Verbandsvorsitzender; ihm folgten Rechtsanwalt Heinsheimer (für ein Jahr) und Oberbausekretär Bautze (beide Karlsruhe), nach dem Kriege Realschulprofessor Dr. Gutheim aus Freiburg (von 1924 bis 1933). Von den 52 Vereinen des Verbandes im Jahre 1917 waren 22 älter als 50 Jahre.

Die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg ist nicht eigentlich Gegenstand dieses Aufsatzes. Es soll jedoch ein knapper Abriß gegeben werden, um die Kontinuität der Verbandsarbeit aufzuzeigen. Auf dem 27. Verbandstag in Überlingen 1929 waren 49 Vereine mit 9125 Mitgliedern vertreten. Allerdings hatte sich der Schwerpunkt auf Gesang und Geselligkeit verlagert. Unter dem Nationalsozialismus war eine eigenständige Tätigkeit nicht mehr möglich; 1936 wurde der Verband aufgelöst. Der Freiburger Arbeiterbildungsverein teilte damals seinen Mitgliedern die Auflösung in einem Schreiben mit, das zugleich ein Licht auf das Selbstverständnis der badischen Arbeiterbildungsvereine wirft:

„Am 26. Juli 1936 hat sich anlässlich eines Verbandstages in Freiburg i. Br. der 'Verband badischer Arbeiterbildungsvereine' selbst aufgelöst, da sich keine Möglichkeit zeigte, ihn seinem Wesen und seiner Arbeit gemäß in eine Kulturorganisation der NSDAP. einzugliedern. Eine segensreich und erfolgreich wirkende Volksbildungsarbeit, getragen vom Wort, Buch und Gesang, fand dadurch ihren vorläufigen Abschluß.

Die Einzelvereine hatten nun zu entscheiden, wie und ob sie ihre Arbeit fortsetzen wollten. In einer Mitgliederversammlung vom 20. August 1936, zu der auch Sie eine Einladung erhalten hatten, wurde beschlossen, den früheren ABV. Freiburg i. Br. durch den Männerchor 'Sängerkameradschaft' Freiburg i. Br. (früher ABV.) zu ersetzen und in dem bisher bewährten Geiste weiterzuführen. Das bringen die neuen, Ihnen in Bälde zugehenden Satzungen eindeutig zum Ausdruck. Die Lichtbildervorträge über die verschiedensten Gebiete, die Besichtigungen, die Liederabende und die frohen und gemütlichen Unterhaltungsstunden sind beibehalten worden, so daß unsere Mitglieder auch weiterhin genußreiche Abende und gemütbildende Volksbildungsarbeit bei uns finden werden. Es soll richtige Geistespflege sein, die vom Lehren und Bilden zum gemeinsamen Leben fortschreitet, und wir alle wollen miteinander leben, uns in frohen und ernsten Stunden zusammenfinden, unsere gemeinsamen Gedanken und Empfindungen kräftigen, damit der Acker, den wir bearbeiten, die für unser Volk wertvollen Früchte bringt. Es ist fürwahr ein hohes und sittliches Ziel, dem wir zustreben, aber unsere Wegkameradschaft wird uns die Kraft dazu verleihen. So vollzieht sich unser Tun auf dem Boden der Volksgemeinschaft, und es dient der deutschen Kultur, der deutschen Geistesbildung, der wir alle verfügbaren Kräfte widmen.“²²

Nach 1945 nannte sich der Verein wieder Arbeiterbildungsverein. Bei seinem 90jährigen Jubiläum 1951 hatte er 64 aktive und 154 passive Mitglieder, Vorsitzender war Dr. Dr. Dr. (!) Rolf Krebs. Rückschauend heißt es in der kleinen Festschrift: „Mühsam und dornenvoll war der Weg des Arbeiterbildungsvereins seit 1933, und vor allem durch das Kriegsgeschehen hindurch, weil Kreise ohne irgendwelche Sachkenntnis unseren Verein in eine Organisation hineinzwängen wollten, die mit uns weder politisch noch ideenmäßig auf einen Nenner zu bringen war. Unser Männerchor aber hütete das kostbare Erbe der Vergangenheit, bis endlich im Jahre 1945 der Gesamtverein seine Aufgaben wieder aufgriff und mit neuem Geist erfüllte.“²³

Wie in allen Arbeiterorganisationen, so spielte auch in Baden die Frage nach einer eigenen Zeitschrift eine große Rolle. Schon auf der Karlsruher Versammlung 1865 stellte Schopfheim den Antrag auf ein eigenes Organ, doch wollte man zunächst die Coburger „Allgemeine deutsche Arbeiterzeitung“ als Verbandsorgan ansehen. Diese von Fedor Streit herausgegebene Zeitung wurde von den meisten badischen Vereinen gehalten und war auch offizielles Organ des VDA, stellte aber ihr Erscheinen 1866 ein. Es folgte bis 1868 die „Deutsche Arbeiterhalle“, die in Mannheim von J. P. Eichelsdörfer herausgegeben wurde. Danach wurde – neben dem von Wilhelm Liebknecht redigierten „Demokratischen Wochenblatt“ – eine Arbeiterzeitung vom Deutschen Arbeiterbund herausgegeben, die aber nur kurze Zeit bestand. Beide Zeitungen hatten kaum Beziehung zu den badischen Angelegenheiten.

In den folgenden Jahrzehnten kam es trotz mehrerer Versuche zu keiner dauerhaften Gründung eines Organs für die Arbeitervereine Südwestdeutschlands. Eine von dem Pforzheimer Gewerbelehrer Rücklin am 1. Juli 1870 unter dem Namen „Barbarossa“ gegründete Zeitschrift, deren Bezug für die

22 Stadtarchiv Freiburg, „Arbeiterbildungsverein“ e 10, 3470.

23 Festschrift des Arbeiterbildungs-Vereins Freiburg zum 90jährigen Jubiläum, Freiburg 1951, S. 8.

Verbandsvereine obligatorisch sein sollte, ging nach kurzer Zeit wieder ein.²⁴ Weitere Versuche waren: "Der Arbeiterfreund. Organ der süddeutschen Arbeiterfortbildungsvereine", vom 1. November 1878 bis zum 31. Dezember 1879 herausgegeben von dem Buchdruckereibesitzer Ferdinand Thiergarten, der im Freiburger Verein größeren Einfluß besaß; das "Verbands-Blatt. Mitteilungen an die Vereine und Angehörigen des Verbandes süddeutscher Arbeiterbildungsvereine, sowie an alle Freunde des Arbeiterstandes, erstattet vom Verbandsvororte Freiburg i. Br." vom 28. September 1887 bis 1897; die "Mitteilungen des Verbandsanwalts an die verehrlichen Verbandsvereine", die von 1894 bis 1897 herausgegeben wurden. Seit dem 1. Januar 1899 erschien dann "Das Verbandsblatt. Hauptblatt des Verbandes badischer Arbeiterbildungsvereine" mit durchschnittlich zwei Nummern jährlich bis in die dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts. Daneben gaben die beiden größten Vereine, Karlsruhe (seit dem 1. April 1908) und Freiburg (seit dem 1. Oktober 1909), eigene "Mitteilungen aus dem Vereinsleben" heraus.

Über die Mitgliederzahlen des Verbandes und der einzelnen Vereine geben die Tabellen 1 und 2 Auskunft.²⁵ Bei manchen Vereinen gab es ordentliche und außerordentliche (oder aktive und passive) Mitglieder; so hatte der Arbeiterbildungsverein Freiburg 1900 471 Mitglieder, davon 185 ordentliche (Handwerker, Arbeiter) und 286 passive (Unternehmer, Gönner), sowie sechs Ehrenmitglieder. Insgesamt gesehen zeigt sich, daß von einem gut geführten Verband (wie bis 1870 und dann wieder nach 1894) auch die Einzelvereine profitieren. Die Mitgliederzahlen des Verbandes sind im Vergleich zu anderen Arbeiterverbänden durchaus beachtlich; so zählte die katholische Arbeiterbewegung in Baden 1901 15 200 Mitglieder in 117 Vereinen, während die badische Sozialdemokratie 1909/10 14 643 Mitglieder hatte (gegenüber 7 500 Mitgliedern in 49 liberalen Arbeiterbildungsvereinen).²⁶ Bemerkenswert ist, daß in drei größeren Städten (Baden-Baden, Bruchsal, Rastatt) nie oder nur kurze Zeit ein Arbeiterbildungsverein bestanden hat, während es in mehreren kleineren Orten mit 2 000-4 000 Einwohnern recht ansehnliche und oft auch aktive Vereine gab. So spielten etwa in Furtwangen, Schopfheim, Säckingen, Wiesloch oder Zell die Arbeiterbildungsvereine durchaus eine beachtliche Rolle im Leben der Gemeinde, was auch in den ausführlichen Berichten der Lokalzeitungen über die Stiftungsfeste und ähnliche Veranstaltungen zum Ausdruck kommt.

Über die soziale Zusammensetzung haben wir als umfassende Quelle nur die Angaben in Tabelle 3. Die dort erfaßten Mitglieder der 22 Vereine, die 1869/70 die gewünschten Auskünfte gaben, stellen 83 % der Gesamtmitgliederzahl (1538 von 1849) dar, was also etwa gleichzusetzen ist mit dem Anteil der Handwerker und Facharbeiter. Im allgemeinen ist für die Arbeiterbildungsvereine die breite Streuung der Berufe typisch. Das deutet darauf hin, daß die Teilnahme eine Entscheidung des einzelnen war und kein Gruppeninteresse angesprochen wurde. Natürlich fiel der Beitritt zu einem Verein leichter, wenn ihm schon Bekannte angehörten, die dann oft Berufskollegen waren. Auch die Werbung neuer Mitglieder war am Arbeitsplatz am besten möglich. In einigen Vereinen spiegelt das Vorherrschen einer Berufsgruppe die wirtschaftliche Struktur des Ortes wider; besonders deutlich ist das in Pforzheim, wo über 400 Gold- und Schmuckarbeitern rund 120 Angehörige aller anderen Handwerksberufe bei einer Gesamtmitgliederzahl von 540 gegenüberstanden. Das Vorherrschen der Tischler, Schneider und Schuhmacher findet sich seit den vierziger Jahren in ganz Deutschland. Soweit bei den insgesamt recht lückenhaften Angaben ein Vergleich gewagt werden kann, ist in den sechziger Jahren die Anzahl der in den Vereinen vertretenen Berufe durchschnittlich in Baden größer als in Nord- und Mitteldeutschland. Gründe dafür sind offenbar einmal das Ansehen, das der Verein erlangt hatte, wobei seine Aktivität und die Länge seines Bestehens eine große Rolle spielten, und zum anderen der Nutzen, den eine Mitgliedschaft einbrachte und der von den Bildungsmöglichkeiten und den genossenschaftlichen Einrichtungen abhing. Wenn aber der Verein bestimmte Interessen verfolgte oder überwiegend der Geselligkeit diente, dann war die Mitgliedschaft im allgemeinen homogener.

24 Wolfgang Schmieder, *Von der Arbeiterbildung . . .*, S. 124. Die folgenden Angaben nach Ferdinand Gutheim, *Geschichte des Arbeiterbildungs-Vereins Freiburg i. Br. . . .*, S. 19.

25 Siehe Anhang, S. 15-17. Die im Anhang wiedergegebenen sechs Tabellen sollen in übersichtlicher Form die wichtigsten Informationen über die badischen Arbeiterbildungsvereine zusammenfassen, soweit sie sich in Zahlen ausdrücken lassen.

26 Angaben nach Jörg Schadt, *Die Sozialdemokratische Partei in Baden . . .*, S. 31 bzw. S. 146.

Der Anteil der Bürgerlichen war in den Vereinen recht verschieden, zumal in kleineren Orten fehlten sie manchmal ganz, während z. B. in Karlsruhe 1912 von 717 Mitgliedern 456 Arbeiter und Angestellte, 149 selbständige Handwerker und Gewerbetreibende und 112 Beamte, Gelehrte und Private waren. Sowohl im Verband wie auch in vielen Vereinen spielten Angehörige des Mittelstandes eine entscheidende Rolle, in den großen Vereinen in Karlsruhe, Freiburg, Heidelberg und Pforzheim waren fast ausnahmslos Akademiker Vorsitzende. In diesem Zusammenhang sind die Berufe der Vorstände von 1909/10 von Interesse:²⁷ Es waren 11 Handwerker und Facharbeiter, 9 Handwerksmeister, 6 Kaufleute, 5 Professoren und Lehrer, je 3 Fabrikarbeiter, Unternehmer und kleine Angestellte oder Beamte, je 2 Rechtsanwälte und Gastwirte, 1 Landwirt sowie 2 Sonstige und 2 ohne Angaben.

Wenngleich erklärtermaßen "die geistige und sittliche Hebung" des Arbeiterstandes das vornehmste Ziel der Arbeiterbildungsvereine war, so darf man doch die Bedeutung nicht unterschätzen, die von Anfang an genossenschaftliche Bestrebungen in den Vereinen hatten. Diesen wurde im übrigen auch ein Bildungswert beigemessen, da durch sie der Arbeitnehmer die Fähigkeit entwickeln konnte, sich im bürgerlichen Wirtschaftsleben zurechtzufinden. Die Wanderunterstützung war ein Hauptmotiv für den regionalen Zusammenschluß 1862/63, sie wurde bis 1914 beibehalten. Das zeigt, daß die wandernden Handwerksgesellen ein beachtenswertes Element in den Vereinen waren. Ansonsten wurden zunächst hauptsächlich Spar- und Krankenkassen gegründet. Spar- und Vorschußvereine waren die Schwerpunkte des Schulzeschen Genossenschaftsprogramms. Ihre Bedeutung nahm in Baden im Laufe des Jahrhunderts in bemerkenswerter Weise ab, bemerkenswert deshalb, weil dieser Rückgang zeigt, daß das Schulzesche Programm an den Sorgen und Nöten der Arbeiterschaft vorbeiging. Wichtiger waren – neben den in vielen Vereinen gegründeten Krankenkassen – Arbeiterkonsumvereine, um die sich insbesondere der Stuttgarter Bankier Dr. Eduard Pfeiffer verdient gemacht hat, und zwar in bewußter Abgrenzung gegenüber Schulze.²⁸ In Baden haben allerdings Konsumvereine in den Arbeiterbildungsvereinen eine weit geringere Rolle gespielt als im übrigen Deutschland, nur für 1870 werden sie bei zwei Vereinen (Karlsruhe, Pforzheim) erwähnt. Zumindest von Lörrach und Waldshut ist aber bekannt, daß die Arbeiterbildungsvereine bei ihrer Gründung Pate gestanden haben.²⁹ Soweit die Gründung der Konsumvereine von den Arbeitervereinen ausging, haben sie sich offenbar schnell verselbständigt, da ihre Mitgliedschaft größer war und andere Interessen hatte als die der Arbeiterbildungsvereine. Eine Produktivgenossenschaft, nach Schulze-Delitzsch die Krönung der Genossenschaftsidee, die ja bekanntlich auch in Lassalles Denken eine große Rolle spielte, bestand nur vorübergehend in Pforzheim. Die Entwicklung in den einzelnen Genossenschaftszweigen zeigt folgende Übersicht:

	Gesamtzahl der Vereine	Sparkassen	Krankenkassen	Sterbekassen	Konsumvereine
1865	12	8	3	—	—
1870	26	9	10	1	2
1912	49	14	32	23	?

In Freiburg gab es noch eine Speisegenossenschaft und Wohnmöglichkeit im Vereinshaus. In Waldshut wurde 1913 der Versuch unternommen, eine Arbeitslosenunterstützung der Mitglieder einzuführen.

27 Siehe Tabelle 6 im Anhang, S. 22.

28 Vgl. dazu die in Anm. 1 angeführte Arbeit des Verfassers sowie Helmut Faust, *Geschichte der Genossenschaftsbewegung. Ursprung und Weg der Genossenschaften im deutschen Sprachraum*, 2., völlig neu bearbeitete und stark erweiterte Auflage, Frankfurt/M. 1965, S. 350 ff.

29 Erwin Hasselmann, *Aus eigener Kraft. 1865 - 1965. Ein Jahrhundert genossenschaftliche Verbraucher-Selbsthilfe im Raum Lörrach-Waldshut*, Lörrach-Waldshut 1965. Der ABV Lörrach wurde allerdings nicht, wie Hasselmann (S. 34) vermutet, 1808 gegründet; die Schrifttafel, auf die er sich bezieht, gedenkt sicherlich des Geburtsjahres von Hermann Schulze-Delitzsch.

ren, ein Vorhaben, das von den Brudervereinen mit Interesse verfolgt wurde, das aber wegen des Weltkrieges keine Ergebnisse mehr bringen konnte.

Neben diesen eigenen Institutionen haben die Arbeiterbildungsvereine auch Einfluß auf die öffentliche Sozialarbeit gehabt. In den 1880er Jahren wurden Vertreter der Vereine bei den Beratungen über die Sozialgesetze von der badischen Regierung hinzugezogen. Auch in den Gemeinden kam es zur Zusammenarbeit; so wurde ein vom Freiburger Verein eingerichtetes Arbeitsnachweisbüro als kommunale Einrichtung übernommen.³⁰

Zumindest in der Anfangszeit war aber doch die wichtigste Aktivität der Vereine – wie der Name auch sagt – die Bildungsarbeit. Abgesehen vom Gesang lag der Schwerpunkt bei den Elementarfächern, daneben wurden Buchführung und andere kaufmännische Fächer gelehrt. Nur wenige Vereine gingen darüber hinaus, wie etwa Mannheim und Karlsruhe (und in der Anfangszeit auch Pforzheim), die überhaupt die umfangreichste Bildungsarbeit leisteten. In den Anfangsjahren spielte der Unterricht eine größere Rolle als die Vorträge. In Mannheim war 1863/64 an fünf Wochentagen Unterricht, daneben gab es Vorträge, allgemeine Versammlungen und Diskussionen; ähnlich war es in Freiburg, Karlsruhe und Pforzheim. Im Laufe der Jahrzehnte nahm die Unterrichtstätigkeit aber immer mehr ab. Die Vortragshäufigkeit war in den einzelnen Vereinen recht unterschiedlich und bei den meisten nicht sehr groß, so daß nach der Jahrhundertwende den Vereinen von der Verbandsleitung zur Auflage gemacht wurde, mindestens zwei Vorträge im Jahr zu veranstalten. Die allgemeine Tendenz verdeutlicht ein Vergleich der Jahre 1865 (Tabelle 4), 1869/70 (Tabelle 5) und 1909/10 (Tabelle 6):

	1865 (11 Vereine)	1869/70 (25 Vereine)	1909/10 (49 Vereine)	1912
Gesang	11	22	25	37 Unterrichtskurse in Elementarfächern
Zeichnen	4	9	1	
Rechnen	6	12	6	
Schreiben	3	7	4	140 Vorträge und Besprechungsabende
Deutsche Sprache	3	3	–	
Buchführung	4	7	11	
Geschäftsaufsätze & Korrespondenz	1	1	2	
Unterricht in	11 Vereinen	25 Vereinen	25 Vereinen	?
Vorträge in	8 Vereinen	13 Vereinen	39 Vereinen (107 Vorträge)	

Während 1865 also alle Vereine Unterricht erteilten, waren es 1910 nur 25 von 49 Vereinen bzw., wenn man den Gesang nicht mitrechnet, nur 15 von 49 Vereinen, von denen die meisten wiederum lediglich Buchführungskurse durchführten. 1932 wurde in drei (von 52) Vereinen Unterricht (Musik und kaufmännische Fächer) gegeben, während die Zahl der Vorträge im Vergleich zu 1910 mit 109 (zu 107) konstant blieb.

Für den Rückgang des Unterrichts ist sicherlich die verbesserte Volksschulbildung ein Grund. Die Schulen in ganz Baden wurden durch die seit 1862 durchgeführte Schulreform unter die Aufsicht eines interkonfessionellen Oberschulrats gestellt, dessen erster Präsident der Nationalökonom Prof. Knies wurde, der vorher Vorsitzender des Arbeiterbildungsvereins Freiburg gewesen war. Die Vereine

30 Ferdinand Gutheim, *Geschichte des Arbeiterbildungs-Vereins Freiburg i. Br. . . .*, S. 58. Vgl. auch Jörg Schadt, *Die Sozialdemokratische Partei in Baden . . .*, wo auf S. 62 von einer Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Behörden in Pforzheim berichtet wird.

haben mitunter auch auf eine verbesserte Fortbildung in den Kommunen hingewirkt; so sind 1910 in Karlsruhe auf Anregung des Arbeiterbildungsvereins studentische Unterrichtskurse für Erwachsene eingeführt worden. In Freiburg trug der Verein die Kosten für die Mitglieder, die die Städtische Gewerbeschule besuchten; auch mit der Universität bestand eine enge Zusammenarbeit. Bemerkenswert ist, daß in Freiburg 1912 wieder Kurse in Französisch und Buchführung eingerichtet wurden, nachdem man den Unterricht schon ganz eingestellt hatte. Man wollte auf diese Weise den Zusammenhalt unter den Mitgliedern stärken. Nach dem Weltkriege überließ man das Feld weitgehend den Volkshochschulen. Es wurde aber auch darüber geklagt, daß die Jugend nur noch Sinn für Sport und Tanz habe,³¹ ein indirektes Eingeständnis, daß die Arbeiterbildungsvereine die Jugend nicht mehr erreichten.

Die Themen der Vorträge stammten aus den verschiedensten Wissensgebieten und lassen keine didaktischen Überlegungen erkennen. Eine Auffächerung haben wir für 1932; sie ist typisch auch für die frühere Zeit, in der das Bild eher noch bunter war. Die 109 Vorträge entstammten folgenden Gebieten:³²

Geschichte, Kulturgeschichte	34	Hygiene	7
Heimatkunde	9	Reiseberichte	11
Volkswirtschaft	10	Dichtung, Musik,	
Soziales, Rechtsfragen	6	bildende Kunst	10
Technik	4	Verschiedenes	18

Die Bibliotheken waren naturgemäß stark von der Größe des Vereins abhängig, es bemühten sich aber alle Vereine um ihren Ausbau. Im Laufe der Jahre wuchsen sie in manchen Vereinen zu ansehnlichem Umfang. Der Karlsruher Verein besaß laut Festschrift von 1911 14 000 Bände, eine Zahl, die von keinem anderen Verein auch nur annähernd erreicht wurde. 1932 hatten 52 Vereine zusammen 30 000 Bücher, also 600 im Durchschnitt. Daß die Bücher auch gelesen wurden, zeigen die Ausleihziffern in Tabelle 6.³³ Leider besitzen wir über die Zusammensetzung der Büchereien keine Hinweise. Für 1865 haben wir lediglich Angaben über die gehaltenen Zeitschriften: Von den häufiger vertretenen Zeitschriften hielt die "Allgemeine deutsche Arbeiterzeitung" (Coburg) die Spitze, sie wurde in 10 (von 11) Vereinen gelesen; es folgten die "Gartenlaube" (9), "Über Land und Meer" (6) und je dreimal der "Arbeitgeber", die "Gewerbehalle" und das "Felleisen". Das "Felleisen" war das Organ der deutschen Handwerkervereine in der Schweiz; das zeigt, daß es über die Grenze hinweg enge Verbindungen gab, die für Württemberg auch personell belegt sind.³⁴

Insgesamt gesehen haben die badischen Arbeiterbildungsvereine – vor allem in der Anfangszeit – eine für ihre Möglichkeiten umfangreiche Bildungsarbeit geleistet, die über das in vielen anderen Gebieten Deutschlands Übliche hinausging. Das gilt auch für die Zahl der Teilnehmer an den Unterrichtskursen; allerdings hat – ebenso wie in anderen Arbeiterbildungsvereinen – nur ein kleiner Teil der Mitglieder dem Unterricht beigewohnt. Man darf die Arbeiterbildungsvereine aber nicht mit Schulen vergleichen. Zum einen haben die Vorträge erheblich mehr Mitglieder angezogen als der Unterricht; dabei mag eine Scheu des Erwachsenen mitgespielt haben, sich noch einmal auf die Schulbank zu setzen (die Teilnehmer am Unterricht waren sicherlich die jüngeren Mitglieder). Vor allem muß aber ein großer Wert der Arbeitervereine in der "gehobenen Geselligkeit" gesehen werden, wie sie es selber oft in ihren Statuten ausdrückten. Diskussionsabende, Besichtigungen, Wanderfahrten oder Vereinsfeste, nicht zuletzt auch die Möglichkeit, im Kreise Gleichgesinnter zum Gespräch oder zur Lektüre von Zeitschriften und Büchern, die sie sich selber nicht hätten kaufen können, zusammenzukommen, bedeuteten für die oft ledigen, zumindest aber in der Regel in ärmlichen Wohnverhältnissen lebenden Handwerker und Arbeiter eine Bereicherung ihres Lebens. In gewissem Umfange konnten die Vereine dem Arbeiter die Familie ersetzen.

31 *Geschichte des Arbeiterbildungs-Vereins Freiburg im Breisgau. Eine Festgabe zur Feier seines 65jährigen Bestehens am 24. und 25. Juli 1926.* Diese Schrift ist erheblich schmaler als die Festschrift von 1911.

32 Nach dem Jahresbericht in der Verbandszeitschrift, Stadtarchiv Freiburg, "Arbeiterbildungsverein".

33 Siehe Anhang, S. 22, Spalte 9.

34 Wolfgang Schmierer, *Von der Arbeiterbildung . . .*, passim.

Die Tätigkeit der Arbeiterbildungsvereine war allerdings nicht geeignet, der Arbeiterschaft allgemein oder auch nur ihren Mitgliedern tiefgreifend und umfassend zu helfen. Das lag einmal daran, daß sie – auch wenn sie an manchen Orten einige Bedeutung erlangten – nur einen Bruchteil der Arbeiterschaft erreichten. Zwar trifft dies generell auch für die sozialistische Bildungsarbeit zu, aber dort waren die Teilnehmer in erster Linie Funktionäre und Führer der Arbeiterbewegung, die wiederum in der Mitgliederschaft und als politische Vertreter in der gesamten Arbeiterschaft als Meinungsmultiplikatoren wirkten, während die Arbeiterbildungsvereine sich auf ihr Vereinsleben beschränkten und darüber hinaus kaum Einfluß erlangten.

Noch weniger konnten die in den Vereinen gelehrtten Bildungsinhalte zur Emanzipation des Vierten Standes beitragen. Dabei ist nicht so sehr die Tatsache gemeint, daß vom bürgerlichen Bildungsgut ausgegangen wurde. Das war kaum anders möglich, denn die Konzeption einer ausgesprochen proletarischen Bildungsarbeit im bewußten Gegensatz zur vorherrschenden Bildung war zumindest damals noch nirgends mit Erfolg praktiziert worden.³⁵ Eine Schulungsarbeit, die auf die bürgerliche Bildung verzichtet hätte, wäre sicherlich als restriktiv und emanzipationsfeindlich empfunden worden, da ja doch in der Arbeiterschaft – trotz Marx' philosophischer und anthropologischer Begründung des Sozialismus – zunächst das Bürgertum als Ziel der Emanzipation galt. Was aber möglich war und auch etwa im Rhein-Mainischen Volksbildungsverband oder durch die katholische Kirche in Ansätzen verwirklicht wurde, das war "Arbeiterbildung als existentielle Bildung" (Blum).³⁶ Existentielle Bildung bedeutet das Ausgehen von der konkreten psychologischen und sozialen Situation des Arbeiters, von wo aus ein sinnvoller Zusammenhang mit seiner Gegenwart und seiner personalen Existenz geschaffen werden mußte. Das aber fehlte in den liberalen Bildungsvereinen, und als die Kurse mehr und mehr eingeschränkt wurden, die immerhin eine wichtige Ergänzung der Schulbildung bedeuteten, verließ man sich völlig auf die Wirkung des in den Vorträgen angebotenen Bildungsgutes, soweit man sich nicht mit Gesang und Geselligkeit begnügte.

Nun lag eine umfassende Hilfe für die Arbeiterschaft, die auf eine Veränderung der bestehenden sozialen Verhältnisse abzielen mußte, gar nicht in der Absicht der badischen Arbeiterbildungsvereine. Die Nationalliberalen, deren Einfluß in ihnen dominierte, hatten sich spätestens nach 1871 mit den herrschenden Gewalten arrangiert, zumal ihnen in Wirtschaft und Kultur ein weites Betätigungsfeld offenstand. Die von ihnen so sehr propagierte Neutralität der Arbeiterbildungsvereine besagte, daß sich diese streng von der Tagespolitik fernhalten sollten. Im Februar 1869 wurde in Freiburg³⁷ ein Beschluß gefaßt, daß Mitglieder ausgeschlossen werden konnten, die einer politischen Partei angehörten. Daß die Neutralität im Grunde nur das Einverständnis mit der vorherrschenden nationalliberalen Richtung bedeutete, geht aus einer Eingabe des Vereins an den Gemeinderat vom November 1873 hervor: "... Es bedarf wohl keiner besonderen Hinweisung darauf, wie wichtig es ist, den sozialdemokratischen und ultramontanen Umsturzbewegungen gegenüber einen Arbeiterverein zu unterstützen, der sich die Aufgabe stellt, seine Mitglieder von solchen Tendenzen fernzuhalten."³⁸ Nach Aufhebung des Sozialistengesetzes wurde die Haltung etwas toleranter. 1911 heißt es: "Gewiß dulden wir auch jetzt noch unter keinen Umständen politische Umtriebe, die ja auch § 2 unserer neuesten Statuten vom Jahr 1904 verbietet, aber uns ist es heute gleich, welchem politischen Bekenntnis ein Mitglied huldigt. Nur das eine verlangen wir von ihm, daß er seine politische Überzeugung, und die wollen und können wir ihm nicht gewaltsam nehmen, nicht in einer Weise zum Ausdrucke bringe,

35 Vgl. auch Gerhard A. Ritter, *Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich. Die Sozialdemokratische Partei und die Freien Gewerkschaften 1890 - 1900*, Berlin 1959, S. 124: "... die Idee eines spezifisch proletarischen Weltbildes, die Idee einer auf die Lebensbereiche der Kunst und Wissenschaft übertragenen sozialistischen Anschauungswelt wurde langsam zurückgedrängt, so daß die Arbeiterbewegung bei dem Versuch einer konkreten Fixierung ihrer Ideen sich mehr und mehr an die bürgerliche Vorstellungswelt anlehnte und so letztlich zur Vermittlerin der bestehenden Kultur wurde." Es wäre von Interesse festzustellen, ob sich die bürgerliche Kultur bei der Rezeption durch die Arbeiterbewegung nicht doch in bestimmter Weise veränderte.

36 Emil Blum, *Arbeiterbildung als existentielle Bildung*, Bern/Leipzig 1935 (Diss. Bern 1934).

37 Über den Freiburger Verein sind wir durch die ausführliche Festschrift von 1911 am besten informiert; vgl. besonders S. 40 ff.

38 Stadtarchiv Freiburg, "Arbeiterbildungsverein" C 2/60/13, Fasz. 1/1861/90.

daß sie Andersdenkende beleidigt. . . . Gewiß soll jeder von uns seine politische Überzeugung haben und für sie eintreten, aber wir wollen sie nicht in den Verein hineintragen.“³⁹

Die Haltung des Verbandsorgans wie auch die Unterstützung etwa des Karlsruher Vereins durch Behörden und sogar durch die großherzogliche Familie (die auch anderen Vereinen Spenden zukommen ließ) lassen die Vermutung zu, daß diese für Freiburg geltenden Äußerungen die Grundhaltung auch der anderen Verbandsvereine wiedergeben. So scheint die Neutralität der badischen Arbeiterbildungsvereine der auch im deutschen Bürgertum des Bismarckreiches weitverbreiteten unpolitischen und obrigkeitstreuen Haltung zu entsprechen.

In einem Rückblick auf 40 Jahre Verbandsarbeit im "Verbandsblatt" Nr. 37 vom 25. Januar 1917 wird die Arbeitssteigerung durch Arbeiterbildung hervorgehoben. Durch die bessere Ausbildung sei die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie gesteigert worden. Außerdem habe der durch die bessere Ausbildung erhöhte Lohn den Arbeiterbildungsvereins-Mitgliedern "eine gewisse Zufriedenheit mit ihrer Lebenslage" gebracht, was als "vaterländische Tat" bezeichnet wird. Hierbei ist nicht so sehr die nationale Haltung bemerkenswert; diese war bei dem bürgerlich-liberalen Einfluß selbstverständlich. Wenn man aber diese Äußerung mit dem Programm der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung von 1871 vergleicht, das man zu seiner Zeit als typisch für den sozial eingestellten Liberalismus bezeichnen kann (auch die badischen Arbeiterbildungsvereine waren korporativ Mitglied der Gesellschaft), dann ist doch eine starke Verflachung festzustellen. In der zweiten Nummer der von der Gesellschaft herausgegebenen Zeitschrift "Der Bildungs-Verein" heißt es:

"Den ungeheuren Bruch zwischen Gebildeten und Ungebildeten, die sich gegenseitig nicht mehr verstehen und in völlig verschiedenen Weltanschauungen leben, benutzen alle diejenigen, welche auf Umsturz sinnen. Dazu gehören Alle, welche der gegenwärtigen Entwicklung des deutschen Staates und der Menschheit überhaupt feindselig gesinnt sind und ihre Ideale entweder in der Vergangenheit oder in der Zukunft suchen. Zu jenen gehören: die jesuitischen Römlinge, die Partikularisten und die feudalen Conservativen, zu diesen die Sozialdemokraten, Internationalen, Communisten usw. Diese Elemente rechnen auf die Beherrschung der geistig umnachteten Massen, um sie gegen die moderne Geisteskultur in den Kampf zu führen."⁴⁰

Während die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung auch später noch durch ihre Tätigkeit zur Bildung einer Nation beitragen oder — um ein Schlagwort der Weimarer Republik zu gebrauchen — "durch Volksbildung zur Volkbildung" kommen wollte, scheint sich der badische Verband darauf beschränkt zu haben, durch "eine gewisse Zufriedenheit mit ihrer Lebenslage" die Arbeiter von revolutionären Gedanken fernzuhalten. Daß dieser Absicht in Baden mehr Erfolg beschieden war als in den meisten anderen Gegenden Deutschlands, wird nicht zuletzt an den eingangs angedeuteten wirtschaftlich-sozialen Verhältnissen im Großherzogtum gelegen haben, wo durch die gemischte Wirtschaftsstruktur und den vorherrschenden Kleinbetrieb die sozialen Gegensätze nicht so schroff aufeinanderprallten wie anderswo.

Schließlich ist zu fragen, ob die liberalen Arbeiterbildungsvereine in Baden ein echter Beitrag zur Lösung der sozialen Frage waren, ob sie als Modell einer Zusammenarbeit zwischen bürgerlichen Liberalen und Arbeitern gelten können, die zu einer Überwindung der sozialen Gegensätze beizutragen vermochte. Diese Frage muß bei aller Anerkennung der nützlichen Tätigkeit, die die Vereine auf ihrem beschränkten Gebiet geleistet haben, für die Zeit nach der Reichsgründung verneint werden. Im selben Maße, wie die Bildungsarbeit verflachte, verloren sich auch einige bemerkenswerte Ansätze auf sozialpolitischem Gebiet. Während auf dem Verbandstag von 1869⁴¹ über sehr wichtige Themen gesprochen wurde und man sich in den beiden Petitionen sogar schon für ein Mitspracherecht der Arbeiter im Betrieb und für eine Entschädigung des Arbeitnehmers durch den Arbeitgeber bei Arbeitsunfällen einsetzen wollte, waren die späteren Verbandstage mehr gesellige Ereignisse, in der Regel mit einem Stiftungsfest des gastgebenden Vereins oder einem Wettsingen der Gesangsabteilungen verbunden. Man begnügte sich mit dem Motto "Arbeit! Ehre! Vaterland!" (Wahlspruch des Arbeiterbildungsvereins Freiburg), Geselligkeit und ein wenig Kultur.

39 Ferdinand Gutheim, *Geschichte des Arbeiterbildungs-Vereins Freiburg i. Br.* . . . , S. 40 f.

40 *Der Bildungs-Verein* (später: *Volksbildung*). *Organ der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung*, Nr. 2, Okt. 1871.

41 Siehe oben S. 4.

Die Hoffnung auf eine gedeihliche Zusammenarbeit von bürgerlichen Liberalen und Arbeitern zu beiderseitigem Nutzen, die die Arbeiterbildungsvereine zwischen 1860 und 1870 beseelt hatte, erfüllte sich nicht. Sie schufen aber für die Entwicklung der politischen Arbeiterbewegung in bedeutendem Maße die organisatorischen, personellen und geistigen Grundlagen. In Baden riß zudem die Verbindung und politische Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Demokraten nie ganz ab, wie Jörg Schadt nachgewiesen hat.⁴² Allerdings waren dazu im deutschen Südwesten die Voraussetzungen günstiger als andernorts, wozu die gemeinsame Arbeit der sechziger Jahre mehr beigetragen hat als eine kaum vorhandene Vermittlertätigkeit der überwiegend unter nationalliberalem Einfluß stehenden Arbeiterbildungsvereine nach 1870.

So erscheint alles in allem die an sich imponierende Kontinuität der badischen Arbeiterbildungsvereine in einem anderen Licht. Sie bedeutet in erster Linie Festhalten an einmal übernommenen Ideen und mangelnde Anpassung an neue Verhältnisse. Tatsächlich sind seit dem Ende des 19. Jahrhunderts weder Tätigkeitsbereiche ausgeweitet noch die Mitgliederzahlen wesentlich gesteigert worden. Eine Antwort auf die brennenden sozialen Fragen haben die Arbeiterbildungsvereine nicht gegeben.

42 Jörg Schadt, *Die Sozialdemokratische Partei in Baden . . .*, passim.

A N H A N G

Nr. I

Statuten des oberbadischen Gauverbandes, beschlossen am 26. Dezember 1864.¹

§ 1. Der Gauverein ist die Verbindung einer Anzahl Arbeitervereine des badischen Oberlandes mit einem Vorort an der Spitze.

§ 2. Ein Lokalverein eignet sich zur Aufnahme in den Gauverein nur dann, wenn seine Satzungen dem allgemeinen Zwecke der Arbeiterbildungsvereine entsprechen, die Mitglieder geistig-sittlich auszubilden, in allen für das bürgerliche Leben überhaupt und insbesondere für den Arbeiter nützlichen Zweigen des Wissens zu unterrichten und sich gegenseitig zu unterstützen.

§ 3. Die Anmeldung eines Vereins zum Beitritt in den Gauverein geschieht beim Vorort, dem die betreffenden Statuten vorzulegen sind und welcher die Anmeldung den Lokalvereinen zu Kenntniß bringt. Die Aufnahme geschieht durch Abstimmung der Vereine binnen 4 Wochen.

§ 4. [. . .]²

§ 5. Jeder Lokalverein stattet dem Vorort vierteljährlich einen Bericht ab, in welchem anzugeben ist:

- 1.) Mitgliederzahl am ersten Tage des abgelaufenen Quartals;
- 2.) Rechnungsablage über Einnahmen und Ausgaben der Wanderkasse;
- 3.) der Stand der Sparkasse;
- 4.) die Unterrichtszweige, die gelehrt und die Vorträge und Vorlesungen, die gehalten worden;
- 5.) Namen der Vereinsschuldner oder solcher Mitglieder, welche wegen Zuwiderhandlung gegen die Statuten aus einem Lokalverein ausgeschlossen wurden (solche Mitglieder können ohne vorherige Rehabilitation in einen anderen Lokalverein nicht wieder aufgenommen werden);
- 6.) alle übrigen, während des abgelaufenen Vierteljahrs stattgehabten Vorfälle oder Ereignisse im Vereinsleben überhaupt.

Diese Berichte werden vom Vorort zusammengestellt und wieder als Ganzes zur Kenntniß der einzelnen Vereine gebracht.

§ 6. Zu diesem Zwecke, sowie überhaupt zur Besorgung der Gauvereins-Angelegenheiten wählt

1 Bebel-Archiv Berlin, Fasz. A 6, Nr. 154.

2 Der § 4 betraf die Anzahl der Delegierten auf den Vereinstagen. Die ursprüngliche Fassung wurde sehr bald dahingehend geändert, daß alle Vereine gleiches Stimmrecht hatten, um eine Majorisierung der kleinen Vereine zu vermeiden.

der Vorort alljährlich in einer General-Versammlung einen Ausschuß (Gau-Ausschuß) von 5 Mitgliedern, welche außerdem kein Amt im Vorort bekleiden dürfen.

§ 7. Der Gauverein versammelt sich alljährlich einmal, zu welcher Versammlung, wenn möglich, jeder Lokalverein einen Abgeordneten zu senden hat, an einem durch die Lokalvereine auf den Vorschlag des Vorortes zu bestimmenden Orte, in welcher Versammlung vom Gau-Ausschuß Rechenschaft über seine Tätigkeit während des abgelaufenen Jahres, sowie Bericht über den Stand der Wanderkasse und den Stand des gesamten Gauverbandes zu erstatten ist und die Neuwahl des Vorortes vorgenommen wird. Einzelne Anträge auf die Tagesordnung zu dieser Versammlung müssen dem Vorort spätestens 6 Wochen vorher mitgeteilt werden, der dann diese Tagesordnung 3 Wochen vorher den Lokalvereinen mitzuteilen hat.

§ 8. Der Gauverein errichtet eine auf Gegenseitigkeit beruhende Wanderunterstützungskasse, für welche eigene Statuten aufgestellt sind.

§ 9. Diese Statuten, genehmigt in der Gauversammlung zu Freiburg am 26. Dez. 1864 von den Vertretern der Lokalvereine in Lahr, Freiburg, Staufen, Sulzburg, Neustadt, Müllheim, Lörrach, Schopfheim, Zell und Waldshut, treten am 1. Jan. 1865 in Kraft und sollen in jedem Vereinslokal angeschlagen werden.

Nr. 2

ARBEITERBILDUNGSVEREIN FREIBURG IM BREISGAU E.V.¹

(gegr. 1881)

Vereinsheim: Löwenstraße 16

Der ABV dient dem idealen Zweck der Hebung und Förderung des deutschen Bildungswesens. Seine Arbeit gilt dem Wohle des gesamten deutschen Volkes ohne Unterschied der Person, der politischen und konfessionellen Stellung, des Besitzes und des Standes. Er ist also und darf nie sein ein politischer, konfessioneller oder beruflicher Verein. In ihm sind alle willkommen, die von dem edlen Willen be-seelt sind, Haß und Anfeindung von sich zu weisen und jedem die Hand zu reichen, der es offen und ehrlich mit dem Nächsten meint. Im Verein sind alle gleich an Berechtigung sowohl wie in dem Streben, ihr Bestes für diese Idee hinzugeben. Und so wie er denken alle die vielen Brudervereine, die sich in dem großen "Verband badischer Arbeiterbildungsvereine" zusammengeschlossen haben.

Der ABV Freiburg im Breisgau bietet seinen Mitgliedern: Vorträge mit und ohne Lichtbilder aus allen Wissensgebieten / Besichtigungen und Führungen / Lehrkurse / eine reichhaltige Bibliothek / Ausflüge / Familienabende mit künstlerischen Vortragsfolgen / gemeinsame Weihnachts- und andere Feiern / Veranstaltungen für die Kinder der Mitglieder / Konzerte seines Männerchors / billigere Eintrittskarten in das hiesige Stadttheater / Sterbekasse / Unterstützungskasse / eine Verbandszeitschrift mit Aufsätzen und Nachrichten über Brudervereine u. a. m.

Der Vereinsbeitrag, der halbjährlich erhoben wird, beträgt für das ganze Jahr 6.00 RM.

Mitglieder! Werbt weitere Mitglieder! Werbt vor allem auch für den Männerchor und die Sterbekasse, die schon so viel Gutes geschaffen hat.

Freiburg im Breisgau, 15. Dezember 1932

Der Vorstand

¹ Quelle: Stadtarchiv Freiburg.

Nr. 3

Tabelle 1: Die Vereine des Verbandes badischer Arbeiterbildungsvereine.

Ort	gegründet	Mitglieder des Gau- verbandes Badisches Oberland bis 1863	Beteiligung an Verbandstagen				Mitgliederzahl					Bestand noch
			23.7. 1865	12.7. 1868	22.8. 1869	1.1. 1865	1869	1870	1910	1912	1931	
1 Albrück 2 Binzgen 3 Bruchsal	1889		x						69 41	76 38		
4 Donaueschingen 5 Efringen-Kirchen 6 Elzach	1861 1. 4.1902				x x		90 21	70 28	277 55	276 69	x x	
7 Emmendingen 8 Engen 9 Fahnau	1864 1883	x		x	x x	?	49 45	24 25	160 49 154	200 70 172	x x	
10 Freiburg 11 Furtwangen 12 Gersbach	17. 2.1861 1862/63 1906	x x	x o	x x	x x	102 54	115 ?	182 54	500 162 40	572 183 40	x x	
13 Grunholz 14 Hasel 15 Heidelberg	April 1863		x		x		65	79	28 55 119 (?)	22 60 115	x x x	
16 Hoffenheim 17 Hornberg 18 Kandern	23. 2.1902 1888 (1863)	x	o			?			16 120	13 127	x x	
19 Karlsruhe 20 Kleinlaufenburg 21 Konstanz	10. 2.1862 1860		x x	x o	x x		229 50	267 49	553 277	702 63 291	x x x	
22 Lahr 23 Linkenheim 24 Löffingen	1. 2.1863	x		x	x	180	64 25	66 25	176 18 76	160 19 57	x x	
25 Lörrach 26 Luttingen 27 Mannheim	Febr. 1862 1891 1862	x	o x		x 1)	25	48	49	88 50 350	80 50 361	x x x	
28 Markdorf 29 Meßkirch 30 Mühlburg	1891								104 89	115 95	x x	
31 Müllheim 32 Neustadt 33 Niederhof	2. 3.1864 1861 1889	x x	x o	x o	x	27 50	79	34	185 169 76	181 207 105	x x x	
34 Oberkirch 35 Oeflingen-Brennet 36 Offenburg	März 1865	x	o	x x				65	58 65	44	x	

Fortsetzung auf S. 16

Fortsetzung Tabelle 1

Ort	gegründet	Mitglieder des Gauverbandes Badisches Oberland bis 1865	Beteiligung an Verbandstagen			Mitgliederzahl					Bestand noch 1931
			23.7.1865	12.7.1868	22.8.1869	1.1.1865	1869	1870	1910	1912	
37 Pforzheim	1862		x	x	x		605	540			x ²⁾
38 Pfullendorf									90	94	x
39 Radolfzell	1862						36	18	374	408	x
40 Säckingen	1869						120	121	262	273	x
41 Sandhausen	1.12.1892								176	176	
42 Schopfheim	16. 7.1862	x	x	o	x	40	?	19	142	182	x
43 Singen	1864								320	278	x
44 Staufeu	15.11.1863	x	o	x	x	50	50	79			
45 Stockach									78	74	x
46 St. Blasien											
47 St. Georgen	1890								169	196	x
48 Sulzburg	1. 1.1864	x	o			17			80	94	x
49 Tiefenstein	1896(?)						49	27	20	20	x
50 Tiengen							79	45	116	144	x
51 Todtnau											
52 Triberg					x		?	42	93	3)	
53 Überlingen	16. 4.1861				x		56	36	169	179	x
54 Villingen							120	82			
55 Vöhrenbach	(1862)	x				?	38	59	93	70	
56 Waldshut	15.10.1862	x	o	x	x	14	?	38	184	238	x
57 Wehr	1. 6.1877								220	225	x
58 Wiesloch	1862								294	308	x
59 Zell i. W.	26.12.1862	x	o	o	x	30	32	29	115	132	x
Vereine insgesamt		15	19	16	20 ⁴⁾		27	27	47 ⁵⁾	47	41 ⁶⁾

o = schriftliche Zustimmung ? = ohne Angabe

1 Mannheim war nach 1868 vorübergehend nicht Mitglied des Verbandes.

2 Nach dem Ersten Weltkrieg bestanden zwei Vereine in Vororten.

3 Der Verein verband sich 1912 mit einem Arbeiter-Gesangverein.

4 1869 wurden noch Vereine erwähnt in Edingen, Kenzingen, Rastatt, Waldkirch, aber ohne nähere Angaben.

5 Vor dem Ersten Weltkrieg gehörten drei württembergische Vereine dem Verband an: Spaichingen (1912: 150 Mitglieder), Schweningen (240), Stetten (50).

6 1931 bestanden außerdem noch Vereine in Dillweißenstein, Hausen-Reitbach, Hochsal, Mühlheim a. D., Neuenburg, Schönaui. W., Sigmaringen.

Nr. 4

Tabelle 2: Verbandstage seit 1869.

Datum	Ort	Vorort wird (bleibt)	vertretene Vereine	Delegierte	Verbandsvereine gesamt	Mitglieder gesamt
22. 8.1869	Freiburg	Pforzheim	23 ¹	93		
15. 5.1870	Villingen	Karlsruhe			28	2100
Sept. 1871	Konstanz ²	Stuttgart				
1. 1876	Stuttgart ³	Augsburg			(8	720)
2. 1877	Augsburg	"				
3. 1878	Mannheim	Stuttgart			(25	1845) ⁴
4. 1879	Konstanz	"				
5. 1880	München	Mannheim			(22	1772)
6. 1882	Lahr	"				
7. 1884	Ravensburg	"				
8. 1886	Freiburg	Freiburg	31	50		
9. 1889	Karlsruhe	"				
10. 1892	Schopfheim	Mannheim				
11. 1894	Säckingen				32	3805
12. 1896	Lahr	Lahr			33	3930
13. 1898	Freiburg	"				
14. 1901	Mannheim	"				
15. 1904	Müllheim	"				
16. 1907	Radolfzell	"				
17. 1908	Karlsruhe	"			46	
18. 1910	Lahr	Karlsruhe (seit 1911)			49	7500
19. 1913	Hornberg	Karlsruhe			51	8375
...						
27. 1929	Überlingen	Freiburg			49	9125
31.12.1932					52	7507

1 Und die Metallarbeiterschaft Heidelberg.

2 Verband südwestdeutscher Arbeiterbildungsvereine.

3 Verband süddeutscher Arbeiterbildungsvereine.

4 Davon 14 badische, 6 bayerische, 4 württembergische Vereine sowie Straßburg.

Tabelle 3: Berufe der unselbständigen Mitglieder von 22 Arbeiterbildungsvereinen 1869/70.¹ (Nicht alle Berufe sind erfasst, manche Angaben sind nicht vollständig.)

Nr. Verein (s. Tab. 1)	Schreiner	Schlosser	Buchbinder	Schuhmacher	Schneider	Schriftsetzer	Sattler	Tapezierer	Dreher	Bildhauer	Maler	Glaser	Blechner	Hutmacher	Metallgießer	Mechaniker	Gerber	Zimmerleute	Schmiede	Maurer	Schreiber	Gärtner	Uhrmacher	Mitglieder insgesamt
7 Emmendingen	1			8	7													2						24
10 Freiburg	34	12	4	8	8		9		7			12	3	19	9	8	7	6	6	9		1		182
11 Furtwangen	7				2									1										54
15 Heidelberg	4	5	4	11	4			4			8	2	2				2							79
19 Karlsruhe	29	25	10	15	29	10	5	8	5	4	6	3	6											267
21 Konstanz	6	2		8		2								1				7	1	6		20		49
22 Lahr	19			5	5	2				6				2			3	5				24		66
25 Lörrach				7	11						2		3							3		19		49
31 Müllheim	8			8	6	1	2				1		1	2						1		2		34
37 Pforzheim	14	19	3	12	12	2	1	1	13	1		2	12		5	13	1	2		1	2	2		540 ²
39 Radolfzell		1		3	8						1	1	1											18
40 Säckingen	6	1		7	6								1								9	3		45
42 Schopfheim		1		3	2						1								1					19
44 Staufen	5	3		2	6												3		2					79
49 Tiefenstein	die Hälfte Goldschmiede, sonst Handwerker und Landwirte																							27
51 Todtnau	30 Bürstenbinder, die übrigen 15 Schneider, Schreiner, Maurer, Schuhmacher																							45
52 Triberg		1		4	1									1				3						42
53 Überlingen				6	19								3	3										36
54 Villingen	12		1	3	2		1					1			6	1	7		2					82
55 Vöhrenbach	12			4	1		1			2				2				1	2					59
56 Waldshut	1	19		3	7			1											1	1				38
59 Zell i. W.	2			3	2						1		1	1		2								29
Sa.	160	88	23	130	139	17	19	14	25	13	20	21	33	31	21	24	23	26	15	21	11	8	73	1849

¹ Staatsarchiv Ludwigsburg, Rep. JL 1, Büschel 28.

² In Pforzheim waren außerdem: 256 Goldarbeiter, 103 Graveure, 15 Fasser, 34 weitere Schmuckarbeiter. Von anderen Berufen waren vertreten: 33 Posamentenre, 17 Fabrikaufseher, 11 Wagner, 9 Bäcker, 9 Metzger, je 5 Gipsler, "Musikanten", Messerschmiede, 3 Lackierer, je 2 Blumenmacher, Kutscher, Wirte.

Nr. 6

Tabelle 4: Statistik von 12 Vereinen des badischen Oberlandes im 1. Vierteljahr 1865.¹

Nr. Verein (s. Tab. 1)	Unterrichtsfächer	Vorträge	Bibliothek	Zeitschriften	genossenschaftliche Institutionen
10 Freiburg	Gesang, Buchführung, Rechnen, Zeichnen	ja	290 Bde., gut benutzt	12	Sparkasse (seit 28. 4. 1861)
11 Furtwangen	Gesang, Buchführung, Rechnen, Korrespondenz	ja	ja	4	Sparkasse
22 Lahr	Gesang, Buchführung	ja	350 Bde.	11	Sparkasse, Krankenkasse
25 Lörrach	Gesang		ja, gut benutzt	4	Sparkasse
31 Müllheim	Gesang (soll erweitert werden)	ja	äußerst schwach	4	Sparkasse
32 Neustadt	Gesang, Rechnen, Schreiben, deutsche Sprache	—	—	3	—
34 Oberkirch	ohne Angaben				
42 Schopfheim	Gesang	im Winter	100 Bde.	7	Krankenkasse, Sparkasse
44 Staufen	Gesang, Zeichnen, Rechnen, Schreiben	—	klein	3	—
48 Sulzburg	Gesang, Rechnen, Schreiben	ja	?	1	—
56 Waldshut	Gesang, Buchführung, Zeichnen	im Winter	—	4	Sparkasse (seit 1. 1. 1865)
59 Zell i. W.	Gesang, Rechnen, Zeichnen	ja	im Aufbau	5	Sparkasse

¹ Bebel-Archiv Berlin, Fasz. A 6, Nr. 154.

Tabelle 5: Statistik des Verbandes badischer Arbeiterbildungsvereine 1868-70.¹

Nr. Verein (s. Tab. 1)	wöchentliche Unterrichts- stunden 1868/69	Unterrichtsfächer (Teilnehmer) 1869/70	Vorträge		aus dem Verein hervorge- gangene Institute
			1868/69	1869/70	
4 Donaueschingen	6	Gesang, Gewerbeschule, Maß- und Gewichtsord- nung (alle)	jede Woche		Sparkasse
7 Emmendingen	2	Geschäftsaufsätze, Gesang (18)	12	1	?
8 Engen	3	Zeichnen (15-19)	?	8	—
10 Freiburg	6	Gesang (28), Schreiben (38), Buchführung (43)	jede Woche	jede Woche	Sparkasse, Speisegenossen- schaft, Krankenkasse
11 Furtwangen	?	Buchführung, Chemie, Me- chanik, Gesang, Gesund- heitslehre			
15 Heidelberg	7	Buchführung, Rechnen, Zeichnen, Gesang	9	23	Sparkasse, Krankenkasse, Gesangsverein
19 Karlsruhe	12	Schreiben (12), Rechnen (11), Buchführung (22), Zeichnen (9), Gesang (29), Französisch (19), Englisch (4), Deklamation nach Bedarf	32	jeden Montag	Sparkasse, Depositenkasse, Krankenkasse, Beteiligung am Konsumverein
21 Konstanz	6	Buchführung, Aufsatzlehre, Rechnen, Zeichnen, Ge- sang (12-29)	10	6	—
22 Lahr	4	Gesang (29), Rechnen (17), Schreiben (19), Zeichnen (6), Sprechkunde (unbe- stimmt)	—	—	Krankenkasse, Sparkasse
24 Löffingen	6	ohne Angaben			—
25 Lörrach	2	Gesang (16), Rechnen (19)	—	—	Krankenkasse, Sparkasse
31 Müllheim	3	Literatur (15), Turnen (15), Gesang (15), Diskussionen	jede Woche	—	Krankenkasse, Sterbekasse
36 Offenburg		Gesang	?	—	—

¹ Staatsarchiv Ludwigsburg, Rep. JL 1, Büschel 28.

Fortsetzung Tabelle 5

Nr. Verein (s. Tab. 1)	wöchentliche Unterrichts- stunden 1868/69	Unterrichtsfächer (Teilnehmer) 1869/70	Vorträge		aus dem Verein hervorge- gangene Institute
			1868/69	1869/70	
37 Pforzheim	16	Zeichnen und Modellieren (8), deutsche Sprache und Aufsatz (2), Dezimalrechnen (7), persönliches Rechnen (19), Schreiben (19), Buchführung (16), Französisch (12)	26	15	Konsumverein, Lehrlings- halle, Krankenkasse, Ge- werkverein der Goldarbei- ter, Produktivgenossen- schaft der Etuiarbeiter
39 Radolfzell	5	Gesang (8), Zeichnen (6), Rechnen (6), Schreiben (6)	(Vergnügen)		—
40 Säckingen	?	Gesang (24)	?	jede Woche	—
42 Schopfheim	?	Schreiben (5)	?	—	—
44 Staufen	6	Buchführung (8), Zeichnen (19), Gesang (19)	—	—	—
49 Tiefenstein	2	Gesang (18)	1	—	Krankenkasse
51 Todtnau	?	Gesang (12)	?	—	Gesangverein
52 Triberg	?	Gesang (29), Rechnen (19), Lesen (19), Schreiben (19)	?	5	Sparkasse
53 Überlingen	?	Gesang (19), Buchführung (24), Rechnen (29), Geo- metrie, Deklamation	?	verschie- dene	—
54 Villingen	?	Buchführung (18), Rech- nen (18), Gesang (17)	?	1	—
55 Vöhrenbach	?	Kaufmännische Buchfüh- rung (29), Gesang (12)	?	—	—
56 Waldshut	?	Schreiben (12), Rechnen (12), Aufsätze (12), Zeich- nen (6), Gesang	?	13	Sparkasse, Krankenkasse
59 Zell i. W.	5	Rechnen (19), Gesang (12)	—	Diskus- sion	Sparkasse, Krankenkasse

Tabelle 6: Die Verbandsvereine 1909/10.¹

Ort	Verein	Mitglieder-Zahl	Vorstand	Auszahlungsstelle der Wanderunterstützung	Jahresbeitrag	Unterrichtsstunde	Porträge	Krankengeld	Bemerkungen
1.	Alsbred	69	Anton Studinger, Betriebsassit.	Joh. Jegge	3,60	—	3	150	
2.	Binzgen	41	Fr. Baumgartner, Seiler	beim Vorstand	2,40	Musik	2	70	
3.	Donauersingen	277	Anton Straub, Hafnermstr.	Karl Lang, Schuhfabrikant	2,40	Singen	4	324	
4.	Elzach	55	Fr. Bed, Kammerfegermstr.	Ost. Haufer, Malermeister	4,20	Singen	—	alle	
5.	Emmendingen	160	Emil Hirsch, Kaufmann	beim Vorstand	3,60	—	1	320	
6.	Engen	49	K. Zimmermann, Schneidermstr.	Fr. Bucher, Schneidermeister	—	—	1	55	
7.	Fahrenau	154	Karl Bürger, Fabrikarbeiter	Portier bei Gehr. Kraft	5,40	Schönchreiben	1	333	
8.	Freiburg	500	Prof. Dr. Gutheim	Löwenstraße 16	6,00	Rechnen, Singen, gewerbli. Buchf.	8	62	Krankenkassenbeitrag, je nach Bedarf 1—2 Mk. Die Mitgl. dürfen auf Kosten des Vereins die Unterrichtsstunde der Gewerbeschule besuchen. Vierteljährl. Vereinsmitteilungen.
9.	Furtwangen	162	Ost. Ketterer, Fabrikant	Rud. Scherzinger, Uhrmacher	3,00	Singen	2	400	
10.	Gersbach	40	Gabr. Deiß, Schneider	Gottf. Fr. Blum	3,00	—	—	alle	
11.	Grunholz	28	Friedr. Rüh, Fabrikarbeiter	beim Vorstand	2,40	—	—	—	
12.	Hafel	55	Adolf Greiner, Maurermstr.	Alb. Kuttiger	3,00	—	1	70	
13.	Heidelberg	19	Gg. Herrigel, Oberlehrer	W. Jakob, ig., Drehermstr.	5,40	Buchführung, Singen	8	250	
14.	Hofenheim	16	H. Hirsch, Gemeindevorsteher	Willy. Gibert	2,40	—	—	—	25 Diskussionsstunden 3 Diskussionsabende.
15.	Hornberg	129	Herrn. Hildebrand, Kaufmann	K. Jung, zum Schützen	3,60	—	2	347	
16.	Karlsruhe	553	Rechtsanwalt D. Heinsheimer	Wilhelmstr. 14	6,00	Turnen, auch für weibl. Mitglieder Singen, Buchf., Korresp., Schreib. (Zirkuläre) Rechnen, Stenogr. Maschinenstr. 101. Kriegsgewerbe. Französl. i. Volkssch. über 12 Jahre.	22	1190	Diskussionsabende öfters (i. gebt. Jahresb.) Vierteljährl. Vereinsmitteilungen.
17.	Konstanz	277	Joh. Heinemann, Bauunterneh.	Hüllinstr. 8, a	6,00	Singen, Buchführ., Schönchreib.	1	451	
18.	Lahr	176	Gg. Heimbürger, Kaufmann	Julius Tröndle, Schreinerstr.	4,80	Singen u. Buchführung	1	215	
19.	Lindenheim	18	Willy. Pfannenbörger, Steindr.	Brauerei G. Riß	2,40	Rechnen	—	—	Pfennigsparskasse: 223 Mk. Einl.
20.	Löffingen	76	Rob. Willmann, Bauunterneh.	Kassier Maier	2,40	—	1	100	
21.	Lörrach	88	Aug. Kraus, Fabrikstr.	Karl Ludin, Luisenstr. 10	4,80	Singen	1	178	
22.	Lutzingen	50	F. Frider, Landwirt	Kassier Wiederlehr	2,40	—	1	—	Sterbegehalt 40 Mk.
23.	Mannheim	350	Karl Frant, Kaufmann	P. Steinmann, Rheinhauserstr. 4	8,40	Schönchreib., Buchführung, Singen, Vorkurs-Aufgabe, Stenographie, Französl. Zeichnen.	7	472	Diskussionsabende
24.	Marldorf	104	Joh. Ad. Immenhofen	Joh. Gulbin, Sattlermstr.	2,40	—	—	117	
25.	Mehlich	89	Rechtsagent M. Blum	Ad. Fröhlich zur Traube	2,40	Singen	2	115	
26.	Mühlheim	185	G. Herrmann, Buchdrucker	Rob. Maupp, Friseur	2,40	—	2	375	
27.	Neustadt	169	E. Klein, Professor	Gasthaus z. Engel	3,60	—	3	200	
28.	Niederhof	76	Josef Kunt, Färber	Willy. Schmidt, Schuhmacher	2,40	—	1	250	
29.	Oeflingen-Brennet	58	Kilian Herzog, Färber	Jos. Morath, Dosenfabrik	6,00	—	3	118	
30.	Pfundersdorf	90	Jacob Strobel, Wagner	Gottf. Riech, Hafnermstr.	2,40	Singen und Buchführung	1	300	
31.	Radolfzell	374	Augustin Hirling, Zimmermstr.	Edm. Müller, Buchbinder	3,00	Singen, Buchführung, Tanz	2	820	Krankenkassenbeitrag 40 Pfg. monatlich im Durchschnitt (2 Klassen)
32.	Säckingen	262	Jos. Reichmann, Schlossermstr.	Luido Reichmann, Kaufmann	3,00	Singen	1	687	
33.	Sandhausen	176	Martin Köhler VI.	Goldener Hirsch	1,20	—	1	55	Krankenkassenbeitrag durchschnittl. 15 Pfg. (2 Klassen)
34.	Schopfheim	142	Ernst Bechtel, Kaufmann	Alb. Salath, Blechermstr.	4,50	—	—	196	
35.	Schwenningen	210	J. Schenker-Benzing, Kaufm.	Haufer, Eisenbahnstr. 1299	3,00	Singen	1	300	
36.	Singen	320	Heinrich Adolf, Hauptlehrer	Kassierstr. 8	3,60	Singen u. Buchführung	2	237	Krankenkassenbeit. durchschnittl. 45 Pfg. monatlich 2 Klassen
37.	St. Georgen	169	Gewerbeschulvorstand Heim	Andreas Werle	3,60	Singen	1	996	
38.	Stetten	40	Alphons Lang, Instrumentenm.	beim Vorstand	1,50	—	2	alle	
39.	Studach	78	H. Steinmann, Maschinenchl.	Brauerei Stengle	3,00	—	1	337	
40.	Sulzburg	80	Karl Schick, Glaserstr.	Gasthaus z. Neßhof	3,00	—	1	165	
41.	Tengen	116	Joh. Binkert, Zimmermstr.	Aug. Straußhaar, Schmiedmstr.	3,60	Singen, Buchführung	1	100	
42.	Tiefenbach	20	Joh. Weiß, Gastwirt	Gasth. zum Löwenbräu	4,80	—	—	alle	Krankenkassenbeit. 30 Pfg. monatlich
43.	Triberg	93	Anton Tränkle, Fabrikant	Stefan Hag, Kassier	3,60	Singen	—	700	
44.	Ueberlingen	160	Mich. Reijig, Restaurateur	Restaurations z. deutschen Kaiser	3,60	Rechnen, Singen, Zeichnen	3	57	Krankenkassenbeitrag durchschnittl. 30 Pfg. monatlich, in 2 Klassen
45.	Wöhrenbach	93	E. H. Ketterer, Gastwirt	Gasthof zum Engel	1,50	—	2	358	
46.	Waldshut	184	Stefan Stark, Glaser	Fr. Stöck, Tapezier	3,00	—	2	620	
47.	Wehr	220	Gust. Hirschl, Kattschreiber	Schneidermstr. Meißler	3,60	Rechnen	1	245	Krankenkassenbeit. jährl. 5 Mk.
48.	Wiesloch	294	Rechtsanwalt Dr. Illmer	Joh. Schmitt, Krankenhausst.	2,40	Rechnen, Singen, Buchführung	7	420	
49.	Zell i. B.	115	Friedr. Münzelmann, Schuhmstr.	beim Vorstand	6,00	—	—	120	Krankenkassenbeitrag

OTTO RÜHLE ALS POLITISCHER THEORETIKER

2. Teil*

Von Friedrich Georg Herrmann

XI

VERSUCH DER NEUORIENTIERUNG

A. Marxismus mit Adlerfedern

Rühles praktisches Interesse war in den folgenden Jahren auf den Aufbau proletarischer Kindergruppen gerichtet.¹ In seiner theoretischen Arbeit versuchte er eine Synthese zwischen Marxismus und Individualpsychologie zu erreichen. Neben seiner Herausgebertätigkeit² und der Veröffentlichung von sozialpädagogischen Artikeln in den von ihm redigierten Zeitschriften sind drei größere Werke zu nennen, die in dem Zeitraum von 1927 bis 1930 publiziert wurden.³ Seine 1927 veröffentlichte Marx-Biographie, die stark psychographische Züge trägt, versucht die Herausbildung der Marxschen Theorie im Zusammenhang mit Marx' persönlicher Entwicklung darzustellen. Seine Begründung erhält dieses Unterfangen dadurch, daß Rühle es für notwendig hält, daß der gemeinschaftsfähige Mensch – und nur jener sei in der Lage, den Klassenkampf selbständig zu führen – nicht nur das Werk, sondern auch den Menschen sieht, der es schuf. Weil die Träger der kommenden proletarischen Revolution über Selbstbewußtsein und Eigeninitiative verfügen müssen, können sie es sich auch gestatten, in Marx einen Menschen mit all seinen Schwächen zu sehen. Denn die Theorie wird für sie erst dann in ihre eigene Realität umsetzbar, wenn sie sie vom Flair der Unangreifbarkeit befreit haben. Der Vulgärmarxismus habe die geschichtliche Entwicklung unter dem Aspekt der Entwicklung der Dinge betrachtet. Die objektive Reife der deutschen Revolution und ihre subjektive Schwäche lenke den Blick aber wieder auf den eigentlichen Kern der Marxschen Theorie: die Tätigkeit des konkreten Menschen.⁴

Die Rezeption der Marxschen Theorie, wie sie in diesem Buch geschieht, zeigt ein spezifisches Verhältnis von Theorie und Realität im Verständnis von Rühle, damit aber zur marxistischen Theorie selbst. Diese sei nicht eine allgemein gültige Handlungsanweisung, wie es bei anderen Theoretikern zu lesen ist, sondern eine Wissenschaft, die, zumal nur in ihrer Spezifikation aussagekräftig,⁵ Ausdruck

* Teil 1 dieses Aufsatzes, der als Diplomarbeit im Sommer-Semester 1972 am Fachbereich Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin (Lehrstuhl Professor Kotowski) entstand, ist in Heft 17 der *IWK* (Dez. 1972), S. 16-60, erschienen.

1 Lutz von Werder und Reinhard Wolff (Hrsg.), *Otto Rühle: Zur Psychologie des proletarischen Kindes*, Frankfurt/M. 1969, S. 215. Rühle trat nicht in die SPD ein, wie von der DDR-Literatur, aber auch von Hans Manfred Bock, *Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 - 1923*, Meisenheim 1969, S. 440, behauptet wird. Wir halten uns dabei an die Angaben von Gottfried Mergner (Hrsg.), *Otto Rühle: Schriften. Perspektiven einer Revolution in hochindustrialisierten Ländern*, Reinbek b. Hamburg 1971.

2 Rühle gab in Dresden 1924 - 1926 die pädagogische Zeitschrift *Am anderen Ufer. Blätter für sozialistische Erziehung* und 1926 - 1927 *Das proletarische Kind. Monatsblätter für proletarische Erziehung* zusammen mit seiner Frau Dr. A. Gerstel-Rühle heraus.

3 *Karl Marx. Leben und Werk*, Hellerau 1927. – *Die Revolutionen Europas*, Dresden 1927, 3 Bände. (In Otto Rühle, *Baupläne für eine neue Gesellschaft. Mut zur Utopie*, hrsg. von Henry Jacoby, Reinbek b. Hamburg 1971, S. 246, werden vom Hrsg. nur 2 Bände vermerkt.) – *Illustrierte Kultur- und Sittengeschichte des Proletariats*, Bd. 1, Berlin 1930, Neuausgabe Frankfurt/M. 1971.

4 "Der Vulgärmarxismus, der das Schwergewicht der Entwicklung im Mechanismus der Dinge sah, muß zurückweichen vor einem gewandelten und vertieften Marxismus, der das Schwergewicht in der Aktivität der Menschen sieht." *Karl Marx. Leben und Werk* . . . , S. 468.

5 "Es gibt für den Marxisten keinen 'Marxismus' im allgemeinen . . ." Karl Korsch, *Why I am a Marxist* (1934), in: *Sozialistisches Jahrbuch*, Nr. 2, Berlin 1970, S. 7. Korsch leistete damit als erster eine theoretische Kritik an jenem Marxismusverständnis, das vor allem im Marxismus-Leninismus enthalten ist und in der Marxschen Theorie eine verallgemeinerbare Anleitung zum praktischen Handeln zu finden glaubt, dabei aber die historische Bedingtheit wie besonders auch ihre theoretische Eigenheit unterschlägt: "Der Marxismus ist nicht allgemein, sondern spezifisch." *A. a. O.*, S. 8.

der realen Bewegung selbst ist. Der Marxismus sei für die Arbeiterklasse bei der Durchführung der proletarischen Revolution ein bedeutendes Hilfsmittel, nicht aber eine unabdingbare Voraussetzung. Die Bedeutung des Werkes von Marx liege somit auch nicht darin, daß ein großer Mann eine große Idee formuliert habe, sondern daß "Marx in einem historisch entscheidenden Zeitpunkt seine Lehre dem Proletariat als Vehikel seines historisch notwendig gewordenen Aufstiegs zur Verfügung stellte".⁶ Der Inhalt der Marxschen Theorie könne, an das Proletariat gerichtet, so formuliert werden: "Du brauchst keine neuen Ideen auszubrüten, keine Projekte zu machen, keinen Zukunftsstaat zu erfinden. Es gilt nicht 'die Welt dogmatisch zu antizipieren'. Du brauchst nur ins Werk zu setzen, was sich unter deinen Augen und Händen vorbereitet. Das Mittel hierzu ist der unablässige, konsequente, zielklare Klassenkampf, der seine Krönung findet im Sieg der sozialen Revolution."⁷ Weil Rühle die Funktion der marxistischen Theorie in dieser Weise bestimmt, ist es ihm auch möglich, die im Namen des Marxismus gemachten Revolutionen gegebenenfalls als bürgerliche zu begreifen, ohne die marxistische Theorie aufgeben zu müssen.

Die Darstellung der Marxschen Theorie erfolgt bei ihm durch ausführliches Zitieren, eine Methode, die auch in seinem später erscheinenden "Kapital"-Buch Anwendung finden wird.⁸ Die Entwicklung der Marxschen Theorie wird dabei als kontinuierliche gesehen, von den frühen Schriften⁹ bis hin zu den drei Bänden des "Kapital". Diese Behauptung einer Kontinuität im Marxschen Werk ist deshalb erwähnenswert, weil sie verhindert, was für die Sowjet-Marxologie charakteristisch werden sollte: die Eliminierung des in den frühen Schriften von Marx explizit formulierten revolutionären Humanismus.¹⁰ Erst durch diesen aber wird Marxismus zu dem, was er sich selbst als Anspruch setzt: Theorie einer Bewegung zu sein, die sich zum Ziel gesetzt hat, "alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist".¹¹

Es war nicht die Rezeption der Marxschen Theorie, die die wütende Kritik hervorrief.¹² Es waren jene Passagen über die Persönlichkeit von Marx, die die Vertreter derjenigen politischen Gruppierungen auf den Plan riefen, denen jede Kritik an der Person Marx als Heiligenschändung gilt. Besonders der ehemalige Kollege Rühles aus der Wanderlehrerzeit bei der SPD, Hermann Duncker, der bei der KPD organisiert war, ließ an diesem Buch keine positive Seite. Da Rühle nach seiner Auffassung "an das Geisteswerk Marxens nicht heran" könne,¹³ müsse er die Person Marx verunglimpfen, um seinen eigenen "unerhört schwere[n] Minderwertigkeitskomplex"¹⁴ zu kompensieren. Verunglimpfung ist für Duncker die Methode, mit der Rühle die Entstehung der Marxschen Theorie auch auf dem Hintergrund der charakterlichen Konstitution und der finanziellen Schwierigkeiten Marxens zu erklären versucht. Eine besondere Rolle spielt in Rühles Augen das bei Marx vorhandene Minderwertigkeitsgefühl, das von seiner jüdischen Herkunft, seiner Anfälligkeit für Krankheiten und dem von ihm nicht erfüllbaren Leistungsdruck, den sein Vater auf ihn ausübte, herrührt. Dieses Minderwertigkeitsgefühl setzte sich dann um in Eigenschaften, die eine positive Beurteilung der Person Marx, wie

6 Karl Marx, *Leben und Werk* . . . , S. 466.

7 Ebd.

8 *Das Kapital. Kurzausgabe*. Mit einer kritischen Einführung in den Marxismus von Sebastian Frank, Offenbach 1949. Vgl. Kapitel XIII, A dieser Arbeit.

9 Da die Veröffentlichung der Marxschen Frühschriften erst relativ spät erfolgte – die *Ökonomisch-philosophischen Manuskripte* erschienen erst 1932 in deutscher Sprache –, sind mit frühen Schriften *Die deutsche Ideologie*, *Die heilige Familie* und die Arbeiten aus den *Deutsch-Französische[n] Jahrbücher[n]* gemeint.

10 Zur politischen und theoretischen Implikation der Kontinuitätstheoretischen Interpretation der Marxschen Theorie vgl. Ernest Mandel, *Entstehung und Entwicklung der ökonomischen Lehre von Karl Marx*, Frankfurt/M. 1968, Kapitel 10, S. 173 f.

11 Karl Marx, *Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie*, Einleitung, in: *MEW*, Bd. 1, S. 385.

12 Aufgrund der Theorierezeption wird Rühles Buch 1928 von Bert Brecht auf die Frage eines Reporters nach den vier lesbarsten Büchern des Jahres sogar sehr lobend hervorgehoben. Auf die Frage des Reporters antwortet Brecht: "Rühles Marx-Biographie wegen ihrer klaren Darstellung einer großen Lehre." Bert Brecht, *Gesammelte Werke in 20 Bänden*, Frankfurt/M. 1967, Bd. 18, S. 65. Vgl. auch Kapitel XIII dieser Arbeit.

13 Hermann Duncker, *Eine Marxschändung*, in: *Die Linkskurve*, Jg. 2 (1930), H. 1, S. 21.

14 Hermann Duncker, *Marx, Rühle und die 'Weltbühne'*, in: *Die Linkskurve*, Jg. 2 (1930), H. 3, S. 26.

bei der geschilderten Auseinandersetzung mit Bakunin deutlich wird, nicht zulassen, zur Erstellung seines großen Werkes aber notwendige Voraussetzungen waren: "Er mußte von einem ungeheuren Ehrgeiz gepeitscht, von unerträglicher Selbstsucht gestachelt, von einem qualvollen Minderwertigkeitsgefühl Tag und Nacht zu Höchstleistungen angespornt sein. Denn anders wäre es ihm nicht möglich gewesen, seine geniale Leistung zu vollbringen."¹⁵

Die Kritik, die Duncker leistet, ist selbst unter aller Kritik. Auf sie länger einzugehen, würde ihr eine Ehre antun, die sie nicht verdient. Um den Stil der politischen Auseinandersetzung in jener Zeit zu charakterisieren, soll nur das abschließende Urteil Duncckers über Rühles Buch wiedergegeben werden: "Genug – keine faschistische Sudelküche hat jemals ein giftigeres Anti-Marx-Gericht zubereitet, als es hier Rühles findigen Händen gelungen ist."¹⁶ Auch bei nachfolgenden Neuauflagen sollte dieses Buch, das oft als ein Vorläufer späterer Marx-Psychographien verstanden wird,¹⁷ keine große Zustimmung erhalten.¹⁸ Es hat die endgültige politische Isolierung Rühles zur Folge.¹⁹

Seine Bücher finden in der Folgezeit nur wenig Beachtung. In seinem zweiten größeren Werk aus diesen Jahren, "Die Revolutionen Europas",²⁰ versucht Rühle Geschichte 'von unten' zu schreiben, indem er die Lebenssituation historischer Gestalten als Erklärungshintergrund ihrer geschichtlichen Wirksamkeit mit einbezieht. Das Buch erhält keine positive Beurteilung. Im letzten Abschnitt des dritten Bandes versucht Rühle die im Verlauf der Darstellung der bürgerlichen Revolutionen im Detail herausgearbeiteten psychischen Faktoren in Form einer systematisierenden Verallgemeinerung zu einer psychologisch untermauerten Geschichtstheorie zusammenzufassen.

Ist der Ausgangspunkt dieser Theorie auch noch die Theorie der materialistischen Geschichtsschreibung, die einerseits den 'Sinn der Geschichte' aus dem Bedürfnis nach "Sicherung im Sinne privatwirtschaftlicher Bedingungen" erklärt,²¹ andererseits vom Geschichtsschreiber Parteilichkeit fordert,²² so fällt bei der Charakterisierung der verschiedenen Stufen der bürgerlichen Revolutionen, die im Anschluß erfolgt, deren kategorialer Apparat zugunsten des der Psychologie unter den Tisch. Die Revolution durchschreitet eine kompensatorische, eine überkompensatorische und eine Sicherungsphase; ihre Antriebsmomente resultieren aus dem dem 'Helden' eigenen Unsicherheitsgefühl und der sich bei den Massen zeigenden Massenneurose. Die Reihenfolge des Phasenablaufes sei im Prinzip für jede Revolution gegeben, wenngleich, je nach historischer Situation, Verschiebungen möglich sind. "Auch die proletarische Revolution wird mutmaßlich in der ersten Phase ihres Verlaufs noch an Gesetzen orientiert

15 Karl Marx, *Leben und Werk* . . . , S. 469.

16 Hermann Duncker, *Eine Marxschändung* . . . , S. 22.

17 Vgl. Arnold Künzli, *Karl Marx. Eine Psychographie*, Wien/Frankfurt/Zürich 1966, S. 498 ff., wobei allerdings die Qualität des Rühleschen Buches nicht allzu hoch eingeschätzt wird.

18 Auch seine früheren Kampfgefährten um *Die Aktion* beurteilen die Schrift sehr negativ. Vgl. *Die Aktion*, Jg. 18 (1928), H. 4/5, Sp. 99 ff. Vgl. auch Arnold Künzli, *Karl Marx* . . . , S. 499. – Paul Mattick, *Otto Rühle und die deutsche Arbeiterbewegung* (1945), in: Otto Rühle, *Von der bürgerlichen zur proletarischen Revolution*, Neuausgabe Berlin 1970, schreibt dazu: "In seiner Marxbiographie wandte Rühle sein neues sozio-psychologisches Konzept des Marxismus an, was aber dazu führen mußte, die Tendenz zu verstärken, einen verharmlosten Marxismus der kapitalistischen Ideologie einzuverleiben." (Der Aufsatz von Mattick hat keine Seitenzählung. Wir führen daher die Numerierung der Arbeit von Rühle fort. Zitat auf S. 100.) – Vgl. auch Arnold Petersen, *Daniel De Leon: Social Architect*, Bd. 2, New York 1953, S. 266 ff.

19 Gottfried Mergner, *Otto Rühle: Schriften* . . . , S. 215.

20 Das Werk beginnt mit der Geschichte des Germanischen Reiches und endet mit der Darstellung der russischen Revolution. Band 3 enthält als Anhang ein Kapitel mit der Überschrift "Vom Sinn der Revolution", auf das wir näher eingehen werden.

21 *Die Revolutionen Europas* . . . , Bd. 3, S. 280.

22 "Wir bekennen uns zur Parteilichkeit, weil wir in Wissenschaft, Kunst, Religion, Ethik usw. immer nur Mittel zur Sicherung der Interessen einer Klasse gegen die andere sehen Das richtig verstandene Sicherungsinteresse gebietet dem Proletariat . . . , die Geschichte . . . mit den Augen des Klassenkämpfers zu betrachten . . . , ihre Lehren durch die Praxis des Klassenkampfes in die lebendige Tat umzusetzen." *A. a. O.*, S. 282.

sein, die aus der bürgerlichen Revolution stammen Da es aber nicht Zweck und Sinn der proletarischen Revolution ist, die Herrschaft einer neuen Klasse zu proklamieren, muß die zweite Phase dieser Revolution nach anderer Gesetzmäßigkeit verlaufen."²³ Da nicht mehr spezifische, sondern allgemeine Interessen die Richtung der Revolution bestimmten, würde damit die "Sicherungstendenz des Menschheitsganzen" in den "Rahmen der biologischen Notwendigkeit zurückgeführt". "Sie wird Kompensation in ihrer Totalität."²⁴

Auch werde der Träger der proletarischen Revolution nicht mehr der 'Held' sein, der kraftvolle Einzelleistungen vollbringe, sondern der Gemeinschaftsmensch. Damit der Gemeinschaftsmensch, der sich gegen das bürgerliche Individuum setzt, zum Träger der Revolution werden könne, sei es weiterhin notwendig, daß der Einzelne "die Struktur des Charakters bereits intellektuell als Korrelat der historischen Epoche und ihrer spezifischen Sicherungsmechanismen erkannt und zweitens sich in seiner Beziehungsfähigkeit durch ein Training der Ermutigung zur Gemeinschaft bereits auf die neue Charakterhaltung eingestellt" habe.²⁵ Die Sozialistische Gesellschaft verlange den neuen Menschen; er ist ihr Produkt und ihre Voraussetzung zugleich: "Nur wer auch seelisch zu der neuen Menschwerdung gelangt ist, zu der die Revolution die ökonomischen und sozialen Bedingungen freisetzt, bringt die Voraussetzungen mit, die ihn zum aktiven und konkreten Erlebnis der neuen historischen Wirklichkeit befähigen."²⁶ Die proletarische Revolution erfordere den aktiven, den beziehungsfähigen Menschen. An die Stelle der bewußtlosen Existenz des Einzelmenschen setzt sie den bewußt handelnden Mitmenschen. Sie zerbricht den Entfremdungszusammenhang der bisherigen "Vorgeschichte der Menschheit".²⁷ "Die Proletarische Revolution stellt den verlorenen Sinnzusammenhang zwischen biologischer Zweckmäßigkeit, soziologischer Möglichkeit und psychologischer Zielstrebigkeit wieder her."²⁸ Sie ist der Beginn der Geschichte.

Dieser Versuch einer psychologischen Geschichts- und Revolutionstheorie ist unseres Erachtens unter anderem erklärbar aus der tiefen Resignation, in der sich viele Kommunisten und Sozialisten befanden, soweit sie nicht blind gegenüber der Wirklichkeit waren. Nicht nur die deutsche Revolution war gescheitert, sondern mit ihr auch alle Versuche, die in ihr realisierten Ansätze radikaler emanzipatorischer Bewegung bei den Arbeitermassen zu erhalten. Das Ende der Weimarer Republik sah auf den Straßen die Knüppelhorden der Nazis, die genau jenen Menschentypus benötigten, dessen Aufhebung Ziel der jahrelangen Anstrengungen der linken Kommunisten um Rühle und Pfemfert gewesen war. Der Erfolg der unermüdlichen Agitations- und Organisationsbereitschaft stellte sich im Gegenteil des erwünschten Zieles dar. Die Parolen und Aufrufe der kommunistischen Gruppierungen waren den konkreten Bedürfnissen der Menschen äußerlich geblieben. Mehr noch: Zwischen der Kommunistischen Partei Deutschlands und den Nationalsozialisten schien sich immer mehr eine heimliche Komplicenschaft abzuzeichnen. So sehr sie sich auch ideologisch befehdeten, so stützten sie sich doch beide auf denselben autoritären Menschentypus und halfen damit, ihn zu erhalten und mit ihm die Gesellschaft, die ihn hervorbrachte. Je stärker diese beiden großen politischen Strömungen an das Irrationale im Menschen, an seine verborgenen Ängste, seine uneingestanden Hoffnungen und seine deformierten Bedürfnisstrukturen appellierten und es verstanden, diese auch noch als Faktoren für ihre Politik zu funktionalisieren, desto mehr trat das Einzige in den Hintergrund, das noch eine Barriere gegen den Faschismus hätte darstellen können: der zur Bewußtwerdung und Artikulation seiner Interessen fähige Mensch. Vom emanzipatorischen Impuls revolutionärer Bewegung zu Beginn des Jahrzehnts war nur noch sein Dunstbau geblieben.

Aber die Erklärung einiger Ereignisse eines historischen Prozesses mit Hilfe psychologischer Kategorien rechtfertigt noch nicht eine Theorie der Revolutionen, die sich auf den Begriffs- und Methodenapparat der Psychologie schwerrangig stützt. Schon deshalb nicht, weil eben dieser Begriffsapparat

23 *Die Revolutionen Europas* . . . , Bd. 3, S. 288.

24 *A. a. O.*, S. 288 f.

25 *A. a. O.*, S. 289.

26 *Ebd.*

27 *Ebd.* Der Begriff 'Vorgeschichte' stammt von Marx und meint die historischen Phasen, in denen sich die Geschichte des Menschen noch 'hinter seinem Rücken' vollzieht. Das Ende der 'Vorgeschichte' ist gleich dem Beginn des sozialistischen Zeitalters, in dem die Menschen ihre Geschichte bewußt gestalten.

28 *Ebd.*

am Individuum entwickelt worden ist, das subjektive Versagen der Menschen dagegen in einer revolutionären Situation nur aus dem Zusammenhang von objektiver Situation und menschlicher Konstitution erklärbar ist. Trotz des unseres Erachtens richtigen Ansatzes, die Geschichte auch durch das Einbeziehen des konkreten Menschen mit all seinen Schwächen ihres Charakters der Naturgesetzmäßigkeit zu berauben, scheint uns der Rühlesche Versuch im ganzen mißlungen.²⁹ Georg Lukács veröffentlichte 1929 eine Besprechung dieses Buches, in der er nicht nur kritisiert, daß die Darstellung "gerade im Wirtschaftlichen ganz oberflächlich" sei,³⁰ sondern vor allem auch die psychologische Erklärungsmethode verurteilt: "Letzten Endes bedeutet diese 'neue wissenschaftliche Methode' nichts anderes als einen Neuaufguß der uralten Verleumdungskampagne der herrschenden Klassen gegen große Gestalten der Revolution . . . Das ist wirklich eine oberflächliche Literatenhaftigkeit schlimmster Sorte."³¹

B. Staatskapitalismus – eine Rettung aus der Krise ?

Als Rühle 1929 von einem Reporter gefragt wurde, ob es nicht besser sei, in der KPD zu arbeiten, als sich gar nicht politisch zu betätigen, antwortete er darauf: "Aber meine Reden würden sinnlos sein, meine Schriften wertlos, ließe ich mir ihren Inhalt vorschreiben, und dies obendrein von Leuten, die zwar glauben, im Dienst einer sozialistischen Neuordnung zu stehen, denen die Geschichte aber auf die Stirn geschrieben hat, daß sie eines Tages ebenso eifrig die Zitate Marxens und Lenins im Dienste der Gegenrevolution sammeln werden."³² Die politische und persönliche Integrität Rühles, die in diesen Sätzen zum Ausdruck kommt, setzt sich um in Kompromißlosigkeit und Radikalität in der theoretischen Arbeit, die auch bereit ist, sich in unorthodoxen Bahnen zu bewegen.

Die politische Isolierung Rühles, in die er nach Publizierung seiner Marx-Biographie geraten war, erweist sich als selbstgewählte. Die Diskrepanz zwischen der Gewißheit, daß sich die Geschichte auf den Sozialismus zubewegt, und der Einsicht in die politische Ohnmacht der proletarischen Bewegung prägte seine letzte Schaffensperiode. Daß diese Spannung ihn nicht zur Resignation trieb, sondern zu einer Vertiefung seiner theoretischen Fragestellungen, macht ihn erst wirklich zum Theoretiker der proletarischen Revolution. Weil er einer der wenigen war, die erkannt hatten, daß die traditionelle Arbeiterbewegung auf dem Schutthaufen der Geschichte gelandet war, und weil er auch bereit war, aus dieser Einsicht die notwendigen Konsequenzen zu ziehen, war er als einer der ersten in der Lage, Elemente einer sozialistischen Neuorientierung zu konzipieren.³³

Der sich in Europa etablierende Faschismus wird von Rühle nicht einfach als ein Mittel der Konterrevolution zur Verhinderung einer drohenden Revolution interpretiert,³⁴ sondern als eine Phase der historischen Entwicklung verstanden, die den Endpunkt der kapitalistischen Gesellschaft signalisiert. Der Versuch, den Faschismus aus der immanenten Logik der kapitalistischen Produktion zu erklären,

29 Aktuellere Versuche der Verschmelzung von Psychoanalyse (also nicht Individualpsychologie wie bei Rühle) und Marxismus finden sich z. B. bei Herbert Marcuse und Peter Brückner. Bei beiden hat aber die Psychoanalyse die Funktion einer ergänzenden Wissenschaft.

30 In: *Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung*, hrsg. von Carl Grünberg, Leipzig, Jg. 14 (1929), Bd. 14, S. 161.

31 A. a. O., S. 162.

32 Zitiert bei Sebastian Frank, *Soziologie der Freiheit. Otto Rühles Auffassung vom Sozialismus. Eine Gedenkschrift*, Ulm 1951, S. 12. Zuvor heißt es: "Was könnte ich mehr tun als reden, lehren, schreiben. Kein Redner in Deutschland spricht mehr Stunden vor mehr Hörern im Laufe eines Jahres." Die Möglichkeiten politischer Praxis sieht Rühle für sich als sehr begrenzt an.

33 Als herausragende Arbeiten jener Zeit, die eine ähnliche Intention vertraten, müssen die Schriften des ehemaligen KPD-Mitgliedes Wilhelm Reich, der ebenfalls einen Zusammenhang von Politik und Lebensgeschichte herzustellen versuchte, sowie die schon mehrfach erwähnten Arbeiten von Karl Korsch genannt werden.

34 Nach seiner eigenen Einschätzung konnte diese "Gefahr" zum damaligen Zeitpunkt auch kaum angenommen werden.

wird von ihm zum ersten Mal in seiner 1931 verlegten Schrift „Weltkrise – Weltwende“³⁵ unternommen. Mit dem Untertitel „Kurs auf den Staatskapitalismus“ ist ihre Thematik benannt.

Vom Standpunkt des sozialistischen Theoretikers aus kann ein historisches Ereignis nicht einfach daraufhin untersucht werden, welche spezifischen Ursachen ihm zugrunde liegen und welche mögliche Verlaufsform es haben wird. Sein theoretisches Interesse ist immer verknüpft mit seinem politischen Engagement, und die Untersuchung des Faschismus wird so von der Frage bestimmt sein, welche Bedeutung er zur Verhinderung oder Weibertreibung der Entwicklung auf den Sozialismus hin besitzt.

Rühle untersucht den Faschismus nicht primär als politische Form der Herrschaft der Bourgeoisie, sondern er fragt nach den dieser zugrundeliegenden Bedingungen. Ausgangspunkt ist ihm dabei die These, daß sich die Wirtschaftskrise, in der sich Deutschland mit Unterbrechungen seit 1919 befand, nicht nur aus der spezifischen Situation des deutschen Kapitalismus erklären läßt, sondern aus der allgemeinen Krise des kapitalistischen Systems. Die Weltwirtschaftskrise habe besser als jede vorhergehende Krise gezeigt, daß es für den Kapitalismus keinen Ausweg mehr gebe, daß das kapitalistische System an seinem Endpunkt angelangt sei. Der Endpunkt der kapitalistischen Wirtschaft bedeute aber nicht den Endpunkt der Wirtschaft überhaupt, sondern nur das Ende eines bestimmten Systems. Der Endpunkt des kapitalistischen Systems wird dadurch zum historischen Wendepunkt, die „Weltkrise wird zur Weltwende“.³⁶

Das Ende des Kapitalismus und der Beginn des Sozialismus sind bei Rühle aber nicht identisch. Zwar werde das „nächste große System der Wirtschaft, das dem Kapitalismus notwendig folgt, der Sozialismus sein. Zu ihm führt freilich ein langer Weg.“³⁷ Über die Dauer des Übergangs, über die spezifische Form dieser Etappe lasse sich nichts aussagen. Aber die ökonomischen und politischen Veränderungen, die sich in den letzten Jahren in verschiedenen Ländern vollzogen hätten, deuteten alle in eine Richtung: in die des Staatskapitalismus. „Der Kurs der Geschichte, in deren Wirbel wir stehen, ist auf ihn gerichtet.“³⁸

Als Alternative zum offensichtlich bankrotten privatkapitalistischen System biete sich nur die Planwirtschaft an, die jedoch in den marktkapitalistischen Ländern nie über das Stadium der Theorie hinausgekommen sei.³⁹ Lediglich Rußland habe staatskapitalistische⁴⁰ Vorstellungen in die Wirklichkeit umgesetzt. Die Impulse zur russischen staatskapitalistischen Konzeption seien jedoch, im Gegensatz zu den westlichen Ländern, die nach einem neuen Organisationsprinzip für eine hochentwickelte kapitalistische Wirtschaft suchten, von den Frühformen der kapitalistischen Entwicklung gekommen. „Es handelt sich bei ihr nicht um die Konsequenz eines über sich selbst hinaustreibenden Prozesses, sondern um dessen Beginn.“⁴¹ Ihre Notwendigkeit lag in Rußland darin begründet, daß nur eine nicht mehr durch die Schranken privatkapitalistischer Rentabilität beschränkte staatliche Verfügung über die ökonomischen Ressourcen und das gesamtgesellschaftliche Arbeitspotential die eigenständige wirtschaftliche Entwicklung ermöglichen konnte.⁴² Der Versuch der russischen Arbeiter, in der kurzen Phase des Kriegskommunismus eine „gewollte Welt an Stelle einer gewordenen zu

35 *Weltkrise – Weltwende. Kurs auf den Staatskapitalismus*, Berlin 1931. Rühle veröffentlicht diese Schrift unter dem Pseudonym Carl Steuernann – vermutlich deshalb, weil seit seiner Marx-Biographie seine Bücher nicht mehr gekauft wurden.

36 *A. a. O.*, S. 10.

37 *A. a. O.*, S. 11.

38 *Ebd.*

39 Rühle zeigt dies in einer späteren Schrift: *Baupläne für eine neue Gesellschaft. Mut zur Utopie*, hrsg. von Henry Jacoby, Reinbek b. Hamburg 1971, bes. S. 89 ff.

40 Staatskapitalismus und Planwirtschaft sind für Rühle in diesem Zusammenhang identisch.

41 *Weltkrise – Weltwende . . .*, S. 183.

42 Wir haben dies anderenorts darzustellen versucht: *Kronstadt und die Folgen*, 1. Teil, in: *Die soziale Revolution ist keine Parteisache*, Berlin, Jg. 1 (1971), H. 2, S. 86 ff.

setzen",⁴³ scheiterte am schlechten Zustand der russischen Wirtschaft im allgemeinen, an der Mißernte des Jahres 1921 im besonderen. "Es stellte sich heraus, daß Entschlossenheit, Tatkraft und Kühnheit allein nicht ausreichen, um die Macht der sachlichen Widerstände zu überwinden."⁴⁴

Mit der Aufnahme der planwirtschaftlichen Konzeption Lenins⁴⁵ in die Fünfjahrespläne Stalins, deren Erfolg an den steigenden Produktionsziffern abzulesen sei,⁴⁶ stelle die Sowjet-Union mit ihrer planwirtschaftlich strukturierten Wirtschaft eine positive Alternative zum privatkapitalistischen System dar. "Mit Sozialismus hat die Planwirtschaft des Sowjetaufbaus, auch wenn sie aus agitatorischen Gründen so bezeichnet wird, nichts zu tun. Sie stellt einen großzügigen, brutal durchgeführten Staatskapitalismus dar, der charakterisiert ist durch zwei spezifisch russische Momente: die grundsätzliche Verneinung des Privateigentums und die Diktatur des Proletariats."⁴⁷

Die staatskapitalistische Struktur der Sowjet-Union habe jedoch, wenn ihre Entstehung auch durch spezifisch russische Bedingungen ermöglicht wurde, eine über die nationalen Grenzen Rußlands hinausragende Bedeutung. Zwar verlaufe die Entwicklung der privatkapitalistischen Länder in entgegengesetzter Richtung, aber an einem bestimmten Punkt würden sich die beiden Tendenzen überschneiden: Die privatkapitalistischen Systeme kämen an einer strafferen Reglementierung und Planung des Wirtschaftslebens nicht vorbei, und die russische Planwirtschaft werde sich immer mehr mit Elementen der privatkapitalistischen Produktionsweise durchsetzen müssen.⁴⁸ "Die überalterte und lebensunfähig gewordene Kapitalwirtschaft kann sich nur noch durch den Übergang zum Staatskapitalismus und Kollektivismus regenerieren. Und die junge, von Lebenskraft und Eroberungswillen strotzende Kollektivwirtschaft Rußlands ist im Begriffe, sich mit der Einbeziehung der westlichen Kapitalkultur zu einem System der Weltwirtschaftsplanung, zur Wirtschaftsform des kommenden Zeitalters zu vollenden."⁴⁹ Der konvergenztheoretische Ansatz wird von Rühle an dieser Stelle nicht weitergeführt. Indem er in den folgenden Kapiteln die Möglichkeit der staatskapitalistischen Entwicklung für die westlichen Kapitalnationen nicht nur abstrakt behauptet, sondern durch die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Weimarer Republik zu belegen versucht, erarbeitet er die Grundlagen für eine spätere Ausarbeitung.⁵⁰

Die russische Form des Staatskapitalismus als die "entwickeltste und reifste Form einer Übergangsgesellschaft zum Sozialismus hin"⁵¹ komme aber für "das deutsche Privatkapital als nächste Entwick-

43 *Welthrise – Weltwende* . . . , S. 211.

44 *A. a. O.*, S. 195.

45 Lenins staatskapitalistische Konzeption konstituierte sich aus zwei Momenten: der staatssozialistischen Vorstellung der deutschen Sozialdemokratie und dem Beispiel des deutschen Kriegskapitalismus. Vor allem der Bezug zu letzterem findet sich in sehr vielen seiner Schriften aus der Zeit kurz vor der Oktoberrevolution und zu Beginn der NEP. Auch Trotzki's Verwendung dieses Begriffes (eine Definition findet sich in *Die verrätene Revolution*, Zürich 1958, S. 239) orientiert sich primär an westlichen kapitalistischen Ländern. Sein Begriff meint hauptsächlich die Intervention des Staates in die Ökonomie, die er auch als *Etatismus* bezeichnet.

46 Erfolg ist hier am Begriff kapitalistischer Rentabilität und rein als volkswirtschaftliche Größe definiert. Von seiten der Arbeiter war dieser 'Erfolg' nur durch ungeheure Opfer erfahrbar. Gabriele Lessing, *Die Einführung des Taylorismus in der Sowjet-Union* (Arbeitstitel), Diplomarbeit, Berlin 1972, und Hartwig Berger, *Herrschaftsformen in der Sowjet-Union während des Stalinismus* (unveröffentlichtes Manuskript) geben hierin einen Einblick.

47 *Welthrise – Weltwende* . . . , S. 211.

48 Eine theoretische Begründung für diese Behauptung wird nicht gegeben. Sie müßte lauten, daß, solange noch der größte Teil der Erde vom Privatkapitalismus beherrscht wird, jedes andere Wirtschaftssystem aufgrund der internationalen Arbeitsteilung in den Zusammenhang eines privatkapitalistisch dominierten Wirtschaftssystems einbezogen wird. Vgl. dazu Paul Mattick, *Marx und Keynes*, Frankfurt/M. 1971, Kapitel 20, S. 288 ff.

49 *Welthrise – Weltwende* . . . , S. 212.

50 Rühle meint damit die gemeinwirtschaftlichen Versuche Rathenaus und die Wirtschaftspolitik Brünnings. Eine ausführliche Wertung dieser Unternehmungen gibt er in *Baupläne für eine neue Gesellschaft* . . . , S. 89 ff. Den konvergenztheoretischen Ansatz führt er weiter in *Brauner und roter Faschismus*, in: Gottfried Mergner, *Otto Rühle: Schriften* . . . , S. 7-71. Vgl. dazu Kapitel XIV dieser Arbeit.

51 *Welthrise – Weltwende* . . . , S. 231.

lungsstufe nicht in Betracht Nur unter dem Zwange einer siegreichen Revolution könnte dieser Weg beschritten werden. Aber die proletarische Revolution scheint heute weiter entfernt denn je."⁵² Da die von den bürgerlichen Ökonomen vorgeschlagenen Möglichkeiten, einen Ausweg aus der Krise zu finden – Rückkehr zum Freihandelssystem oder zu nationaler Autarkie und Schutzzollsystem –, keine Aussicht auf Erfolg versprechen, ist in Rühles Augen der Staatskapitalismus die einzige Lösung für den deutschen Kapitalismus. Da aber für die westlichen Länder der russische Weg ausscheidet, bleiben nur zwei Möglichkeiten, um zu ihm zu gelangen: zum einen könne der Staat die Wirtschaft usurpieren, zum anderen die Privatwirtschaft den Staat. Der erste Weg sei zum Teil schon bei der Durchführung gemeinwirtschaftlicher Konzeptionen in der Weimarer Republik beschritten worden; der zweite, bei dem das Kapital politische Potenz gewinnt, sei mit zunehmender Monopolisierung aber wahrscheinlicher.⁵³

Diese Möglichkeit der Übernahme der staatlichen Gewalt durch das private Kapital biete für dieses auch die meisten Vorteile. Je größer eine Kapitaleinheit sei, desto weniger flexibel werde sie auf Marktpulse reagieren können. Da sich die Arbeitsökonomie bei steigendem Kapitaleinsatz nicht mehr der Marktökonomie unterwerfen könne, müsse dieser Ausfall der Flexibilität in zweifacher Hinsicht ausgeglichen werden: Die sozialen und politischen Institutionen müßten den Erfordernissen der Kapitalakkumulation in dirigistischer Weise angepaßt und die Marktstrukturen zugunsten einer durch produktionsökonomische Gesichtspunkte bestimmten Zuteilungsstruktur ersetzt werden.⁵⁴ Die für diese Steuerungsprozesse notwendigen Instrumentarien befinden sich aber in der Hand des Staates. Soll nicht ein Staat im Staate errichtet werden, was mit ungeheuren Kosten verbunden wäre, so muß das Kapital versuchen, diese Instrumentarien in noch größerem Maße als bisher für seine Zwecke zu instrumentalisieren und funktionalisieren.

Mit der Dominanz der Wirtschaft über den Staat lägen zwei weitere Vorteile auf der Hand: Die Herrschaft des Kapitals könnte durch den Schein der Herrschaft des Volkes durch die von ihm gewählten Parlamente verdeckt und soziale und politische Konflikte dadurch verhindert oder zumindest verzögert werden, und die Kontrolle der Staatsfinanzen läge auch in den Händen der Wirtschaft, könnte also für die Belange des Privatkapitals ausgeübt werden. Würde diese Form des Staatskapitalismus realisiert, dann hätte der "Staat seine Selbständigkeit verloren, . . . seine übergeordnete Position aufgegeben. Er ist ein Hilfsapparat für die Interessen des Monopolkapitals geworden."⁵⁵ Der Übergang zum Staatskapitalismus in dieser Form stelle dann nichts weiter als den Übergang zu einer "noch höheren Organisationsform der monopolistischen Kapitalmacht dar. Die Basis der Kapitalwirtschaft erfährt eine weitere Verengung. Der Kreis der höchsten und eigentlichen Kapitalmachthaber wird kleiner."⁵⁶ Die Auflösung des Binnenmarktes sei eine weitere Konsequenz.

Für die Bourgeoisie scheint die dem Kapitalismus immanente Krisengesetzlichkeit gelöst, aber die regressive Form dieser Lösung verweist zugleich auf ihre Vorläufigkeit. In der politischen Form reaktionär, treibt sie doch über den Kapitalismus hinaus: "Weil die Freiheit der Wirtschaft zur Fessel der Entwicklung wurde, erfolgte die Befreiung der Produktivkräfte durch das Mittel der Bindung."⁵⁷ Was als Mittel zur Erhaltung des Kapitalismus gedacht war, wird in Rühles Vorstellung ein Mittel zu seiner Überwindung. Dialektisch verkehrt sich der Zweck in sein Gegenteil.

Die adäquate politische Form des Staatskapitalismus sei der Faschismus, der autoritär strukturierte Staat. Die Demokratie habe unter der monopolkapitalistischen Herrschaft ihre Existenzberechtigung

52 *Weltkrise – Weltwende* . . . , S. 231.

53 Flankierende Verstaatlichungsmaßnahmen stehen dazu nicht im Widerspruch, solange sie vom Kapital bewußt eingesetzt werden zur steuerlichen Umverteilung der Kosten für infrastrukturelle Maßnahmen und zur Durchführung nicht profitabler, für die Gesamtwirtschaft aber notwendiger Produktion.

54 Die Funktionalisierung des Marktes durch die Betriebsökonomie zeigt am Beispiel des deutschen Faschismus Alfred Sohn-Rethel, *Die soziale Rekonsolidierung des Kapitalismus* (1932), in: *Kursbuch*, Nr. 21, September 1970, S. 17-35, bes. S. 27 f.

55 *Weltkrise – Weltwende* . . . , S. 235 f.

56 *A. a. O.*, S. 237.

57 *A. a. O.*, S. 239 f.

verloren. "Nur ewig Unbelehrbare können in diesen Zeiten noch an das Eiapoepia demokratischer Illusionen glauben."⁵⁸

Für Rühle ist der Staatskapitalismus aber unter einem ganz anderen Gesichtspunkt von Interesse: in seiner Bedeutung als Übergangsform. Der Staatskapitalismus markiere den Bruch zwischen dem alten Prinzip des Liberalismus und dem neuen des Kollektivismus: "Alle Zweige der Wirtschaft werden von kollektivistischen Tendenzen berührt und durchdrungen. Nur an einem Punkt steht das Privatinteresse noch fest: in der Frage des Eigentums an den Produktionsmitteln. Diese gehören weder dem Staat noch den Produzenten noch der Gesamtgesellschaft. Sie sind Privateigentum der Monopolinhaber."⁵⁹ Der Konflikt zwischen Besitzprinzip und Wirtschaftsprinzip erfahre in der staatskapitalistischen Gesellschaft seine stärkste Zuspitzung. In dem Maße, wie die Gruppe der Kapitalbesitzer immer kleiner werde, treibe der Konflikt auf seine Lösung zu. Die Entfaltung der Gegensätze bis zum Siedepunkt verlange, da Staatskapitalismus immer noch Kapitalismus sei,⁶⁰ eine revolutionäre Lösung, die nur im Sozialismus, im Kollektivismus, in der Bedarfswirtschaft liegen könne. Die Vollstrecker dieser historischen Aufgabe sieht Rühle in jenen, die nichts mehr zu verlieren haben: den Erwerbslosen, denen, die kein Geld haben, den Überzähligen.⁶¹ Sie seien in der Lage, die Einheit von Produktion, Besitz und Bedarfsdeckung herbeizuführen. Nur das System des Kollektivismus biete eine Perspektive, die mit der Behebung der einen Schwierigkeit nicht die Voraussetzung der nächsten produziert.

Aber auch in dieser Hoffnung ist Rühle skeptisch. An eine revolutionäre Bewegung sei gegenwärtig nicht zu denken, über die nächsten Entwicklungsschritte lasse sich wenig sagen. Nur soviel sei gewiß, daß die Geschichte mit der faschistischen Barbarei nicht zum Stillstand komme: "Wie die Menschen ihre Probleme lösen werden – wir wissen es nicht. Vielleicht machen die einen um seinetwillen eine Revolution. Vielleicht machen die anderen um seinetwillen einen neuen Weltkrieg. Vielleicht bedarf es dazu noch vieler Revolutionen und vieler Kriege."⁶²

Für das Proletariat könne der Staatskapitalismus wegen seiner terroristischen Form keine begründenswerte Entwicklungsstufe darstellen, dennoch müsse es ihn als mögliche Vorstufe des Sozialismus zu begreifen versuchen. Denn gerade im Staatskapitalismus könnten sich dessen Voraussetzungen bis zur vollen Reife entwickeln: die Zentralisierung der Produktion und die höchstmögliche Form der Kooperation der einzelnen Arbeitsbereiche. In einer späteren Schrift schreibt Rühle dazu: "Noch weniger wird er [der Proletarier, F. H.] verstehen, wie man den Faschismus als entwicklungsmäßig unausweichliche Phase hinnehmen, zugleich aber je nach Klassenstandpunkt akzeptieren oder verwerfen kann. . . . Und doch ist der Faschismus zugleich ein anscheinend unentbehrliches Glied in der Kette des Geschichtsablaufs, ein Vehikel des Fortschritts, eine Triebkraft nach vorwärts Er ist das letzte oder vorletzte Glied in der Kausalkette, die die entscheidenden Bedingungen des Übergangs zum Sozialismus schaffen hilft."⁶³

Rühles Verweis auf einen 'verborgenen Sinn der Geschichte' bleibt geschichtsblinder Abstraktion und Fatalismus verhaftet. In der Beschwörung der 'historischen Vernunft' gerät ihm die praktische aus den Augen. Die 'Objektivierung' des Faschismus und Staatskapitalismus in der Rühleschen Wei-

58 *Weltkrise – Weltwende* . . . , S. 240.

59 *A. a. O.*, S. 242.

60 "Er bleibt es in seinem fundamentalsten Punkte: es bleibt die Hegemonie des Privateigentums. Daraus ergibt sich: die Ausbeutung der Arbeit bleibt. Das Lohnverhältnis bleibt. Der Profit bleibt. Die Scheidung der Gesellschaft in Herren und Sklaven bleibt. Das Prinzip des Kapitalismus bleibt. Vergrößern wird sich nur der Ertrag der menschlichen Arbeit. Vergrößern wird sich die Menge der proletarisierten Massen." *A. a. O.*, S. 243.

61 "Ja, sie sind bereit, die Produktion selbst zu versorgen, wenn sie wissen, daß diese ihrer Bedarfsdeckung dient. . . . Was sie wollen ist nur, daß die Wirtschaft wieder zu ihrer Urbestimmung zurückkehrt: alle Menschen mit Lebensgütern zu versorgen. Sie wollen Brot gegen Arbeit eintauschen." *A. a. O.*, S. 251.

62 *A. a. O.*, S. 254 f.

63 *Brauner und roter Faschismus* . . . , S. 91 f.

se⁶⁴ und die Erwartung der revolutionären Lösung durch die 'Überzähligen' stehen in keinem systematischen Zusammenhang, machen aber das ganze Ausmaß der Niederlage der revolutionären Bewegung in Deutschland an der Einschätzung Rühles deutlich. Weil es eine real vorhandene Bewegung radikaler praktischer Kritik nicht gibt, muß die schlechte staatskapitalistische Wirklichkeit der Sowjet-Union den Stoff der Hoffnung abgeben.

Zu Rühles Behauptung einer weltweiten staatskapitalistischen Tendenz⁶⁵ ist ebenfalls Kritik anzumerken. So wird von ihm eine Kontinuität der Entwicklung auf den Staatskapitalismus hin festgestellt, ohne daß er die dieser Entwicklung immanenten Grenzen sieht.⁶⁶ Die Verstaatlichung der Ökonomie wird nur in dem Maße möglich sein, wie die gesellschaftlich dominierenden Kapitale dabei nicht in ihren Interessen tangiert werden. Die Ökonomisierung der Politik dagegen stößt auf die Grenzen, die durch die Konkurrenz der Kapitale untereinander gegeben sind.⁶⁷ Die Vorstellung einer staatskapitalistischen Revolution der Massen ist so wenig begründet, daß sich ein weiteres Eingehen auf sie erübrigt.⁶⁸

Auch scheint uns die Definition von Staatskapitalismus nicht präzise genug geleistet. So macht die Charakterisierung des Staatskapitalismus als Kapitalismus mit der Begründung, daß noch Privateigentum an Produktionsmitteln besteht,⁶⁹ die Anwendung des Begriffs auf die Sowjet-Union in dieser Bestimmung unmöglich. Nicht das Privateigentum konstituiert unseres Erachtens die kapitalistische Produktionsweise, sondern die Verfügung über die Arbeit anderer und deren Produkt.⁷⁰ Konstitutiv ist die Trennung der Produzenten von ihrem Produkt als Voraussetzung der Mehrwertproduktion, wobei die spezifische rechtliche Form, durch die diese Trennung legitimiert ist, vom Standpunkt der Produzenten gleichgültig bleibt.

In der Behauptung, die Lösung der kapitalistischen Krise durch den Staatskapitalismus sei unmöglich, erweist sich Rühle gleichermaßen als Schüler von Marx wie von Rosa Luxemburg. Indem die dieser Behauptung zugrundeliegende Krisentheorie auf die Wertakkumulation und nicht die Wertrealisierung rekurriert, bleibt sie unseres Erachtens eng der Marxschen Akkumulationstheorie verhaftet. Die Krise hat danach ihren Ursprung

64 Am Schluß des Buches zitiert Rühle eine Stelle aus dem Vorwort zur *Kritik der politischen Ökonomie* von Karl Marx, gewissermaßen um sich der Berechtigung der Hoffnung auf eine bessere Zukunft zu versichern: "Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist; und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an ihre Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben nicht im Schoße der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind. Daher stellt sich die Menschheit immer nur Aufgaben, die sie lösen kann." MEW, Bd. 13, S. 9. Bei Rühle, *Weltkrise – Weltwende . . .*, findet sich das Zitat auf S. 254 f.

65 Rühle behauptet auf S. 246 ff., daß für die einzelnen kapitalistischen Länder die Notwendigkeit der "Vereinigung und Verschmelzung mit dem ungeheuren Wirtschaftsorganismus, der im Begriffe ist, sich zum Weltstaatskapitalismus zu entfalten", bestünde. Dadurch könne dem Kapitalismus die denkbar längste Lebensdauer gesichert werden. Er entwickelt in diesem Zusammenhang das Bild eines vereinigten kapitalistischen Europa, das über finanzielle Bindungen mit dem übrigen Kapitalismus verbunden ist.

66 Wir meinen nicht die sich im Verlauf dieser Entwicklung entfaltenden Widersprüche, sondern die von vornherein gesetzten Grenzen. Vgl. dazu Paul Mattick, *Die gemischte Ökonomie und ihre Grenzen*, in: *Die soziale Revolution ist keine Parteisache*, Berlin, Jg. 1 (1971), Nr. 2, S. 46-55.

67 Damit wird nicht das Weiterexistieren einer Marktkonkurrenz behauptet. Diese kann im Zuge der zunehmenden Monopolisierung bis zum völligen Verschwinden eingeschränkt werden. Die oben angesprochene Konkurrenz findet auf der Ebene der Produktion statt. Ihre Dynamik erhält sie vom Kriterium der Rentabilität, die sich aus dem Verhältnis von organischer Zusammensetzung und Mehrwert bestimmt.

68 Dabei muß allerdings gesagt werden, daß eine Analyse des Faschismus und des Staatskapitalismus im Lichte des Marxismus bis heute noch nicht in ausreichender Form vorliegt. Versuche, den Faschismus als 'staatskapitalistische Revolution' zu definieren, sind über Ansätze nicht hinausgekommen.

69 *Weltkrise – Weltwende . . .*, S. 243.

70 Dabei muß unterschieden werden zwischen der historischen Entstehung der kapitalistischen Produktion, die Privateigentum als ihre Voraussetzung hatte, und den von Marx entwickelten wesentlichen Bestimmungen des Kapitalismus. Unseres Erachtens gehört die Kategorie des Privateigentums an Produktionsmitteln nicht zu diesen Bestimmungen, da dieses selbst in Form und Qualität der historischen Veränderung innerhalb des kapitalistischen Systems unterworfen ist.

im Mißverhältnis von akkumuliertem Wert und organischer Zusammensetzung des Kapitals.⁷¹ Das Scheitern einer weltweiten staatskapitalistischen Wirtschaftsorganisation, wie es Rühle voraussagt, wird von ihm im Sinne Rosa Luxemburgs begründet. Nach deren Theorie⁷² braucht jede kapitalistische Produktion als Voraussetzung ihres Funktionierens die Existenz nichtkapitalistischer Gebiete, da die Realisierung der Profite im eigenen Land in ausreichendem Maße nicht möglich ist. Damit fallen die Weltherrschaft des Kapitals und sein weltweiter Zusammenbruch zusammen.⁷³

C. Der alte Mensch und die neue Gesellschaft – Individualismus und Kollektivismus

In der nachfolgenden Schrift, die knapp ein Jahr vor der Machtergreifung des Nationalsozialismus veröffentlicht wird, versucht Rühle den Wendepunkt vom Kapitalismus zum Sozialismus unter individualpsychologischen Gesichtspunkten zu charakterisieren. „Der Mensch auf der Flucht“,⁷⁴ so der Titel dieses Buches, zeigt einen Rühle, der nicht nur die offiziellen Verlautbarungen der sowjetischen Staats- und Parteiführung für bare Münze nimmt, sondern der im Staatskapitalismus auch für die westlichen Länder eine positive Zukunft sieht. Nicht mehr die immanente Logik einer an der bürgerlichen Revolution orientierten Partei- und Revolutionskonzeption, sondern die gegenwärtig noch bestehende Abhängigkeit der Sowjet-Union vom Weltkapitalismus gilt ihm als Grund dafür, daß sich der Sozialismus in der Sowjet-Union nicht entfalten konnte.⁷⁵ Erst die Auflösung dieses Zusammenhanges werde „die Bedarfswirtschaft ohne Ausbeutung, ohne private Bereicherung, ohne Marktkonjunktur und ohne Krise“ ermöglichen.⁷⁶

Diese Schrift hat einen anderen Schwerpunkt als die vorhergehende. Der aktiv handelnde Mensch – und nicht die ‘Geschichte’ – wird wieder als Vollstrecker der Revolution begriffen: „Erst wenn er sich zur Tat entscheidet, wird er Hoffnung haben dürfen, den Sozialismus zu gewinnen. Diese Tat kann nur die revolutionäre Aktion sein.“⁷⁷ Weshalb diese revolutionäre Aktion ausgeblieben ist, versucht Rühle damit zu begründen, daß er nach den psychischen und charakterlichen Eigenschaften des kapitalistischen Menschen fragt. Gerade die kapitalistische Krise lasse die Eigenschaften besonders deutlich hervortreten, vor allem in ihrer Hilflosigkeit gegenüber denjenigen ökonomischen und sozialen Voraussetzungen, denen sie ihre Entstehung verdanken. „Bourgeois, Mittelbürger, Kleinbürger und – als Typ verhandelter Bürgerlichkeit – der Proletarier: alles Menschen des kapitalistischen Zeitalters. Durch die Notwendigkeit ihrer Sicherung auf Besitz verwiesen. Durch die soziale Auswirkung des Besitzes auf Geltung trainiert. Durch die Verselbständigung des Geltungszieles von der Wirklichkeit

71 Wir beziehen uns damit auf die unseres Erachtens beste Herausarbeitung der Marxschen Akkumulationstheorie bei Henryk Grossmann, *Das Akkumulations- und Zusammenbruchsgesetz des kapitalistischen Systems*, Leipzig 1929, Neuausgabe Frankfurt/M. 1970. Eine pointierte Weiterentwicklung des Ansatzes von Grossmann gibt Paul Mattick, wenngleich unter völliger Vernachlässigung des Realisierungsproblems: Paul Mattick, *Werttheorie und Kapitalakkumulation*, in: *Kapitalismus und Krise*, Frankfurt/M. 1970, S. 7-34.

72 Rosa Luxemburg, *Die Akkumulation des Kapitals*, Berlin 1913, Neuausgabe Frankfurt/M. 1969, bes. Kapitel 8, I. Abschnitt, und Kapitel 26, III. Abschnitt. In ihrer Antikritik *Die Akkumulation des Kapitals oder Was die Epigonen aus der Marxschen Theorie gemacht haben*, Leipzig 1921, Neuausgabe Frankfurt/M. 1969, wiederholt sie in zugespitzter Form noch einmal diese Theorie.

73 Damit scheint Rosa Luxemburg im Sinne von Marx zu argumentieren, der sich die Verwirklichung des Sozialismus nur im Weltmaßstab vorstellen konnte. Die besondere Begründung, die Luxemburg für ihre Theorie gibt, erscheint uns aber aus mehreren Gründen, auf die einzugehen hier nicht möglich ist, fragwürdig. Wir verweisen auf die Kritik von Roman Rosdolsky an Rosa Luxemburgs Verständnis der Marxschen Reproduktionsschemata des 2. Bandes des *Kapital*, das ihrer Theorie zugrundeliegt. Roman Rosdolsky, *Zur Entstehungsgeschichte des Marxschen ‘Kapital’*, Frankfurt/M. 1968, Bd. 1, S. 86 ff.

74 *Der Mensch auf der Flucht*, Berlin 1932. Rühle veröffentlicht dieses Buch unter dem Pseudonym Carl Steuermann. Gottfried Mergner, *Otto Rühle: Schriften . . .*, S. 215, interpretiert die beiden unter Pseudonym erschienenen Schriften als einen Versuch Rühles, wieder Einfluß auf die Politik der Linken zu gewinnen.

75 Rühle beschreibt diesen Zusammenhang nicht präzise. Sicher besteht er nicht nur über den Welthandel, denn das Außenhandelsvolumen der Sowjet-Union mit den westlichen Ländern übersteigt kaum 3 %. In der verkürzten Form ist die Rühlesche Behauptung nicht haltbar. Vgl. Anm. 48.

76 *Der Mensch auf der Flucht . . .*, S. 62.

77 *A. a. O.*, S. 63.

abgelöst. Und dadurch wieder in die Unsicherheit geschleudert Darum trotz Besitz kein fester Untergrund. Trotz der Leistung keine ausreichende Geltung. Trotz der Geltung kein Gefühl der Beruhigung. Trotz aller Sicherungsgarantien keine Sicherheit."⁷⁸

Der bürgerliche⁷⁹ Mensch erfährt in der Krise des Systems seine Entwurzelung, seine Desillusionierung. Die zerstörende Kraft der Krise ist zugleich Voraussetzung des Neubeginns. Wenn der Bürger seiner Identität verlustig geht, so bleibt nur noch der Mensch, dessen Denken auf Überleben und Neubeginn gerichtet ist: "Alle sammeln sich auf gleicher Ebene. Alle haben den gleichen Start aus dem Nichts ihrer Abdankung. Der Aufbruch ins Neuland der Geschichte kann beginnen."⁸⁰ Die Zerstörung der bestehenden sozialen Strukturen und der durch sie geprägten Charaktere wird zur Voraussetzung der revolutionären Veränderung: "Die Krise vollstreckt die Dialektik der historischen Entwicklung: aus der Massenhaftigkeit der persönlichen Zusammenbrüche erhebt sich phönixhaft die anonyme Gemeinschaft des neuen Aufbaus. Es muß sich entscheiden, ob die Mehrheit der Menschen von heute schon so weit gewandelt und gereift ist, daß sie die Krise in ihrer Rolle als Revolutionärin erkennt."⁸¹

Die Möglichkeit für revolutionäre Gruppen, diesen Erkenntnisprozeß zu beschleunigen, besteht für Rühle darin, daß sie in Arbeitsgemeinschaften und Kollektiven den Abbau der alten autoritären Strukturen des menschlichen Charakters praktisch einüben,⁸² die "Erziehung zur Gemeinschaftsform des menschlichen Lebens"⁸³ angehen. Die russische Revolution könne bei dieser Aufgabe mit ihrer "Arbeit der Erziehung zum Kollektivismus, die in diesen harten Lebensschulen [den Kolchosen, F. H.] an den Menschen vollbracht wird . . .",⁸⁴ als ein Vorbild dienen. Nur die konsequente Überwindung des kapitalistischen Menschen mache den Menschen der proletarischen Revolution und damit des Sozialismus möglich: "Nur wenn sie sich [die Menschen, F. H.] bewußt und mit allen Konsequenzen als kapitalistische Menschen zu verneinen vermögen, werden sie weiterleben können und als Verlorene vielfältig neu gewinnen."⁸⁵ Die neue Gesellschaft könne nur das Werk neuer Menschen sein.

Charakteristisch für den bürgerlichen Menschen sei die ideologische Fiktion seiner Einmaligkeit,⁸⁶ die zur Realität seiner Allgemeinheit kontrastiere. Von der behaupteten Qualität des Individuums bleibe nur noch eine quantitative Größe.⁸⁷ Auf diesen Widerspruch gründeten die Organisationen. Der seiner Identität verlustig gegangene Massenmensch ist der Organisationsmensch. Auch die Organisationen erfahren in der Krise der kapitalistischen Ordnung ihre eigene Krise. Anstelle des abstrakten Anspruchs auf ein besseres Leben müsse sich deshalb das konkrete menschliche Bedürfnis setzen. Die Forderung nach gesellschaftlicher Veränderung wird zur konkreten Notwendigkeit um des Überlebens willen: "Die Dialektik alles Geschehens will es, daß sich der Verlust alter Bindungen als Gewinn neuer Freiheiten auswirkt."⁸⁸

Der Zusammenbruch aller bestehenden Bindungen und Orientierungssysteme – auch der geistigen – kann zugleich der Beginn eines neuen gesellschaftlichen Zusammenhangs sein. Die Ungewißheit der menschlichen Existenz in der Phase der kapitalistischen Krise treibt sie zunächst zur Flucht aus tra-

78 *Der Mensch auf der Flucht* . . . , S. 88.

79 Eine Typologisierung gibt Rühle auf S. 91 ff.

80 *A. a. O.*, S. 108.

81 *A. a. O.*, S. 110.

82 Rühle knüpft damit an den Gedankengang aus *Der autoritäre Mensch und die Revolution* an. Vgl. Teil I, Kapitel X, B dieser Arbeit.

83 *Der Mensch auf der Flucht* . . . , S. 114.

84 *A. a. O.*, S. 115.

85 *A. a. O.*, S. 119.

86 "Der kapitalistische Mensch erwirbt seine Individualität nur, um sie im Prozeß der Individualitätsvergleiche wieder zu verlieren." *A. a. O.*, S. 125.

87 Die Parallelität zur Warennatur wird explizit betont.

88 *A. a. O.*, S. 166.

dierten Denkvorstellungen und Prinzipien. Dabei wird die Sozialdemokratie bei dem Bekenntnis enden, das verdeutlicht, was sie schon immer war: dem Bekenntnis der Bürgerlichkeit. Und auch die kommunistischen Organisationen und Parteien werden sich dieser Flucht anschließen. "Die Flucht aus dem Prinzip kehrt sich zur Flucht in den Faschismus um. Nicht so, daß alle Sozialisten und Kommunisten Faschisten werden. Wohl aber so, daß die Massen, die ihrer historischen Entwicklung nach beim Kommunismus landen müßten, nicht zuletzt durch die Haltung der Sozialisten und Kommunisten veranlaßt werden, sich dem Faschismus in die Arme zu werfen."⁸⁹

Indem die Menschen sich aber in Bewegung setzen, um ihre eigene Existenz zu sichern in einer Zeit, in der die traditionellen Sicherungsfaktoren wie Besitz und Geltung keine Bedeutung mehr haben, sind sie, eben weil sie sich für ihre eigenen Interessen in Marsch setzen, bereits der "politischen Aktivierung des Marxismus verfallen."⁹⁰ Der Marxismus als Theorie des Klassenkampfes wird wieder zu einer Möglichkeit des menschlichen Denkens. Daß der Faschismus es versteht – wenn auch nur über eine gewisse Zeit –, diese eigenen Interessen durch die ihm zugrundeliegenden zu ersetzen, kann diesen Prozeß der Herausbildung einer neuen revolutionären Bewegung nicht verhindern, sondern nur verzögern.⁹¹ In dem Maße, wie der Faschismus vorgibt, den Untergang der alten Gesellschaft aufhalten zu können, wird er ihn letztlich nur beschleunigen helfen. Zugleich fördert er das kollektivistische Element, da er zu seiner Installierung als Staatsmacht einer Massenbewegung bedarf. Je stärker seine Barbarei sein wird, desto klarer wird sich die Einsicht durchsetzen müssen, daß die einzige Hoffnung für die Menschheit nur noch im Sozialismus liegen kann. "Wir sind außerstande uns vorzustellen, was nach diesem Weltuntergang von der Kapitalwirtschaft der Westmächte und dem Staatskapitalismus Sowjet-Rußlands übrigbleiben würde. Nur soviel ahnen wir: die Erschöpfung, Verarmung und Verelendung der überlebenden Nachkriegsmenschheit würde so grenzenlos, so über alle Begriffe ungeheuerlich sein, daß nur die engste und festeste Verbindung aller Kräfte, die innigste und selbstloseste Verschmelzung aller Energien und die einheitlichste, planvollste Zielgerichtetheit ihrer Maßnahmen die Möglichkeit einer Fortexistenz bieten würde. Von dieser Weltenwende an würde der Kollektivismus die einzig denkbare Form zu leben sein."⁹²

Obwohl sich Rühle vor dieser Schrift noch gegen das Entwerfen von Utopien ausgesprochen hat, skizziert er nun selbst eine Konzeption der zukünftigen Gesellschaft.⁹³ Es war nicht der Verdruss an der Wirklichkeit, der die linken Kommunisten jener Zeit zur Ausgestaltung von Zukunftsmodellen gelangen ließ.⁹⁴ Die Befangenheit der traditionellen sozialdemokratischen und kommunistischen Organisationen in starren Denkgewerken machte es notwendig, die 'konkrete Utopie'⁹⁵ vom Geruch des Idealismus zu befreien und wieder als Element der sozialistischen Theoriebildung aufzunehmen. Vor allem aber die russische Revolution und ihre propagandistische Interpretation als einer sozialistischen zeigte, daß die Zeit vorbei war, "wo es genügte, nur die Aufhebung des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln zu fordern".⁹⁶

89 *Der Mensch auf der Flucht* . . . , S. 197 f.

90 *A. a. O.*, S. 191.

91 Rühle unterschätzt dabei die Funktion des Faschismus bei der Zerstörung lebensgeschichtlicher Perspektiven bei den Massen. Der Zusammenbruch der alten Bindungen bringt nicht unbedingt die gemeinsame Ausgangsbasis einer neuen Bewegung hervor, so wie Rühle sie versteht. Der Ausgang des deutschen Faschismus zeigt als Ergebnis viel eher eine Hoffnungslosigkeit und Perspektivlosigkeit im menschlichen Denken, die Adorno mit dem Begriff des Bewußtseins der Geschichtslosigkeit umschreibt.

92 *Der Mensch auf der Flucht* . . . , S. 212.

93 Rühle geht dabei nicht über die spärlichen Hinweise von Marx hinaus. Dabei rekurriert er unseres Erachtens vor allem auf die *Kritik des Gothaer Programms*, in: *MEW*, Bd. 19, S. 15 ff.

94 Besonders eine Gruppe holländischer Rätekommunisten hat durch die Erarbeitung der *Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung*, 1930, Neuausgabe Berlin 1970, einen grundlegenden Beitrag zur Konzeption einer neuen Gesellschaft geliefert. Vor allem das von Marx als zentral erkannte Problem der Rechnungsführung im Kommunismus (vgl. die oben angegebene Schrift und *Das Kapital*, in: *MEW*, Bd. 23, 15. Kapitel, S. 552) wird ausführlich erörtert.

95 Unter 'konkrete Utopie' verstehen wir die Konzeption einer zukünftigen Gesellschaft, deren konstitutive Elemente die real vorhandenen und nur noch in Freiheit zu setzenden Tendenzen der geschichtlichen Entwicklung sind. (Der Gegensatz dazu wäre das idealistische Ausmalen der Zukunft, wie es in den 'Sozialutopien' geschehen ist.)

96 Henk Canne Meijer, *Die Arbeiterrätebewegung in Deutschland (1918 - 1933)*, in: *Die soziale Revolution ist keine Parteisache*, Berlin, Jg. 1 (1971), H. 2, S. 81.

Das russische Beispiel habe klargemacht, daß die Abschaffung des Privateigentums nicht mit der Errichtung des Sozialismus identisch sei. Darum sei es für jede revolutionäre Bewegung unabdingbar, sich einen präziseren Begriff von 'Kommunismus' zu machen. Der holländische Rätekommunist Henk Canne Meijer schreibt dazu: "Es ist ebenfalls unzureichend, nur die Abschaffung der Lohnarbeit zu verlangen. Diese Forderung hat für sich allein nicht mehr Konsistenz als eine Seifenblase, wenn man nicht weiß, wie man die ökonomischen Grundlagen schaffen muß, auf der es keine Lohnarbeit mehr gibt. Eine Gruppe, die beansprucht, revolutionär zu sein, und sich weigert, diese wichtige Frage anzugehen, hat keine Bedeutung für die Wirklichkeit, weil sie unfähig ist, das Bild einer neuen Welt vorzuschlagen."⁹⁷

Rühle entwickelt in "Der Mensch auf der Flucht" zunächst nur den "ökonomische[n] und soziale[n] Unterbau der sozialistischen Gesellschaft im Umriss . . .", aber erst der "wirkliche, sachliche Lebensprozeß . . . und die wirklichen, tätigen Menschen, die diesen Prozeß vollstrecken, bilden die 'reale Basis' . . .".⁹⁸ In dieser Schrift, in der außer den an Marx angelehnten Passagen über die ökonomischen und sozialen Grundbeziehungen hauptsächlich die Umgestaltung der menschlichen Verhaltensweisen und des menschlichen Denkens im Zentrum steht, ist der Entwurf einer neuen Gesellschaft identisch mit der Antizipation eines neuen Menschen. Daß dieser neue Mensch und durch und mit ihm die neue Gesellschaft möglich sei, davon war Rühle zutiefst überzeugt. Über die Wege, zu ihr zu gelangen, konnte und wollte er nichts aussagen. Es hätte seinem Selbstverständnis als Theoretiker widersprochen, mehr als Hilfestellungen und Orientierungspunkte zu geben. Die Anfertigung von Rezepten, in denen den Massen der Weg zum Sozialismus vorgeschrieben wird, stand im Gegensatz zu seiner Überzeugung, daß die proletarische Revolution immer nur die Revolution der Mehrheit sein könne.⁹⁹ Das schloß die Akzeptierung 'jakobinischer Konzeptionen', in denen die Massen immer nur als Objekt der Führungseliten fungierten,¹⁰⁰ von vornherein aus.

XII

EMIGRATION

Rühle hat als einer der ersten das Ausmaß der kommenden faschistischen Barbarei vorausgeahnt. In einem Brief, an Freunde in Deutschland adressiert, schreibt er: "Europa läuft blindlings ins Verderben, für eine ganze Epoche ist kein Platz mehr für uns, so gehe ich nach Mexiko."¹⁰¹

Der Faschismus ist für Rühle der Abschluß einer historischen Etappe. Ein Zurückfallen hinter die von ihm faktisch behauptete Veränderung der politischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Verhältnisse ist nicht mehr möglich. Die Zerschlagung der letzten Reste der Arbeiterbewegung macht unmißverständlich deutlich, daß es für den revolutionär gesinnten Menschen nur noch die Möglichkeit gibt, nach Ansätzen eines Neuanfanges zu suchen. Aus den Trümmern der alten Bewegung können in seinen Augen keine Elemente einer neuen Bewegung mehr entstehen, schon deshalb nicht, weil der Faschismus eine völlig veränderte Welt zurücklassen werde.¹⁰²

97 Henk Canne Meijer, *Die Arbeiterrätebewegung* . . . , S. 81.

98 *Der Mensch auf der Flucht* . . . , S. 216.

99 Diese Konzeption, daß die proletarische Revolution immer nur die Revolution der Mehrheit sein könne, wie sie besonders von Rosa Luxemburg vertreten worden war, unterschied die deutschen Linken vielleicht am stärksten von den russischen Bolschewiki. Rühle hat an dieser Vorstellung, wenn auch mit leichten Variationen (vgl. Teil I, Kapitel VII, B und Kapitel IX, B und C dieser Arbeit), festgehalten.

100 Rühle benutzte diese Charakterisierung des Bolschewismus als 'Jakobinertum' an mehreren Stellen. Im übrigen taten dies die Bolschewiki auch selbst. Vgl. dazu W. I. Lenin, *Die Konterrevolution geht zum Angriff über* ("Jakobiner ohne Volk"), in: *Werke*, Bd. 24, S. 536 ff.; *Über die Volksfeinde*, in: *Werke*, Bd. 25, S. 45 ff.; und *Kann man die Arbeiterklasse mit dem 'Jakobinertum' schrecken?*, in: *Werke*, Bd. 25, S. 112 ff.

101 Der Brief stammt vermutlich aus Prag (1934). Zitiert bei Sebastian Frank, *Soziologie der Freiheit* . . . , S. 14.

102 In einer kurzen Mitteilung aus dem Jahre 1934 an seinen damaligen Freund Sebastian Frank, der in einem nationalsozialistischen Gefängnis saß, schreibt Rühle: "Wir gehören einer Familie an, die schon vieles überstanden hat. Mit diesem Bewußtsein wirst Du deine Gefangenschaft ertragen. Wenn Du aber frei kommen wirst, wirst Du eine völlig veränderte Welt vorfinden. Die, die Du gekannt hast, wird nicht mehr bestehen." *A. a. O.*, S. 14 f.

Im Sommer 1932 emigrierte er nach Prag.¹⁰³ Wenn er auch vor den Nationalsozialisten flüchtete, so war er doch nicht der 'Mensch auf der Flucht', der orientierungslos alle Überzeugungen über Bord wirft, um seine Existenz zu retten.¹⁰⁴ Gleich nach der Machtübernahme wurde sein Haus von SA-Horden zerstört und geplündert,¹⁰⁵ eine Rückkehr nach Deutschland war nicht mehr möglich.

Rühle machte sich keine Illusionen über die Zerstörungskraft des Faschismus. Trotz der Gewißheit des notwendigen Untergangs dieser Gesellschaftsform glaubte er, daß sie lange Zeit vorherrschen würde. Die von ihr zurückgelassenen Trümmer würden eine im Anschluß entstehende revolutionäre Bewegung – und Rühle zweifelte nicht daran, daß eine solche entstehen würde – vor ungeheurer schwieriger Aufgaben stellen.

Rühles Emigration war nicht ein Abschied auf kurze Zeit. Diese Tatsache wird auch daran ersichtlich, daß die Schwerpunkte seiner theoretischen Arbeit solche waren, die die sofortige Umsetzbarkeit in praktisch-politische Arbeit ausschlossen. Die "Atmosphäre der Sinnlosigkeit, wo die Zusammenhänge der Logik und des Verstandes zerrissen sind", in der das "Irrationale zum Fetisch"¹⁰⁶ geworden war, zerstörte jeden Traum von einer baldigen sozialistischen Zukunft. Der Revolutionär war auf die Aufarbeitung der Vergangenheit angewiesen, um aus ihr Hoffnung für die Zukunft zu schöpfen, aus ihren Fehlern zu lernen. Die Gegenwart konnte nicht mehr sein als Gegenstand der theoretisch-analytischen Arbeit.¹⁰⁷ Die Hoffnung, daß die Menschen diese Welt ändern mußten, wollten sie nicht an ihr und mit ihr zugrunde gehen, war das einzige, was ihn von der Resignation – die mehr gewesen wäre als politisch-praktische Abstinenz – abhalten konnte. Aber es war nicht mehr die Hoffnung, die ihren Stoff aus der wirklichen Bewegung bezog. Der Triumph des Faschismus liquidierte die Epoche, in der es möglich schien, das Kontinuum der Geschichte aufzusprengen. Aus den erfahrenen und mitgetragenen Leidenschaften, die sich im Kampf für die Verwirklichung einer menschenwürdigen Gesellschaft entfachten, und nicht aus dem Blick in die Zukunft konstituiert sich die Zuversicht und der Mut für den Kampf um die neue Gesellschaft. "Der Angelus Novus der Geschichte 'hat das Antlitz der Vergangenheit zugewendet', aber ein 'Sturm weht vom Paradiese' und 'treibt ihn unaufhaltsam in die Zukunft, während der Trümmerhaufe vor ihm zum Himmel wächst'. Diese Unaufhaltsamkeit ist die Hoffnung, für die all diejenigen eintreten, die in ihrer Schwäche den Kampf gegen das Kontinuum des Bestehenden weiterkämpfen: als Zerbrochene brechen sie den Schuldzusammenhang der rechtsetzenden und rechterhaltenden Ordnung."¹⁰⁸ Das Bewußtsein der Unerträglichkeit der gegenwärtigen Existenz – und nicht das Idealbild einer besseren Welt – ist die Garantie für die proletarische Revolution.

103 Frits Kool (Hrsg.), *Die Linke gegen die Parteiherrschaft* (= Dokumente der Weltrevolution, Bd. 3), Olten 1970, S. 310.

104 Sebastian Frank, *Soziologie der Freiheit* . . . , S. 15.

105 Gottfried Mergner, *Otto Rühle: Schriften* . . . , S. 215.

106 *Der Mensch auf der Flucht* . . . , S. 154.

107 Die darin implizierte Problemstellung des Verhältnisses von revolutionärer Theorie und Bewegung wird unseres Erachtens am Marxschen Werk selbst exemplarisch aufgezeigt. Karl Korsch schreibt dazu in *Die Krise des Marxismus* (1931), daß sich die Marxsche "Kritik der politischen Ökonomie" aufgrund des Ausbleibens revolutionärer Kämpfe in der Zeit ihrer Abfassung immer mehr zu einer "bloß" anschauenden Theorie über den durch äußere Gesetze bestimmten objektiven Ablauf der gesellschaftlichen Entwicklung "herausgebildet" habe; Karl Korsch, *Die materialistische Geschichtsauffassung und andere Schriften*, Frankfurt/M. 1971, S. 169. Auch die Schriften von Rühle kommen nach 1924/25 über den Charakter einer bloß 'anschauenden Theorie' nicht hinaus. Sie können keinesfalls als theoretischer Ausdruck einer radikalen Bewegung mißverstanden werden. (Vgl. Kapitel XV dieser Arbeit.) Rühle hat diesen Zusammenhang sehr wohl verstanden und sich nicht, wie manch andere Theoretiker der sozialistischen Bewegung, in seiner Bedeutung und Funktion überschätzt. Die Zeit der 'revolutionären Flaute' war für ihn die Zeit der Rückbesinnung auf die Grundlagen und wesentlichen Bestimmungen der sozialistischen Theorie.

108 Herbert Marcuse, Nachwort zu Walter Benjamin, *Zur Kritik der Gewalt und andere Aufsätze*, Frankfurt/M. 1965, S. 106 f. Die von Marcuse zitierten Stellen stammen aus den *Geschichtsphilosophischen Thesen* Benjamins.

XIII

RÜCKBLICK AUF DIE VERGANGENHEIT – FLUCHT IN DIE ZUKUNFT

A. Rühle und Trotzki

Durch Vermittlung seines Schwiegersohnes, eines Mitarbeiters von Willi Münzenberg, erhielt Rühle eine Stelle als Erziehungsberater in der mexikanischen Regierung.¹⁰⁹ Mit Leo Trotzki, der sich ebenfalls im mexikanischen Exil befand, verband ihn bald eine enge Freundschaft. Nachdem er sich als Mitglied einer Untersuchungskommission, des Dewey-Tribunals, für Trotzkis politische Rehabilitation eingesetzt hatte, wurde er, vermutlich auf Betreiben stalinistischer Gruppen, aus seiner Stelle beim Erziehungsministerium entlassen.¹¹⁰ Dieses Tribunal war 1937 von den verschiedenen Komitees, die sich zur Verteidigung Trotzkis gebildet hatten, mit der Absicht eingesetzt worden, die Anschuldigungen Stalins als haltlos zu erweisen.¹¹¹ (Die Kommission bestand hauptsächlich aus Personen, die nicht des Trotzismus verdächtig waren.) Durch seine Mitarbeit in diesem Tribunal war Rühle, trotz der politischen Differenzen, ein häufiger Gast in Trotzkis "Blauem Haus", später dann in der Avenida Viene. Trotzki schätzte Rühle vor allem wegen seiner fundierten Marxismus-Kenntnisse.

Da Rühle nach seiner Entlassung aus dem Staatsdienst materiell nicht eben gut gestellt war, versuchte Trotzki ihm dadurch zu helfen, daß er sich bei seinen Verlegern für die Veröffentlichung einer von Rühle verfaßten Kurzausgabe des Marxschen "Kapital" einsetzte. In einem Brief an seine Verleger Longmans, Green & Co., in dem er ihnen die Herausgabe eines Marx-Bandes vorschlägt, verweist Trotzki auf Rühle als den Verfasser einer umfangreichen Marx-Biographie und bezeichnet ihn als den "größte[n] lebende[n] Marxforscher" nach Rjazanov. Er rät ihnen, Rühle mit der Auswahl der Textstellen zu beauftragen. Die Verleger stimmen zu, daß Rühle die Texte auswähle und ediere, aber nur, wenn Trotzki die Einleitung schreibe.¹¹² Im Jahre 1939 erscheint dann in Philadelphia eine von Trotzki herausgegebene und eingeleitete Schrift mit dem Titel "The Living Thoughts of Karl Marx. Based on Capital: A Critique of Political Economy",¹¹³ die in ihrem Hauptteil nahezu identisch ist mit der erst 1949 in Deutschland unter Rühles Namen verlegten Kurzausgabe des "Kapital".¹¹⁴ In der ein Jahr später, also 1940, in Holland publizierten Ausgabe dieser Schrift, die dort offiziell unter Trotzkis Namen erscheint, verweist lediglich eine Fußnote in der Einleitung auf den wirklichen Verfasser.¹¹⁵

In seinem mexikanischen Exil widmete sich Rühle bis zu seinem Tode im Jahre 1943 ausschließlich theoretischen Problemen; unter anderem arbeitete er an einer umfangreichen Marx-Studie. Zur

109 Gottfried Mergner, *Otto Rühle: Schriften . . .*, S. 215.

110 *Ebd.*

111 Zur Zusammensetzung dieses Tribunals vgl. Arthur Müller, *Die Sonne, die nicht aufging. Schuld und Schicksal Leo Trotzki*, Stuttgart 1959, S. 440 f., und Isaac Deutscher, *Der verstößene Prophet. Trotzki 1929 - 1940*, Stuttgart 1963, S. 346 f.

112 Isaac Deutscher, *a. a. O.*, S. 526, Anm. 128

113 *The Living Thoughts of Karl Marx*, presented by Leon Trotzki. *Based on Capital: A Critique of Political Economy*, Philadelphia 1939.

114 *Das Kapital. Kurzausgabe*. Mit einer kritischen Einführung in den Marxismus von Sebastian Frank, Offenbach 1949, Neuausgaben München 1965 und Oberaula 1970. Die Schrift stellt eine Zusammenfassung der drei Bände des *Kapital* dar. Sie hält sich dabei bis in die Formulierungen an den Urtext. Nach unserer Textüberprüfung enthält sie alle für das Verständnis der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie notwendigen Textstellen.

115 *De levende Gedachten van Karl Marx*. Belicht door Leon Trotzky, Den Haag 1940. Auf S. 6 dieser Ausgabe heißt es: "Een verkorte uitgave van het eerste deel van 'Het Kapitaal', de hoeksteen van het geheele economische stelsel van Marx, werde met een helder begrip voor zijn taak door Otto Rühle samengesteld . . . Tegelijkertijd deed Rühle zijn uiterste best om de continuïteit in de ontwikkeling van de historische analyse de handhaven."

politischen Praxis wollte er sich nicht mehr überreden lassen.¹¹⁶ Über seine Diskussionen mit Trotzki existieren außer wenigen Hinweisen keine näheren Angaben.¹¹⁷

B. Flucht in die Utopie – Baupläne für eine neue Welt

Vermutlich schon in der Zeit vor seinem Mexiko-Aufenthalt entstand eine Schrift, die den in dieser Zeit erstaunlichen Titel "Mut zur Utopie" trägt.¹¹⁸ Die Schrift mit dem Untertitel "Baupläne für eine neue Gesellschaft" enthält einen Abriß der Sozialutopien von Saint Simon bis hin zu den Versuchen der planwirtschaftlichen Organisation und der Kollektivierung in der Sowjet-Union. Im letzten Teil knüpft Rühle an zuvor schon entwickelte Vorstellungen¹¹⁹ einer sozialistischen Gesellschaft an und versucht sie detaillierter auszuarbeiten. Der Stellenwert dieser Schrift im Gesamtwerk ist schwer anzugeben. Zum einen steht sie, indem sie früher entwickelte Ansätze fortführt, in der Tradition der rätekommunistischen Konzeption Rühles, zum anderen entwirft sie nicht nur die Utopie als Gegenbild zur bestehenden schlechten Wirklichkeit, sondern ist auch bereit, eine schlechte Wirklichkeit als das zu akzeptieren, als was sie sich ausgibt: die staatskapitalistische Wirtschaftsordnung als positive Alternative der Menschheit zum privatkapitalistischen System.¹²⁰ Was uns an dieser Schrift aber hauptsächlich interessiert, ist nicht die Darstellung der Sozialutopien, auch nicht die Kritik an den gemeinwirtschaftlichen Versuchen in der Weimarer Republik beziehungsweise an den sozialdemokratischen Sozialisierungsvorstellungen, sondern die Bedeutung, die Rühle der Utopie – den 'Bauplänen', wie er sie nennt – für eine revolutionäre Bewegung zumißt.

Das utopische Denken, das "Denken nach vornhin ist seit langem angesagt und zu hören",¹²¹ konnte Marx, im Wissen um die Existenz einer revolutionären Bewegung, noch formulieren: "Es wird sich dann zeigen, daß die Welt längst den Traum von einer Sache besitzt, von der sie nur das Bewußtsein besitzen muß, um sie wirklich zu besitzen",¹²² so kann sich Rühles Utopie nur noch aus der "Nega-

116 Isaac Deutscher, *Der verstoßene Prophet . . .*, S. 415f. Zu Beginn des Zweiten Weltkrieges schlug Trotzki vor, ein Manifest gegen den Krieg zu veröffentlichen, ähnlich dem von Zimmerwald. Neben Rosmer, einem engen Mitarbeiter Trotzki, sollte sich auch Rühle an der Abfassung und Verbreitung dieses Manifests beteiligen. Rühle lehnte jedoch ab – nicht nur aufgrund politischer Differenzen mit Trotzki. Er wollte sich nicht mehr aktiv politisch betätigen. Das Projekt wurde daraufhin fallengelassen.

117 Außer einigen Hinweisen bei Isaac Deutscher, *Der verstoßene Prophet . . .*, und in anderen, weniger bedeutenden Trotzki-Biographien sind mir keine weiteren Angaben bekannt geworden. Auch Hartmut Lange, der ein Theaterstück mit dem Titel *Trotzki in Coyoacan* geschrieben hat und darin Rühle als realistischeren Gegenpart von Trotzki darstellt, teilte auf Anfrage mit, daß ihm keine weiteren Quellen vorlagen. Die Rühle und Trotzki zugeschriebenen Positionen, die sie in diesem Stück vertreten, seien aufgrund vorher verfaßter theoretischer Arbeiten entstanden, die Dialogstellen seien also fiktiv. Die Charakterisierung, die Lange von Rühle und Trotzki gibt, dürfte dennoch zum Zeitpunkt 1936 - 39 ungefähr den Tatsachen entsprechen. Lange schildert beide als historische Gestalten, über die die Geschichte hinweggegangen ist. Trotzki sieht im Gegensatz zu Rühle diese Tatsache nicht ein. Der Text des Stückes ist veröffentlicht in: *Theater heute*, Jg. 1972, H. 3, S. 49-56.

118 Nach Henry Jacoby, Einleitung zu Otto Rühle, *Baupläne . . .*, S. 10, wurde die Schrift um 1935 verfaßt. Die in Deutschland 1971 erfolgte Ausgabe, die zugleich die Erstausgabe ist, trägt aus urheberrechtlichen Gründen den Titel *Baupläne für eine neue Gesellschaft*. Als Untertitel wurde *Mut zur Utopie* verwandt. Die Schrift sollte ursprünglich 1939 in Prag erscheinen, der Einmarsch der deutschen Truppen verhinderte dann jedoch die Herausgabe.

119 So an Vorstellungen, die er in *Von der bürgerlichen zur proletarischen Revolution* und *Der Mensch auf der Flucht* entwickelt hatte.

120 Rühle erwähnt dabei nicht nur lobend den Stalinschen Fünfjahresplan, sondern er sieht auch prinzipiell im Staatskapitalismus der Sowjet-Union ein System, das die Fesseln der Marktwirtschaft abgestreift hat und damit bereits eine Vorform des Sozialismus darstellt. "Unter diesem Gesichtspunkt war Rühle eine Zeitlang bereit, die Propagandaveröffentlichungen der russischen Bürokratie für bare Münze zu nehmen," Henry Jacoby, Einleitung zu Otto Rühle, *Baupläne . . .*, S. 10.

121 Ernst Bloch, *Weltveränderung oder die elf Thesen von Marx über Feuerbach*, in: ders., *Über Karl Marx*, Frankfurt/M. 1968, S. 55.

122 Karl Marx, zitiert nach Wolfgang Sofsky, *Revolution und Utopie*, Frankfurt/M. 1971, S. 10.

tion dessen, was sie nicht will"¹²³ begründen. Was bei Marx noch als konkretes Wollen erfahrbar war, ist für Rühle nur noch in der Rückbesinnung als Erfahrung aufgehoben. Die konkrete Utopie ist immer nur Produkt der praktischen Kritik der Gegenwart. Revolutionäres Bewußtsein bildet sich aus der Erfahrung des Schlechten und dem Wunsch nach dem Besseren. Da sich aus dem negativen Denken dialektisch erst das Bild einer positiv gesetzten neuen Welt entwickeln kann, vermittelt sich aus dem Leiden durch die Realität erst die Aktivierung des Subjekts zur zielgerichteten revolutionären Handlung. Die Funktion der Utopie, auch ihr Gehalt, bestimmt sich in dem historischen Zusammenhang, aus dem sie entsteht. Hat sie die Hoffnung derer, die sie anwenden, zur Voraussetzung – Hoffnung auf gesellschaftliche Veränderung, die aus der Erfahrung verändernder Praxis rührt –, „verläßt sie das Reich der Träume und Visionen. Sie wird zum zeitgegebenen positiven historischen Erlebnis.“¹²⁴ Eng an die Analyse der historischen Möglichkeit gebunden, orientiert sich revolutionäres Bewußtsein auch an Bauplänen, den Vorstellungen einer Welt, wie sie sein soll. „Schauen wir uns die Baupläne für eine neue Gesellschaft an! Prüfen wir ihre Tauglichkeit, ihren Wert und die Möglichkeiten ihrer Verwirklichung! Mut zur Utopie!“¹²⁵

Die Utopien der frühbürgerlichen Gesellschaft waren harmonische Bilder einer vergangenen Welt, Flucht aus dem frühkapitalistischen Elend in die Vergangenheit, diese als Wunschbild interpretierend. In dieser Phase entstand das Werk von Karl Marx. Seine Kritik an den frühen Utopisten, die darin lag, daß der Sozialismus bei ihm nicht mehr das Werk einer großen Phantasie, sondern der geschichtlichen Notwendigkeit ist,¹²⁶ verkam in den Köpfen seiner Epigonen zu ihrem Gegenteil. Indem sie die Marxsche theoretische Begründung des notwendigen Zusammenbruchs der kapitalistischen Gesellschaft aufgrund der ihr innewohnenden Widersprüche zur Heilslehre erhoben, verfestigten sie den Marxismus zu einem „Dogma, das die ökonomische Determination des historischen Geschehens bis hin zum materialistischen Automatismus überspitzt“.¹²⁷ In dieser Verformung des Marxismus zu einer eschatologischen Heilslehre gehe auch das „Vermögen, gewonnene theoretische Einsichten praktisch auszuwerten, und die Kraft zur Einfühlung in historische Wirklichkeitssituationen . . . verloren. Gerade aber dadurch wird die Aktivierung des klassenkämpferischen Menschen, die Steigerung seiner Aktivität bis zur revolutionären Auseinandersetzung vereitelt . . . Der Marxismus wird in seinem Kernstück aufgehoben.“¹²⁸

Die Aufgabe der Rekonstruktion einer originären marxistischen Theorie, die den Sozialismus sowohl als „ . . . das Resultat einer ökonomisch-sozialen Determination wie eines revolutionären, zielgerichteten und schöpferischen Willens begreift“, wird jenen Geist auch wieder nötig haben, „der die Inspirationen des Utopismus beseelt und das Proletariat zu historischer Tat ermutigt“.¹²⁹ Utopie, nach vorwärts gewandtes Denken, erhält in dieser Konzeption ihre positive Bestimmung. Die neue Welt wird eine Möglichkeit des theoretischen Denkens.

Im letzten Abschnitt seines Buches¹³⁰ versucht Rühle diese Möglichkeit in den Entwurf einer neuen Gesellschaft konstruktiv umzusetzen. Die Krise des Kapitalismus mache, da sie seine Todeskrise sei,¹³¹ das Ende der alten und den Beginn der neuen Epoche immer augenscheinlicher und historisch notwendiger. Das Privatkapital sehe die Stunde seines Untergangs. Seine einzige Rettung finde es darin, die Macht des Staates für sich in Anspruch zu nehmen. Aber nicht, damit jener „den Staatskapitalismus oder Staatssozialismus aufrichte und durchführe. Nein, damit er ihn verhüte und verhindere. Damit er den privaten Reichtum vor dem gesellschaftlichen Reichtum schütze.“¹³²

123 A. Neusüß, *Utopie*, Neuwied 1968, schreibt auf S. 33: „Nicht in der positiven Bestimmung dessen, was sie will, sondern in der Negation dessen, was sie nicht will, konkretisiert sich die utopische Intention am genauesten. Ist die bestehende Wirklichkeit die Negation einer möglichen besseren, so ist Utopie die Negation der Negation.“

124 *Baupläne* . . . , S. 14.

125 *Ebd.*

126 Rühle schreibt über Marx in diesem Zusammenhang: „Dafür beschenkte er es mit der Gewißheit, einmal: daß der Kapitalismus aus geschichtlicher Notwendigkeit, so wie er kam, auch wieder gehen muß, und zum anderen: daß der Sozialismus aus eben derselben Geschichtsnotwendigkeit als eine Epoche der Menschheitserlösung herausgeführt werden wird.“ Marx habe in Form seiner Theorie diese Behauptung mit wissenschaftlicher Beweiskraft ausgestattet. *A. a. O.*, S. 35.

127 *A. a. O.*, S. 41.

128 *Ebd.*

129 *A. a. O.*, S. 42.

130 Im Hauptteil – den Kapiteln IV - VII – stellt Rühle die verschiedenen Vorstellungen und praktischen Versuche neuer gesellschaftlicher Organisation kritisch dar. Das letzte Kapitel, auf das wir uns hauptsächlich beziehen, trägt die Überschrift *Utopie als Erlebnis*.

Dieser Widerstand gegen den Staatskapitalismus rühre aus einem Nichtbegreifen der historischen Entwicklung, habe doch der "Kapitalist . . . den Staatskapitalismus keineswegs zu fürchten".¹³³ Ein durch das Kapital selbst eingerichteter Staatskapitalismus – und an dieser Aufgabe werde es nicht vorbeikommen – stelle nicht mehr dar als "tatsächlich nur die Steigerung der staatlichen Regulierungstendenz gegenüber den Wirtschaftsprozessen zum Zwecke einer strafferen Durchführung des Konzentrations- und Zentralisationsprinzips".¹³⁴ Der New Deal Roosevelts und die wirtschaftspolitischen Maßnahmen des Faschismus in Deutschland und Italien dienten letztlich nur diesem Ziel der Neuorganisierung der Wirtschaft unter stärkerer Einbeziehung des Staates als Regelungsinstanz bei Wahrung der Interessen des Monopolkapitals.¹³⁵ Verstaatlichung hat mit Sozialismus solange nichts zu tun, wie die Verfügungsgewalt der unmittelbaren Produzenten über ihr Produkt nicht gleichzeitig realisiert wird. Die Differenz zwischen Verstaatlichung und Vergesellschaftung markiert die Grenze zwischen einer im Interesse des Kapitals durchgeführten wirtschaftlichen Neuordnung und der sozialen Revolution.¹³⁶

Die proletarische Revolution müsse sich immer gegen sämtliche bestehenden politischen und ökonomischen Strukturen richten, die die Aufrechterhaltung der Ausbeutung der unmittelbaren Produzenten bewirken. Sie werde sich auch gegen den Staatskapitalismus richten müssen. Die einzige Möglichkeit des Proletariats, im staatskapitalistischen System seine Interessen durchzusetzen, bestehe darin, es zu beseitigen. Die staatskapitalistische Wirklichkeit leiste bei der Vorbereitung dieser Aufgabe eine wichtige Hilfe, indem sie die Voraussetzungen der proletarischen Revolution bis zur vollen Reife entwickle. "Das kapitalistische Zeitalter bereitet die Revolution vor. Der Konflikt erwächst aus den Eigentumsverhältnissen. Auf einer gewissen Höhe der Entwicklung stoßen die gewandelten Produktionsformen gegen die überlieferten Eigentumsformen und sprengen sie. Die Austragung dieses Konflikts erfolgt durch das Proletariat."¹³⁷

In der Phasenbeschreibung des Ablaufes der proletarischen Revolution nimmt Rühle Elemente der bolschewistischen Revolutionskonzeption in seine eigenen Vorstellungen mit auf.¹³⁸ Nach seiner Konzeption wäre die proletarische Revolution, zumindest in ihrem Beginn, auch als die Revolution einer Minderheit denkbar. Rühle gibt damit entscheidende Positionen früherer Schriften auf.¹³⁹ Die Herstellung der revolutionären Einheit des Proletariats geschieht nicht mehr dadurch, daß sich verschiedene soziale Gruppen im Kampf um gemeinsame Ziele vereinigen. Die Avantgarde dieser Kämpfe ent-

131 Vgl. dazu Kapitel XI,B dieser Arbeit. In *Weltkrise – Weltwende . . .*, S. 10, schreibt Rühle: "Es gibt keine Hoffnung und Hilfe mehr. Der Kapitalismus ist am Ende."

132 *Baupläne . . .*, S. 178.

133 *Baupläne . . .*, S. 178.

134 *A. a. O.*, S. 181.

135 Die Totalitarismustheorien der westlichen Länder konnten bislang mit Erfolg durch ihre Konzentration auf den politischen Überbau diesen Zusammenhang zwischen amerikanischem und deutschem Kapitalismus verschleiern. Indem die gemeinsame industriegesellschaftliche Basis von Faschismus und New Deal außer Verfolgung gesetzt wurde, blieb vom Herrschaftssystem nur noch der "Dunstabau" (Bloch).

136 Diese Differenz zwischen Verstaatlichung und Vergesellschaftung führte schon in der Vorkriegssozialdemokratie zu Auseinandersetzungen. In der 1930 von holländischen Rätekommunisten verfaßten und herausgegebenen Schrift *Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung* (Neuausgabe Berlin 1970) ist diese Kontroverse im 1. Kapitel dokumentiert. Mit der russischen Revolution und der Übernahme ihres Gedankengutes durch die deutschen Kommunisten wurde die Diskussion um den Unterschied von Verstaatlichung und Sozialisierung eliminiert. Lediglich die linken Kommunisten hielten an diesem Unterschied weiter fest. Vgl. dazu Karl Korsch, *Schriften zur Sozialisierung*, Frankfurt/M. 1969, und Felix Weil, *Sozialisierung*, Neuausgabe Berlin o. J.

137 *Baupläne . . .*, S. 190.

138 Besteht die erste Phase darin, die Bourgeoisie politisch zu stürzen, so ist die Aufgabe der sich anschließenden, "die ganze Masse der Werktätigen und die Mehrheit der klein- und mittelbürgerlichen Schichten als Gefolgschaft hinter die revolutionäre Vorhut zu bringen . . .". Auch die dritte Phase fällt zurück hinter Vorstellungen, die Rühle im Zusammenhang seiner Rezeption der Marx'schen Kommune-Schriften (*Der Bürgerkrieg in Frankreich*, in: *MEW*, Bd. 17, S. 319 ff.) vertreten hatte. Aufgabe dieser dritten Phase sei es, die Staatsgewalt des Proletariats aufzubauen. Diese Phase der Diktatur dauere, bis die ökonomischen Grundlagen des Kommunismus geschaffen seien. Diese Übergangsphase, die dem Sozialismus unmittelbar vorhergehe, sei mit der Aufhebung der Diktatur des Proletariats abgeschlossen. *Baupläne . . .*, S. 191-194.

139 Vgl. Kapitel XI,C, Anm. 99 dieser Arbeit.

steht nicht unmittelbar aus diesen selbst: Der Prozeß der Entstehung der revolutionären Organisation wird zur Funktion einer institutionalisierten Avantgarde. Die Identität revolutionärer sozialer Gruppen mit ihren eigenen Interessen wird durch die Identität mit einer vorgegebenen Avantgarde ersetzt. Rühle nähert sich damit quasi-leninistischen Organisations- und Revolutionsvorstellungen.

Dies wird besonders deutlich in der Darstellung der Phase, die dem Sozialismus unmittelbar vorausgeht. Im Übergang von der Diktatur des Proletariats zum Sozialismus zeigt sich die fatale Konsequenz dieser Konzeption. Denn in der der Diktatur folgenden Phase werden sich nicht "sofort, direkt und unzweideutig die Formen der echten Gemeinwirtschaft im Sinne des sozialistischen Wirtschaftssystems ergeben. Vielmehr ist damit zu rechnen, daß sich in der Zeitspanne zwischen Staatskapitalismus und Sozialismus erst noch für längere oder kürzere Zeit ein Privateigentum an Produktionsmitteln erhält."¹⁴⁰ An die Stelle des Privatunternehmers trete die staatliche Bürokratie; auch die Lohnarbeit bleibe weiter bestehen, wenngleich der Leistungslohn durch einen staatlich festgesetzten Verrechnungslohn ersetzt werde. Der Begriff des Staatssozialismus beschreibt diese Gesellschaftsformation als eine, die den Kapitalismus bereits überwunden, die freie Assoziation der unmittelbaren Produzenten aber noch nicht realisiert hat.

Die staatssozialistische Konzeption, wie sie von Rühle hier teilweise übernommen wird, findet ihre theoretische Begründung vor allem in den späten Schriften von Friedrich Engels.¹⁴¹ Rühle übernimmt diese Vorstellung aber nur für die Zeit des Übergangs. Der Sozialismus, so wie er ihn versteht, müsse mit ihr brechen. Selbstkritisch merkt er an, daß ein Denken, welches im Staat den Vollstrecker der sozialistischen Zukunft sehe, zu sehr im Vergangenen verhaftet sei, als daß es entscheidend an der Gestaltung der Zukunft mitwirken könne.¹⁴² Die wesentliche Frage der proletarischen Revolution sei nicht, so führt er weiter aus, wie die politische Macht erobert, sondern wie die ökonomische Basis des Kommunismus begründet werden könne. Diese Frage aber sei nicht durch die politischen Instanzen, sondern nur durch die direkt vom Betrieb her zustande gekommenen Räteorganisationen anzugehen.

Diese Schrift macht in der Ambivalenz ihrer Argumentation die Krise der politischen Haltung Rühles deutlich. Die schon früher erkennbare objektivistische Tendenz in Rühles Theorie erfährt ihre stärkste Ausformung. In der Schrift konkurriert die unseres Erachtens richtige Benennung der wesentlichen Inhalte einer sozialistischen Gesellschaft mit der Apologisierung staatskapitalistischer Gesellschaften. Die Flucht ins Detail, so etwa die ausführliche Darlegung einer möglichen Rechnungsführung im Sozialismus, wie sie in der Schrift unternommen wird, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Zuversicht auf die sozialistische Umwälzung und die konzipierte Gesellschaft nur abstrakt gewonnen wurde.¹⁴³ Dem Glauben an die Naturgesetzlichkeit des Geschichtsablaufes, wie er beim Revisionismus und der Marxorthodoxie vorzufinden ist, indem die Marxsche 'Kritik der politischen Ökonomie' als prophetischer Entwurf mißverstanden wird, setzt Rühle den Glauben an die dialektische Logik der materialistischen Geschichtsschreibung entgegen: "Marx ruft die Gesetze der

140 *Baupläne* . . . , S. 195.

141 Vgl. z. B. den Brief von Engels an Bebel vom 28. 3. 1875, in: Marx/Engels, *Ausgewählte Briefe*, Berlin (DDR) 1953, S. 348: "Solange das Proletariat den Staat noch braucht, gebraucht es ihn nicht im Interesse der Freiheit, sondern der Niederhaltung seiner Gegner, und sobald von Freiheit die Rede sein kann, hört der Staat als solcher auf zu bestehen." In seinen späten Schriften plädiert Engels offen für die Funktionalisierung des Staates zur Erreichung des Sozialismus. Vgl. Lucio Colletti, *Bernstein und der Marxismus der Zweiten Internationale*, Frankfurt/M. 1971.

142 "Der Glaube an den Staat ist die spezifisch bürgerliche Form des Glaubens an die Hilfe der Gemeinschaft, die eingreift, wenn die Kraft des Einzelmenschen in der Sicherung seiner Existenz versagt. Soweit der klassenbewußte Proletarier noch seine Hilfe von einem Staatssozialismus erwartet, ist er befangen in den Denkformen bürgerlicher Politik." *Baupläne* . . . , S. 199.

143 Erstaunlich bei der Darlegung der sozialistischen Rechnungsführung ist, daß Rühle keinen Bezug nimmt auf die Schrift der holländischen Rätekommunisten, *Grundprinzipien kommunistischer Produktion* . . . , in der diese Frage sehr ausführlich behandelt wird. Dies ist um so bemerkenswerter, als der "Neue Arbeiterverlag" der "Kommunistischen Arbeiter-Union" (KAU), die sich im Dezember 1931 konstituiert hatte, diese Schrift ebenso wie Schriften von Rühle vertrieben hatte. Angaben bei Gottfried Mergner (Hrsg.), *Gruppe Internationale Kommunisten Hollands*, Reinbek b. Hamburg 1971, S. 13-15.

Geschichte zum Zeugen dafür an, daß der Sozialismus entwicklungsgeschichtlich notwendig und unausweichlich ist. Da alles Notwendige nach Hegel mit innerer Evidenz wirklich ist, sieht er mit dem Beweis der historischen Notwendigkeit auch den Beweis für die Erfüllung des Notwendigen in der Wirklichkeit erbracht. Aus den Denkgesetzen der bürgerlichen Wissenschaft ist damit für die Erkenntnis der bürgerlichen Welt der Sozialismus als reale Kategorie erwiesen."¹⁴⁴

Utopie verkehrt sich damit aber ins Gegenteil dessen, was sie sein soll. In der positiven Bestimmung der Utopie als das, was sie sein will, geht das verloren, was sie für den revolutionären Kampf notwendig macht: die praktische Kritik der schlechten Wirklichkeit. Utopie ist so nicht mehr die aus der konkreten Erfahrung unmenschlicher Verhältnisse gewonnene Vorstellung einer besseren Welt, sondern immer schon vorbestimmte Erfüllung einer geschichtlichen Notwendigkeit. Das aktivistische Element der marxistischen Theorie verflüchtigt sich in die resignative Hoffnung auf historische Zwangsläufigkeit. Utopie wird Flucht. Utopie als Erlebnis¹⁴⁵ bleibt bloße Behauptung. Indem sich Rühle gegenüber den Sozialutopien vergangener Epochen abzugrenzen versucht, bleibt er selbst ihrem Denken verhaftet.

Erst auf den letzten Seiten dieses Buches kehrt er zu seinen ursprünglichen Positionen zurück. Indem er die Umriss einer Rätedemokratie entwickelt, sagt er nichts anderes, als daß die neue Gesellschaft nur dann eine wirklich menschenwürdige und freie sein könne, in der die Menschen nach ihren Bedürfnissen und Fähigkeiten sich entfalten können, wenn sie von ihnen selbst von unten her aufgebaut wird. Die Basisorganisationen der proletarischen Revolution, die Betriebsorganisationen, sind der Ort, in dem sich die revolutionäre Aktivität konzentrieren müssen, um die Funktionsfähigkeit der sozialistischen Gesellschaft zu gewährleisten. Schlußpunkt der Entwicklung dieser Gesellschaft wird der Aufbau der zentralen Planwirtschaft sein, sie "bildet das organische Ende der Entwicklung".¹⁴⁶

Eine Fülle von Beziehungen zwischen den verschiedenen Basisorganisationen schaffe ein dichtes Netz aktiv gestalteter gesellschaftlicher Zusammenhänge. Die lebendige, direkte Demokratie – im Gegensatz zur formalen – habe hier ihren Grund: "Im Schaffen, Leben und Erleben dieser Assoziationen entwickelt sich der vergesellschaftete Mensch, der seine individuellen Kräfte als gesellschaftliche Kräfte erkennt und organisiert, Gattungswesen wird und zu bewußter, aktiver Gemeinschaftsfähigkeit reift. Damit ist die menschliche Emanzipation von der Kultur und Mentalität des kapitalistischen Zeitalters vollbracht."¹⁴⁷ Die Vorgeschichte der Menschheit hat damit ihren Abschluß gefunden. Das bewußte Gestalten der Geschichte tritt mit der Realisierung des Rátesystems an ihre Stelle. "Damit wird die sozialistische Utopie zum vollen Erlebnis. Die Idee formt sich lebendig zur Geschichte. Das Künftige geht in die unmittelbare Gegenwart ein. Der Glückstraum der Menschheit ist erfüllt."¹⁴⁸

Der Sozialismus wird zur Idee, die sich 'lebendig zur Geschichte' formt. Damit verkennt Rühle aber den Gehalt der marxistischen Theorie. Denn diese ist nicht deshalb richtig, weil sie den Sozialismus als die Idee einer besseren Welt begreift, die von der Geschichte realisiert wird, sondern weil sie eine durch die Kritik der politischen Ökonomie' präzisierte Theorie der Geschichte entwickelt hat, die den Menschen bei der rationalen Gestaltung ihrer Verhältnisse von Nutzen sein kann.¹⁴⁹

144 *Baupläne* . . . , S. 200.

145 So die Überschrift des letzten Kapitels.

146 *A. a. O.*, S. 210.

147 *A. a. O.*, S. 220.

148 *A. a. O.*, S. 221.

149 Die Geschichte richtet sich nicht nach der Idee, die man sich von ihr macht. Der Marxschen Theorie wäre unrecht getan, wollte man sie in diesem Sinne interpretieren. Soweit sich aus ihr prognostische Aussagen ableiten lassen, so immer nur solche, die eine Möglichkeit beschreiben. Die Marxsche Theorie deterministisch zu interpretieren, wie es in dieser Schrift Rühles teilweise geschieht, hieße denjenigen begriffslosen Marxismuskritikern recht geben, die den Marxismus deshalb als widerlegt betrachten, weil sich seine 'Voraussagen' nicht erfüllt hätten.

REKAPITULATION UND NEUBEGINN

A. Der alte Marx und die neue Wirklichkeit

In den letzten Jahren seines Lebens versuchte Rühle wieder mit den in Europa an vielen Orten zerstreuten Resten der rätekommunistischen Bewegung in Kontakt zu kommen.¹⁵⁰ Der Austausch von Ideen und Vorstellungen mit Menschen, die ähnlich dachten wie er, war durch die Ereignisse in Europa unaufschiebbar geworden. Daß ein neuer Anfang gefunden werden mußte, davon war Rühle seit langem überzeugt. Aber erst jetzt, in der letzten Phase seines Schaffens, sollte es ihm gelingen, die Konturen dieses neuen Anfangs zu skizzieren.¹⁵¹ Als Lösung könnte über diesem Versuch des Neubeginns stehen: Bruch mit der Vergangenheit in radikalster Weise und Anknüpfung an die neue Wirklichkeit. Bruch mit der Vergangenheit bedeutet nicht nur "weg von Lenin", wie er es in einem Brief an einen holländischen Genossen formuliert.¹⁵² Bruch mit der Vergangenheit bedeutet, alles über Bord zu werfen an ideologischem Ballast, was der Überprüfung an der Wirklichkeit nicht standhält. "Die Geschichte macht keine Fehler. Was uns als Fehler erscheint, ist nur ein Fehler im Hinblick auf unsere Ideologie und im Vergleich zu den Erwartungen, die wir aus einer bestimmten Theorie gezogen haben. Wenn aber die Praxis nicht der Theorie, die Wirklichkeit nicht der Ideologie entspricht, so liegt das nicht bei der Praxis und der Wirklichkeit, sondern bei der Theorie und Ideologie, die sich als falsch erwiesen."¹⁵³

Diejenige Theorie des Klassenkampfes, die mit dem Privatkapitalismus geboren wurde, seinen Bedingungen angepaßt war, sei heute, wo der Privatkapitalismus keine Existenzberechtigung mehr habe, unbrauchbar geworden, werde zum Hindernis der Entwicklung. Neue Vorstellungen müßten entwickelt werden, die die Erfahrungen des Bolschewismus und des Faschismus verarbeitet haben. Das heiße nicht, daß der Marxismus aufgegeben werden solle, sondern daß man Marx heute konstruktiv ergänzen müsse, daß sich die revolutionäre Theorie heute genauso 'ihren' Marx schaffen müsse, wie ihn sich Kautsky, Lenin und Stalin für ihre Zeit geschaffen hätten, wenigstens "noch solange, bis Marx früher oder später durch eine andere Doktrin abgelöst" werde.¹⁵⁴ Die alte Sozialdemokratie sei nicht zuletzt an ihrer Unfähigkeit zur Neugestaltung gescheitert. Heute, wo die zerstörerische Kraft des Faschismus herrsche, dürfe sich die sozialistische Theorie nicht mehr nur auf die Analyse beschränken. Zur Analyse müsse die Synthese kommen. "Nur wer das konstruktive Element erfaßt hat, ist instande, der analytischen Gesellschaftswissenschaft die Gesellschaftstechnik hinzuzufügen. . . . Marx war kein Konstrukteur . . . , weil er nicht mit den naiven und utopischen Sozialisten . . . in einen Topf geworfen werden wollte. So müssen wir heute . . . seine Theorie für unsere Zeiterfordernisse und praktischen Aufgaben folgerichtig umdenken Aus dem neuen Marx müssen wir eine Methode des Klassenkampfes entwickeln."¹⁵⁵ Das Neue entwickeln heißt, "die Vergangenheit in uns selbst besie-

150 Gottfried Mergner berichtet über Versuche Rühles nach 1938, mit den holländischen Rätekommunisten wieder in Kontakt zu kommen. Im Nachlaß Rühles wie auch im Amsterdamer "Internationaal Instituut voor sociale Geschiedenis" befinden sich nach Angaben von Mergner und Jacoby ebenfalls mehrere Briefe, die diese Versuche der Kontaktaufnahme dokumentieren. Gottfried Mergner, *Otto Rühle: Schriften* . . . , S. 207 u. 205 f.

151 Ungefähr zur selben Zeit entstand in Holland eine Arbeit des Rätekommunisten Henk Canne Meijer, die sehr ähnliche Gedankengänge aufweist wie die beiden größeren Arbeiten von Rühle in jener Zeit: Henk Canne Meijer, *Das Werden einer neuen Arbeiterbewegung*, in: Gottfried Mergner (Hrsg.), *Gruppe Internationale Kommunisten Hollands*, Reinbek b. Hamburg 1971, S. 139-167. Nach Mergner bestand zum Zeitpunkt der Abfassung des Artikels von Canne Meijer (1935) kein Kontakt zwischen ihm und Rühle. Erst 1938 habe sich dieser hergestellt. *A. a. O.*, S. 214.

152 Brief vom 2. 8. 1938 an Henk Canne Meijer, abgedruckt bei Gottfried Mergner, *Otto Rühle: Schriften* . . . , S. 206 f.

153 Brief vom Frühjahr 1939 an deutsche Genossen, abgedruckt bei Gottfried Mergner, *Otto Rühle, Schriften* . . . , S. 179 ff. Zitat auf S. 181.

154 *A. a. O.*, S. 189.

155 *Ebd.*

gen",¹⁵⁶ den "rein analytisch-passiven Defaitismus" überwinden.¹⁵⁷ Nicht die Marxsche Theorie müsse deshalb überwunden werden, sondern das Denken seiner schlechten Epigonen. Mit Marx über diesen hinausgehen, so hätte Rühle seine eigenen theoretischen Versuche in dieser Zeit charakterisieren können.

B. Faschismus und Bolschewismus

Die beiden letzten größeren Schriften, die Rühle in dieser Zeit noch verfaßt, leisten ein Doppeltes: Zum einen fassen sie in ausgereifter Form noch einmal seine ganze rätekommunistische Theorie zusammen,¹⁵⁸ zum anderen entwickelt Rühle in ihnen aus der Erkenntnis heraus, daß die alten Vorstellungen der traditionellen Arbeiterbewegung über Bord geworfen werden müssen, neue Fragestellungen und Ansätze ihrer Lösung.¹⁵⁹ In diesem zweiten Punkt konzentriert sich sein Interesse auf zwei Problemkreise:

1. die Frage der Identität von Faschismus und Bolschewismus und
2. die mögliche progressive Rolle des Faschismus bei der Hervorbringung einer revolutionären Bewegung.

Für seine Schrift "Brauner und roter Faschismus" nimmt Rühle in Anspruch, daß dies die erste Arbeit sei, die wissenschaftlich die "innere Kongruenz der Tendenzen des deutschen und russischen Staatskapitalismus und ihre strukturelle, organisatorische, dynamische und taktische Identität"¹⁶⁰ beweise. Die Begründung für diese These gibt er auf zwei Ebenen. Die weltweite Entwicklung des Kapitalismus zum "ultraimperialistischen Monopolismus, der zum System des Staatskapitalismus drängt", und die sich aus dem Versagen der Arbeiterbewegung für den Kapitalismus ergebende Möglichkeit der Rekon solidierung hätten gleichermaßen, unter jeweils unterschiedlichen Bedingungen, die Entwicklung auf einen totalitären Diktaturstaat hin ermöglicht.¹⁶¹ Die ökonomische Notwendigkeit des Kapitalismus zur Erringung der Weltherrschaft habe sich nur aufgrund der Beschränktheit der Sozialdemokratie – auch jener im bolschewistischen Schafspelz – durchsetzen können.

Wir wollen uns in unserer Arbeit auf zwei Punkte beschränken:

1. die kritische Darstellung der kategorialen Identität von Faschismus und Bolschewismus¹⁶² und
2. die Herausarbeitung des Zusammenhanges von Faschismus und Revolution, so wie er bei Rühle impliziert ist.

Rühle entwickelt seinen gleichsetzungstheoretischen Ansatz von der phänomenologischen Seite her. Die offensichtliche Übereinstimmung der Herrschaftsapparate der stalinistischen und der faschistischen Diktatur bis ins Detail – die jeweiligen Begriffe der Unterdrückungsinstitutionen sind dabei austauschbar – habe ihren Grund darin, daß beide Systeme nach denselben ökonomischen Gesetzmäßigkeiten und Notwendigkeiten funktionierten. Der deutsche Faschismus, aus der allgemeinen Krise des Kapitalismus wie aus der spezifischen des deutschen Kapitals gleichermaßen entstanden, zeichnete sich öko-

156 Brief vom 2. 8. 1937 an W. S. Schlamm, der damals noch in der linken Bewegung tätig war; abgedruckt bei Gottfried Mergner, *Otto Rühle: Schriften . . .*, S. 178.

157 Brief an deutsche Genossen, *a. a. O.*, S. 189.

158 Auf eine nochmalige Wiedergabe können wir hier verzichten. 'Staatskapitalistische Entgleisungen', die bis zur Wertschätzung des Stalinschen Fünfjahresplanes gingen, werden – wohl auch unter dem Einfluß Trotzki's – in diesen beiden Schriften nicht mehr vertreten.

159 Wir können hier, um den Rahmen der Arbeit nicht zu sprengen, nur andeutungsweise auf diese neuen Ansätze eingehen. Ihre kritische Darstellung wäre Gegenstand einer gesonderten Studie. Wir haben uns in der Arbeit darauf konzentriert, die rätekommunistische Theorie Rühles im Zusammenhang mit der Bewegung der Arbeiter herauszuarbeiten. Dies deshalb, weil eine Darstellung der Theorie Rühles bisher fehlt, die Darstellung seines gleichsetzungstheoretischen Ansatzes aber nur aufgrund der Kenntnis seiner vorhergehenden Vorstellungen möglich ist, um zu verstehen, von welcher Intention er durchdrungen ist und welche Erfahrung ihm zugrunde liegt. Diese Beschränkung erklärt sich somit aus dem Gegenstand der Arbeit.

160 *Brauner und roter Faschismus*, in: Gottfried Mergner, *Otto Rühle: Schriften . . .*, S. 7-71. Das Manuskript wurde 1939 fertiggestellt, aber erst jetzt gedruckt. Die zitierte Stelle befindet sich auf S. 8.

161 Staatskapitalismus und Totalitarismus sind bei Rühle in dieser Schrift identisch gesetzt.

162 Wir versuchen hier die in Kapitel XI, S. 31 f. angerissene Problematik weiterzuführen.

nomisch dadurch aus, daß er mit der Schaffung neuer Verkehrsformen der kapitalistischen Produktion die staatliche Intervention in die Ökonomie als wirtschaftspolitisches Prinzip realisierte. Das Stocken der Kapitalakkumulation aufgrund weltweiter Realisierungsschwierigkeiten machte nur zwei Lösungsarten möglich:¹⁶³

1. die imperiale Expansion, zu der der deutsche Kapitalismus aber aufgrund der weltpolitischen Situation nicht in der Lage war, oder
2. die Einsetzung des Staates zur Ersetzung der fehlenden Massenkaufkraft im Innern.

Diese zweite Möglichkeit, die die des deutschen Kapitalismus gewesen sei, bedeutete konkret:

- staatlich induzierte Produktion,
- Verlagerung der gesellschaftlichen Produktion auf die Herstellung nicht-marktgängiger Güter,
- staatliche Abnahmegarantie,
- Einsatz der Staatsfinanzen zur Übernahme unproduktiver Kosten,
- Einsatz der politischen Gewalt zur Disziplinierung und Vergrößerung des Arbeitskräftepotentials.

Diese interventionistischen Maßnahmen seien aber nichts anderes als Mittel zur Herbeiführung des Staatskapitalismus, wenngleich sich dieser auch hinter dem Rücken der großen Kapitale durchsetze.¹⁶⁴

In "Weltkrieg – Weltfaschismus – Weltrevolution"¹⁶⁵ begründet Rühle diese Entwicklung nochmals aus der Krisengesetzlichkeit der kapitalistischen Produktion. Dabei gelten ihm auch Absatzstockungen, die Verengung der Märkte, als Ursache der Akkumulationsschwierigkeiten. Durch die Nichtrealisierung der Profite werde ein immer größerer Teil des Produktionsapparates stillgelegt; der Anteil des konstanten Kapitals am Gesamtkapital, der durch den Zwang der Konkurrenz und der dadurch immer von neuem notwendig werdenden Ersetzung alter Produktionseinrichtungen durch modernere ohnehin schon groß genug sei, vergrößere sich relativ zum eingesetzten variablen Kapital. Eine Verteuerung der Produktionskosten pro Produkt, damit aber weitere Verengung des Marktes, sei die logische Folge. Die Rentabilität als Prinzip der kapitalistischen Produktion erzwingen deren Abdankung.¹⁶⁶

In ganz anderem historischen Zusammenhang sei der russische Staatskapitalismus entstanden.¹⁶⁷ Aber obwohl anderen Ursprungs, zeige er dieselben Strukturen. Der Zwang, unter straffster politischer und wirtschaftlicher Zentralisierung die russische Wirtschaft in kürzester Zeit dem kapitalistischen Weltmarktniveau anzupassen, um die eigenständige ökonomische Entwicklung Rußlands zu ermöglichen, erforderte Lenkungs- und Planungsinstanzen, die dem Faschismus heute als Vorbild dienen könnten. Beide Systeme stellten heute einen neuen Wirtschaftstypus dar, der in direktem Gegensatz zum Marktkapitalismus stehe. Ihre Kooperation gegenüber den westlichen Kapitalstaaten sei heute schon voraussehbar. Der Weltkrieg, der die Konfrontation von Staatskapitalismus und Marktkapitalismus sein würde, könne nur mit dem völligen Sieg des Staatskapitalismus enden.¹⁶⁸

Rühle bleibt in der Begründung der Identität beider Systeme aber bei der Beschreibung ihrer politischen und wirtschaftlichen Formen stehen. Wenngleich auf der begrifflichen Ebene noch angeführt wird, daß in beiden Systemen Lohnarbeit besteht – wobei auch die unterschiedliche Form der Lohnzumessung nicht unterschlagen wird –, beide also auf Ausbeutung fremder Arbeitskraft basieren, so wird doch das in unseren Augen zentrale Problem, das der inneren Dynamik – wenngleich auch als identisch behauptet – nicht belegt.

163 In der Krise eines Systems gibt es prinzipiell immer zwei Möglichkeiten, diese zu lösen: eine zugunsten der in diesem System herrschenden Gruppe(n), eine zugunsten der von ihr beherrschten Gruppe(n). Für den deutschen Kapitalismus bestand diese Alternative aber nur theoretisch. Eine Möglichkeit der Lösung im Sinne des Proletariats wäre identisch mit der Möglichkeit der proletarischen Revolution gewesen. Für diese aber waren keine Anzeichen vorhanden.

164 Auch die Kapitalisten unterliegen den fetischisierten Bedingungen ihrer Produktion. Nur deshalb kann Rühle auch in der staatskapitalistischen Tendenz eine Entwicklung sehen, die über den Kapitalismus hinausgeht.

165 *Weltkrieg – Weltfaschismus – Weltrevolution*, in: Gottfried Mergner, *Otto Rühle: Schriften . . .*, S. 73-175. Das Manuskript wurde 1940 fertiggestellt.

166 *A. a. O.*, S. 73-84.

167 Wir können hier darauf verzichten, den Entstehungszusammenhang des russischen Staatskapitalismus zu referieren, da wir das an anderer Stelle bereits getan haben. Vgl. Teil I, Kapitel IX, A dieser Arbeit.

168 *Brauner und roter Faschismus . . .*, S. 68 ff.

Die Darstellung der phänomenologischen Identität ist, von Überspitzungen in der Formulierung einzelner Punkte abgesehen,¹⁶⁹ im ganzen nicht anfechtbar. Aber die Beschreibung der Form besagt nur etwas über einen gegenwärtigen Zustand, unterschlägt jedoch die Frage einer möglichen Entwicklung. Der Kernpunkt der marxistischen Theorie ist die Behauptung des notwendigen Unterganges des kapitalistischen Systems. Sie beruht auf der Offenlegung der inneren Dynamik der kapitalistischen Produktion, die auf der Akkumulationsgesetzlichkeit basiert. Diese aber hat ihren letzten Grund in der Konkurrenz der Kapitale untereinander, die die rationale gesamtgesellschaftliche Wirtschaftsplanung verunmöglicht. Ohne diese Begründung der Dynamik ist der Kapitalismusbegriff, so wie ihn Marx definierte, überhaupt nicht zu verwenden. Der russische Staatskapitalismus aber kennt nicht das Privateigentum an Produktionsmitteln; der Akkumulationszwang der einzelnen Kapitaleinheiten wird über eine zentrale Planungsinstanz vermittelt und nach Ermessen der Bürokratie in Form von Zuteilungen befriedigt.¹⁷⁰ Die Wirtschaftskrise, wie sie dem Privatkapitalismus eigen ist, könnte der russischen Ökonomie nur über ihren Weltmarktzusammenhang vermittelt werden. Eine Aussage über eine weitere Entwicklung der Sowjet-Union aufgrund ihrer ökonomischen Struktur erscheint uns bis heute noch nicht möglich.¹⁷¹

Die so von Rühle behauptete 'dynamische' Identität von Faschismus und Bolschewismus kann nicht aufrechterhalten werden. Die Kritik an seiner Behauptung rührt nicht aus ideologiekritischer Überlegung,¹⁷² sondern aus dem Fehlen einer der Sowjet-Union adäquaten Theorie. Übereinstimmen können wir nur mit Rühles Feststellung, daß, wie immer die gesellschaftliche und ökonomische Ordnung der Sowjet-Union auch zu klassifizieren ist, sie mit Sozialismus nur recht wenig zu tun hat. Vom Standpunkt der Produzenten aus, deren Position wir bei dieser Einschätzung einzunehmen versuchen, ist es in der Tat gleichgültig, welche besondere gesellschaftliche Gruppe¹⁷³ über ihre Arbeit und deren Produkt verfügt. Sozialismus ist in unserem Verständnis immer nur die direkte und uneingeschränkte Herrschaft der unmittelbaren Produzenten über die gesellschaftliche Produktion und Verteilung.

Rühles 'Totalitarismustheorie' wirft mehr Fragen auf, als sie lösen kann. Trotz ihrer Unausgereiftheit und ihrer Widersprüchlichkeit scheint sie uns bedeutungsvoll, weil sie klarmacht, daß man, will man sich nicht abfinden mit dem was ist, Tabus durchbrechen, zum unkonventionellen Denken vordringen muß. Daß der Charakter der russischen Revolution und Gesellschaft zu einem vorrangigen revolutionstheoretischen Problem geworden ist, muß all denen einleuchten, die sich das Scheitern der ideologisch an ihm orientierten deutschen kommunistischen Partei vor Augen halten. Die Ungeheimheiten in der Rühleschen Gleichsetzungstheorie sollten Ansporn sein, in dieser Richtung weiterzudenken, ihre Fehler zu korrigieren. Denn an einer gründlichen und schonungslosen Kritik des Bolschewismus und der russischen Revolution wird keine zukünftige radikale Bewegung vorbeikönnen.

C. Faschismus und Revolution

Rühle sieht als *den* Gegensatz der kommenden Epoche den zwischen Faschismus und Sozialismus. Dieser Gegensatz werde sich in dem Maße entfalten, wie in der imperialistischen Auseinandersetzung

169 So die behauptete konterrevolutionäre Absicht der Sowjet-Union gegenüber der deutschen Revolution bereits im Jahre 1919/20. *Brauner und roter Faschismus* . . . , S. 38.

170 Wieweit man aus den 'Liberalisierungstendenzen', wie sie u. a. im Liebermann-Plan erkennbar sind, auf eine teilweise Rekonstruktion von Marktverhältnissen schließen kann, erscheint uns noch offen. Die Möglichkeit einer durch die zentrale Planungsinstanz festgelegten Marktstruktur als Indikator für die Erarbeitung des Planes wäre auch denkbar. Sie wäre aber nicht unbedingt mit der von den chinesischen Kommunisten behaupteten Rückkehr zum Kapitalismus identisch.

171 Ansätze dazu liefert Paul Mattick, *Marx und Keynes*

172 Als ein Beispiel des ideologiekritischen Versuchs der Widerlegung der Gleichsetzungstheorie gilt uns Bernhard Blanke, *Rot gleich braun*, in: *Das Argument*, Jg. 1965, H. 33, S. 27 ff.

173 Auch die Benennung dieser Herrschaftsgruppe im Staatskapitalismus stellt die marxistische Theorie vor ein Problem: Ist sie einerseits eine Gruppe, die über den gesellschaftlichen Reichtum verfügen kann, so ist sie andererseits nicht als eine bestimmte soziale Klasse zu charakterisieren. Die Notlösung, die der Trotzismus anbietet, indem er den Widerspruch in der staatskapitalistischen Gesellschaft als den zwischen Bürokratie und Volk benennt, bleibt damit dem Wesen des Staatskapitalismus äußerlich.

im Zweiten Weltkrieg die westlichen Demokratien dem Faschismus unterliegen werden. Der Kapitalismus in seiner staatskapitalistischen Version habe dann die Weltherrschaft errungen. Sie bedeute zugleich aber sein unabwendbares Ende: "Damit hört alle Konkurrenz auf, die bisher Seele und Leben des Kapitalismus war. Damit hört aber auch der Kapitalismus auf . . . Indem er alles gewinnt, verliert er alles. Seine Weltherrschaft im buchstäblichen Sinne wird zu seinem Untergang im buchstäblichen Sinne. In seinem siegreichen Schlußkampf besiegt er zugleich sich selbst."¹⁷⁴

Der Untergang des Weltkapitalismus stelle die Menschheit erneut vor die Frage des 'Sein oder Nichtsein'. Indem sie sich für die Weiterexistenz entscheiden werde — eine andere Möglichkeit stehe ihr nicht mehr offen —, entscheide sie sich zugleich für die Revolution. Und nur diese könne die Alternative zugunsten des Sozialismus entscheiden. Die Ausgangsbedingungen für einen Sieg des Sozialismus in dieser Entscheidungsschlacht seien dabei nicht ungünstig. Der Staatskapitalismus habe nicht nur, wie Rühle schon früher behauptete, die objektiven Bedingungen für den Sozialismus bis zur vollen Reife entwickelt, sondern er habe damit gleichzeitig ein Haupthindernis der proletarischen Revolution beseitigt: Was den linken Kritikern in Jahrzehnten nicht gelungen sei, habe der Faschismus innerhalb kürzester Zeit geschafft: das völlige Versagen und die Hilflosigkeit der traditionellen Arbeiterbewegung offenbar zu machen.

Aber indem er die Organisationen der Arbeiterklasse zerschlagen habe, habe er zugleich den Weg frei gemacht für den neuen Anfang. "Mitten in der Katastrophe des Weltkrieges pocht eine neue Zeit an die Tür. Sie bringt eine neue Gesetzlichkeit für die historische Sendung des Proletariats mit: das Gesetz der großen Zahl, das Gesetz der kämpfenden Arbeitsgemeinschaft, das Gesetz der Führerlosigkeit und das Gesetz der neuen Menschlichkeit. Die Tafeln dieser neuen Gesetze sind aufgerichtet im Sowjet- oder Rätssystem."¹⁷⁵ Die Kraft der Zerstörung wird zur schöpferischen Kraft. Die Dialektik der Geschichte erfährt ihre mehrfache Verkehrung: Indem der Kapitalismus sich zur höchsten Stufe seiner Herrschaft emporzuschwingen glaubt, fällt er in bodenlose Tiefe. Indem im Niedergang der alten Gesellschaft die tradierten Ordnungen und Bindungen zerstört werden, wird der Beginn einer neuen Ordnung geschaffen. Indem schließlich die klassische Arbeiterbewegung zerschlagen wird, wird erst die Voraussetzung für eine Bewegung der Arbeiter geschaffen.

Rühle muß selbst im Faschismus noch die Möglichkeit einer endlich Wirklichkeit werdenden menschlichen Gesellschaft verborgen sehen, weil er nicht an die Fortdauer dieses Systems glauben kann und glauben darf. Sozialistisches Denken wird so bei Rühle zu dem, was es schon immer war: die vom Bewußtsein notwendiger Veränderung durchdrungene Hoffnung auf eine menschenwürdige Existenz. Dieses Denken ist nicht festgemacht an starrer Theorie. Es bedarf der Leidenschaft, um sich den Sinn für das Mögliche und das Notwendige zu bewahren. Rühles theoretische Arbeit steht uns für das unermüdliche Bemühen, im Chaos der kapitalistischen Welt den geradlinigen Weg zur menschlichen Freiheit hin aufzuspüren. Die Gegenwart scheint über diese Theorie hinweggegangen zu sein, sie in die Vergessenheit geschleudert zu haben. Indem wir uns aber auf unsere eigenen verschütteten Hoffnungen besinnen, stehen wir mitten in ihrem Denken.

Rühle starb am 24. Juni 1943 in Mexiko.

XV

NOCH EINMAL: ZUR AKTUALITÄT OTTO RÜHLES

Wer erwartet hatte, bei Rühle fertige Rezepte zu finden, wie die Gegenwart in Richtung auf den Sozialismus hin verändert werden kann, wird enttäuscht sein. Auch diejenigen, die erhofften, aus der Darstellung des Revolutionärs Motivation und Impuls für ihre aktuelle politische Arbeit zu erhalten, sind möglicherweise nicht auf ihre Kosten gekommen.¹⁷⁶

¹⁷⁴ *Weltkrieg – Weltfaschismus – Weltrevolution . . .*, S. 122.

¹⁷⁵ *A. a. O.*, S. 169.

¹⁷⁶ Wir denken dabei hauptsächlich an jene, die in dem Bestreben, sich in die 'Tradition der Arbeiterklasse' zu stellen, durch das Herbeten abgedroschener Phrasen aus der Propagandakiste der KPD und das Herumtragen von Thälmann-Plakaten aus dem Dilemma ihrer existentiellen Verunsicherung zu entkommen trachten.

Bei Rühles Theorie, vor allem in seinen späten Schriften, werden mehr Fragen aufgeworfen als beantwortet. Viele seiner Vorstellungen sind in den Ansätzen steckengeblieben. Seine praktischen Vorstellungen, wie seine "Räteutopie" und seine Idee einer auf freiwilligem Zusammenschluß selbstbewußter revolutionärer Arbeiter basierenden Organisation, sind – zumindest in Deutschland¹⁷⁷ – immer noch nicht praktisch geworden. So gesehen könnte Rühle mehr zur Resignation des revolutionären Bewußtseins und zur Bestätigung jener beitragen, die das 'Man kann ja doch nichts ändern' zur traurigen Maxime ihrer politischen Existenz erhoben haben.

Wer Rühles Theorie so versteht, hat sie mißverstanden. Ihre Bedeutung liegt für uns darin, daß Rühle als Kritiker jener auftrat, die das, was die Bolschewiki aus der Not der Situation in Rußland zu tun gezwungen waren, zur Tugend des Sozialismus erhoben; daß er den Sozialismus auch gegen jene verteidigte, die in seinem Namen das alte Geschäft der Unterdrückung weiter verfolgten.

Aber nicht in der Kritik des Bolschewismus erschöpft sich Rühles Aktualität. In der positiven Bestimmung dessen, was sozialistische Bewegung sein soll, kann er denen, die an der Veränderung dieser Gesellschaft arbeiten, Orientierungshilfen geben. Sozialismus ist so nicht nur eine in die Zukunft gedachte Möglichkeit, sondern konkreter Auftrag zu aktiv verändernder Tätigkeit. Gegenüber all jenen, die es anders zu wissen glauben, behaupten wir mit Rühle, daß die proletarische Revolution

- nur das Werk der ganzen proletarischen Klasse sein kann,
- nur durch die selbständige Aktion bewußter Menschen herbeigeführt werden wird,
- nur den antiautoritären Menschen zu ihrem Träger haben kann,
- nur dann erfolgreich sein wird, wenn sie es versteht, die alten Vorstellungen der gescheiterten Arbeiterbewegung zu überwinden;

daß die sozialistische Gesellschaft, die neue Welt

- nur von unten auf konstruiert werden kann,
- nur eine herrschaftslose und staatenlose Gesellschaft sein kann.

Daß die sozialistische Revolution und mit ihr die neue Gesellschaft kommen wird, herbeigeführt werden muß, darin stimmen wir mit Rühle voll überein. Daß nicht zum wiederholten Male nur der Schein dessen, was sein soll, als 'Sozialismus' installiert wird, dazu kann uns Rühles Theorie verhelphen. Die proletarische Revolution wird sich nicht an den Gedanken eines längst vergessenen Theoretikers orientieren, gewiß; aber seine Vorstellungen heute gegen jene zu wenden, die im Namen von Marx und Engels (und ihrer schlechten Epigonen) erneut versuchen, die Geschichte in eine Richtung zu zwingen, die nur die abermalige Zerstörung der Hoffnungen der Menschheit zum Ergebnis haben kann, ist wenig, aber doch Grund genug, sich mit der Theorie Rühles auseinanderzusetzen. Wir hoffen, mit dieser Arbeit einen Beitrag dazu geleistet zu haben.

A N H A N G

Im Text erwähnte oder mit verarbeitete Schriften Otto Rühles

Leitsätze für den Kursus des Genossen Otto Rühle über: Grundbegriffe der Wirtschaftslehre, o.O. o.J.

Klassenkampf – Massenkampf, in: *Die Aktion*, Jg. 11 (1921), Sp. 89-91.

Zur Parteispaltung. Beilage zum Vorwärts, Nr. 11 vom 12. 1. 1916. Abgedruckt in: *Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Reihe II, Bd. 1, Berlin (DDR) 1958, S. 301-305.

Die kommunistische Arbeitserziehung, in: *Die Aktion*, Jg. 9 (1919), Sp. 817-823.

Erziehung zum Sozialismus. Ein Manifest, Berlin 1919, Neuausgabe Berlin o.J.

Das kommunistische Schulprogramm, Berlin 1920, Neuausgabe Berlin o.J.

Moskau und wir, in: *Die Aktion*, Jg. 10 (1920), Sp. 504-507.

¹⁷⁷ Auf die Ereignisse in Frankreich während des Mai 1968 und in Italien im Herbst 1969 können wir hier nicht näher eingehen, glauben aber doch feststellen zu können, daß sich darin Momente eines Verständnisses von Sozialismus gezeigt haben, die mit der Theorie Rühles wesentlich mehr gemeinsam haben als mit denjenigen Vorstellungen, die die proletarische Revolution als Parteisache sehen.

- Der U.-S.-P.-Frieden, in: Die Aktion, Jg. 10 (1920), Sp. 569-575.
- Die Revolution ist keine Parteisache, Berlin 1920. Die Schrift erschien auch unter dem Titel: **Eine neue kommunistische Partei ?**, in: Die Aktion, Jg. 10 (1920), Sp. 243 ff. Neu abgedruckt wurde sie unter der erstgenannten Überschrift bei Frits Kool, Die Linke gegen die Parteiherrschaft (=Dokumente der Weltrevolution, Bd. 3), Olten 1970, S. 329-337.
- Das Ende der mitteldeutschen Kämpfe, in: Die Aktion, Jg. 11 (1921), Sp. 215-223.
- Ein mißglückter moralischer und politischer Meuchelmord, in: Die Aktion, Jg. 11 (1921), Sp. 243-247.
- Es ist schwer, keine Satire zu schreiben, in: Die Aktion, Jg. 11 (1921), Sp. 453-455.
- Grundfragen der Organisation, in: Die Aktion, Jg. 10 (1920); erschien später als Organisationsausgabe der AAUE, Frankfurt/M. o.J.; Neuauflage (hektographiert) o.O. o.J., zusammen mit anderen Schriften Rühles.
- Die Sozialisierung der Frau, Dresden 1922, Neuauflage Berlin o.J.
- In Sachen Goethe, in: Die Aktion, Jg. 12 (1922), Sp. 295-297.
- Von der bürgerlichen zur proletarischen Revolution, Dresden 1924, Neuauflage Berlin 1970 durch das Institut für Praxis und Theorie des Rätekommunismus. Als Nachwort ist zugefügt: Paul Mattick, Otto Rühle und die deutsche Arbeiterbewegung (1945).
- Die Grundlagen der Ehe, in: Die Aktion, Jg. 15 (1925), Sp. 93-96.
- Flucht in den Buddhismus, in: Die Aktion, Jg. 15 (1925), Sp. 127-131.
- Der autoritäre Mensch und die Revolution, in: Die Aktion, Jg. 15 (1925), Sp. 555-559. Der Artikel wurde neu abgedruckt in Otto Rühle, Zur Psychologie des proletarischen Kindes, hrsg. von Lutz von Werder und Reinhard Wolff, Frankfurt/M. 1969, S. 138-144.
- Nochmals: Der autoritäre Mensch und die Revolution, in: Die Aktion, Jg. 15 (1925), Sp. 598-606.
- Die Seele des proletarischen Kindes, Dresden 1925. Die Schrift wurde neu abgedruckt in Otto Rühle, Zur Psychologie des proletarischen Kindes, hrsg. von Lutz von Werder und Reinhard Wolff, Frankfurt/M. 1969, S. 9-137.
- Karl Marx. Leben und Werk, Hellerau 1927.
- Die Revolutionen Europas, Dresden 1927, 3 Bände.
- Illustrierte Kultur- und Sittengeschichte des Proletariats, Bd. 1, Berlin 1930, Neuauflage Frankfurt/M. 1971.
- Andere Verhältnisse und andere Menschen. Neuauflage (hektographiert) in: Otto Rühle, Grundfragen der Organisation, o.O. o.J.
- Mut zur Utopie. Baupläne für eine neue Gesellschaft. Erstausgabe erschienen unter dem Titel: **Baupläne für eine neue Gesellschaft. Mut zur Utopie**, hrsg. von Henry Jacoby, Reinbek b. Hamburg 1971.
- Das Kapital. Kurzausgabe. Mit einer kritischen Einführung in den Marxismus von Sebastian Frank, Offenbach 1949, Neuauflage Oberaula 1970. Die Schrift erschien auch unter dem Titel **Karl Marx: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Kurzausgabe von Otto Rühle** (=Dokumente des Wissenschaftlichen Sozialismus, H. 2), hrsg. von der Gemeinschaft für Wissenschaftlichen Sozialismus e. V., München 1965.
- Brauner und roter Faschismus, in: Otto Rühle, Schriften. Perspektiven einer Revolution in hochindustrialisierten Ländern, hrsg. von Gottfried Mergner, Reinbek b. Hamburg 1971, S. 7-71.
- Weltkrieg – Weltfaschismus – Weltrevolution, in: Otto Rühle, Schriften. Perspektiven einer Revolution in hochindustrialisierten Ländern, hrsg. von Gottfried Mergner, Reinbek b. Hamburg 1971, S. 73-175.
- Lieber Genosse Schlamm! Brief vom 2. August 1937 aus Mexiko an W. S. Schlamm, in: Otto Rühle, Schriften. Perspektiven einer Revolution in hochindustrialisierten Ländern, hrsg. von Gottfried Mergner, Reinbek b. Hamburg 1971, S. 177-179.
- Formenwandel im Klassenkampf. Brief vom Frühjahr 1939 aus Mexiko, in: Otto Rühle, Schriften. Perspektiven einer Revolution in hochindustrialisierten Ländern, hrsg. von Gottfried Mergner, Reinbek b. Hamburg 1971, S. 179-189.

Unter dem Pseudonym Carl Steuermann verfaßte Schriften:

- Weltkrise – Weltwende. Kurs auf den Staatskapitalismus, Berlin 1931.
- Der Mensch auf der Flucht, Berlin 1932.

Unter Trotzki's Namen erschien:

- De levende Gedachten van Karl Marx. Belicht door Leon Trotsky, Den Haag 1940.

A WORKING WOMAN: MATHILDE JACOB, 1873 - 1942*

By Agnes F. Peterson

In June 1939 an American professor climbed several flights of stairs in an apartment building in the northwest section of Berlin, rang the door bell and found himself face to face with an elderly grey-haired woman who refused to admit him to the apartment until he had identified himself by bringing pre-arranged greetings from her friend Angelica Balabanoff.¹

Ever since 1913 Mathilde Jacob² had lived at this very same address, Altonaer Straße 11, Berlin N. W. where she maintained a public stenography and typing office. Among her earliest clients had been Franz Mehring³ for whom she regularly typed manuscripts, letters and articles. From her own account it seems that she had been close to a good many members of the Social Democratic Party in pre-World War I Berlin, had known Karl Liebknecht and Rosa Luxemburg well, and had been involved with the infant German Communist Party in 1918/19. She had broken with the party in 1921, and had served as secretary to Paul Levi⁴ until his death in 1930. From then on she again earned her living as a public stenographer and typist, and appears to have led a very inconspicuous and politically uninvolved life.

In about 1937 she let it be known quietly among her friends that she had a great deal of historically important source material dealing with Rosa Luxemburg and the 1918/19 revolution and that she was increasingly concerned for its safety. She herself felt particularly insecure and uneasy since she was Jewish and since her past communist affiliations were known to the German authorities.⁵ By word of mouth this news reached California and a stop over in Berlin to make contact was arranged in Professor Lutz's trip itinerary in 1939.⁶ The end result of the visit was that the American historian carried away a considerable amount of material in his briefcase and had it shipped by safe means to the United States. More documentation carefully hidden in the countryside was promised but the outbreak of the war and the breakdown of communications made its removal impossible.⁷

There has been a great deal of renewed interest in Rosa Luxemburg's life and ideas recently.⁸ Her works are being reprinted, her ideas are being discussed, her name together with that of her fellow

* This paper has been given in a slightly different version on the panel of "Women and the Working Class" at the Pacific Coast Branch Meeting of the American Historical Society at Santa Barbara, California in August 1972.

1 Angelica Balabanoff, 1878 - 1965, Italian Socialist.

2 I am greatly indebted to Mrs. Rosi Frölich and Mr. Karl Retzlaw, Frankfurt, for personal information on Mathilde Jacob. According to Mrs. Frölich who knew Mathilde in 1916/17, she was at that time about 40 years old, had slightly grey hair, a fresh complexion, expressive eyes and a very pleasant expression. She ran an independent secretarial service very competently out of her home in the north of Berlin, a home which she shared with her mother and sister Gretchen. Among her clients, particularly in pre-war times, were writers, politicians, journalists, mostly personalities of the left, close to the Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

3 Franz Mehring, 1846 - 1919. A small collection of letters and postcards (1911 - 1917) from Franz Mehring to Mathilde Jacob exists in the Rosa Luxemburg collection at the Hoover Institution. All of these materials deal with typing and secretarial duties. In one postcard of October 23, 1914 Mehring offers Mathilde help in collecting her typing bill from a recalcitrant comrade.

4 Paul Levi, 1883 - 1930. For greater detail see Charlotte Beradt, *Paul Levi. Ein demokratischer Sozialist in der Weimarer Republik*, Frankfurt/M., 1969. The Paul Levi papers which were formerly housed at the Buttinger Library in New York are now held at the Archiv der sozialen Demokratie, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

5 Personal communication from Mrs. Rosi Frölich. Paul Frölich was writing Rosa Luxemburg's biography in Paris in 1937 (*Rosa Luxemburg. Gedanke und Tat*; later published in Hamburg, 1949; 3rd edition Frankfurt/M., 1967) and Mathilde Jacob made some of the letters discussed below available to him (letter of Mrs. Rosi Frölich, Juli 30, 1972).

6 Professor Ralph H. Lutz, 1886 - 1968, the first director of the then Hoover War Library, Stanford, California, and specialist in modern European history wrote a report of his visit and entitled it *Fräulein Mathilde Jacob. Dedicated Spartacist*, 6 p. (manuscript in Hoover Institution Archives).

7 *Op. cit.*, p. 3. The ultimate fate of these materials is still unknown.

8 The best of the recent biographies is Peter Nettl, *Rosa Luxemburg*, Köln, 1967, 930 p.

revolutionary, Karl Liebknecht, is often mentioned with enthusiasm by members of the New Left in Germany,⁹ and elsewhere. It has become obvious that Rosa Luxemburg and her ideas are of great importance, not only for the history of political ideas and for the history of women, but for the history of the whole working class. Inevitably a certain amount of this renewed interest was bound to rub off on anyone associated with her, including Mathilde Jacob.

The material which was obtained in such a roundabout way offers great fascination because Mathilde Jacob was the secretary, confidante, general factotum, and friend to Rosa Luxemburg from 1913 until Rosa's death on January 15, 1919. During most of the First World War she was also the channel through which the imprisoned Rosa Luxemburg communicated with her friends, sent out drafts for brochures and articles, received replies, suggestions and requests.

Here the materials shipped from Berlin in the summer of 1939 provided useful information for among them there was a set of Rosa Luxemburg's letters and postcards to Mathilde Jacob for the period 1913 - 1918¹⁰ as well as a manuscript memoir of Mathilde's entitled "Von Rosa Luxemburg und ihren Freunden, 1914 - 1919."¹¹ The letters are somewhat disappointing for they only represent a mirror image of Mathilde. They deal mostly with domestic and secretarial details, but they also contain code words of messages received, passed on and acknowledged. Mathilde was asked to do, to fetch, to carry, to deliver, to mail, to organize, to look after, but most often she was asked to get permission from the prison authorities¹² to come to visit Rosa.¹³

From the various demands made upon her it is relatively easy to visualize her as a kind, competent, self-effacing person. After a request was made and met, the next letter or postcard from Rosa often contained a thank you note for a kindness, for flowers, or special food, or for certain kinds of domestic arrangements. As the war progressed, everything became more difficult to organize or obtain. There was trouble with food (Rosa was often ill, and had to have a special diet), with transportation (trains were delayed, postal services were slow), with the packing materials for books and household goods needed whenever Rosa was moved from prison to prison. But Mathilde always seems to have managed to get what was required. From her own accounts one can also imagine her having a certain amount of presence and authority in dealing with the police and the various prison authorities.

9 Giselher Schmidt, *Spartakus, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht*, Frankfurt/M., 1971, p. 9.

10 A number of these letters are discussed in Ralph Haswell Lutz, *Rosa Luxemburg's unpublished prison letters 1916 - 1918*, in: *Journal of Central European Affairs*, vol. XXIII (1963), no. 3, p. 303-312. The original letters and postcards together with a calendar used in prison by Rosa Luxemburg are held at the Hoover Institution Archives. The almost complete collection of letters and postcards from typed copies available until April 1971 at the Buttinger Library in New York, and now housed at the Archiv der sozialen Demokratie, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, has been published by Professor Narihiko Ito. See Rosa Luxemburg u. a., *Briefe an Mathilde Jacob (1913 - 1918)*. Hrsg. und mit einem Vorwort von Narihiko Ito, Tokyo, Gendaishi Kenkyukai, 1972, 248 p.

11 Mathilde Jacob, *Von Rosa Luxemburg und ihren Freunden, 1914 - 1919*, Berlin, [1929 ?]. 135. 1. Handwritten alterations - copy 2-4 with slightly variant text (cited from here on as Jacob, *Von Rosa Luxemburg* . . .). Professor Charles Burdick, Department of History, California State University at San Jose kindly made his resume, translation and footnotes of this document available to me, for which I would like to thank him here. Mathilde Jacob, *Rosa Luxemburg and her friends through war and revolution, 1914 - 1919*, unpublished manuscript, 32 p.

12 Rosa Luxemburg was imprisoned at:
 Barnimstraße, Berlin, February 18, 1915 to February 18, 1916.
 Barnimstraße, Berlin, July 10, 1916 to October 1916
 (with a month stay during that period at the Polizeigefängnis Alexanderplatz).
 Festung Wronke, Posen, October 1916 to July 22, 1917.
 Festung Breslau, July 22, 1917 to November 8, 1918.

13 Sometimes a visit was urgently requested in endearing terms. This usually meant that Rosa had a particularly important message to pass to the outside. Personal communication from Mrs. Rosi Frölich, Frankfurt/M., July 3, 1972, Mathilde herself mentions the nearly constant communication. "Since I thought of Rosa constantly, I found it easier to travel by myself (even to go on a holiday) and since I wrote her secretly practically every day, this was a necessary precaution." Jacob, *Von Rosa Luxemburg* . . . , copy 1, p. 76.

In her unpublished memoir Mathilde mentions that she had met Rosa when she began her secretarial work for the "Sozialdemokratische Korrespondenz" which was published by Rosa, Franz Mehring and Julian Karski¹⁴ from December 1913 to December 1914. She had done secretarial work for Franz Mehring before, as well as for Karl Radek,¹⁵ and she met Rosa because the latter detested typing errors and insisted on meeting the secretary who was in charge of multigraphing her newsletter so well. A warm relationship developed, which is reflected in the letters and in the manuscript account. Politically predisposed toward the SPD, Mathilde was dominated by Rosa's personality and fell in with her more radical political ideas. In the wake of her friend's leadership she also became a member of the newly formed German Communist Party.

However there is a painful section of the manuscript in which Mathilde recounts a severe falling out with Rosa in the last hectic days of January 1919 at the time of the Spartacist uprising in Berlin.¹⁶ Rosa, touchy, sensitive, over-tired, unused to the pressures of revolutionary life after years of solitary confinement (possibly also uneasy at the turn political events were taking) became very difficult to work for, and Mathilde transferred her attention to Leo Jogiches¹⁷ and helped faithfully and competently in the editorial offices of the newly founded "Rote Fahne"¹⁸ newspaper as well. As a result of her office work there, she was recognized as belonging to the Spartacists and was jailed about January 12, 1919. This forced removal from circulation may have saved her life, since both Rosa Luxemburg and Karl Liebknecht were killed on January 15, 1919 by members of the Garde-Kavallerie-Schützen-Division, a military organisation operating out of the Hotel Eden with at least tacit government approval. Mathilde later blamed herself bitterly for her last minute misunderstanding with Rosa and her subsequent lack of attention to her friend's needs, and was convinced that with her usual care and circumspection she could have safeguarded Rosa's life. But in all probability this was only a remorseful fantasy which reflected her own sense of devotion.

Mathilde's description of her own stay in jail also showed her readiness to sacrifice herself for others. She mentioned that she was quite glad to experience jail herself¹⁹ so that in the future she would be better prepared to assist other political prisoners as far as legal regulations and help, supplementary food (always a problem), clothing, etc. were concerned.

After she and Paul Levi (who as a lawyer for, and a member of, the new Communist Party had also been imprisoned) had been released on January 25, 1919, she went to work for Leo Jogiches and after his death transferred her loyalty and considerable energy to Paul Levi who for a brief time took over the leadership of the German Communist Party. When he left the party and under

14 Julian Karski was the pen name for Dr. Julian Marchlewski, 1866 - 1925, a political economist and a close friend of Rosa Luxemburg's from her Zürich student days. See also Horst Schumacher and Feliks Tych, *Julian Marchlewski - Karski. Eine Biographie*, Berlin, 1966.

15 Karl Radek, 1885 - 1939, was one of the few people who mentions having known Mathilde. See Otto Ernst Schüddkopf, *Karl Radek in Berlin. Ein Kapitel deutsch-russischer Beziehungen im Jahre 1919*, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, vol. 2 (1962), p. 132.

16 Jacob, *Von Rosa Luxemburg . . .*, copy 4, p. 85. From this version of the manuscript it seems that the falling out had more personal than political reasons. Mathilde was jealous of Rosa's attention to a young protégée of Hans Diefenbach's who had been a close friend of Rosa's and who had been killed in the war.

17 Leo Jogiches, 1867 - 1919, was a great friend of Rosa Luxemburg's from Zürich student days. See also Rosa Luxemburg, *Briefe an Leo Jogiches*. Mit einer Einleitung von Feliks Tych, Frankfurt/M., 1971. (These letters cover the period 1894 - 1913.) Jogiches had also been involved in the struggles of the Polish Socialist Party and was settled in Berlin in exile. After the murder of Luxemburg and Liebknecht he briefly took over the leadership of the new German Communist Party and managed to uncover and publish the whole story of the murder. He himself was killed in "protective custody" on March 10, 1919.

18 The *Rote Fahne*, the organ of the new German Communist Party, was founded by Luxemburg and Liebknecht in November 1918. The publication was beset with difficulties since it was suspended by government decree and did not get any paper allocation, nor was it easy to find a printer. Since it was an underground paper it could not be sold openly, but had to be dispatched in postal bundles, and met with all sorts of hazards. In the spring of 1919 the paper was temporarily published in Leipzig. Jacob, *Von Rosa Luxemburg . . .*, copy 4, p. 102.

19 Jacob, *Von Rosa Luxemburg . . .*, copy 1, p. 102.

his influence she also broke with the communists in 1921, and undertook both secretarial and publishing work for him while he was an independent member of the Reichstag until his death in 1930.²⁰

From internal evidence it seems that the manuscript "Von Rosa Luxemburg und ihren Freunden" was written after 1929,²¹ and possibly after Mathilde retired from all political involvement. Having lost Rosa Luxemburg and Karl Liebknecht in January 1919, Leo Jogiches in March 1919, Paul Levi in 1930²² and being then about 57 years old, it is not surprising that she retired from political activity, even prior to the coming of the National Socialists in 1933.

It is possible that she was confined to a concentration camp in 1933, but if so she was obviously soon released again²³ and returned to her old apartment. She continued to offer typing services even after the outbreak of World War II and was still listed as a public stenographer in the Berlin telephone book of 1940. It is known however that in the summer of 1942 she was sent with a transport of elderly Jews to Theresienstadt, and her name has not appeared on any list of survivors. Since she was then in her late sixties it must be assumed that she perished.²⁴

So far Mathilde Jacob seems only to have been a footnote in history, so little is known about her that it is difficult to appreciate her real importance. Undoubtedly she was one of the endless numbers of auxiliary and usually anonymous helpers necessary to any organisation, to any movement, political or otherwise. She had however a new skill to offer in the beginning of the technological age.²⁵ She could type and so facilitated the printing and publishing process (so vital to a political movement) enormously. It is likely that during the time that she acted as Rosa Luxemburg's secretary she was paid by the party, but most of the rest of her life she seems to have supported herself independently by her secretarial skill. How far she herself was politically active and important is impossible to assess. As a working woman she seems to have been drawn to the left wing political circles since she did typing for Mehring, Radek, Kautsky and others. Her political commitment may have depended in part on the strength of her personal involvement. She was devoted both to Rosa Luxemburg and to Paul Levi, and may have seen her own political actions more in terms of personal service to her friends.

Peter Nettl, Rosa's recent biographer holds that she was basically an apolitical person and that she had just been strongly influenced by the brilliant Rosa.²⁶ There is enough evidence now to show that she was a stronger and more level headed personality than he gave her credit for. Paul Levi depended on her and she was held in high esteem by both Luise Kautsky²⁷ and Clara Zetkin.²⁸

20 For some time in 1921 - 22 she signed herself as responsible for the periodical *Unser Weg (Sowjet)*. Zeitschrift für kommunistische Politik. Several of Paul Levi's pamphlets such as *Der Jorns-Prozeß* were published at the Internationale Verlagsanstalt 1929, Altonaer Straße 11, Berlin N. W. 87.

21 Jacob, *Von Rosa Luxemburg* . . . , copy 4, p. 79. According to Mathilde an amusing account of the founding of the *Rote Fahne* was published by Paul Levi in the Volksblatt-Almanach Zwickau 1929, so her account must have been written after that time.

22 Paul Levi died by falling out of a window during a high fever attack.

23 Personal communication from Mr. Karl Retzlau, August 14, 1972.

24 In a letter from the Jüdische Gemeinde, Berlin, to Mrs. Rosi Frölich of November 12, 1972 the following dates were established for Mathilde Jacob. She was born in Berlin on March 8, 1873 and she was deported from Berlin to Theresienstadt Concentration Camp with the 30th "Altentransport" on July 27, 1942.

25 How necessary and important the typewriter had become to political parties can be illustrated by the fact that one of the first changes Friedrich Ebert made in the central administration of the old SPD offices in Berlin in 1905 was to insist on buying a typewriter for the official correspondence. Max Peters, *Friedrich Ebert. Erster Präsident der deutschen Republik*, Berlin, 1954, pp. 55-56.

26 Nettl, *Rosa Luxemburg*. . . , p. 42.

27 Rosa Luxemburg, *Briefe an Freunde*. Nach dem von Luise Kautsky fertiggestellten Manuskript hrsg. von Benedikt Kautsky, Hamburg, 1950, pp. 19-20, 188.

28 Clara Zetkin, *Ausgewählte Reden und Schriften*, Berlin, 1957 - 1960, vol. 2, p. 71. In this letter of January 18, 1919, Clara Zetkin asks Mathilde to do everything in her power to safeguard the political writings of Rosa Luxemburg.

From her own account as well it becomes clear that in times of stress and danger she was a cool and farsighted executive. In the spring of 1919 the printing of the "Rote Fahne" had to be done in Leipzig. In May 1919 Mathilde supervised the evacuation of the editorial offices just in time before government troops occupied the building and raided the offices.²⁹ In June 1919 she was notified that Rosa's body had been found and it was she, rather than any other member of the Communist Party, who helped identify the remains and made all the necessary arrangements for the official funeral in the face of both strong government and popular hostility.³⁰

The available sources offer very little documentation for her activities during the 1930's. She seems to have kept very quietly in touch with her left wing political friends since she corresponded with Paul and Rosi Frölich,³¹ was in contact with Angelica Balabanoff and arranged to have typed copies of Rosa Luxemburg's letters in her possession transmitted to Joseph Buttinger.³² She apparently also warned friends still inside Germany against government spies and agents provocateurs.³³

As a participant in an unpopular and sometimes underground movement in order to safeguard both the movement and her friends and for her own protection as well she followed the rules of "conspiracy" so closely that it seems impossible now to give a fair account of her true influence and importance.³⁴

Perhaps this paper, appearing as it does in the year of the hundredth anniversary of her birth, can be regarded as a small memorial to her and to the countless other anonymous working women whose skills helped make possible the mass movements of the 20th century.

FORSCHUNGEN ZUR DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG IN BULGARIEN

Von Dobrin Mitshev

In den fast drei Jahrzehnten seit Beendigung des Zweiten Weltkriegs hat die marxistische Geschichtswissenschaft in Bulgarien Bedeutendes für die Erforschung der Geschichte des bulgarischen Volkes geleistet. Es erschienen wichtige Untersuchungen auf den Gebieten der politischen, Wirtschafts- und Kulturgeschichte Bulgariens, der Balkanistik und allgemeinen Geschichte, der Archäologie und Ethnographie. Die wissenschaftliche Basis für die historische Forschung wurde durch Dokumentenpublikationen beträchtlich erweitert. Eine erhöhte Zahl von Historikern für alle Bereiche der Geschichtswissenschaft wurde ausgebildet, es entstanden große wissenschaftliche Forschungsinstitute und -zentren.

Mit der quantitativen und qualitativen Verbesserung der Forschungsbedingungen nach dem historischen Aprilplenar des ZK der Bulgarischen Kommunistischen Partei im Jahre 1956 richteten die bulgarischen Historiker ihr Forschungsinteresse auch auf Probleme der internationalen Arbeiterbewegung. Ihre besondere Aufmerksamkeit galt dabei den Verbindungen der bulgarischen Arbeiterklasse zu den revolutionären Arbeiterbewegungen anderer Länder.

Nicht zuletzt sind in diesem Zusammenhang die Untersuchungen über die Beziehungen zwischen der bulgarischen und der deutschen Arbeiterbewegung zu nennen. Obwohl die Zahl der veröffentlichten

29 Jacob, *Von Rosa Luxemburg* . . . , copy 1, p. 193.

30 *Op. cit.*, copy 4, p. 104 f.

31 See footnote 5 above.

32 Rosa Luxemburg u. a., *Briefe an Mathilde Jacob (1913 - 1918)* . . . , p. IX.

33 Kurt R. Grossmann, *Emigration 1933 - 1945. Geschichte der Hitler-Flüchtlinge*, Frankfurt/M., 1969, p. 334. "Mathilde Jacob kannte natürlich Sch . . . sehr gut, und sie war es, die alle Freunde, soweit sie noch in Deutschland waren, . . . warnte."

34 The literature search of later communist publications for the 1918/19 period, for the time of the Weimar Republic and for the years of national socialist domination does not reveal her name. Since she had broken with the communists in 1921, in their records she became a non-person.

ten Arbeiten nicht groß ist und sie hauptsächlich deskriptiven Charakter haben, stellen sie einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung der bulgarischen Geschichtswissenschaft dar. Die geringe Zahl dieser Publikationen und der relativ enge Problembereich, der darin angesprochen wird, sind vor allem auf Schwierigkeiten sprachlicher Natur zurückzuführen. Das gilt besonders für die Aufarbeitung der einschlägigen Literatur, Periodika und Archivmaterialien in deutscher Sprache.

Relativ gut erforscht sind die Beziehungen zwischen der bulgarischen und der deutschen Arbeiterbewegung vom Beginn dieses Jahrhunderts bis zum Jahre 1923. In den Publikationen von Marija Marinova werden die Verbindungen zwischen der Bulgarischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Engherzige Sozialisten) und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sowie die Streikkämpfe des deutschen Proletariats im Spiegel der bulgarischen Parteipresse behandelt. Anhand umfangreicher Materialien aus den Parteiarchiven Bulgariens und der DDR sowie der Parteipresse und unter Berücksichtigung der Werke von D. Blagoeff, G. Kirkoff u. a. schildert die Autorin in ihrem Aufsatz "Die bulgarischen Marxisten und die deutsche sozialdemokratische Bewegung in den Jahren 1903 - 1912",¹ wie sich die Autorität der deutschen Arbeiterbewegung in der bulgarischen Arbeiterklasse festigte. Ihrer Meinung nach geschah das vor allem durch die Herausgabe der Werke führender deutscher Sozialdemokraten in bulgarischer Sprache, durch Popularisierung der Kämpfe des deutschen Proletariats in der bulgarischen Parteipresse und durch die Solidaritätsbeweise der Engherzigen Sozialisten mit den deutschen Genossen. Marija Marinova ist es gelungen, die Treue der BSDAP (E.S.) gegenüber den Prinzipien des proletarischen Internationalismus und ihre Bereitschaft, den Kampf der Arbeiterklasse in Deutschland zu unterstützen, überzeugend darzustellen. Weniger Aufmerksamkeit widmet die Autorin dem Verhältnis der revolutionären Marxisten zu den ideologischen und theoretischen Problemen der deutschen Sozialdemokraten.

In einem Aufsatz "Über die Haltung der Engherzigen Sozialisten zum Revisionismus und einigen taktischen Fragen der deutschen Sozialdemokratie in den Jahren 1900 - 1914"² untersucht Marija Marinova das starke Interesse, das die BSDAP (E.S.) dem Kampf der SPD entgegenbrachte. Ihren Ausführungen zufolge ist die besondere Aufmerksamkeit, mit der die Engherzigen Sozialisten die Probleme der deutschen Sozialdemokratie verfolgten, dadurch zu erklären, daß diese eine führende Rolle in der Zweiten Internationale spielte und über reiche politische und revolutionäre Erfahrung verfügte, die sie in den Kämpfen der Arbeiterklasse gesammelt hatte. Bei der Einschätzung der SPD verhielten sich die Engherzigen Sozialisten der offiziellen SPD-Linie gegenüber wohlwollend, während sie sich in ihrer praktischen Arbeit mehr auf die revolutionären Beschlüsse und Stellungnahmen der Partei stützten, die gegen den Opportunismus gerichtet waren, den Kompromiß mit der Bourgeoisie verurteilten und die Prinzipien des revolutionären Parlamentarismus verteidigten. Marija Marinova weist nach, daß die Engherzigen Sozialisten in der Frage des parlamentarischen Kampfes als Hilfsmittel des Klassenkampfes die gleichen Positionen vertraten wie die linken Sozialdemokraten in Deutschland. Die BSDAP (E.S.) war aber noch keine bolschewistisch-leninistische Partei; sie war daher nicht in der Lage, den Zentrismus Karl Kautskys als verschleierte Opportunismus zu erkennen und ihn theoretisch zu widerlegen. Aus diesen Gründen hielt sie an der Autorität Kautskys in der bulgarischen Arbeiterbewegung fest. Marinova liefert in ihrem Aufsatz eine ausführliche Bibliographie der Werke von Blagoeff, Kirkoff, Rosa Luxemburg, Karl Kautsky, Karl Liebknecht, Franz Mehring u. a. zu dieser Problematik und weist auch die einschlägigen Materialien in der deutschen und bulgarischen Parteipresse sowie in Archiven nach.

Interesse verdient auch Marija Marinovas Aufsatz über "Die Streikkämpfe des deutschen Proletariats im Spiegel der Presse der Engherzigen Sozialisten (1900 - 1914)".³ Die Autorin hebt hervor, daß

1 Marija Marinova, *Bulgarskite marxisti i germanskoto socialdemokratičesko dviženie prez 1903 - 1912 g.*, in: *Istoričeski pregled*, Jg. 1968, H. 3, S. 52-57.

2 Marija Marinova, *Za otnošenieto ha tesnite socialisti kum revizionizma i njakoi taktičeski vuprosi na germanskata socialdemokracija 1900 - 1914 g.*, in: *Izvestija na Instituta po istorija na BKP*, Bd. 16, S. 37-70.

3 Marija Marinova, *Stičnite borbi na germanskija proletarijat i tijahtoto otašenie v tesnosocialističeskija pečat (1900 - 1914 g.)*, in: *Izvestija na Instituta po istorija na BKP*, Bd. 14, S. 261-307.

die deutsche Arbeiterbewegung mit ihrer reichen revolutionären Erfahrung und Tradition den Engherzigen Sozialisten Argumente lieferte, mit deren Hilfe sie die Entwicklungsperspektiven der bulgarischen Arbeiterbewegung aufzuzeigen vermochten. Die bulgarischen revolutionären Marxisten machten sich die positiven Erfahrungen der deutschen Sozialdemokraten in ihren Streikkämpfen zunutze, ohne das deutsche Beispiel zu kopieren. Ihre Haltung zu anderen Fragen, etwa den Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaften, der Führung von Streiks etc., war unterschiedlich.

Anhand zahlreicher Beispiele aus der Parteipresse illustriert Marinova das rege Interesse der Engherzigen Sozialisten an den Streikkämpfen in Deutschland. Die Zeitungen brachten zahlreiche Artikel und Informationen über den Verlauf der bedeutendsten Streiks und zogen daraus Lehren für die bulgarische Arbeiterbewegung. Sie veröffentlichten Daten über die schlechte wirtschaftliche Lage des deutschen Proletariats, berichteten über seine Errungenschaften auf dem Gebiet der sozialen Gesetzgebung und entlarvten die gegen die Arbeiter gerichtete Politik der deutschen Bourgeoisie und Regierung. Marija Marinova betont, daß die Presse der Engherzigen Sozialisten in ihrer Beurteilung der Streikbewegung vorwiegend den Standpunkt der linken deutschen Sozialdemokraten vertrat.

In dem Aufsatz von Vera Manolova über "Die Haltung der Partei der Engherzigen Sozialisten zum Verrat der deutschen Sozialdemokratie in der Periode der Novemberrevolution (1918 - 1919)"⁴ wird die scharfe Reaktion der BSDAP (E.S.) auf das Verhalten der SPD-Führung in bezug auf den imperialistischen Weltkrieg hervorgehoben. Die Engherzigen Sozialisten entlarvten die Position der sozialdemokratischen Führung gegenüber der revolutionären Erhebung der proletarischen Massen im November 1918 und stellten sich entschlossen auf die Seite der Spartakisten um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Die Autorin unterstreicht, welche besondere Rolle die Parteipresse spielte, indem sie die Werktätigen mit den revolutionären Ereignissen in Deutschland bekannt machte und die wahre Haltung der Sozialdemokraten enthüllte, die zusammen mit den deutschen Monopolen die Revolution niedergeschlagen hatten. Die BSDAP (E.S.) nahm mit großer Bestürzung die Nachricht von dem gemeinen Mord an den Führern der Novemberrevolution, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, auf und gab ihrer Empörung über die Mörder Ausdruck. Sie organisierte im ganzen Land Protestversammlungen, die bei den Massen starke Resonanz fanden, und bewies so ihre proletarische Solidarität mit den deutschen revolutionären Kämpfern. Die Engherzigen Sozialisten benutzten diese Gelegenheit, um noch einmal die enge Beziehung zwischen den deutschen Sozialverrättern und den Weiten Sozialisten zu zeigen.

Lesenswert ist auch der Aufsatz von Vera Manolova über "Die Solidarität der BKP mit dem Kampf des deutschen Proletariats gegen die Okkupation des Ruhrgebiets".⁵ Anhand von Materialien aus der bulgarischen, deutschen und Komintern-Presse sowie Dokumenten aus den Archiven der BKP und der Komintern unternimmt die Verfasserin eine tiefgehende Analyse der aktiven Mitwirkung des bulgarischen Proletariats an der mächtigen internationalen Bewegung, die unter Führung der Kommunistischen Internationale den Kampf des deutschen Proletariats gegen die Okkupation des Ruhrgebiets unterstützte.

Gleichzeitig wird in dem Aufsatz auch eine Übersicht über die wichtigsten Aktionen gegeben, die in Deutschland selbst organisiert wurden. Die Autorin hebt hervor, daß die Krise im Ruhrgebiet im Jahre 1923 Ausdruck der sich vertiefenden deutsch-französischen Widersprüche war. Sie deckt die wahren Gründe für die Aktivitäten der imperialistischen Kreise Frankreichs auf und weist auf die Solidarität der BKP mit den kommunistischen Bergarbeitern des Ruhrgebiets hin. Die aus der Parteipresse entnommenen Daten, die in dem Aufsatz angeführt werden, zeigen die politische Linie der KPD bezüglich der Krise auf und entlarven das Verhalten der SPD-Führung, die das deutsche Proletariat zum "bürgerlichen Frieden" mit der Bourgeoisie aufgerufen hatte. Vera Manolova trägt eine Fülle von Fakten über abgehaltene Versammlungen und die Durchführung von Hilfsaktionen zusammen und unterstreicht damit die internationalistische Position der bulgarischen Kommunisten zum Kampf ihrer deutschen Genossen.

4 Vera Manolova, *Otnošenieto na partijata na tesnite socialisti kum predatelstvoto na germanskata socialdemokracija prez perioda na Noemvrijskata revolutija (1918 - 1919)*, in: *Izvestija na Visšata partijska škola*, Bd. 14, S. 118-150.

5 Vera Manolova, *Solidarnostta na BKP s boreštia se protiv okupacijata na Rur germanski proletarijat*, in: *Izvestija na Visšata partijska škola*, Bd. 20, S. 7-39.

In einem weiteren Aufsatz befaßt sich Vera Manolova mit der "Unterstützung der BKP (E. S.) beim Kampf der deutschen Kommunisten für eine einheitliche revolutionäre Massenpartei (1919 - 1921)".⁶ Anhand zahlreicher Fakten schildert die Autorin die Bemühungen der deutschen Kommunisten um die Sammlung der revolutionären marxistischen Kräfte des deutschen Proletariats auf der Linie der Kommunistischen Internationale und um den Aufbau der Kommunistischen Partei Deutschlands. Eingehend und überzeugend stellt Malonova die internationalistische Position der BKP dar, die unter anderem in der Entsendung von Delegierten zum Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in Halle im Jahre 1920, zum Vereinigungsparteitag im Dezember 1920 und zum Jenaer Parteitag der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands zum Ausdruck kam. Die BKP (E.S.) sprach sich klar gegen die rechten Opportunisten um Paul Levi aus und begrüßte deren Ausschuß aus der Partei. Gegen die Auffassungen der "Linken" trat sie entschieden für den Aufbau einer einheitlichen, starken und kampffähigen kommunistischen Partei des deutschen Proletariats ein.

Das besondere Interesse der bulgarischen Historiographie, die sich mit Problemen der deutschen Arbeiterbewegung beschäftigt, gilt dem berühmten Sohn des bulgarischen Volkes und hervorragenden Funktionär der Bulgarischen Kommunistischen Partei und der internationalen kommunistischen Bewegung, Georgi Dimitroff, und seiner Hilfe für die KPD. Unter Verwendung neuer und unbekannter Materialien aus dem Dimitroff-Archiv, das im Zentralen Parteiarchiv am Institut für Geschichte der BKP beim ZK der BKP aufbewahrt wird, liefert Petra Radenkova Beiträge zu einer Chronik des Lebens und Wirkens von Dimitroff in den Jahren 1929 - 1933.⁷ Die Verfasserin präsentiert umfangreiches neues Material über die Verbindungen, die Georgi Dimitroff als Sekretär des Westeuropäischen Büros des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI) in den Jahren 1929 - 1933 zur deutschen Arbeiterbewegung unterhielt.

Neue und aufschlußreiche Daten publiziert Professor V. Hadžinikolov in seinem Aufsatz "Über die Tätigkeit von Georgi Dimitroff für die Rettung von Ernst Thälmann".⁸ Der Autor schildert die gewaltige organisatorische, publizistische und politische Arbeit, die Georgi Dimitroff nach seiner Ankunft in der Sowjetunion am 27. Februar 1934 für die Rettung des Führers der KPD und hervorragenden Funktionärs der internationalen Arbeiterbewegung, Ernst Thälmann, leistete. Eingehend analysiert er Dimitroffs Broschüre "Ernst Thälmann retten" sowie seine Äußerungen vor der sowjetischen und ausländischen Presse und seine Tätigkeit bei der Entwicklung der Initiativen des Internationalen Komitees für die Rettung Ernst Thälmanns und anderer deutscher Antifaschisten.

Von besonderem Interesse für die bulgarische Historiographie sind die Arbeiten von Dobrin Mitschev über Georgi Dimitroff und die revolutionäre deutsche Arbeiterbewegung. In seinem Aufsatz "Georgi Dimitroff und die revolutionäre deutsche Arbeiterbewegung (Januar - Juni 1929)"⁹ untersucht der Autor, wie Georgi Dimitroff als Sekretär des Westeuropäischen Büros des EKKI der KPD Hilfe leistete. Er belegt seine Forschungen mit umfangreichen Archiv- und Pressematerialien. Mitschev weist darauf hin, daß Dimitroff seit den ersten Januartagen des Jahres 1929, als er sich zwecks illegaler Tätigkeit in Berlin niederließ, aufmerksam die innenpolitische Situation in Deutschland, das politische Kräftespiel und die Lage der werktätigen Klasse studierte und mit lebhaftem Interesse und wachsender Aufmerksamkeit die Kämpfe des deutschen Proletariats verfolgte, das von seiner politischen Avantgarde, der Kommunistischen Partei Deutschlands, zur Verteidigung seiner ökonomischen und politischen Lebensinteressen angehalten wurde. Er half dem ZK der KPD bei der Bewältigung

6 Vera Manolova, *BKP (t.s.) v podkrepa na borbata na germanskite komunisti za obedinena revolucionna masova partija (1919 - 1921)*, in: *Izvestija na Visšata partijska škola*, Bd. 31, S. 197-240.

7 Petra Radenkova, *Novi dann i života i revolucionnata deinost na G. Dimitroff (januari 1929 - mart 1933 g.)*, in: *Izvestija na Instituta po istorija na BKP*, Bd. 16, S. 213-229; Petra Radenkova, *Za njakoi strani ot deinostta na G. Dimitroff kato rukovoditel na Zapadnoevropeiskoto bjuro na IKKI (1929 - 1933 g.)*, in: *Izvestija na Instituta po istorija na BKP*, Bd. 22, S. 291-307.

8 V. Hadžinikolov, *Iz deinostta na G. Dimitroff za spasjavaneto na E. Thälmann*, in: *Istoričeski pregled*, Jg. 1966, H. 3, S. 51-59.

9 Dobrin Mitschev, *Georgi Dimitroff i germanskoto rabotničesko revolucionno dvizhenie (januari - juni 1929 g.)*, in: *Bulguro-germanskii otnošenia i vruski (Izsludvanija i materijali)*, Bd. 1, Sofia 1972, S. 323-346.

einiger Grundprobleme ihrer Strategie und Taktik, bei der Einschätzung komplizierter politischer Ereignisse und bei der Festlegung der nächsten Aufgaben der kommunistischen Bewegung. Georgi Dimitroff stand in enger Verbindung mit Ernst Thälmann, Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht, Fritz Heckert und anderen führenden Köpfen der KPD. Das erleichterte es ihm, der Partei mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Er nahm an Sitzungen des ZK der KPD sowie an ihrem XII. Parteitag teil, auf dem er der Partei erfolgreich dazu rief, ihrer Massenarbeit mehr Aufmerksamkeit zu widmen, speziell im Hinblick auf den städtischen Mittelstand, die Intelligenz und die Landbevölkerung. Dobrin Mitshev unterstreicht die aktive Rolle Georgi Dimitroffs bei der Ausschaltung der rechtsopportunistischen Fraktion um Brandler und Thalheimer und referiert seine Stellungnahme zu den bewaffneten Zusammenstößen zwischen Berliner Arbeitern und der Polizei am 1. Mai 1929.

In einer weiteren Studie befaßt sich Dobrin Mitshev mit dem Thema "Georgi Dimitroff und die revolutionäre deutsche Arbeiterbewegung (1933 - 1935)".¹⁰ Erstmals wird hier das ganze Ausmaß der Hilfe deutlich, die Georgi Dimitroff der KPD unter den erschwerten Bedingungen der Hitlerdiktatur bei der Überwindung von Sektierertum und Dogmatismus, der Ausarbeitung einer neuen Strategie und Taktik und der Festlegung der dringenden Aufgaben der kommunistischen Bewegung in ihrem Kampf für Demokratie und Sozialismus geleistet hat. Mitshev betont, daß Dimitroff im Leipziger Prozeß durch seine tapfere Haltung dem Faschismus eine erste moralische und politische Niederlage bereitete und damit den deutschen Antifaschisten ein Beispiel gab, das sie in ihrem Kampf für den Sturz der blutigen Hitlerdiktatur ermutigte. Zugleich zeigte er ihnen die Notwendigkeit von Massenkampf und Widerstand, Einheit der Arbeiterklasse und Ausbau der Verbindungen der KPD zu den werktätigen Massen.

Anhand konkreter Fakten weist der Verfasser nach, daß dies den deutschen Kommunisten am Vorabend des VII. Kongresses der Komintern half, auf der Basis wichtiger eigener Erfahrungen den Kampf zur Überwindung von linkem Sektierertum und Dogmatismus aufzunehmen und einen ersten Schritt zur Ausarbeitung ihrer neuen Strategie und Taktik zu machen, die darauf zielte, die werktätigen Massen des deutschen Volkes für den Kampf gegen die imperialistischen Monopole und den Faschismus zu gewinnen. Georgi Dimitroff leistete der KPD nicht nur durch seinen Rat und seine Empfehlungen, sondern auch durch seine persönliche Mitwirkung an der Ausarbeitung der neuen Strategie und Taktik der Partei unschätzbare Hilfe.

In einem Aufsatz über "Georgi Dimitroff und die Kommunistische Partei Deutschlands nach dem VII. Kongreß der Komintern (1935 - 1939)"¹¹ unterzieht Dobrin Mitshev die Hilfe Dimitroffs für die KPD einer eingehenden wissenschaftlichen Analyse. Anhand umfangreicher Archivmaterialien und der KPD-Presse schildert der Verfasser die Teilnahme Dimitroffs an mehreren Sitzungen des EKKI, auf denen Probleme der deutschen Arbeiterbewegung erörtert wurden. Besonders wertvoll für die deutschen Genossen war seine Hilfe bei der Überwindung des linken Sektierertums in ihren Reihen, beim Aufbau einer einheitlichen proletarischen Front und der antifaschistischen Volksfront und bei der Ausarbeitung der Konzeption der KPD für den Aufbau einer demokratischen, antifaschistischen Republik in Deutschland. Mitschevs besondere Aufmerksamkeit gilt dem Führungsstil und den Führungsmethoden Dimitroffs als Generalsekretär der Komintern sowie seiner Kaderpolitik gegenüber der KPD. Der Autor betont, daß die umfassende und vielfältige Hilfe, die Dimitroff der deutschen Arbeiterbewegung in den Jahren 1935 - 1939 leistete, nicht nur wissenschaftlich, sondern auch politisch von außerordentlicher Bedeutung ist. Die Lehren, die sich aus der Zusammenarbeit Dimitroffs mit den Führern der KPD (Pieck, Ulbricht, Dahlem, Ackermann u. a.) ergaben, haben auch heute noch aktuelle Geltung im Kampf für Frieden, Demokratie und Sozialismus. Sie sind weiterhin gültige Maßstäbe für den Aufbau und die Stärkung der Einheit der deutschen Arbeiterklasse und der internationalen Arbeiterbewegung bei der Entwicklung des proletarischen Internationalismus und im Kampf gegen die verschiedenen Erscheinungen des Revisionismus und Sektierertums.

¹⁰ Dobrin Mitshev, *Georgi Dimitroff i germanskoto rabotničesko revolucionno dvizhenie (1933 - 1935 g.)*, in: *Georgi Dimitroff - viden deec na meždunarodnoto komunističesko dvizhenie*, Sofia 1972, S. 313-350.

¹¹ Dobrin Mitshev, *G. Dimitroff i Germanskata Komunističeska Partija sled Sedmija kongres na Komintern (1935 - 1939 g.)*, in: *Istoričeski pregled*, Jg. 1972, H. 2, S. 38-65.

Einzelne Aspekte des Verhältnisses von Georgi Dimitroff zur revolutionären deutschen Arbeiterbewegung wurden auch in einem Vortrag behandelt, den Dobrin Mitshev im November 1971 auf einer wissenschaftlichen Session in der Bulgarischen Akademie der Wissenschaften hielt und der unter dem Titel "Georgi Dimitroff und die revolutionäre deutsche Arbeiterbewegung (1929 - 1939)"¹² veröffentlicht wurde. Die neuen Aspekte beziehen sich auf die Hilfe Dimitroffs bei der Entfaltung des Kampfes der KPD gegen den Angriff des Faschismus, vor allem bei der Ausarbeitung ihres "Programms der nationalen und sozialen Befreiung Deutschlands" sowie der Politik der "antifaschistischen Aktion". Mitshev unterstreicht in diesem Zusammenhang Dimitroffs Eintreten für eine neue und flexible Handhabung des Kampfes für den Aufbau einer Einheitsfront zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten.

Einen wichtigen Platz in der bulgarischen Historiographie über die deutsche Arbeiterbewegung nimmt die Veröffentlichung von Dokumenten ein. Panajot Panajotov verdanken wir die Publikation von Akten des bulgarischen Botschafters in Berlin und des bulgarischen Konsuls in Hamburg, die wertvolle Daten über die revolutionären Kämpfe der deutschen Werktätigen im Jahre 1918 enthalten.¹³ Dobrin Mitshev veröffentlichte die Grußadressen des ZK der KPD und der Gruppe deutscher antifaschistischer Schriftsteller anlässlich des 60. Geburtstages von Georgi Dimitroff.¹⁴ Darin kommt die Dankbarkeit der KPD gegenüber Dimitroff für seine Hilfe im Kampf gegen die Hitlerdiktatur zum Ausdruck. Auch aus der Publikation von Erinnerungen deutscher Antifaschisten spricht Dankbarkeit für die beispielhafte Wirkung, die der Leipziger Prozeß und die tapfere Haltung Dimitroffs bei Kommunisten, Sozialdemokraten und anderen Antifaschisten in Deutschland hatten.¹⁵

Diese kurze historiographische Übersicht der in Bulgarien nach dem Zweiten Weltkrieg erschienenen Aufsätze und Dokumentationen über die Verbindungen zwischen der bulgarischen und der deutschen revolutionären Arbeiterbewegung beweist, welche Bedeutung dieser Zweig der Geschichtswissenschaft für die historische Forschung Bulgariens und die Unterrichtung des bulgarischen Publikums über eine Reihe von Grundproblemen der Entwicklung Deutschlands seit Beginn dieses Jahrhunderts hat. Trotz ihrer bescheidenen Zahl stellen diese Arbeiten einen wichtigen Schritt der marxistischen Historiker Bulgariens bei der Bearbeitung der vielfältigen Probleme der internationalen Arbeiterbewegung dar.

12 Dobrin Mitshev, *Georgi Dimitroff i germanskoto rabotničesko revolucionno dvizhenie (1929 - 1939 g.)*, in: *Georgi Dimitroff 1882 - 1972*, Sofia 1972, S. 317-334.

13 Panajot Panajotov, *Dokumenti za revolucionnite borbi na trudeštite se v Germanija prez 1918 g.*, in: *Izvestija na Instituta po istorija na BKP*, Bd. 7, S. 291-303.

14 Dobrin Mitshev, *Pozdravenija do Georgi Dimitroff po slučai negovata šestdesetgodišnina*, in: *Izvestija na Instituta po istorija na BKP*, Bd. 26, S. 331-335.

15 Dobrin Mitshev, *Spomeni na germanski komunisti za Georgi Dimitroff*, in: *Puls*, Nr. 12 vom 8. 6. 1972.

QUELLEN UND MATERIALIEN ZUR GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG IM STADTARCHIV BREMERHAVEN*

Von Burchard Scheper

Die Unterlagen zur Erforschung der Arbeiterbewegung in den früheren Unterweserorten Bremerhaven, Lehe und Geestemünde, jetzt insgesamt Bremerhaven genannt, sind nicht vollständig. Wer sich eingehend mit der Geschichte der Arbeiterbewegung in den Unterweserorten beschäftigen will, wird auch die Staatsarchive Bremen und Stade zu Rate ziehen müssen.¹ Hinsichtlich des Bremischen Amts in Bremerhaven, das obrigkeitliche und hoheitsrechtliche Funktionen in Bremerhaven ausübte, finden sich zur Geschichte der Arbeiterbewegung interessierende Vorgänge im Staatsarchiv Bremen im Bestand 4,20 Hansestadt Bremisches Amt Bremerhaven und unter dem Bestand 4,65 Polizei. Weiterhin von Bedeutung ist das dortige Ratsarchiv mit den Jahresberichten des Bremischen Amts in Bremerhaven. Auch die Zeitgeschichtliche Sammlung im Staatsarchiv Bremen birgt verschiedenes hinsichtlich der Arbeiterbewegung in Bremerhaven. Akten von Parteien sind jedoch nicht vorhanden.

Im Staatsarchiv Stade sind etliche Bestände für Lehe und Geestemünde von Belang. Der Regierungspräsident in Stade war für die hannoverschen Orte bzw. späteren preußischen Städte Lehe und Geestemünde als Mittelinstanz zuständig. Wenngleich auf nähere Angaben zu den Stader Beständen verzichtet werden muß, kann jedoch hier bemerkt werden, daß anläßlich einer Hausarbeit für die Erste Lehrprüfung zum Thema "Der Arbeiter- und Soldatenrat in den Unterweserorten 1918/19" von Irmgard Heumann (PH Bremen) entsprechende Quellen im Staatsarchiv Stade benutzt worden sind.² Hinweise finden sich im Anmerkungsapparat der Verfasserin auf Seite 54 ff. Grundsätzlich hingewiesen sei in diesem Zusammenhang auf Erich Weise, "Geschichte des Niedersächsischen Staatsarchivs in Stade nebst Übersicht seiner Bestände", Göttingen 1964, 372 S. Gleichfalls sei verwiesen auf die verschiedenen Tageszeitungen an der Unterweser, die relativ reichhaltiges Material zur Geschichte der Arbeiterbewegung bringen. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang die zuerst 1852 erschienene "Provinzial-Zeitung" und die 1866 gegründete "Nordsee-Zeitung". Die "Norddeutsche Volksstimme" erschien seit dem 6. April 1890, während die "Nordwestdeutsche Zeitung" 1895 ins Leben gerufen wurde.

Statt der "Provinzial-Zeitung" erschienen seit dem 1. Januar 1926 die "Wesermünder Neueste Nachrichten". Heute existiert nur noch als Tageszeitung die "Nordsee-Zeitung" (Nordwestdeutsche Zeitung), während die frühere "Norddeutsche Volksstimme" wöchentlich als "Bremerhavener Bürgerzeitung" erscheint.

An Literatur ist vornehmlich zu nennen Fritz Thienst, "Die Geschichte der Arbeiterbewegung in den Unterweserorten", Bremerhaven (Verlagsanstalt Unterweser) 1930, 251 S., und Irmgard Heumann, "Der Arbeiter- und Soldatenrat in den Unterweserorten 1918/1919", Hausarbeit für die Erste Lehrprüfung, PH Bremen 1969, 60 S., 21 S. Anhang, masch. schr. Bemerkt sei hier ebenfalls, daß sich derzeit eine Arbeit von Ernst Herder über die "Geschichte der Arbeiterbewegung an der Unterweser" in Vorbereitung befindet.³ Auch sei an dieser Stelle auf die Realschullehrerarbeit von Joachim Schoenian (PH Oldenburg) mit dem Titel "Sozialgeschichte des Bauerndorfes Geestendorf im 19. Jahrhundert", 117 S., masch. schr., verwiesen, die reichhaltige Materialien zur Situation der Arbeiter im Bauerndorf und Arbeitervorort Geestendorf beibringt. Die Schulpolitik in Bremerhaven nach dem Ersten Weltkrieg ist eng verknüpft mit den Vorstellungen und Bestrebungen des Arbeiter- und Soldatenrats. Darüber handelt ausführlich in einer Examensarbeit zur Ersten Lehrprüfung Ruth Poppe, "Schulpolitik in Bremerhaven 1919 - 1924", PH Bremen 1969, 74 S., 25 S. Anhang.

* Magistrat der Stadt Bremerhaven, Stadtarchiv, 285 Bremerhaven 21, Postfach 3224.

1 Über Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Staatsarchiv Bremen berichtete Klaus Schwarz in: *IWK* H. 7 (Dez. 1968), S. 32-46.

2 Die Arbeit wurde in der *IWK* H. 8 (Juni 1969), S. 69 unter Nr. 1017 der "Forschungs- und Publikationsvorhaben" angezeigt.

3 Angezeigt in *IWK* H. 15 (April 1972), S. 55, unter Nr. 1705 der "Forschungs- und Publikationsvorhaben".

Politische Betätigung

- 021/99 Gaststätte von Rudolf Mädger, Erwähnung der politischen Betätigung Mädgers 1898 - 1908
- 025/18+19 Betätigung der Parteien u. a. der SPD, Streiks u. a. 1913 - 1923
- 004/24/2 Betätigungsverbot gegen die Sozialdemokratische Partei, Rd. Erl. des MdI vom 23. Juni 1933 - H S. 1110 H.

Sozialistische Arbeiterjugend

- 594/1/12 Heim der sozialistischen Arbeiterjugend 1929 - 1933
- Fach 29/57/48 Sozialistische Arbeiterjugend Unterweser (Auflösung 29. 4. 1933)

Gewerbewesen — jugendliche Arbeiter

- 130/2/3 Polizeiwesen — Gewerbe- und Handelspolizei. Nachweisung der gewerblichen Anlagen, Lohgerbereien, Schlachtereien, Wind- und Wassermühlen, Ziegeleien, sowie alle Anlagen, in denen jugendliche Arbeiter beschäftigt werden, auch wenn sie keinen Maschinenbetrieb haben, z.B. Cigarren- und Tabakfabriken und Brennerien 1877

Lohnstreitigkeiten, Streiks, Arbeitslosigkeit

- Fach 152/13 Tätigkeit des Gewerbegerichts und als Einigungsamt (Akten enthalten Belege zur Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, Tarifstreitigkeiten usw. 1899 - 1918)
- 011/34/3 Arbeitslosigkeit 1908
- Fach 152/15 Lohnstreitfrage der Schuhmachergehilfen gegen die Schuhmachermeister in den Unterweserorten 1910
- Fach 152/16 Einigungsverhandlungen im Tischlerstreik 1913
- 018/46/1,2 Bericht über Arbeitsniederlegungen auf der Tecklenborgwerft, über einen Demonstrationzug und Abhaltung einer öffentlichen Versammlung 3. 4. 1917)
- 011/34/7 Arbeitslosenstatistik 1933
- 030/17/5 Aussperrung von Arbeitern der privaten Betriebe 1924

Demobilmachung

- 025/11/1+2 Demobilmachung Lehe und Geestemünde 1917 - 1921
- Fach 35/64 Demobilmachungsausschuß für die Unterweserorte in Bremerhaven 1919 - 1921

Arbeiterrat allgemein — Finanzen

- Fach 35/58 Gewährung von Vorschüssen aus städtischen Mitteln an den Arbeiterrat der Unterweserorte 1918 - 1921
- 003/28/2 Arbeiter- und Soldatenrat 1918, u. a. Denkschrift des Arbeiterrates zur Verschmelzung der drei Unterweserstädte
- 000/1 Maßnahmen infolge der Revolution am 9. Nov. 1918, Arbeiterrat für das Unterwesergebiet 1918 - 1920
- 025/11/1 Aufruf des Vollzugsrates des Arbeiter- und Soldatenrates 1917 - 1921
- 005/4/7 Arbeiter- und Soldatenrat der Unterweserorte, später als Arbeiterrat weitergeführt 1918 - 1920
- 230/1/4 U. a. Arbeiterrat für das Unterwesergebiet (Eingabe vom 13. 3. 1919)
- 018/45/1 Mitarbeiter des Arbeiterrates als Hilfsorgan der Polizei 1919 - 1920
- Fach 35/60 Zuschuß der Stadt Bremerhaven an das Arbeitersekretariat Bremerhaven und Umgegend 1919 - 1933

Bemühungen des Arbeiterrates um die Schulreform

- 205/2/1-3 Elternbeiräte an den Schulen in Geestemünde, Lehe und Wesermünde 1918 - 1925
- 230/1/4 Ausbau des Schulwesens 1919 - 1923, Arbeiterrat für das Unterwesergebiet (Eingabe des Arbeiterrates vom 13. März 1919), Forderung nach einer Pflichtfortbildungsschule für Mädchen, Begleitschreiben zur Eingabe des Arbeiterrates
- 230/3/2 Aufhebung der Vorschulklassen 1919 - 1925. Die Eingabe des Arbeiterrates an den Kreisschulrat in Lehe zur Stellungnahme überwiesen
- Fach 177/76 Verhandlungen wegen Einführung der Einheitsschule in Bremerhaven 1920
- Fach 177/61 Die Elternbeiratswahlen an den Schulen Bremerhavens 1921 - 1927
- P 1/32 Bd. 1, S. 166 u. 186 Die Eingabe des Arbeiterrates an die Kommission für das Schulwesen in Bremerhaven wird vom Stadtrat bis zur Neuwahl der Stadtverordnetenversammlung ausgesetzt.
- P 1/32 Bd. 1, S. 216, 217 u. 223 — Pr. II Ordner 2 Bd. 2 Sammlung Cordes — Protokollbuch Verein Bremerhavener Lehrer Bestrebungen der Schulreform zur Demokratisierung der Schule (Bildung von Lehrerräten 1919)

Interessenvertretung der Arbeiter

- 018/8/1+2 Arbeitsausschuß 1917 - 1920
- 018/13/4 Arbeiterzeitung 1919 - 1920

030/20	Städt. Arbeiter - Arbeiterausschuß 1912 - 1924
Fach 269/4	Wahlen zur Bremischen Angestellten- und Arbeiterkammer 1921 - 1931
Bestrebungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen	
130/3/8/8-10	Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen (Allgem. Vorschrift 1914 - 1923)
810/56/1	Sozialpolitik: Entwurf eines Gesetzes über die Arbeitsniederlegung - Sozia- lisierungsbestrebungen bei den E.-Wer- ken 1917 - 1923
Arbeitslöhne, Tarifverträge, Arbeitsnachweis, Arbeiter- sekretariat	
030/47/2	Statistiken über Löhne in den Unter- weserstädten 1907
480/1/2	Arbeitsnachweis - Verhandlungen betr. Errichtung eines kommunalen Arbeits- nachweises 1914 - 1921
480/1/3	Arbeitsnachweis - Allgemeines 1915 - 1924
480/1/4	Kommunaler Arbeitsnachweis - Allge- meines 1922 - 1924
480/1/5	Satzung des kommunalen Arbeitsnach- weises der Unterweserorte 1919 - 1922
042/2/6	Arbeitersekretariat 1919 - 1924
820/13/4	Lohnforderungen bei der Straßenbahn in Wesermünde 1920 - 1924
480/1/6	Vorsitzender des kommunalen Arbeits- nachweises der Unterweserorte 1921 - 1922
030/41/3	Manteltarifvertrag zwischen den Unter- weserstädten und dem Verband der Ge- meinde- und Staatsarbeiter 1921
030/41/2	Reichsmanteltarif für die Gemeindear- beiter 1921 - 1924
030/42/8	Beteiligung des Metallarbeiterverbandes an den Lohnverhandlungen der städt. Arbeiter 1922
030/42/9	Demonstration vom 4. Juli 1922
030/42/10	Reichsmanteltarif und Arbeitszeit des Krankenhauspersonals 1924
030/94/2	Unterstellung der Angestellten der städt. Sparkasse unter den Reichstarifvertrag für das Bankgewerbe und Überführung in den preußischen Angestelltentarif 1929 - 1937
042/8/1	Arbeitersekretariat des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes 1924 - 1932
030/120/4	Hinweis auf unterschiedliche Löhne in Bremerhaven und Wesermünde

030/108/1-4	Arbeitslöhne seit 1854 - Schlich- tungswesen - Örtliche und Bezirkli- che Schiedsstelle für Kommunale Ar- beitertarifsachen - Lohnpolitik 1928 - 1935
-------------	---

621/13/8	Wohnungen für Industriearbeiter in Wesermünde 1928
----------	---

Arbeitsgericht und Gerichte

010/7/3	Bestellung von Schöffen und Geschwo- renen, Erlaß des MdI vom 4. Aug. 1921 wegen Berücksichtigung der Ar- beiterschaft 1884 - 1924
Fach 152/18	Verzeichnis der anhängig gewordenen Streitsachen, Bd. 1: 1894 - 1904, Bd. 2: 1912 - 1927
Fach 152/17	Verhandlungen wegen der Errichtung des Arbeitsgerichts für die Städte We- sermünde und Bremerhaven und die Kreise Geestemünde und Lehe 1921 - 1927
010/29/3,5,6	Arbeitsgerichte in Lehe, Schlichtungs- wesen 1923 - 1924
030/93/8+9	Urteile des Landesarbeitsgerichts Bre- men und Wesermünde 1933 - 1937

Unruhen, Tumulte und Tumultschäden

Fach 35/63	Ersatz der durch innere Unruhen ent- standenen Schäden an beweglichem und unbeweglichem Eigentum 1919 - 1931
013/19/1	Erwerbslosen-Tumulte am 9. Mai 1919 und am 26. Juni 1920
013/20/1-4	Tumultschaden-Regelung aus Anlaß des Tumults vom 26. Juni 1920
120/1/1	Bekämpfung innerer Unruhen - Streiks - Demonstrationen Rathaus Lehe am 9. Mai 1919 - Ausnahmezustand - Tumultschäden in den Unterweser- städten am 26. Juni 1920

Betriebsräte

030/121/1-3	Betriebsräte, Arbeiter- und Angestell- tenausschüsse 1917 - 1925
030/130/2	Einsetzung von Betriebsräten durch die Militärregierung zur Bildung freier Gewerkschaften 1945 - 1946
030/36/5	Wahl des Angestelltenausschusses und des Betriebsrates, Satzungen für den Betriebsrat 1919 - 1924

**FORSCHUNGS- UND PUBLIKATIONSVORHABEN
ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG
UND ANGRENZENDER GEBIETE
XVII**

Bearbeitet von Rita Klunkert

Die IWK versucht, systematisch alle Forschungs- und Publikationsvorhaben zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und angrenzender Gebiete zu erfassen. Aus diesem Grunde haben wir am Schluß des vorliegenden Heftes einen Projektfragebogen eingeklebt mit der Bitte an alle Leser, ihn zur Mitteilung eigener Projekte an die IWK-Redaktion zu verwenden bzw. an Bearbeiter einschlägiger Studien weiterzugeben. Außerdem bitten wir die Leser der IWK, uns auch dann eine Nachricht zu kommen zu lassen, wenn Thema und Inhalt eines bereits gemeldeten Projekts geändert, aufgegeben oder abgeschlossen wird. Bei abgeschlossenen Projekten bitten wir um die Angabe, wo und in welcher Form die Forschungsergebnisse veröffentlicht sind, um die Fundstelle unter der Rubrik "Nachträge zum Titelverzeichnis" veröffentlichen zu können.
Im voraus herzlichen Dank für die Mitarbeit!

TITELVERZEICHNIS

- AGGoH** = "Staff Research on German history and Anglo-German relations in progress in British universities", zusammengestellt und hrsg. von der Anglo-German Group of Historians, London, Mai 1973.
- AIMS** = "Newsletter", hrsg. vom American Institute for Marxist Studies.
- BzG** = Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung.
- UAM** = "Wykaz tematów badań niemcoznawczych prowadzonych w Polsce" (Verzeichnis der in Polen in Bearbeitung befindlichen deutschkundlichen Forschungsthemen), hrsg. von der Uniwersytet im. Adama Mickiewicza (UAM), Instytut Historii – Zakład Historii Niemiec, Poznań 1972.
- ZfG** = Zeitschrift für Geschichtswissenschaft.

A. HILFSMITTEL

- 1919 POZZOLI, Claudio (Hrsg.): **Jahrbuch 1 "Arbeiterbewegung – Theorie und Geschichte"**. –
(a) Schwerpunktthema: über Karl K o r s c h;
b) Briefe von K. Korsch an Partos, Mattick, Brecht;
c) Bibliographie des deutschen Anarchismus; d) Stichwort: Stamokap; e) Rezensionen, Hinweise. – Autoren: M. Buckmiller, P. Mattick, O. Negt, H. Langerhaus, Ch. Riechers, H. M. Bock, J. Agnoli, H. Dahmer u. a.) – Erscheint im Herbst 1973 im Fischer-Taschenbuch-Verlag, Frankfurt/M.
- 1920 **Übersicht über linke Zeitungen und Zeitschriften**. – (Die Übersicht wird von Peter van Spall, Berlin, im Auftrag des Sozialistischen Büros, 605 Offenbach 4, Postfach 591, erstellt. Sie soll lokal, regional und überregional verbreitete linke Zeitungen und Zeitschriften einem breiten Interessentenkreis zugänglich machen.) – Abschluß in Kürze.

B. QUELLENVERÖFFENTLICHUNGEN, NEUDRUCKE, ÜBERSETZUNGEN

- 1921 WEBER, Hermann (Mannheim): **Das Prinzip links. Eine Dokumentation. Beiträge zur Diskussion des demokratischen Sozialismus in Deutschland 1847 - 1973**. – (Dokumente mit knappen Erläuterungen. Erster Teil: programmatische Zielvorstellungen, Weg [Reform oder Revolution], Rolle und Struktur der SPD vor 1914, der Spaltungsprozeß usw. Zweiter Teil: die aktuelle Diskussion vor und auf dem Parteitag in Hannover 1973.) – Erscheint im Herbst 1973 im Fackelträger-Verlag, Hannover.
- 1922 CALLESEN, Gerd (Humblebaek/Dänemark): **Die Korrespondenz zwischen Friedrich Engels und Gerson Trier / Nicolaj Petersen 1885 - 1893**. – (15 Briefe von Trier/Petersen an Engels aus dem HSG, 1 Brief von Engels an Petersen aus der Zeitung "Arbejderen", Jg. 1892.) – Edition. – Abgeschlossen. – Erscheint im "Årbog for arbejderbevaegelsens historie", Bd. 3 (1973).

- 1923 WEBER, Hermann (Mannheim): **Der deutsche Kommunismus. Dokumente 1915 - 1945.** — (Neuaufgabe der 1963 erschienenen Dokumentation mit ergänzter Bibliographie, ohne die Dokumente über die SED.) — Erscheint im Herbst 1973 in der Studienbibliothek des Verlags Kiepenheuer & Witsch, Köln.
- 1924 MICHALSKI, W. (Warszawa/Polen): **Wybór materiałów ideologiczno-programowych do dziejów niemieckiego ruchu robotniczego w okresie powojennym (t. I SPD 1945 - 1968, t. II KPD 1945 - 1968).** [Eine Auswahl ideologisch-programmatischer Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in der Nachkriegszeit (Bd. 1: SPD 1945 - 1968, Bd. 2: KPD 1945 - 1968)] — Abgeschlossen. — Mitteilung der UAM.

C. SOZIALISTISCHE THEORETIKER / BEITRÄGE ZUR IDEENGESCHICHTE

- 1925 BOTHE, Klaus (Mannheim): **Das Konzept der revolutionären Gewalt bei Marx und Engels und seine Bedeutung für ihre politische Strategie.** — (Der Vf. versucht, auf dem Hintergrund des historischen Materialismus die Überleitung einer Theorie in konkrete Handlungsanweisungen und die Formen der revolutionären Gewalt darzustellen. Exkurse zum Anarchismus und zu Lenins Weiterführung.) — Phil. Diss. — Ms.-Abschluß Herbst 1974.
- 1926 CHILDS, David (Nottingham/GB): **Marx and the Marxists.** — Erscheint 1973 im Verlag Bann, London. — Mitteilung der AGGoH.
- 1927 McLELLAN, D. T. (University of Kent/GB): **History of Marxist thought.** — In Bearbeitung. — Mitteilung der AGGoH.
- 1928 GEARY, R. J. (Cambridge/GB): **Marxism and the SPD.** — Aufsatz. — Veröffentlichung geplant. — Mitteilung der AGGoH.
- 1929 PAUL, Hans-Holger (Bonn): **Theoretische Grundlegung des Imperialismus während der Zweiten Internationale.** — (1. Ableitung des Imperialismus aus den Bewegungsgesetzen des Kapitals nach Marx; 2. Auseinandersetzungen um die Marxsche Theorie in der Zweiten Internationale bis zur Jahrhundertwende; 3. Auseinandersetzungen um die verschiedenen Imperialismus-Konzeptionen von 1900 bis Kriegsbeginn.) — Phil. Diss. — In Bearbeitung; Abschluß etwa Mitte 1974.
- 1930 GEARY, R. J. (Cambridge/GB): **Kautsky's Theory of Economic Imperialism.** — Aufsatz. — Veröffentlichung geplant. — Mitteilung der AGGoH.
- 1931 WALDENBERG, Marek (Kraków/Polen): **Niemiecka myśl socjalistyczna końca XIX i pierwszego ćwierćwiecza XX w. ze szczególnym uwzględnieniem K. Kautskyego.** [Die sozialistische Theorie in Deutschland am Ende des 19. und im ersten Viertel des 20. Jahrhunderts mit besonderer Berücksich-

tigung K. Kautsky's] — In Bearbeitung. — Mitteilung der UAM.

- 1932 GŁOWACKI, A. (Poznań/Polen): **Lenin o niemieckim ruchu robotniczym.** [Lenin über die deutsche Arbeiterbewegung] — Phil. Diss. — Abgeschlossen. — Mitteilung der UAM.
- 1933 WOLLSCHLÄGER, Dagmar (West-Berlin): **Lenin und die deutsche Sozialdemokratie 1900 - 1914.** — (Fragestellung: Inwieweit war Lenins Beurteilung der deutschen Sozialdemokratie zutreffend?) — Dissertation. — Die Arbeit soll im Herbst 1973 als Veröffentlichung des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln, erscheinen.
- 1934 BATES, T. R. (University of Wisconsin): **The Political Thought of Antonio Gramsci.** — Ph. D. — Abgeschlossen. — Hinweis in AIMS 10 (1973), Nr. 1.
- 1935 VOGEL, Angela (München): **Zur politischen Theorie des Anarcho-Syndikalismus in der Weimarer Republik.** — (Primärquelle: "Der Syndikalist" 1918 - 1933.) — Phil. Diss. — Abschluß Jahreswende 1973/74.
- 1936 LIPSHIRES, S. (University of Connecticut): **Herbert Marcuse: From Marx to Freud and Beyond.** — Ph. D. — Abgeschlossen. — Hinweis in AIMS 10 (1973), Nr. 1.

Vgl. auch 1919 (Korsch), 1921 (Das Prinzip links); BIOGRAPHISCHE BEITRÄGE; 1949 (Schulwesen), 1992 (Entwicklung der SPD), 1995 (Selbstverständnis der Gewerkschaften), 2027 (Der belgische Sozialismus), 2028 (Nationale Frage).

D. BIOGRAPHISCHE BEITRÄGE

- 1937 CRAMPTON, Richard John (University of Kent/GB): **August Bebel and the British Foreign Office.** — Aufsatz. — Erscheint in Kürze in "History". — Mitteilung der AGGoH.
- 1938 COHN, W. (University of Wisconsin): **Paul Lafargue: Marxist Disciple and French Revolutionary Socialist.** — Ph. D. — Abgeschlossen. — Hinweis in AIMS 10 (1973), Nr. 1.
- 1939 WEBER, Gerda und Hermann WEBER (Mannheim): **Lenin - Chronik. Daten zu Leben und Werk.** — Erscheint 1974 in der "Reihe Hanser".
- 1940 WINKEL, Udo (Erlangen-Nürnberg): **Rosa Luxemburg und die deutsche Sozialdemokratie.** — (Die politische Entwicklung L.s im Rahmen der Auseinandersetzungen in der deutschen Sozialdemokratie [vom Revisionismusstreit bis zur Gründung der KPD]. Gliederung: A. Rosa Luxemburg und die polnische Arbeiterbewegung; B. Zum Charakter der deutschen Sozialdemokratie; C. Rosa Luxemburg und die deutsche Arbeiterbewegung. Quellen: vor allem die Schriften und

Briefe L.s.) – Phil. Diss. – Abschluß voraussichtlich Ende 1973.

1941 McLELLAN, D. T. (University of Kent/GB): *Biography of M a r x*. – In Bearbeitung. – Mitteilung der AGGoH.

1942 DUVAL, C. (University of Texas): *The Forgotten Bolshevik: Jacob M. S v e r d l o v, 1885 - 1917*. – Ph. D. – Abgeschlossen. – Hinweis in AIMS 10 (1973), Nr. 1.

1943 STEIRO, Birger (Oslo): *Marcus Thranes politiske agitasjon, 1849 - 1855*. [Die politische Agitation von Marcus T h r a n e, 1849 - 1855.] – Staats-examensarbeit. – In Bearbeitung.

Vgl. auch 1919 (Korsch), 1922 (Engels); SOZIALISTISCHE THEORETIKER; 2029 (M. Thorez).

E. DARSTELLUNGEN ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG

I. Allgemeine Darstellungen und Darstellungen über größere Zeiträume

1944 PULZER, P. G. J. (Oxford/GB): *The party system in Germany since 1866*. – Veröffentlichung als Buch geplant. – Mitteilung der AGGoH.

1945 RYDER, A. J. (Lampeter, Wales/GB): *Twentieth Century Germany: From Bismarck to Brandt*. – Veröffentlichung als Buch geplant. – Mitteilung der AGGoH.

1946 BREUNING, Eleanor (Swansea, Wales/GB): *Russo-German Relations in the 20th Century*. – In Bearbeitung. – Mitteilung der AGGoH.

1947 CZUBIŃSKI, Antoni, J. KRASUSKI, J. KOZEŃSKI, J. MARCZEWSKI, J. SOBCZAK (Poznań/Polen): *SPD a cele imperializmu niemieckiego, 1914 - 1969*. [Die SPD und die Ziele des deutschen Imperialismus 1914 - 1969.] – Abschluß 1975. – Mitteilung der UAM.

1948 BRAMSTED, E. K. (Weybridge, Surrey/GB): *A critical study of some autobiographies relevant to the political history of Germany 1918 - 45*. – In Bearbeitung. – Mitteilung der AGGoH.

1949 WEIDENBRUCH, Manfred (Wuppertal): *Die Vorstellungen der Sozialdemokratischen Partei zur Reform des deutschen Schulwesens vor dem Ersten Weltkrieg*. – Phil. Diss. – Geplant.

1950 EVANS, R. J. (Stirling/GB): *Feminism and female emancipation in Germany 1848 - 1933*. – Veröffentlichung als Buch geplant. – Mitteilung der AGGoH.

1951 JABŁOŃSKA, D. (Szczecin/Polen): *Niemiecki ruch młodzieżowy 1900 - 1970*. [Die deutsche Jugendbewegung 1900 - 1970.] – Habil.schrift. – Abschluß 1975. – Mitteilung der UAM.

1952 LEE, J. J. (Cambridge/GB): *Reflections on Recent Research on German Industrialists*. – Aufsatz. – Erscheint in der "Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte". – Mitteilung der AGGoH.

1953 HAY, Brigitte E. (London): *Social and political background of the German social drama*. – In Bearbeitung. – Mitteilung der AGGoH.

Vgl. auch REGIONALE und LOKALE DARSTELLUNGEN.

II. Darstellungen in zeitlicher Folge

a) Von den Anfängen bis zum Ende des Sozialistengesetzes

1954 BREUILLY, John James (Manchester/GB): *German Labour History 1830 - 50*. – In Bearbeitung. – Mitteilung der AGGoH.

1955 SAGARRA, Eda (Manchester/GB): *A study of social, economic and political life in mid-19th century Germany*. – Erscheint im Verlag Macmillan, London. – Mitteilung der AGGoH.

1956 SCHRÖDER, Wolfgang (Ost-Berlin): *Arbeiterklasse, Partei und Gewerkschaften. Probleme der Formierung der Arbeiterbewegung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts*. – Diss. B. – Abgeschlossen. – Hinweis in ZfG 21 (1973), H. 1.

Vgl. auch REGIONALE und LOKALE DARSTELLUNGEN.

b) 1890 - 1914

1957 COLE, T. F. (Edinburgh/GB): *Germany 1890 - 1918*. – In Bearbeitung. – Mitteilung der AGGoH.

1958 GRUNBERGER, R. (Warwick/GB): *Social History of the Second Reich*. – Veröffentlichung 1975 geplant. – Mitteilung der AGGoH.

1959 KLUGE, Ulrich (West-Berlin): *SPD und städtische Demokratie. Sozialdemokratie und kommunale Selbstverwaltung in Deutschland 1890 - 1914*. – Monographie. – Abschluß Ende 1974.

1960 BROSE, Eric Dorn (Ohio State University, Columbus): *The Rise of Catholic Labor Organizations, 1890 - 1914*. – (Der Vf. untersucht die wirtschaftlichen und politischen Aktivitäten der christlichen Gewerkschaften und der katholischen Arbeitervereine sowie ihr Verhältnis zur katholischen Kirche, zur Zentrumspartei und zu anderen Arbeiterorganisationen. Quellen: Nachlässe und Sammlungen; Presse und Protokolle der christlichen Gewerkschaften, der katholischen Arbeitervereine und der Zentrumspartei.) – Ph. D. – In Bearbeitung; Abschluß 1976.

Vgl. auch REGIONALE und LOKALE DARSTELLUNGEN.

c) Weltkrieg und Revolution

- 1961 BERGHAHN, Volker (University of East Anglia/GB): *Germany and the Approach of War in 1914*. — Soll als Buch 1973 in London erscheinen. — Mitteilung der AGGoH.
- 1962 PARKER, R. G. (Warwick/GB): *Germany 1914 - 23, concentrating on Socialist and Labour movements*. — In Bearbeitung. — Mitteilung der AGGoH.
- 1963 GOULDEN, Steven (Chicago, Illinois): *Diversity and Conflict in the German Metal Workers' Unions, 1916 - 1926*. — (Die Probleme der großen Metallarbeitergewerkschaften — der sozialistischen, christlichen und Hirsch-Dunckerschen — in den Städten Köln, Frankfurt/M. und Nürnberg.) — Ph.D. — Abschluß voraussichtlich Ende 1974.
- 1964 GEARY, R. J. (Cambridge/GB): *Workers and the Revolution of 1918*. — Aufsatz. — Veröffentlichung geplant. — Mitteilung der AGGoH.
- 1965 KRZYKAŁA, S. (Lublin/Polen): *Rady Robotniczo-Żołnierskie w Niemczech 1918 - 1919*. [Die Arbeiter- und Soldaten-Räte in Deutschland 1918 - 1919] — Abschluß 1975. — Mitteilung der UAM.
- 1966 KLUGE, Ulrich (West-Berlin): *Entstehung, Organisation und Funktion der kommunalen Arbeiterräte in den Anfängen der Weimarer Republik. Ein Beitrag zum Problem der städtischen Demokratie in Deutschland*. — Aufsatz. — In Bearbeitung.
- 1967 BORUSZCZAK, B. (Poznań/Polen): *Rola oddziałów Freikorps w tłumieniu ruchów rewolucyjnych po I wojnie światowej*. [Die Rolle der Freikorps in der Geschichtsschreibung über die revolutionären Bewegungen während des Ersten Weltkriegs.] — Phil. Diss. — Abschluß 1975. — Mitteilung der UAM.
Vgl. auch REGIONALE DARSTELLUNGEN; 2024 (Räte).

d) Weimarer Republik

- 1968 CARSTEN, F. L. (London): *Weimar Republic*. — In Bearbeitung. — Mitteilung der AGGoH.
- 1969 MacKENZIE, J. R. P. (Exeter/GB): *Weimar Republic*. — In Bearbeitung. — Mitteilung der AGGoH.
- 1970 HIDEN, J. W. (Aberdeen/GB): *'Seminar' Study of texts and documents on some problems of the Weimar Republic*. — Soll im Verlag Longmans erscheinen. — Mitteilung der AGGoH.
- 1971 RADCLIFFE, S. (Bristol/GB): *Post-1919 German political and social affairs*. — In Bearbeitung. — Mitteilung der AGGoH.
- 1972 WHEELER, Robert (Los Angeles, California): *The Social Bases of Labor Politics in Early Weimar Germany*. — Monographie. — In Bearbeitung.

- 1973 KRZYKAŁA, S. (Lublin/Polen): *Postępowy i rewolucyjny ruch młodzieżowy w Niemczech w okresie Republiki Weimarskiej*. [Die fortschrittliche und revolutionäre Jugendbewegung in Deutschland in der Weimarer Republik.] — In Bearbeitung. — Mitteilung der UAM.
- 1974 DERMIN, R. (Opole/Polen): *Współpraca KPP o KPD na pograniczu polsko-niemieckim w l. 1922 - 1938*. [Die Zusammenarbeit der KPP und der KPD in den deutsch-polnischen Grenzgebieten 1922 - 1938.] — Abschluß 1975. — Mitteilung der UAM.
- 1975 LAQUEUR, W. (London): *A Cultural History of the Weimar Republic*. — Veröffentlichung als Buch geplant. — Mitteilung der AGGoH.
- 1976 CASSELL, William (Cambridge/GB): *The influence of the federal system on the Weimar Republic*. — Ph. D. — In Bearbeitung. — Mitteilung der AGGoH.
- 1977 HIDEN, J. W. (Aberdeen/GB): *Role of the movement for 'Auslandsdeutsche' in the Weimar Republic*. — In Bearbeitung. — Mitteilung der AGGoH.
- 1978 KÜCKLICH, Erika (Ost-Berlin): *Streik gegen Notverordnungen! Die betrieblichen Aktionen der Arbeiter unter Führung der KPD gegen die Notverordnungsdictatur und die staatsmonopolistische Offensive der Regierung Papen (Juni bis Dezember 1932)*. — Phil. Diss. — Abgeschlossen. — Hinweis in BzG 15 (1973), H. 2.
- 1979 HENNIG, Eike (Frankfurt/M.): *Weltwirtschaftskrise — Präsidialkabinette — Nationalsozialismus. Thesen zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte des deutschen Faschismus (1928/29 - 1938/39)*. — (Überblick über vorhandenes theoretisches und empirisches Material. Versuch einer Erneuerung der Diskussion zur Aufhebung der Dichotomie: Primat der Politik oder Primat der Industrie.) — Forschungsbericht. — Abgeschlossen (rd. 250 Ms.-Seiten). — Erscheint im Herbst 1973 in der Reihe "edition suhrkamp".
Vgl. auch 1935 (Anarcho-Syndikalismus); REGIONALE und LOKALE DARSTELLUNGEN; 2043 (USA).

e) 1933 - 1945

- 1980 CZUBIŃSKI, Antoni (Poznań/Polen): *Ruch robotniczy w okresie III Rzeszy*. [Die Arbeiterbewegung im Dritten Reich.] — Monographie. — Abschluß 1974. — Mitteilung der UAM.
- 1981 CHADWICK, W. O. (Cambridge/GB): *Social life in Germany 1933 - 45, especially the place of the churches*. — In Bearbeitung. — Mitteilung der AGGoH.

- 1982 BEIER, Gerhard (Kronberg/Ts.): **Das Lehrstück vom 1. und 2. Mai 1933.** — (Der sog. "Leipart-Kurs" des ADGB vom Januar 1933 bis 2. Mai 1933. Quellen: DGB-Archiv, Tarnow-Papiere, Gewerkschaftspresse.) — Aufsatz. — Abgeschlossen (29 Ms.-Seiten). — Veröffentlichung 1973 vorgesehen.
- 1883 GLEES, A. P. (Oxford/GB): **The history of the German Social Democrats in Exile in London.** — Ph. D. — In Bearbeitung. — Mitteilung der AGGoH.
- 1984 GRUNBERGER, R. (Warwick/GB): **Aspects of German-Jewish immigration into Britain during the 1930's.** — Ph. D. — In Bearbeitung. — Mitteilung der AGGoH.
- 1985 WENDT, J. (Wrocław/Polen): **Koncepcje polityki wschodniej SPD w okresie emigracji (1934 - 1945).** [Die ostpolitische Konzeption der SPD in der Emigration (1934 - 1945)] — Abschluß 1972. — Mitteilung der UAM.
- 1986 JÄNTSCH, Roland (Dresden): **Der Kampfweg der XI. Internationalen Brigade während des national-revolutionären Krieges in Spanien 1936 bis 1939.** — Phil. Diss. — Abgeschlossen. — Hinweis in BzG 15 (1973), H. 1.
Vgl. auch REGIONALE und LOKALE DARSTELLUNGEN; 2025, 2026 (Widerstand), 2033 (Englische Linke).
- f) Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges**
- 1987 JOHNSON, N. (Oxford/GB): **Post-1945 government and politics in Western Germany.** — In Bearbeitung. — Mitteilung der AGGoH.
- 1988 PRIDHAM, G. (Bristol/GB): **Parties in the German Federal Republic.** — In Bearbeitung. — Mitteilung der AGGoH.
- 1989 MACIĄG, Z. (Kraków/Polen): **System partyjny NRF.** [Das Parteiensystem der BRD] — Phil. Diss. — In Bearbeitung. — Mitteilung der UAM.
- 1990 PATERSON, W. E. (Warwick/GB): **The history of the SPD, particularly since 1945.** — In Bearbeitung. — Mitteilung der AGGoH.
- 1991 KAMIŃSKI, P. (Wrocław/Polen): **Polityka wschodnia SPD po 1949 r.** [Die Ostpolitik der SPD nach 1949] — Abgeschlossen. — Mitteilung der UAM.
- 1992 MICHAŁSKI, W. (Warszawa/Polen): **Ewolucja ideologiczno-programowa SPD w okresie 1954 - 1960.** [Die ideologisch-programmatische Entwicklung der SPD von 1954 bis 1960] — Phil. Diss. — Abschluß 1973. — Mitteilung der UAM.
- 1993 SMILIŃSKI, J. (Kraków/Polen): **Koncepcje polityki zagranicznej NRF w programach CDU, CSU, FDP, SPD.** [Die außenpolitischen Konzeptionen der BRD in den Programmen der CDU, CSU, FDP und SPD] — In Bearbeitung. — Mitteilung der UAM.
- 1994 BEIER, Gerhard (Kronberg/Ts.): **Probleme der Gründung und des Aufbaus westdeutscher Gewerkschaften unter dem Primat der Außenpolitik.** — (Ordnungspolitische Orientierung; neuer und alter Primat der Außenpolitik; Probleme der ungleichen Gewerkschaftsentwicklung in Ost- und Westdeutschland; Verhältnis zur amerikanischen und britischen Besatzungsmacht; Beziehungen zu AFL und CIO. Quellen: Archive in den USA, London und der BRD.) — Aufsatz. — Abgeschlossen (51 Ms.-Seiten). — Veröffentlichung geplant.
- 1995 BLONDIAU, Heribert (Bonn): **Politisches Selbstverständnis der Gewerkschaften, 1966 - 1971.** Untersuchung zur Streikdiskussion im DGB, der IG Metall und der IG Bau, Steine, Erden. — (Am Faktum Streik und dessen gewerkschaftlicher Reflexion soll die Verschärfung der Klassenauseinandersetzungen seit der Rezession 1966/67 analysiert werden. Restriktives Arbeitsrecht, Septemberstreiks 1969 und 1970, Aushöhlung der Tarifautonomie. Quellen: Archive des DGB, der IG Metall und der IG Bau, Steine, Erden; gewerkschaftliche Publikationen und Pressedienste.) — Phil. Diss. — Ms.-Abschluß Frühjahr 1974.
- 1996 DOBROWOLSKI, P. (Katowice/Polen): **Główne polityczne organizacje młodzieżowe w NRF — ich programy działania, ewolucje i stosunek do PRL.** [Die politischen Jugendorganisationen in der BRD. Programmatik, Entwicklung und Verhältnis zur VR Polen] — Abgeschlossen. — Mitteilung der UAM.
- 1997 GÓRAK, K. (Opole/Polen): **Działalność polityczno-kulturalna organizacji młodzieżowych w NRF.** [Die politisch-kulturelle Tätigkeit der Jugendorganisationen in der BRD] — Abschluß 1973. — Mitteilung der UAM.
- 1998 PIRKO, M. (Warszawa/Polen): **Dzieje NRD — fragment podręcznika pt. "Dzieje krajów demokracji ludowej".** [Die Geschichte der DDR. Fragment eines Handbuches "Geschichte der volksdemokratischen Länder"] — Abschluß 1974. — Mitteilung der UAM.
- 1999 SMITH, R. C. Y. (Bradford/GB): **Literature and Politics in the German Democratic Republic.** — Ph. D. — In Bearbeitung. — Mitteilung der AGGoH.
- 2000 SCHOTTE, Ernst (Ost-Berlin): **Der Kampf von KPD/SPD und der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands um die Befreiung der Frau im Prozeß der Herausbildung der Hegemonie der Arbeiterklasse in der damaligen sowjetischen Besatzungszone (1945 - 1946).** — Phil. Diss. — Abgeschlossen. — Hinweis in ZfG 21 (1973), H. 1.
- 2001 ANDERS, Helmut (Leipzig): **Die Demokratisierung der Justiz beim Aufbau der antifaschistisch-demokratischen Ordnung auf dem Gebiet der DDR**

(1945 - 1949). — Diss. B. — Abgeschlossen. — Hinweis in ZfG 21 (1973), H. 1.

Vgl. auch 1924 (Materialien zur Arbeiterbewegung); REGIONALE und LOKALE DARSTELLUNGEN; 2040 (sowjetische Außenpolitik).

III. Regionale und lokale Darstellungen

a) Regional

- 2002 WIRTZ, Rainer (Heidelberg): **Sozialer Protest in Baden und Württemberg 1815 bis 1850.** — (Zusammenhang von sozialen Konflikten und Frühindustrialisierung; Frage nach der Herausbildung einer Arbeiterbewegung vor 1848. Quellen: Akten des Generallandesarchivs Karlsruhe und des Hauptstaatsarchivs Stuttgart, Stadtarchive, Zeitungen.) — Phil. Diss. — In Bearbeitung; Abschluß Ende 1974.
- 2003 SIGWART, Christiane (Göttingen): **Reaktion der SPD in Baden auf den Aufstieg der NSDAP am Ende der Weimarer Republik, 1929 - 1933.** — Phil. Diss. — Anfangsstadium der Bearbeitung.
- 2004 KUHN, Elmar L. (Bielefeld): **Revolution und Reaktion in Oberschwaben, 1918 - 1923.** — (Bedingungsanalyse emanzipatorischen und pathologischen Lernens in sozialen Systemen — Fallstudie. Quellen: Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Staatsarchiv Sigmaringen, kommunale Archive; Zeitungen; Archive in Bonn, Berlin-Ost, Amsterdam etc.) — Phil. Diss. — In Bearbeitung; Abschluß ca. 1975.
- 2005 GRUNBERGER, R. (Warwick/GB): **Red Rising in Bavaria.** — Veröffentlichung 1973 geplant. — Mitteilung der AGGoH.
- 2006 NICHOLLS, A. (Oxford/GB): **Recent German history: Bavaria in the Weimar period.** — In Bearbeitung. — Mitteilung der AGGoH.
- 2007 FISCHER, Uwe (Göttingen): **Der Kampf um Mitbestimmung in Niedersachsen nach 1945.** — (Der Bode-Panzer- und Schmidding-Streik; die Betriebsvereinbarungen; die Rolle der Parteien und Gewerkschaften, der Militärregierung und der Regierung in Niedersachsen. Quellen: Landtagsprotokolle, Archive der IG Metall, Zeitungen, Interviews.) — Staatsexamensarbeit. — Kurz vor dem Abschluß.
- 2008 ŁUKASZEWICZ, W. (Toruń/Polen): **Ruch robotniczy w Prusach Wschodnich i Zachodnich do 1920 r.** [Die Arbeiterbewegung in Ost- und Westpreußen bis zum Jahre 1920] — Abschluß 1975. — Mitteilung der UAM.
- 2009 DANIŁCZUK, B. (Toruń/Polen): **Kształtowanie się klasy robotniczej Pomorza Gdańskiego w drugiej połowie XIX w.** [Die Herausbildung der Arbeiterklasse in Pommerellen (Westpreußen) in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts.] — In Bearbeitung. — Mitteilung der UAM.
- 2010 WOJCIECHOWSKI, M. (Toruń/Polen): **Polskie Rady Ludowe w Prusach Zachodnich (Pomorz Gdańskim) 1918 - 1920.** [Die polnischen Volksräte in Westpreußen (Pommerellen) 1918 - 1920] — Habilitationsschrift. — Abgeschlossen. — Mitteilung der UAM.
- 2011 HAWRANEK, F. und W. LESIUK (Opole/Polen): **Polska i niemiecka socjaldemokracja na Górnym Śląsku od końca XIX w. do 1939 r.** [Die polnische und die deutsche Sozialdemokratie in Oberschlesien vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zum Jahre 1939] — Abschluß 1974. — Mitteilung der UAM.
- 2012 JONCA, K. (Opole/Polen): **Doktryny polityczne niemieckich partii politycznych na Śląsku 1919 - 1939.** [Die politischen Doktrinen der deutschen Parteien in Schlesien 1919 - 1939] — Abschluß 1974. — Mitteilung der UAM.
- 2013 SCHULZE, Gerhard (Ost-Berlin): **Die Novemberrevolution 1918 in Thüringen.** — Phil. Diss. — Abgeschlossen. — Hinweis in BzG 15 (1973), H. 2.
- 2014 KLUGE, Ulrich (West-Berlin): **Die Volkswehrbewegung im Bereich des VII. Armeekorps (Westfalen).** — Aufsatz. — Ms.-Abschluß in Kürze. — Zur Veröffentlichung in den "Duisburger Forschungen" 17 (1973) vorgesehen.

b) Lokal

- 2015 MERSON, A. L. (Southampton/GB): **German Resistance to National Socialism 1933 - 45, with special reference to Düsseldorf.** — In Bearbeitung. — Mitteilung der AGGoH.
- 2016 SHARLIN, Allan (Madison, Wisconsin): **Sozialstruktur, Politik und Industrialisierung. Eine Sozialgeschichte der Stadt Frankfurt/M. 1848 - 1914.** — (Demographie und politische Organisationen.) — Ph. D. — In Bearbeitung.
- 2017 BREUKER, Ulrich (Göttingen): **Die SPD nach 1945 in Göttingen.** — (Wiedergründung; Traditionen aus dem Widerstand; Rolle der ehemaligen ISK-Mitglieder; Sozialstruktur von Mitgliedern und Führung; Kulturpolitik im lokalen Rahmen. Quellen: Parteiarchiv, Ratsprotokolle, Zeitungen, Interviews.) — Staatsexamensarbeit. — Anfangsstadium der Bearbeitung.
- 2018 THOM, Jürgen (Göttingen): **Die Sozialdemokratische Partei in Hannoversch Münden nach 1945.** — (Wiedergründung der SPD; Tradition von Weimar; personelle Verbindungen; Koalitions politik; Sozialstruktur von Mitgliedern und Führung. Quellen: Ratsprotokolle, Zeitungen, Nachlässe, Interviews.) — Staatsexamensarbeit. — Anfangsstadium der Bearbeitung.

2019 BERNDT, Helga (Ost-Berlin): **Die auf Grund des Sozialistengesetzes zwischen 1881 und 1890 Ausgewiesenen aus Leipzig und Umgegend. Eine Studie zur sozialen Struktur der deutschen Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung.** — Phil. Diss. — Abgeschlossen. — Hinweis in ZfG 21 (1973), H. 1.

2020 HELLEBRAND, John G. (London): **Municipal Government and Popular Reaction in Munich before the First World War.** — Ph. D. — In Bearbeitung. — Mitteilung der AGGoH.

2021 HELLEBRAND, John G. (London): **Unemployment/Municipal Response in Munich 1900 - 1905.** — Aufsatz. — Veröffentlichung geplant. — Mitteilung der AGGoH.

2022 MENDEL, E. (Opole/Polen): **Klasa robotnicza Miasta Opola w l. 1919 - 1933.** [Die Arbeiterklasse der Stadt Opole 1919 - 1933.] — Abschluß 1974. — Mitteilung der UAM.

2023 MÜLLER, Gundula (Göttingen): **Die Arbeiterbewegung in Salzgitter nach 1945 bis zum Ende der Demontagestreiks.** — (Neugründung der Gewerkschaften und Parteien; Traditionen aus der Weimarer Republik; Kampf gegen die Demontage. Quellenbasis: Akten aus örtlichen Archiven und den Verwaltungsstellen der Gewerkschaften.) — Staatsexamensarbeit. — Anfangsstadium der Bearbeitung.

Vgl. auch 1963 (Köln, Frankfurt/M., Nürnberg).

F. DARSTELLUNGEN ZUR GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG ANDERER GEBIETE

Europa

2024 KLEIN, E. (Wrocław/Polen): **Rady robotników, żołnierzy i chłopów w Europie w pierwszych latach po I wojnie światowej 1918 - 1919.** [Die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte in Europa in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg 1918 - 1919.] — Abschluß 1973. — Mitteilung der UAM.

2025 FOOT, M. R. D. (Manchester/GB): **European Resistance to Hitler.** — In Bearbeitung. — Soll 1973 oder 1974 veröffentlicht werden. — Mitteilung der AGGoH.

2026 KALBE, Ernstgert (Leipzig): **Das Hinüberwachen des antifaschistischen Widerstandskampfes in die volksdemokratische Revolution während des zweiten Weltkrieges in Südosteuropa. Ein revolutionsgeschichtlicher Vergleich.** — Diss. B. — Abgeschlossen. — Hinweis in ZfG 21 (1973), H. 1.

Belgien

2027 MOMMEN, André (Brüssel): **Der belgische Sozialismus. Entstehung und Entwicklung von Ideologie und Partei bis 1914.** — (Es handelt sich um eine Arbeit mit politologischer Akzentsetzung. Die ideologischen Einflüsse, darunter auch die Einflüsse des deutschen Sozialismus [Marx, Lassalle, Bernstein usw.], sollen in einem internationalen Kontext dargestellt werden.) — Dissertation. — In Bearbeitung.

Dänemark

2028 FEDERSPIEL, Søren (Kopenhagen): **Die Stellung der dänischen Sozialdemokratie zur nationalen Frage im Hinblick auf die Schleswig-Frage, 1871 - 1901.** — (Theoretische Stellung zur nationalen Frage und Praxis in der Schleswig-Frage. Quellenbasis: die Zeitungen "Socialisten" und "Social-Demokraten".) — Aufsatz. — Geplant.

Frankreich

2029 MURPHY, F.: **Thorez and "La main tendue": French Communists and Catholics, 1936 - 1939.** — Ph. D. — Abgeschlossen. — Hinweis in AIMS 10 (1973), Nr. 1.

2030 FIELD, F. (Keele/GB): **French Nationalists and Socialists and their attitude towards Germany.** — Veröffentlichung als Buch geplant. — Mitteilung der AGGoH.

Vgl. auch 1938 (Lafargue).

Großbritannien

2031 HENNOCK, E. P. (University of Sussex/GB): **The interest taken by British social reformers in German models of social administration c. 1880 - 1914.** — In Bearbeitung. — Mitteilung der AGGoH.

2032 EICHMANIS, John (London): **The British Labour Movement and the Second International, 1889 - 1914.** — (Kritische Analyse von Ausmaß und Charakter der britischen gewerkschaftlichen und sozialistischen Beteiligung an der Entwicklung der Zweiten Internationale.) — Ph. D. — Abschluß Sommer 1973.

2033 WICHERT, Sabine (Belfast): **Die englische Linke und das nationalsozialistische Deutschland.** — In Bearbeitung. — Mitteilung der AGGoH.

Vgl. auch 1937 (Bebel), 1983, 1984 (Emigration).

Norwegen

2034 HAGEN, Rolf Martin (Oslo): *Det norske Arbeiderparti og militærspørsmålet 1917/18 - 1927*. [Die norwegische Arbeiterpartei und die Militärfrage 1917/18 - 1927] — Staatsexamensarbeit. — In Bearbeitung.

2035 NYSAETER, Egil (Bergen/Norwegen): *Sosialistane og pengepolitikken 1920 - 1928*. [Die Sozialisten und die Finanzpolitik 1920 - 1928] — Staatsexamensarbeit. — In Bearbeitung.

2036 BØE, Jan Bjarne (Bergen/Norwegen): *En studie i NKP's ideologiske og praktisk-politiske reaksjon på fascismen*. [Eine Studie über die ideologische und praktisch-politische Reaktion der Kommunistischen Partei Norwegens auf den Faschismus] — Staatsexamensarbeit. — In Bearbeitung.
Vgl. auch 1943 (M. Thrane).

Polen

2037 LEWIS, R. (Berkeley, California): *The Labor Movement in Russian Poland in the Revolution of 1905 - 1907*. — Ph. D. — Abgeschlossen. — Hinweis in AIMS 10 (1973), Nr. 1.
Vgl. auch 1940 (Rosa Luxemburg), 1974 (KPP); REGIONALE und LOKALE DARSTELLUNGEN,

Rußland / Sowjetunion

2038 BLAKELY, A. (Berkeley, California): *The Socialist Revolutionary Party [in Czarist Russia]: 1901 - 1907*. — Ph. D. — Abgeschlossen. — Hinweis in AIMS 10 (1973), Nr. 1.

2039 SAMPSON, C. (University of Massachusetts): *The Formative Years of the Soviet Press: 1917 - 1924*. — Ph. D. — Abgeschlossen. — Hinweis in AIMS 10 (1973), Nr. 1.

2040 GOOSMANN, Malte (PH Bremen): *Untersuchungen zum Verhältnis der sowjetischen Außenpolitik zur Politik der KPD von 1945 - 1949*. — Staatsexamensarbeit. — Abgeschlossen.
Vgl. auch 1932, 1933, 1939 (Lenin), 1942 (Sverdlov), 1946 (Russisch-deutsche Beziehungen).

Spanien

2041 GUERENA, Jean-Louis (Besançon/Frankreich): *Naissance et développement de la presse ouvrière en Espagne pendant la deuxième moitié du XIXème siècle*. — Thèse d'État. — In Bearbeitung.

2042 GUERENA, Jean-Louis (Besançon/Frankreich): *Édition de "La Emancipación", 1871 - 1873*. — Thèse de 3ème cycle. — In Bearbeitung.
Vgl. auch 1986 (XI. Internationale Brigade).

USA

2043 AMBROSIUS, Lloyd (Lincoln, Nebraska): *The United States and the Weimar Republic, 1918 - 1923*. — (Quellen: Library of Congress; National Archives; Yale, Princeton, and Harvard University Libraries; Bundesarchiv Koblenz und Militärarchiv Freiburg; Auswärtiges Amt; Archiv der Stadt Köln.) — Monographie. — In Bearbeitung.

G. DARSTELLUNGEN ZUR GESCHICHTE DER INTERNATIONALE

2044 SHOOP, A. (Syracuse, New York): *The Communist International: An Organizational and Operational Analysis*. — Ph. D. — Abgeschlossen. — Hinweis in AIMS 10 (1973), Nr. 1.
Vgl. auch 1929, 2032 (II. Internationale).

NACHTRÄGE ZUM TITELVERZEICHNIS

Heft 1

Nr. 78 Das Thema "Wiederzusammenschluß der SPD und der USPD im Jahre 1922" wurde von der Bearbeiterin Hannelore HINSEN aufgegeben. Bearbeitung jetzt durch Guido F. KNOPP, Würzburg (siehe IWK 16, Titelverzeichnis Nr. 1787).

Nr. 133 Die Arbeit von Kenneth CALKINS über "Hugo Haase. A Political Biography" ist abgeschlossen (451 S. masch.schriftl.). Veröffentlichung als Buch vorgesehen.

Heft 9

Nr. 1139 Das Thema der Dissertation von Richard REICHMANN lautet jetzt: "The German Communist Party (KPD) in Rhineland-Westphalia, 1918 - 1933. A study of the communist local organizations in the Ruhr and surrounding industrial district during the Weimar Republic". Behandelt werden die KPD-Bezirke Ruhrgebiet und Niederrhein (Regierungsbezirke Düsseldorf, Münster, Arnsberg, Minden). Ms.-Abschluß August 1973.

Heft 14

- Nr. 1604 Die Arbeit von Jacques GRANDJONC über "La Ligue des Justes (Bund der Gerechten) 1836 - 1847" wird Ende 1973 abgeschlossen sein und zunächst in deutscher Sprache vom Karl-Marx-Haus Trier verlegt werden.

- Nr. 1605 Die Arbeit von Jacques GRANDJONC über "Le 'Vorwärts' et les communistes allemands à Paris en 1844" erscheint in den nächsten Wochen im Verlag Maspero, Paris.

Heft 15

- Nr. 1659 Die Dissertation von Alexander STEPHAN über "Johannes R. Bechers Weg zum politischen Gedicht" ist 1972 von der Princeton

University angenommen worden. Der Vf. überarbeitet seine Studie für eine Buchveröffentlichung im Jahre 1974 unter dem Titel "Revolutionäre Literaturpolitik in der Weimarer Republik. Die Politisierung der Dichtung bei Johannes R. Becher".

Heft 16

- Nr. 1834 Das Dissertationsthema von Karin DÖRSCHEL lautet jetzt: "Die Gewerkschaftspolitik der KPD und der Kommunistischen Internationale unter besonderer Berücksichtigung der Roten Gewerkschafts-Internationale in den Jahren 1919 - 1924".

DIE WIDERSTANDSBEWEGUNG GEGEN DEN KAPP-PUTSCH IN DER DDR – HISTORIOGRAPHIE*

Von Erhard Lucas

Die Monographie, abgeschlossen im Januar 1971, wurde im Dezember 1971 als Dissertation vor dem Wissenschaftlichen Rat des Instituts f. Marxismus-Leninismus verteidigt. Beide Autoren waren schon früher mit Aufsätzen zum Thema hervorgetreten – Könnemann in den "Beiträgen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung",¹ Krusch im "Neuen Deutschland",² – Könnemann ist außerdem einer der Herausgeber der 1970 erschienenen zweibändigen Quellenpublikation zum Kapp-Putsch.³ Wie in der DDR bei Gemeinschaftsarbeiten üblich, haben die Autoren verschiedene Kapitel und Abschnitte bearbeitet und weisen dies auch genau aus (S. 7): Krusch die Einleitung, den Schluß und die Darstellung der Ereignisse in Berlin, Könnemann die der Ereignisse in den verschiedenen Regionen des Reiches, was nach seinen umfangreichen Archivstudien zu seinem Buch über Einwohnerweh-

* Eine Auseinandersetzung mit der Arbeit von Erwin Könnemann und Hans-Joachim Krusch, *Aktionseinheit contra Kapp-Putsch. Der Kapp-Putsch im März 1920 und der Kampf der deutschen Arbeiterklasse sowie anderer Werktätiger gegen die Errichtung der Militärdiktatur und für demokratische Verhältnisse*. Hrsg. vom IML beim ZK der SED. – Berlin: Dietz 1972. 576 S. mit 160 Bildseiten, 12 Karten und 143 Textabbildungen. DM 28,-.

1 Erwin Könnemann, *Zum Problem der Bildung einer Arbeiterregierung nach dem Kapp-Putsch*, in: BzG, Jg. 5 (1963), S. 904-921; ders., *Zwei Denkschriften der Kapp-Putschisten über ihr Verhältnis zur Sozialdemokratie*, in: BzG, Jg. 9 (1967), S. 490-500; ders., *Dokumente zur Haltung der Monopolisten im Kapp-Putsch*, in: BzG, Jg. 9 (1967), S. 1003-1023.

2 Hans Joachim Krusch, *Ein rotes Heer an Rhein und Ruhr*, in: *Neues Deutschland*, Ausgabe A, vom 28. März 1965.

3 *Arbeiterklasse siegt über Kapp und Lüttwitz*. Quellen, ausgewählt und bearbeitet von E. Könnemann, B. Berthold und G. Schulze, 2 Bände, Berlin (Ost) 1970, Lizenzausgabe Glashütten/Ts. 1971 (= Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 7 / T. 1 u. 2).

ren und Zeitfreiwilligenverbände,⁴ sowie für die genannte Quellenpublikation zu erwarten war. – Zwei bedeutende DDR-Historiker bei der Behandlung eines wichtigen Abschnitts der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung – genug der Gründe, um sich mit dem Buch eingehender auseinanderzusetzen.

1.

Das Buch faßt die bisher erschienene Literatur zum Kapp-Putsch und zur Widerstandsbewegung gegen diesen zusammen. Eine Gegenüberstellung der spärlichen westdeutschen Literatur mit der Fülle der in der DDR erschienenen Lokal- und Regionalstudien spricht bereits für sich. Insofern, so meinen wir, hätten die Autoren ihre gelegentlich unsachliche Polemik gegen die westdeutsche Standarduntersuchung zum Kapp-Putsch, die der Conze-Schüler Erger vorgelegt hat,⁵ nicht nötig. Die Kritik an Ergers zentraler These, daß der Putsch entscheidend an den politischen Differenzen zwischen Kapp und Lüttwitz gescheitert sei (S. 73), teilen wir. Nachdem man jedoch die Geldgeber Kapps aufgeführt hat, die niemand anders als Erger ermittelt hat – was die Autoren verschweigen⁶ – sollte man nicht zwei Absätze weiter schreiben: "Kapp war also keine ostpreußische Provinzgröße, als den ihn die bürgerliche Geschichtsschreibung hinstellen möchte, um die Bedeutung des Staatsstrechs zu bagatellisieren" (S. 55).

Über ihre Zielsetzung sagen die Autoren: "Der Kampf der einzig handelnden Arbeiterklasse und anderer Werktätiger zur Niederschlagung des Kapp-Putsches . . . vermittelt höchst aktuelle Lehren für die Auseinandersetzung mit dem Imperialismus. Vor allem aber dient seine gründliche Erforschung und Darstellung der Festigung des sozialistischen Bewußtseins der Bürger der DDR, und gerade darin besteht auch das Hauptanliegen der vorliegenden Publikation" (S. 6). Dem letzteren soll offenbar auch dienen, daß die Linien sehr weit ausgezogen werden (vor allem in der reichlichen Ausstattung mit Fotos und Faksimiles): nicht nur bis zum Ende der Weimarer Republik, sondern bis zum Dritten Reich und zur Zeit nach 1945 (Entstehung der SED, Gründung der DDR und der BRD usw.), wobei die Herausstellung von Erich Honecker zeigt, daß die Autoren wirklich à jour sind.

2.

Die aktuellen Lehren, die die Autoren vermitteln wollen, bestehen vor allem in zweierlei. Einmal in einer bestimmten *Konzeption von Bündnispolitik*. Sie orientiert sich an der Vorstellung, daß im März 1920 die Machtergreifung des Proletariats nicht auf der "Tagesordnung der Geschichte" gestanden habe. Diese "Tagesordnung" (übrigens nur zufällig ein typischer Ausdruck des Parlamentarismus?) ist natürlich nichts als eine nachträgliche Konstruktion: zu Beginn und zum Teil auch noch im Verlauf des Kampfes kann niemand wissen, welche Erfolge errungen werden und wie weit der Kampf vorangetrieben werden kann. Neu ist eine solche nachträgliche Konstruktion freilich nicht. "Für unsere Partei", heißt es z. B. in einem Bericht, den die KPD-Bezirksleitung in Essen nach dem Ruhr-aufstand an die Parteizentrale erstattete, "stand es von vornherein fest, daß bei der psychologischen Beschaffenheit . . . des deutschen Proletariats in der spontan ausgebrochenen Bewegung es sich nicht um den Endkampf, um die Erringung der proletarischen Diktatur handeln konnte" (S. 326). So las sich freilich erst nach Tisch. In einem Aufruf, der am 26. März 1920 im Essener KPD-Blatt "Spartakus" erschien (zu einem Zeitpunkt also, zu dem einsichtiger Führer – vor allem bei der USP – bereits den Niedergang des Ruhraufstands erkannten), hatte es gelaute: "Der historische Augenblick ist gekommen, den die Proletarier seit Jahrzehnten ersehnt haben . . . Die kämpfenden Proletarier trennt nichts, nicht die vergangenen politischen Kämpfe der Kriegsjahre und der Nachkriegszeit. Sie kämpfen, kämpfen einzig und allein zur Erringung der Macht, zur Niederschlagung der Militärherr-

4 Erwin Könnemann, *Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligenverbände. Ihre Funktion beim Aufbau eines neuen imperialistischen Militärsystems (November 1918 bis 1920)*, Berlin (Ost) 1971.

5 Johannes Eger, *Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1919/20*, Düsseldorf 1967 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 35).

6 Generell belegen sie nur wörtliche Zitate in den Anmerkungen, eine Konvention, die auch an anderen Stellen unangenehm auffällt.

schaft und der kapitalistischen Ausbeuter . . . Fest im Auge das Ziel: Vorwärts, dem Feind entgegen, zum Kampf, zum Sieg des revolutionären Proletariats!" Wohl gemerkt: wir tadeln nicht, daß die KPD-Bezirksleitung während des Kampfes eine andere Einschätzung vertrat als in der rückschauenden Betrachtung; politisch fatal ist der Versuch, den Gegensatz nachträglich zu vertuschen.

Ihre Einschätzung der Möglichkeiten, die die Situation vom März 1920 bot, leiten Könnemann/Krusch in erster Linie vom Bewußtsein der Massen ab, das seinerseits wiederum am Kräfteverhältnis der Arbeiterparteien (Schwäche der KPD, die USP als führende Partei des Industrieproletariats) abgelesen wird. Die Konsequenz in ihrem Bündnismodell lautet, daß sich die Kommunisten und linken Unabhängigen weitgehend dem noch unentwickelten Bewußtsein der Mehrheit hätten anpassen müssen (S. 330 ff.). Sie gehen sogar soweit zu sagen, daß "die Forderung nach Wahl von Arbeiterräten . . . nicht dem allgemeinen Bewußtseinsgrad der Massen" entsprach (S. 311). Das hat die überraschende Pointe, daß die rechte Mehrheit im ZK der USP gegen den linken Koenen recht bekommt (S. 313) (eine Folgerung, die die Autoren natürlich nicht ziehen, die jedoch unausweichlich ist). Angesichts solcher Abgrenzung nach links kann nicht überraschen, wieviele Einzelpersonen und Gruppen unter das Verdikt des Linkssektierertums oder des Anarchosyndikalismus fallen: Crispian (S. 172), die Unionen (S. 433), die Duisburger Linkskommunisten, deren Mitgliedschaft in der KPD freilich nicht angegeben wird (S. 437 f.), der Kampfleiter von Mülheim, Carl Leidner (S. 443), und natürlich die Anarchisten (S. 458). Die Autoren beklagen, daß Bürgertum und SPD die Abgrenzung der KPD von den Anarchisten ignorierten (S. 458), ohne eine Schlußfolgerung daraus zu ziehen.

Der Abgrenzung nach links entspricht die Öffnung nach rechts. Über die "anderen Werktätigen", von denen der Untertitel des Buches spricht, wird pauschal behauptet, "durch die Kraft der einzig handelnden Arbeiterklasse" seien "Angehörige der werktätigen Bauernschaft, der städtischen Mittelschichten und selbst Vertreter des Bürgertums mitgerissen" worden (S. 269). Ein Beleg wird nicht einmal versucht, ausgenommen für die "fortschrittlichen Intellektuellen" wie Hellmut v. Gerlach und Carl v. Ossietzky und "namhafte Künstler" wie Käthe Kollwitz und George Grosz. Wenn zu den ersteren auch Otto Nuschke gerechnet wird (aus leicht zu erratenden Gründen), so kann dies durch den Hinweis, Nuschke habe in Berlin "Flugblattaktionen gegen die Kappisten" organisiert (S. 272), nicht gestützt werden. Vielmehr ist darauf hinzuweisen, daß Nuschke zum 8-Punkte-Abkommen zwischen den Gewerkschaften und Vertretern der Regierungskoalition vom 20. März⁷ in der Reichstagsfraktion der DDP sagte, das gemeinsame Interesse der Verhandlungspartner habe darin bestanden, den Generalstreik zu beenden, "um dem kommunistischen Treiben keinen Vorschub zu leisten. Man habe deshalb große Worte Legiens hinnehmen müssen. Es handle sich um eine Täuschung, die nicht sie [die Unterhändler der DDP], sondern die, [die Gewerkschaftsführer] die mit den Massen verhandelt hätten, begangen hätten".⁸ – Die Behauptung, der Dichter ("kämpferischer Publizist") Friedrich Wolf habe schon vor 1920 den Weg zur Arbeiterklasse gefunden und "als Führer einer bewaffneten Arbeiterwehr aktiv am Kampf gegen die Putschisten" teilgenommen (S. 271), ist eine Legende: seine Novelle von 1927 "Kampf im Kohlenpott", in der er das Thema behandelt,⁹ läßt nichts dergleichen vermuten und ist, künstlerisch gesehen, Arbeiterromantik in der Sprache des Pen-nals und des Offizierskasinos. Nebenbei gefragt: warum müssen es eigentlich immer gleich "Führer" der kämpfenden Arbeiter gewesen sein?

Man wird nicht fehlgehen in der Vermutung, daß die hier vorgenommene Interpretation der Bündnisproblematik von 1920 ihren Bezugspunkt in dem heute von SED und DKP propagierten "antimonopolistischen Kampf" hat. Das wird ganz deutlich bei der zweiten aktuellen Lehre, die die Autoren aus ihrem Gegenstand ableiten: der Notwendigkeit der Bildung einer "Arbeiterregierung". Deren Aufgabe wird so definiert: nicht "den alten Staatsapparat mit einemmal [!] zu zerschlagen", jedoch "den Demokratismus in allen Bereichen und in erster Linie auch im Staatsapparat selbst mit Hilfe des Volkes auf revolutionärem Wege durch/zusetzen" (S. 346). Dadurch ergebe sich eine "Étape"

7 Arbeiterklasse siegt über Kapp und Lüttwitz, a. a. O., T. 1, S. 210-212; Interpretation durch Könnemann/Krusch S. 357-360.

8 Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Erich Koch-Weser: Nr. 27, Bl. 41.

9 Enthalten in der gleichnamigen Novellensammlung, Stuttgart 1928.

zwischen der Diktatur der Monopolbourgeoisie und der des Proletariats, "in der einerseits die Macht ihrem Klasseninhalt nach nicht mehr imperialistisch" ist "und andererseits noch nicht die proletarische Diktatur verkörper[t]" (S. 330). Die Autoren berufen sich hier auf Lenins Revolutionstheorie, insbesondere auf "Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution" (1905). Dem Rezensenten scheint jedoch die Position der Autoren unvereinbar zu sein mit Lenins Feststellung (im Kommentar zu der Zusage einer "loyalen Opposition" gegenüber einer "sozialistischen Regierung" durch die KPD-Zentrale), daß die SPD- und USP-Führer "nicht hinausgehen [können] über den Rahmen der bürgerlichen Demokratie, die ihrerseits nichts anderes sein kann als eine Diktatur des Kapitals".¹⁰

Bei dem nachdrücklichen Plädoyer für eine "Arbeiterregierung" muß es natürlich eine Crux werden, daß die KPD eine Regierungsbeteiligung strikt ablehnte. Die Autoren versuchen das Problem zu umgehen, indem sie behaupten, es sei kein Angebot an die KPD gerichtet worden, sich an einer "Arbeiterregierung" zu beteiligen (S. 333, und 345 f.). Demgegenüber berichtet Walcher, daß Paul Neumann (USP) am 21. März in der Berliner Zentralstreikleitung die Frage gestellt habe, ob die KPD zu einer Regierungsbeteiligung bereit sei, und daß Pieck und er, Walcher, diese Frage verneint hätten.¹¹ Die Retusche wird sogar im Buch von Könnemann/Krusch ganz handgreiflich, wenn man den Faksimile-Abdruck aus dem Protokoll des 4. KPD-Parteitags zwischen S. 160 und 161 – ein Ausschnitt aus einem Diskussionsbeitrag Piecks – ansieht: aus einem ursprünglich längeren Stück ist – offenbar nachträglich – wieder etwas entfernt worden; schaut man im Original nach, so findet man dort u. a. den Satz: "Wir haben aber auch erklärt [in der Streikleitung], daß wir als Kommunisten wegen unseres Bekenntnisses zur Diktatur des Proletariats nicht in eine solche Regierung eintreten könnten".¹²

Bestandteil der vorgetragenen Konzeption einer "Arbeiterregierung" ist die Vorstellung von der "Ausnutzung des Parlamentarismus". Hierfür wählen sich die Autoren als Demonstrationsobjekt den thüringischen Kleinstaat Gotha, der 1919/20 allein von der USP regiert wurde. Die Landesregierung, schreiben sie, rief "die Bevölkerung am 13. März auf, mit allen Mitteln den Kampf gegen den Kapp-Putsch aufzunehmen und zu diesem Zweck in allen Orten Verteidigungsausschüsse aus Vertretern der Arbeiter- und Betriebsräte zu bilden. Sie gab damit ein Beispiel für die Ausnutzung der Regierungsgewalt zur Entfaltung der außerparlamentarischen Massenbewegung . . . Angesichts der Meldungen über den Vormarsch von Reichswehrtruppen aus der Erfurter Garnison auf Gotha ordnete der Vollzugsrat in der Nacht zum 14. März an, daß sich die zu diesem Zeitpunkt noch im Aufbau begriffenen proletarischen Sicherheitswehren vorerst aus der Stadt zurückziehen haben. Es wurde beschlossen, die bewaffneten Arbeiter an vier Punkten am Rande des Thüringer Waldes zu sammeln, eine Volkswehr aufzubauen und dann mit vereinten Kräften Gotha zu befreien und den Putschisten eine vernichtende Niederlage zu bereiten. Durch das taktisch kluge Verhalten . . . konnte die . . . in die Stadt einrückende Reichswehr nicht ihr Hauptziel erreichen, und es wurden Voraussetzungen für den konzentrierten Gegenschlag geschaffen" (S. 102 u. S. 104). Das liest sich wunderbar genug. Die bisher erschienene Literatur wußte nämlich nichts von diesem überlegenen Verhalten zu berichten; ihr ist vielmehr zu entnehmen, daß das aus Erfurt einmarschierende Militär eine Reihe von USP- und SPD-Führern sowie einen Minister der Landesregierung verhaften konnte.¹³ Wieso wußten sie alle nichts von dem überlegenen Ausweichmanöver? – Insgesamt also eine ganze Reihe von Verbiegungen, die das historische Material unter der Aktualisierung vom heutigen Standpunkt der SED erfährt.

10 W. I. Lenin, *Werke*, Bd. 31, S. 98.

11 Jacob Walcher, *Die Zentrale der KPD (Spartakusbund) und der Kapp-Putsch*, in: *Die Kommunistische Internationale*, Jg. 7 (1926), H. 4, S. 400 f.

12 *Bericht über den 4. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) am 14. und 15. April 1920*, S. 38 f.

13 *Arbeiterklasse siegt über Kapp und Lüttwitz*, a. a. O., T. 2, S. 504-511; Franz Hammer, *Freistaat Gotha im Kapp-Putsch*, o. O. (Berlin-Ost) 1955, S. 13-23, u. S. 26; Henning Duderstadt, *Der Schrei nach dem Recht*, Marburg o. J. (1920), S. 17 f., 49-51; *Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution*, Neudruck Frankfurt 1968, S. 484.

3.

Die Beurteilung der *drei Arbeiterparteien* ist typisch für zahllose Untersuchungen aus der DDR. Die Politik der sogenannten *rechten SPD-Führer* wird auch hier mit dem analytisch unzureichenden Begriff des "Verrats" gekennzeichnet (bes. S. 373 u. S. 387). Merkwürdig ist nur, daß die Autoren zur Flucht der sozialdemokratischen Minister aus Berlin in der Putschnacht bemerken: "Das unbewaffnete Berliner Proletariat blieb seinem Schicksal überlassen" (S. 166). Was soll das heißen? Die rechten SPD-Führer als Beschützer des Proletariats in dem Fall, daß sie geblieben wären?

Die *USPD* wird bekanntlich von den DDR-Historikern uneinheitlich bewertet: negativ ist die Rolle der rechten USP-Führer, positiv die der linken Kräfte in der Partei. Diese Charakterisierung übernehmen auch Könnemann/Krusch. Obwohl es z. B. keinen Bericht darüber gibt, wie der erste Aufruf des ZK der USP zum Kapp-Putsch zustande gekommen ist, glauben die Autoren doch zu wissen, daß es die linken Kräfte im ZK waren, die "im wesentlichen" seine Linie bestimmt hätten (S. 175). Oder: Nach Wilhelm Koenen ging im ZK bei der Frage, ob man auf Legiens Koalitionsangebot eingehen solle oder nicht, die Kontroverse quer durch die beiden Flügel.¹⁴ Die Autoren stellen das ebenfalls fest (S. 322), behaupten aber gleichwohl im Resümee, "in erster Linie" seien die "Zentristen vom Schlage Crispiens" dafür verantwortlich, daß die Fortsetzung der bisherigen Regierungskoalition nicht verhindert worden sei (S. 323). Wieweit das Prinzip getrieben wird, kann man daran ablesen, daß sogar von "Organen der linken USPD" gesprochen wird (S. 219, Foto von Dahlem zwischen S. 272 und S. 273; es gab natürlich nur Organe der USPD). En passant ein Hinweis: diese Sicherheit der Einordnung kann gelegentlich blind machen. Die beiden Artikel aus der Kölner "Sozialistischen Republik", die zwischen S. 272 und 273 sowie auf S. 343 abgebildet sind, stammen nicht von Franz Dahlem, wie die Autoren anzunehmen scheinen (darauf deutet die Anordnung von dessen Foto daneben), sondern von Wolfgang Bartels, der im Sinne der Autoren ein Ultralinker und späterer Renegat ist.¹⁵ Bartels signierte mit einem Punkt, Dahlem dagegen mit einem liegenden Kreuz (x). — Durchbrochen wird das Prinzip der durchgängigen Klassifizierung nach Parteiflügeln bei Robert Dißmann: die Autoren scheuten sich wohl, einen Hauptvertreter jener Strategie der "Revolutionierung" der Gewerkschaften von innen heraus, die sie selbst vertreten, als "rechts" zu kennzeichnen (S. 318). Unverständlich ist, wie Oskar Rusch, der Vorsitzende der örtlichen Berliner Gewerkschaftsvorstände, als linksunabhängig bezeichnet werden kann (S. 320 u. S. 352). Kriterium kann doch nicht sein, daß Rusch später Mitglied der KPD wurde (wann eigentlich und wie lange?), sondern nur die Politik der Berliner Gewerkschaftsvorstände während und nach dem Kapp-Putsch.¹⁶

Verantwortlich für das Versanden und letztlich Scheitern der Bewegung werden nicht nur die rechten SPD- und USP-Führer gemacht, sondern auch Kräfte *innerhalb der KPD*: einerseits die Ultralinken wie Friesland und Ruth Fischer (S. 177), andererseits die Opportunisten wie Brandler. Die Behandlung des letzteren ist besonders aufschlußreich. Auf S. 426 f. heißt es z. B., Brandler sei am 18. März vor dem Druck der rechten SPD-Führer zurückgewichen, indem er deren Forderung nach Abbruch des Generalstreiks im Chemnitzer Bezirk zugestimmt habe. Warum verschweigen die Autoren, daß am 17. März die gesamte KPD-Fraktion des Chemnitzer Arbeiterrats entschieden hatte, daß der Generalstreik nicht gegen den Widerstand der SPD weitergeführt werden solle?¹⁷ Man könnte auch so fragen: Wenn schon personalistische und auf die "Führer" fixierte Geschichtsschreibung — warum die Schuld für alle als verfehlt betrachteten Beschlüsse Brandler geben und nicht auch dem völlig gleichrangigen Heckert? Warum eigentlich wie die Taube im Märchen: die guten ins Töpfchen, die schlechten ins Kröpfchen — wo es um die Führung der gutorganisierten und mitgliederstar-

14 Wilhelm Koenen, *Zur Frage der Möglichkeit einer Arbeiterregierung nach dem Kapp-Putsch*, in: *BzG*, Jg. 4 (1962), S. 348 f.

15 Vgl. die Kurzbiographie bei Hermann Weber, *Die Wandlung des deutschen Kommunismus*, Bd. 2, Frankfurt 1969, S. 66 f.

16 Jacob Walcher, *Die Zentrale der KPD . . .*, a. a. O., S. 397: Die Berliner Gewerkschaftskommission "wurde von solchen Unabhängigen beherrscht, die ideologisch dem rechten Flügel sehr nahe standen und mit diesem, der in Berlin sein Zentrum in der Reichsleitung (ZK) der USPD hatte, durch dick und dünn gingen".

17 Heinrich Brandler, *Die Aktion gegen den Kapp-Putsch in Westsachsen*, Berlin 1920, S. 33 f.

ken KPD im Bezirk Chemnitz geht, wird in erster Linie Heckert herausgestellt (S. 91); für den Beschluß, die Leipziger Arbeiterschaft nicht von Chemnitz aus durch eine bewaffnete Aktion zu unterstützen, wird allein Brandler verantwortlich gemacht (S. 198 f.). Schließlich noch eine grundsätzliche Frage: Müssen Parteiführer, die irgendwann aus der Partei ausgeschlossen wurden, eigentlich *schon immer* "im Grunde", "objektiv", "dem Wesen nach" oder wie die Formulierungen lauten, Opportunisten, "Verräter" usw. gewesen sein? Ist das nicht eher die religiöse Anschauung vom Fluch als materialistische Geschichtsauffassung?

Bei einem unbekannten KPD-Mitglied machen die Autoren es sich leichter. Es handelt sich um Carl Otto, den Führer der bewaffneten Arbeiter von Rostock und Umgebung. Ältere Untersuchungen¹⁸ betonten bei ihm noch gern die KPD-Mitgliedschaft; nachdem jedoch Martin Polzin in seinem Buch von 1966¹⁹ Opportunismus bei ihm entdeckt hat, wählen jetzt Könnemann/Krusch den Weg, Ottos Parteizugehörigkeit kurzerhand zu verschweigen (S. 132, u. S. 423 f.).

4.

Zwei wichtige Widersprüche der bisher in der DDR erschienenen Literatur bleiben auch in dieser Untersuchung ungelöst. 1. Einerseits wird behauptet, allein die KPD habe die Parole "Bewaffnung der Arbeiterklasse" gegeben und zum bewaffneten Kampf gegen die Konterrevolution aufgerufen (S. 175); andererseits wird dargestellt, wie die KPD-Zentrale die in Berlin unternommenen Versuche, die Arbeiter zu bewaffnen, unterband (S. 188 f., S. 328). Zeitgenössische kommunistische Quellen stellen demgegenüber eindeutig fest, daß die KPD-Zentrale nicht nur am ersten Tag des Putsches (das wird von den DDR-Historikern zugegeben), sondern während der ganzen fünf Tage, die der Putsch dauerte, es ablehnte, die Parole "Bewaffnung des Proletariats" auszugeben.²⁰ 2. Wilhelm Koenen hat in einem 1962 erschienenen Erinnerungsartikel beschrieben, wie er zusammen mit Hilferding am 17. März auf Einladung Legiens zum ADGB-Vorstand ging: "Im Gewerkschaftshaus angekommen, fragte ich, ob Vertreter der KPD eingeladen worden seien. Das war noch nicht der Fall, aber man bemühte sich sofort darum. Tatsächlich traf Genosse Ottomar Geschke von der Berliner Leitung der KPD nach kurzer Zeit ein".²¹ Nach allen anderen Quellen, denen auch Könnemann/Krusch folgen, erfuhr die KPD-Zentrale jedoch erst am 21. März von Legiens Koalitionsangebot an die USP (S. 328, vgl. auch S. 347). Geschke hätte demnach vier Tage lang seiner Parteizentrale einen so wichtigen Vorgang verheimlicht? Der Rezensent hält, mit Verlaub, Koenens Darstellung für eine Erfindung aus durchsichtigem Motiv.

Gänzlich unzureichend bleibt die Analyse in drei Punkten. Einmal bezüglich der Westmächte. Hier sind die Autoren noch nicht über den kümmerlichen Aufsatz von Jauernig hinausgekommen, der behauptet hat, der Kapp-Putsch sei "eine internationale Verschwörung gegen Sowjetrußland" gewesen, was von ihm jedoch keineswegs nachgewiesen wurde.²² Unbesehen nehmen die Autoren die WTB-Meldung vom 19. März für bare Münze, wonach der englische Geschäftsträger Vizekanzler Schiffer eine Note überreicht habe "des Inhalts, daß der Oberste Rat beschlossen hat, jede Zufuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen nach Deutschland einzustellen, wenn in Deutschland eine monarchistische oder eine Räteregierung ans Ruder käme".²³ In Wirklichkeit hatte Lord Kilmarnock Schiffer gegenüber

18 Günter Heidorn et al., *Der Kampf der Arbeiterklasse gegen den Kapp-Putsch in Rostock und Umgebung*, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Rostock*, G-Reihe, Jg. 5 (1955/56), S. 7-68; Martin Polzin, *Die Kämpfe der Industrie- und Landarbeiter an der Mecklenburgischen Ostseeküste im März 1920 gegen die Kapp-Lüttwitz-Putschisten und ihre Lehren*, in: *ebd.*, Jg. 9 (1959/60), S. 43-58.

19 Martin Polzin, *Kapp-Putsch in Mecklenburg. Junkertum und Landproletariat in der revolutionären Krise nach dem 1. Weltkrieg*, Rostock 1966 (= Veröffentlichungen des Staatsarchivs Schwerin, Bd. 5).

20 Spartakus, *Der Kapp-Lüttwitz-Putsch (Brief aus Deutschland)*, in: *Die Kommunistische Internationale*, Jg. 2 (1920), Nr. 10, S. 154 f.; Walcher, a. a. O., S. 393 f.

21 Koenen, a. a. O., S. 347, zitiert bei Könnemann/Krusch, S. 320.

22 Edmund Jauernig, *Der Kapp-Putsch — eine internationale Verschwörung gegen Sowjetrußland*, in: *BzG*, Jg. 10 (1968), S. 876-881. Vgl. Könnemann/Krusch, S. 61 f.

23 *Schultheß' Europäischer Geschichtskalender*, N. F., Jg. 36 (1920), Teil I, S. 65; zit. bei Könnemann/Krusch, S. 369.

nur seine persönliche Ansicht ausgedrückt, die in diese Richtung ging, woraufhin Schiffer dringend darum gebeten hatte, die alliierten Regierungen möchten eine offizielle Erklärung in diesem Sinne abgeben.²⁴ Zweitens: Zum radikalen Auftreten der Gewerkschaftsführer nach dem Zusammenbruch des Putsches stellen die Autoren befriedigt fest, die Gewerkschaftsführer hätten Worte gefunden, "die man von ihnen in der Vergangenheit nicht gehört hatte" (S. 350). An dieser Stelle, an der nach dem Warum und Wozu zu fragen wäre, brechen die Autoren die Analyse bewußt ab (S. 354). Schließlich genügt es angesichts des weißen Terrors nicht, von "Inhumanität" und "skrupellosen Subjekten" zu sprechen (S. 420).

Einzelne Fehler: Der Aufruf zum Generalstreik wurde nicht von der Reichsregierung erlassen (S. 96), sondern von den sozialdemokratischen Ministern. — Die Bestimmung des Versailler Vertrages, daß rechts des Rheins in einer 50 km breiten Zone kein deutsches Militär sich aufhalten dürfe, war von deutscher Seite nicht gebrochen worden (S. 155); im August 1919 war in einem Zusatzabkommen die Genehmigung einer genau festgelegten Truppenpräsenz in der 50-km-Zone bis zum 10. April 1920 ausgehandelt worden. — Die Verhandlungen der Gewerkschaftsführer mit Partei- und Regierungsvertretern am 18. März begannen nicht am Mittag (S. 349), sondern um 18 Uhr; die Verhandlungen am 22. März fanden nicht am Vormittag (S. 367), sondern am Nachmittag statt; an den nächtlichen Verhandlungen vom 19./20. März nahmen die aus Stuttgart kommenden Minister *nicht* teil (S. 355). — Die Marinebrigade Ehrhardt wurde *nicht* gegen die Arbeiter des Ruhrgebiets eingesetzt (S. 392), wie die zitierte Quelle (Freksa) ja auch deutlich zum Ausdruck bringt. (Warum eigentlich ein solcher Fehler? Ist die historische Wirklichkeit nicht schlimm genug?) Weitere Irrtümer über den Ruhraufstand, insbesondere über die Bielefelder Konferenz und die Auseinandersetzung um das Bielefelder Abkommen (S. 394 ff., u. S. 433 ff.), wird der Rezensent in einer eignen Darstellung korrigieren. Falsch ist es z. B., den Essener Zentralrat die "einzige Institution" zu nennen, "die legitimiert war, für das Ruhrproletariat zu sprechen" (S. 450).

Zur Tradition der KPD gehört es, die eigene zentralistische und "nationale" Haltung zu betonen. So behaupten die Autoren, in Hannover hätten die Welfenanhänger die durch den Kapp-Putsch geschaffene Situation benutzt, um ihrerseits einen Putsch zu inszenieren (S. 243 f.). Sie bedenken dabei nicht, wer diese Behauptung zuerst aufgestellt hat — das Kommando der in Hannover stationierten Reichswehrbrigade — und zu welchem Zeitpunkt: nachdem ein in die Stadt einmarschierendes Freikorps ein Blutbad unter sich bewaffnenden Arbeitern angerichtet hatte. Der "Welfenputsch" hatte dieselbe Ablenkungsfunktion wie andernorts die "Spartakistenputsche". — Bei der Darstellung des Aufstands im Ruhrgebiet behaupten die Autoren, "einige USPD-Führer" hätten sich in der Illusion gewiegt, die Vertreter der Alliierten seien bereit, "die demokratischen Kräfte in Deutschland zu unterstützen" (S. 460). Das ist schlicht falsch; bei Josef Ernst — Mitglied einer Delegation, die mit Ententevertretern wegen der Behandlung der ins besetzte Gebiet flüchtenden Arbeiter verhandelte — kann man lesen, wie diese USPD-Führer von einer partiellen Interessenidentität des Ruhrproletariats und der alliierten Besatzungstruppen ausgingen.²⁵ Falsch ist es auch, den Essener Zentralrat als national untadeliges Gegenbild hinzustellen (S. 460), wie es schon 1920 getan worden ist.²⁶ Am Abend des 29. März erschienen Dr. Stern (USP) und Leutner (KPD) bei Colonel Ryan in Köln, um im Namen des Zentralrats zu erkunden, welche Hilfe die Engländer gegen die Reichsregierung geben könnten, die soeben in einem Ultimatum die Aufständischen zur Kapitulation aufgefordert hatte.²⁷

24 *Documents on British Foreign Policy 1919 - 1939*, First Series, vol. IX, London 1960, S. 210 f.

25 Josef Ernst, *Kapptage im Industriegebiet*, Hagen 1921, S. 77 f.: "Mancher revolutionäre Arbeiter verdankt dem Eingreifen der Franzosen (Besetzung des Maingaus) sein Leben. Nur muß ausgesprochen werden, daß die Arbeiterklasse die Franzosen nicht rief, sondern daß diese aus ganz anderen Motiven die Aktion gegen Frankfurt unternahmen. Kein Arbeiterführer hat die Entente zum Einmarsch aufgefordert . . . Die Arbeiterklasse des Industriegebiets hat das Vorgehen der Franzosen nicht als feindlichen Akt, sondern als Unterstützung betrachtet. Ohne das Einschreiten der Entente wäre dem Vorgehen der Reichswehr kein Einhalt geboten worden".

26 *Die Stellung der Kommunistischen Partei Deutschlands zum Abbruch der bewaffneten Kämpfe im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet*, in: *Die Kommunistische Internationale*, Jg. 2 (1920), Nr. 15, S. 510.

27 *Documents on British Foreign Policy 1919 - 1939*, a. a. O., vol. IX, S. 266-268.

Durchgängig haftet der Untersuchung eine Tendenz zur Heroisierung und Idealisierung an, die an einigen Stellen zur Schönfärberei gesteigert wird. In Frankfurt/M. wurde die Reichswehr keineswegs "binnen kurzem" zum Rückzug aus der Stadt gezwungen (S. 151), wie die benutzte Quelle – ein Artikel von Neuland in der "Frankfurter Rundschau" – auch deutlich ausweist. Gegen den Raub der Siebenstundenschicht im Ruhrbergbau (Februar 1920) gab es keine "neue Welle des Protests" (S. 154). Die in Plauen stationierte Reichswehr zog ab, nicht weil sie sich dort nicht mehr halten konnte (S. 195 u. S. 207), sondern weil General Senfft v. Pilsach sie gegen die Leipziger Arbeiterschaft einsetzen wollte. In Weimar konnte der Abzug von Reichswehr und Sipo nicht erzwungen werden (S. 209 f.); er erfolgte vielmehr unter dem Druck der Erfolge der bewaffneten Arbeiter in der preussischen Provinz Sachsen. Der Rezensent hält solche Schönfärberei für politisch überaus schädlich.

Sprachlich fallen zwei Verben auf, die anders als üblich ohne Akkusativobjekt gebraucht werden: "orientieren" und "einschätzen". Es heißt nicht: die Partei orientierte die Arbeiter auf die oder jene Aufgabe, oder: dieser oder jener schätzte die Situation oder eine gegnerische Gruppe usw. so oder so ein, sondern: "die Partei orientiert auf die Parole X" und "der Parteiführer Y schätzt ein". Ein bloß sprachliches Phänomen ist das natürlich nicht, wenn auch nur vermutet werden kann, was damit intendiert ist.

Insgesamt: ein vorläufiger Abschluß der Analyse der Massenkämpfe im März 1920 – vom Standpunkt der SED vielleicht, von einem anderen Standpunkt aus nicht.

NEUE LITERATUR

Institut Marksizma-Leninizma pri ZK KPSS. Naučno-informacionnyj bjulleten' sektora proizvedenij K. Marksa i F. Engel'sa. (Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU. Wissenschaftliches Informationsbulletin der Abteilung für die [Herausgabe der] Werke von Karl Marx und Friedrich Engels.) Moskau, Nr. 20 (1971) und Nr. 23 (1973).

Das Informationsbulletin, von dem hier zwei Hefte vorliegen, ist offensichtlich weniger für ein breites Publikum bestimmt, als vielmehr dazu, einem kleinen Kreis von Spezialisten Zwischenergebnisse der Forschung zur Information und Diskussion vorzustellen. Für diese Bestimmung sprechen die niedrige Auflagenhöhe (250 Expl.), die Druckform (Typoskript), sowie die unregelmäßige Erscheinungsweise (vermutlich: halbjährlich). Der Umfang der beiden Hefte liegt bei 130 und 200 Seiten. Als "Redaktionskollegium" werden Kolpinskij, Malyš, Miskevič, Rumjanceva, sowie Dubovenko genannt.

Die meisten Beiträge des Bulletin befassen sich im weitesten Sinne mit den Werken und der Biographie von Marx und Engels. Dazu gehören Veröffentlichungen einzelner Texte, editorische Korrekturen, Datierungen und Zuschreibungen, so beispielsweise eine Untersuchung des Manuskriptes der Marx'schen "Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses" (Nr. 23, S. 59-70), aber auch biographische Details bis hin zum Heiratskontrakt der Eltern von Marx (Nr. 20, S. 27 ff.). Diese Beiträge sind im Zusammenhang mit den Vorbereitungen zur Herausgabe der Marx-Engels-Gesamtausgabe zu sehen, die in enger Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe beim Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED erfolgt (Vgl.: "Historische Forschung in der DDR 1960-1970. Analysen

und Berichte", Sonderband der ZfG., Berlin 1970, S. 63). Andere Beiträge befassen sich weniger mit editorischen Fragen als mit solchen der Interpretation und inhaltlichen Einordnung einzelner Schriften, so etwa ein Aufsatz über "Die Bestimmung des Wertes in Engels' 'Umriss zu einer Kritik der Nationalökonomie' unter dem Aspekt der Entwicklung der marxistischen Theorie" (Nr. 20, S. 57-68). Eine dritte Gruppe von Beiträgen ist Fragen der sozialistischen Bewegung sowie aktuellen Problemen gewidmet. Hierzu zählen in den vorliegenden Heften mehrere Aufsätze und Miszellen über den Einfluß und die historiographische Rezeption der Pariser Commune (Nr. 20, S. 1-21, S. 22-25; Nr. 23, S. 109-113, S. 170-180), ein Aufsatz über die Stellung Johann Philipp Beckers und Lasalles zur "nationalen Frage" (Nr. 23, S. 141-169) und auch ein Aufsatz über die Rezeption der Marx'schen ökonomischen Theorie durch Ernest Mandel (Nr. 23, S. 114-134). Jedes Heft schließt mit einer "Chronik", die Rechenschaft über die wissenschaftliche Tätigkeit dieser Abteilung des Instituts gibt (Publikationen der Mitarbeiter, wissenschaftliche Konferenzen und Gastvorträge, Graduierungen, Ehrungen).

Als Quelle für den jeweils aktuellen Stand der Marx-Engels-Forschung in der UdSSR verdient dieses Bulletin zweifellos eine weitere Verbreitung, als es die angegebene Auflage von 250 Expl. ermöglicht. Dieser dürfte jedoch – zumindest in den nichtsozialistischen Ländern – die Seltenheit der Kombination von spezialisiertem Fachinteresse an der Marx-Engels-Forschung und einer zur Lektüre hinreichenden Kenntnis der russischen Sprache im Wege stehen.

Peter Jahn

Årbog for Arbejderbevaegelsens Historie, udgivet af Selskabet til forskning i arbejderbevaegelsens historie. – (Jahrbuch für Geschichte der Arbeiterbewegung, herausgegeben von der Gesellschaft zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung), Band 1, 1971, 159 Seiten; Band 2, 1972, 160 Seiten. – Kopenhagen: Fremad Verlag.

Das relativ schmale Jahrbuch wird von einer kleinen Gruppe jüngerer Historiker herausgegeben. Der erste und zweite Jahrgang zeigen, daß es dieser Gruppe offensichtlich gelingt, die wichtigsten Themen seit den Anfängen der Arbeiterbewegung bis in die unmittelbare Gegenwart hinein kompetent zu erforschen und darzustellen. Durch Beiträge und Rezensionen zieht sich eine Tendenz zu unabhängiger Urteilsbildung gegenüber der regierenden Sozialdemokratie bei gleichzeitiger Wahrung historischer Solidarität.

Thematisch geht es in den ersten beiden Bänden um Probleme der Vereins- und Personengeschichte. In einem Beitrag von Willy Markvad über die dänischen Arbeitervereine von 1848 bis 1871 werden zahlreiche Details der organisatorischen Entwicklung dargelegt. In einer Arbeit von Claus Larsen geht es um die Entwicklung der Persönlichkeit Louis Pios in seiner Auseinandersetzung mit der dänischen Sagenwelt und dem volksskirchlichen Christentum bis zu seiner sozialistischen Wandlung als Begründer der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Dänemark.

Von internationaler Bedeutung ist die Edition zweier Briefe Rosa Luxemburgs durch Gerd Callesen. Es handelt sich um Schreiben, die 1913 von Berlin aus an Thorvald Stauning in Kopenhagen gerichtet wurden.

Darin findet sich eine heftige Kritik der "Vertreter der russischen sozialdemokratischen Fraktion Lenin" und ihrer Haltung zur Sozialdemokratie Polens.

Das besondere Interesse deutscher Historiker dürfte ein ausführlicher Aufsatz von Tove Lund finden, in dem er das Verhalten der dänischen Gewerkschaften zur deutschen Besatzung und zur Deutschen Arbeitsfront in den Jahren 1940 bis 1942 untersucht. Im Gegensatz zu den Gewerkschaften Hollands und Norwegens hat der dänische Gewerkschaftsbund sich zeitweise auf eine Zusammenarbeit mit der DAF eingelassen. Eine gewisse Analogie zum "Leipart-Kurs" vom Frühjahr 1933 ist unverkennbar, wird aber vom Autor nicht weiter verfolgt. Unberücksichtigt bleibt auch die Frage, ob Fritz Tarnow, der bis zum deutschen Einmarsch in Kopenhagen arbeitete, als taktischer Zwischenträger anzusehen ist. Lunds Verdienst bleibt die nüchterne und detaillierte Beschreibung des Verhaltens der Gewerkschaften nach dem 9. April 1940, der Haltung der Sozialdemokratie unter Thorvald Stauning und der persönlichen Problematik Laur. Hansens, der als Exponent der "Samarbejdspolitik" anzusehen ist.

Um die Rezeption des Jahrbuchs zu erleichtern, haben die Herausgeber deutsch- und englischsprachige Zusammenfassungen der wichtigsten Beiträge beigegeben. In der Tat ist es lohnend, bei der Geschichtsschreibung immer wieder nach Skandinavien zu blicken, weil persönliche Verbindungen und strukturelle Analogien viele Fragen der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung aufzuklären helfen.

Wünschenswert erscheint es, daß die Herausgeber getreu ihrer Zielsetzung stärker auf gesellschaftswissenschaftliche Fragestellungen eingehen, die Personen- und Vereinsgeschichte mehr als Vehikel, denn als Ziel ihrer Arbeit verwenden.

Gerhard Beier

Der moderne Imperialismus. Hrsg. und eingeleitet von Wolfgang J. Mommsen. – Stuttgart: Kohlhammer 1971. 192 S. DM 19,80.

Wenn sich Historiker zu dem so umstrittenen Thema Imperialismus zu Wort melden, ist das Interesse der Leser angesichts der Qualität der bisherigen Ergebnisse von Lamprecht, Meinecke, Delbrück, L. Dehio und Hintze vermutlich von vornherein begrenzt, da zu erwarten ist, daß sie wieder einmal den Imperialismus in die Vergangenheit verbannen und damit zur Exkulpation gegenwärtiger Entwicklungen beitragen. Außerdem sind die sechs Artikel von Mommsen, Böhme, Rohe, Zieburg, Schieder und Wehler case-studies des "modernen" Imperialismus ausgewählter Staaten, die ausdrücklich keinen Beitrag zu einer allgemeinen Imperialismus-Theorie leisten sollen. Hinzu kommt ein Unbehagen über alle heterogenen Aufsatzsammlungen. Auch hier bestehen gewichtige Unterschiede zwischen Böhme und Rohe einerseits und Wehler andererseits, der nur mit einem Artikel zum amerikanischen Imperialismus Gehör findet, obwohl seine Standardwerke sich gerade auf Deutschland beziehen. (Zu raten ist, wenigstens seine entsprechenden Artikel in H.-U. Wehler: "Krisenherde des Kaiserreichs..." Göttingen, 1970, zum näheren Verständnis seines theoretischen Ansatzes hinzuzunehmen). Moderne Imperialismus-Forschung ist nach seinen Worten eine "Integrationswissenschaft", die mit der "Grundwissenschaft" der Geschichte verschiedene andere Sozialwissenschaften verbindet, um dem Komplexphänomen Imperialismus gerecht zu werden. Dank einer solchen eklektizistischen "Kritischen Theorie" gelangt Wehler nach Schieder (S. 142) auf den Weg zu einer Interpretation, die den Imperialismus in einem viel umfassenderen Sinne mit innenpolitischen und sozialen Expansionsprozessen verknüpft als die marxistische Imperialismus-Theorie. Da sich die anderen Autoren jeweils an Wehler messen, ist es zulässig, vorwiegend sein Konzept zu untersuchen, um dann festzustellen, wie sehr Böhme, Rohe, auch Mommsen selbst hinter Wehlers Anspruch zurückbleiben.

Imperialismus entstand gemäß seiner Theorie aus der Ungleichzeitigkeit und Ungleichmäßigkeit der ökonomischen Entwicklung der verschiedenen Regionen, woraus ein Gefälle und demzufolge Spannungen entstanden. Da das wirtschaftliche Wachstum einer "Industriegesellschaft" sprunghaft und mit Krisen in Form von Wachstumsstörungen verlaufe, wurde dank der systemimmanenten Tendenz zum Aufbau von Überkapazitäten die Erschließung neuer Märkte auch in Übersee zu einer Notwendigkeit. (S. 172 f.) "Da zugleich die Suche nach Investitionschancen und der Fall der Profitrate, bzw. der Drang nach Extraprofiten mächtige Finanzgruppen auf die Außenmärkte verwiesen, entwickelte sich unter dem Zwang des Waren- und Kapitalexports . . . ein forciertes, zunehmend von der Staatsgewalt unterstützter Wettbewerb um Einflußsphären und geschützte Kolonialmärkte. Diese Aufteilung . . . unter die imperialistischen Staaten erhöhte die internationalen Spannungen und steigerte sie bis zur Gefahr eines Kriegs". (Vgl. H.-U. Wehler, *Krisenherde* . . . , a. a. O., S. 122 f.). Insbesondere Großbritannien folgte dem Imperativ seiner industriellen Entwicklungsprobleme. Man könne aber den Imperialismus nicht ausschließlich aus einer geradlinigen Verfolgung primär ökonomischer Zwecke erklären. Hinzu komme die Handhabung des Imperialismus als Mittel der Ablenkung von inneren Problemen nach außen zur Erhaltung eines konservativen sozioökonomischen und politischen status quo zum Zwecke der Herrschaftssicherung. Der im Einklang mit Hobson angewandte Begriff des Sozialimperialismus soll zu einer präziseren Funktionsbestimmung des Imperialismus führen, als es dem marxistischen Ansatz möglich ist. Gleichwohl betont Wehler die Vorteile von Lenins Imperialismus-Theorie, die eben die Totalität der ökonomischen, sozialen und politischen Zusammenhänge im Blick behält und nicht bei der Kritik einzelner Erscheinungen des Industriekapitalismus stehen bleibt. Da Wehler als auslösendes Moment des Imperialismus die Zwänge der "Industriegesellschaft" hinstellt – ohne deren ökonomische Geschichte der Sozialimperialismus als Gesellschaftspolitik nicht plausibel erklärt werden könne – diese aber nicht als Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals begreift, entgeht ihm die Bestimmung der Triebkräfte einer Gesellschaft; und, da er Theorien unverbunden nebeneinander stellt, gelingt es ihm ebensowenig, Phänomene voneinander abzuleiten, von denen eins die Dialektik des gesellschaftlichen Prozesses strukturiert.

Der "Sozialimperialismus" ist kein neuer Imperialismus an der Seite oder mit zusätzlicher Funktion des "klassischen, ökonomischen", sondern nur der gesellschaftlich-politische Reflex der ökonomischen Gegebenheiten, d. h. der Begriff des Imperialismus schließt bereits alle Mittel der herrschenden Klasse ein, die schlichte Ausführung der Gesetze der Politökonomie den Massen als nationales Interesse darzustellen und wirtschaftliches Wachstum als herrschaftslegitimierend zu gebrauchen.

Wehlers Sozialpsychologie erlangt somit keine größere Realitätsnähe, sondern trägt eher zur Desorientierung über die Determinanten des gesellschaftlichen Prozesses bei. (Als Anleitung zu politischer Praxis im Kampf gegen den Imperialismus ist sie gar unbrauchbar). Warum z. B. endet die Epoche des Imperialismus 1945, obwohl Wehler gleichzeitig das Fortbestehen von Herrschaftsverhältnissen zwischen den Metropolen und den heute formal unabhängigen Entwicklungsländern zugibt (S. 190)? Für Mommsen beginnt ab 1945 die "Ära des Nachimperialismus", da sich die ehemals imperialistischen Beziehungen auf "Abhängigkeitsverhältnisse, marktkonformer oder äußerlich neutraler Art" reduziert haben (S. 14). Also ist Imperialismus wohl doch nur "formal empire", wie denn auch das faschistische Japan, Italien und Deutschland die imperialistischsten Länder nach 1918 gewesen seien (S. 24). Und für Rohegar ist der Imperialismus bereits 1914 "tot" (S. 60). Obwohl das neue "informal empire" der USA auch das alte ist, kann Wehler zufolge die gängige Imperialismustheorie auf die Gegenwart nicht mehr angewandt werden, weil die Industriestaaten heute über andere Instrumente verfügen (Sozialinvestitionen, Weltraumforschung), um gesellschaftliche Konflikte zu regulieren als nur durch das der Expansion (S. 190).

Die Forschung wird sich vorwiegend mit Wehler als dem wichtigsten Vertreter der "Modernen dt. Sozialgeschichte" auseinanderzusetzen haben; denn gemessen an ihm fallen alle anderen Beiträge deutlich ab und halten sich im Rahmen traditioneller Geschichtswissenschaft. Rohes Sozialimperialismus, obwohl äußerlich Wehler ähnlich, löst sich noch von der Ökonomie, die bei Wehler stets implizit vorhanden ist. Seiner Meinung nach (S. 65) treten nach 1870/80 keine wesentlichen neuen ökonomischen Momente auf, die die Formveränderungen des britischen Imperialismus zu erklären vermögen. Ja, exogene Faktoren und Veränderungen seien für den "Handlungszwang" in Richtung Imperialismus verantwortlich (S. 76). Schieder fixiert sich auf Personen: "Crispi führte . . . sein Land auf den Weg zum Imperialismus" (S. 152). Für Mommsen ist ein extremer Nationalismus das Kennzeichen imperialistischer Politik. – Die Arbeiten einiger der im vorliegenden Bd. vertretenen Autoren werden an anderer Stelle einer kompromißlosen Kritik H.-U. Wehlers unterzogen (vgl. z. B. Wehlers Bemerkungen zu Böhme, in: "Neue Politische Literatur", Jg. 14 (1969), H. 3, S. 344 ff.); hier aber stehen sie nicht ohne Ironie einträchtig beieinander.

Hilmar Ruminski

LASSALLE, Ferdinand: *Arbeiterlesebuch und andere Studientexte*. Hrsg. von Wolf Schäfer. – Reinbek b. Hamburg: Rowohlt 1972. 218 S. (= Texte des Sozialismus und Anarchismus.) DM 4,80.

Wenn es zu Beginn der sechziger Jahre üblich war, das Interesse für Lassalle durch möglichst aktuell aufgemachte

Auswahltexte anzuregen, wie es etwa Helmut Hirsch oder Thilo Ramm hielten, so ist heute der Trend zum Lassalle-Studium deutlich erkennbar, das ungekürzte, möglichst genaue Druckvorlagen und sachliche Kommentare verlangt. In dieser Hinsicht folgt W. Schäfer dem Beispiel Friedrich Jenaczeks, der schon im Jahre 1970 wichtige Schriften der Arbeiteragitation Lassalles und seiner demokratischen Publizistik als Studientexte herausgegeben hat.¹ Dennoch sind die von Schäfer neu aufgelegten und erschlossenen Texte keineswegs eine Nachlese, sondern höchst erwünschte Grundlagen zum kritischen Lassalleverständnis.

Schäfers Auswahl fiel auf folgende Texte: 1. "Geschichte der sozialen Entwicklung" (die 1850 erfolgte Niederschrift seines geschichtsphilosophischen Fundaments, auf dem sämtliche Agitationsschriften basieren); 2. "Zur Theorie der Enteignung", die berühmte "Monsteranmerkung", auf die Lassalle immer wieder hinwies, wenn er nach den theoretischen Grundlagen seines Sozialismus befragt wurde; Eduard Bernstein hat sie schon in der von ihm besorgten Ausgabe der Reden und Schriften durch die Überschrift "Lassalles geschichtsphilosophisches Programm" gebührend hervorgehoben; 3. "Arbeiterlesebuch", die Marathonrede des "Frankfurter Gottesgerichts", von dessen glücklichem Ausgang er die Gründung des ADAV abhängig gemacht hatte; 4. "An die Arbeiter Berlins", die Flugschrift, die Lassalles Demokratismus ins rechte Licht rücken sollte, aber gerade die demokratischen Arbeiter abstieß; 5. "Verteidigungsrede vor dem Berliner Staatsgerichtshof", die Rede, der Lassalle seine Berühmtheit im Bismarckreich verdankte, die aber seine Anhänger sehr verwirrte. 6. "Eine melancholische Meditation", Lassalles Nachwort zu seinem "Bastiat-Schulze" (von H. Bernstein "Lassalles ökonomisches Hauptwerk" getauft), eine lyrisch verbrämte Kampfansage an die Bourgeoisie, die derart einseitig war, daß sich aus ihr jedes Bündnis mit dem Junkertum verteidigen ließ.

Die wichtigste Editionsarbeit hat Schäfer mit der Kommentierung der "Geschichte der sozialen Entwicklung" geleistet, da er über die Anmerkungen Gustav Mayers in Band 6 der Nachlaßausgabe der Werke Lassalles erheblich hinausgeht. Da die Original-Handschrift als verloren gelten darf, ist es leider unmöglich, Mayers Lesungen nachzuprüfen und evtl. zu korrigieren, wie es auf S. 29 (wohl "Gegensatz" statt "Gesetz"); S. 35 (vielleicht "paktiert" statt "petitioniert") am Platze wäre.

Bei der Monsteranmerkung vermisste ich die notwendigen Hinweise auf F. A. Lange — auf den ja der Ausdruck "Theorie der Enteignung" zurückgeht — und auf Eduard Bernstein, der sie erstmalig gehörig herausgestellt hat. Lassalle ist zwar der große Verschweiger historischer Dankesschuld, sollte aber in dieser Hinsicht

nicht als Vorbild dienen. Ebenso vermisste ich die notwendigen Hinweise auf die Anleihen, die Lassalle bei Rodbertus gemacht hatte, und ohne die seine Frankfurter Rede erheblich an Überzeugungskraft eingebüßt hätte.

Zeittafel und Bibliographie sind durchaus zweckgerecht; das Nachwort "Zum Verständnis der Texte" ist dagegen ein wenig knapp ausgefallen. Es hätte durchaus einige geschichtliche Hinweise vertragen, ohne dadurch zu einem umständlichen "Vorwort" oder gar zu einer "Einführung" zu werden.

Es bliebe noch zu klären, was nach den nunmehr vorliegenden Studien-Textausgaben noch als Desideratum verbleibt. Ich möchte zunächst auf die völlig vergessene sog. "Assisenrede" verweisen, die im Zusammenhang mit parallelen Assisenreden (u. a. von Marx und Gottschalk) ein Bild der Konzepte der "Partei der Neuen Rheinischen Zeitung", der auch Lassalle zuzurechnen ist, liefert. Außerdem wäre an die "Vorrede" und die "Einleitung" zum "System der erworbenen Rechte" zu denken, in denen Lassalle seine *Theorie* mit der politischen Aktualität in engen Zusammenhang bringt.

Sollte das kritische Lassalle-Studium wirklich ein wissenschaftliches Anliegen sein und dementsprechend gefördert werden, so wäre eine erste, wirkliche Gesamtausgabe am Platz, die, auf Bernstein fußend, dennoch weit über das von ihm Geleistete hinausgehen müßte. Das könnte aber erst geschehen, nachdem ein hegelsch gebildeter Jurist sich gründlich des "Systems" angenommen hätte und ein entsprechend ausgebildeter Philosoph des "Heraklits". Gründliche Marxkenntnis wäre dazu ebenfalls erforderlich. Ich glaube, daß bei ernster Beschäftigung mit beiden Themen erheblicher, wenn nicht gar überraschender wissenschaftlicher Gewinn verbucht werden könnte. Die schon vorliegenden Studientexte würden für eine kommende Gesamtausgabe eine gute Grundlage abgeben.

Shlomo Na'aman

Friedrich Engels Studienausgabe. Hrsg. und eingeleitet von Hartmut Mehlinger und Gottfried Mergner. 4 Bde.-Reinbek b. Hamburg: Rowohlt 1973, 234, 198, 247 und 222 S. (= Texte des Sozialismus und Anarchismus.) Je DM 4,80.

ENGELS, Friedrich: Die Lage der arbeitenden Klassen in England. Nach eigener Anschauung und authentischen Quellen. Hrsg. von Walter Kumpmann. — München: Deutscher Taschenbuch Verlag 1973. 404 S. (= dtv text-bibliothek.) DM 6,80.

The Ethnological Notebooks of Karl Marx. (Studies of Morgan, Phear, Maine, Lubbock.) Translated and edited, with an introduction by Lawrence Krader. — Assen: Van Gorcum 1972. 454 S. (= Quellen und Untersuchungen zur Geschichte der deutschen und österreichischen Arbeiterbewegung, Neue Folge, Bd. 3.) dfl. 68,-.

A new selection of the works of Friedrich Engels, designed for students, has been edited by H. Mehlinger

¹ Vgl. die Rezension in *IWK* H. 16 (August 1972), S. 88.

and G. Mergner. It is unfortunately not one which will give students a real insight into the vast range of Engels's interests and activities since — with one exception — all the works which are included were written during the last phase of Engels's career after the collapse of the First International. The reader of these volumes will learn nothing of Engels's early writings before he began to collaborate with Marx, or of his contributions to the "Neue Rheinische Zeitung", or of the many articles which he wrote when he lived in Manchester in the 1850s and 1860s. The only essays written before 1872 to find a place in this selection are those on the peasants' revolt in Germany in the sixteenth century which appeared in 1850 in "Neue Rheinische Zeitung. Politisch-ökonomische Revue". Students will learn nothing from these volumes of some of Engels's most significant contributions to early Marxist thought. They will not be introduced to his study of the condition of the industrial proletariat in England in the 1840s, or to the articles which gained him fame as a military critic, or to his correspondence with Marx concerning various topics discussed in the first volume of "Das Kapital".

The writings brought together in this collection illustrate various aspects of Engels's work between 1872 and 1895 as a champion of Marx's doctrines and as the leader of the international socialist movement after Marx's death. When the First International came to an end Marx and Engels agreed upon a division of labour. Marx would complete "Das Kapital" while Engels would defend Marx against all opponents — including those who called themselves socialists. In "Zur Wohnungsfrage" he attacked Arthur Mülberger, a leading supporter of Proudhon's doctrines in Germany, who had suggested that workers should be encouraged to own the houses in which they lived. In a brief article "Von der Autorität" Engels criticised Bakunin's doctrine of anarchism which had led to a fatal split in the socialist ranks at the time of the First International. It is not surprising that, as a former partner in a Manchester cotton firm, Engels should have taken mechanical cotton spinning as an example of an operation that can be carried out successfully only if discipline in the workforce is maintained by a chain of command from the manager to the operative. And in his "Anti-Dühring" (1876 - 1878) Engels attacked Dr. Dühring who was the leader of an enthusiastic group of young intellectuals who threatened to split the German Social Democratic Party which had only recently been formed by uniting the Eisenachers and the Lassalleans. Engels began by denouncing Dr. Dühring's errors but ended by giving the clearest account of Marx's doctrines that had been written up to that time.

When Marx died, Engels not only prepared for publication the later volumes of "Das Kapital" and some of Marx's writings which were out of print but he also wrote a brochure which he described as "gewissermaßen

die Vollführung eines Vermächtnisses". Marx had studied Lewis H. Morgan's book on "Ancient Society", which he admired because it appeared to give a coherent account of the evolution of human society, because the author's materialist conception of history coincided with his own, and because Morgan, when discussing the origin of private property, had argued that among primitive peoples there had existed joint ownership of property — an early form of communism. Marx had hoped to write a book showing how Morgan's researches had conformed his own doctrines, but he never did so and it was left to Engels to carry out his friend's plan by writing "Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats" (1884), which is reproduced in this selection of his writings.

Included also are some of Engels's historical essays in which he argued that the structure of the economy and class struggles between rival social groups were the factors that ultimately determined political, religious, and many other facets of society. In 1850 in "Der deutsche Bauernkrieg" he had examined the relations between the feudal aristocracy, the burghers, and the peasants in sixteenth century Germany. In 1887 - 88 his unfinished "Die Rolle der Gewalt in der Geschichte" discussed the unification of Germany by Bismarck's policy of blood and iron. And in his introduction of 1895 to a new edition of Marx's "Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850", Engels praised this early attempt to discover the deeper economic causes of contemporary events. In this essay — one of his last — Engels argued that times had changed since 1848 and that a small group of dedicated militants could no longer hope to carry through a revolution on their own. — In 1895, in his view, the active support of the masses was essential if a revolution were to succeed.

In his later years Engels considered that it was his duty to prevent the achievements of the pioneers of the socialist movement — particularly those who had been active during the revolution of 1848 — from falling into oblivion. He wrote brief accounts of the achievements of several of his socialist colleagues, such as Wilhelm Wolff, Georg Weerth, and Carl Schorlemmer — none unfortunately reproduced in this selection — and in 1886 in two articles he showed how Feuerbach's ideas had influenced his own and Marx's intellectual development in their period of Sturm und Drang. These essays, subsequently published as a pamphlet, have been included in the selection of Engels's writings now under review.

Engels was not only a passionate advocate of Marx's doctrines. He was also a practical politician who took a keen interest in the fortunes of socialist parties all over Europe. He had lived in England for many years and, as a young man, had contributed to left wing journals such as the "New Moral World" and the "Northern Star". In 1881, when there were signs that some of the English workers were at last evincing an interest in socialism, he hastened to offer them some good advice in a series of articles in the "Labour Standard", three of which are here reproduced in German translation. His essay on

socialism in Germany (1891 - 92), originally written for a French journal, traced the rise of the Social Democratic Party. The German socialists had thwarted Bismarck's attempt to crush them by the Anti-Socialist Law and their party had recently been supported by nearly one and a half million voters at a Reichstag general election. Engels argued that the socialists would be in a majority in the Reichstag within ten years unless a world war broke out. In that case he thought that the socialists would either triumph in two or three years or would be completely ruined.

It so happens that the failure of Mehringer and Mergner to include Engels's book on the English workers in the 1840s in their selection of his writings is not so serious an omission as might be supposed since Walter Kumpmann has just edited a new edition of "Die Lage der arbeitenden Klasse in England". It would be difficult to praise this edition too highly. It is better than the reprints in both the "Gesamtausgabe" and the "Werke" because Kumpmann has embodied in his footnotes the results of recent researches on this book. The excellent bibliography will be welcomed by all students of Engels's life and work. It includes works on the book itself, on the young Engels, and on the early labour movement in England as well as a list of all the most important editions of "Die Lage der arbeitenden Klasse in England."

While the new selection of Engels's writings and the new edition of "Die Lage der arbeitenden Klasse in England" will be widely read, the same cannot be said of "The Ethnological Notebooks of Karl Marx" which have been transcribed and edited by Lawrence Krader. This book faithfully reproduces the whole of Marx's excerpts from the following works: Lewis Henry Morgan, "Ancient Society" (1877), Sir John Budd Phear, "The Aryan Village in India and Ceylon" (1880), Sir Henry Sumner Maine, "Ancient Law" (1861), and Sir John Lubbock, "The Origin of Civilisation and the Primitive Condition of Man" (1870). Marx's notes are by no means easy to follow since they were made in a curious mixture of English and German. For example: "The *Indian family of America* — stellen *condition* of mankind in *three successive ethnical periods* dar. When discovered, stellen sie jede der 3 *conditions* dar u. namentliche *lower u middle status of barbarism* more elaborate u. complete als irgend andre portion of mankind". It may be doubted whether the immense labour of transcribing and editing these notebooks — which are in the International Institute of Social History in Amsterdam — has been worthwhile since Marx's notes seem to add very little to what is already known about his views concerning primitive societies. The notes on Morgan's "Ancient Society" are, however, of some interest since they show to what extent Engels relied upon them when writing "Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats" and to what extent Engels reached conclusions of his own by reading Morgan's book. W. O. Henderson

Debatte um Engels. Teil 1: Weltanschauung, Naturerkenntnis, Erkenntnistheorie. Teil 2: Philosophie der Tat, Emanzipation, Utopie. Verfaßt und hrsg. von Hartmut Mehringer und Gottfried Mergner. 2 Bde. — Reinbek b. Hamburg: Rowohlt 1973. 208 und 234 S. (= Texte des Sozialismus und Anarchismus.) Je DM 4,80.

In these two volumes Mergner and Mehringer summarise and assess the significance of a number of interpretations and criticisms of Engels's doctrines by friend and foe. The writers whose views on Engels are examined include Bernstein (whose "revision" of Marx's doctrines split the German socialists before the first World War), Roman Rosdolsky (who criticised Engels's theory of "peoples without a history"), Karl Korsch (who attacked Kautsky's interpretation of the theories of Marx and Engels), Erwin Metzke and Iring Fetscher (who discussed differences between the views of Marx and Engels in their "Marxismusstudien"), Ernst Bloch, and Alfred Schmidt. The topics discussed include Engels's views on Marxist socialism, on dialectical materialism, and on the natural sciences as well as his advice to German socialists on their party programmes and policies. Mergner contributes a valuable essay in which he shows how Engels adapted his views on the controversy concerning Engels's attitude towards the use of revolutionary and peaceful means to secure the triumph of socialism. He shows how Engels adapted his views to changing circumstances.

It might well be asked whether it is sensible to attempt to isolate Engels and to examine discussions and controversies on his ideas apart from those of Marx. It could be argued that the two friends collaborated so closely for so many years that their joint work should be regarded as a whole and that any attempt to examine their views separately is doomed to failure. Mehringer and Mergner argue that both during his lifetime and afterwards Engels's writings were the subject of controversy because there was a division of labour between Marx and Engels. Marx it is said, devoted his time to his theoretical studies while Engels was more directly involved in practical politics. There is some justification for this point of view if one examines the first and the last phases of the collaboration between Marx and Engels. Thus in 1845 Marx was writing "Die Heilige Familie" while Engels was busily engaged in preaching communism in Elberfeld and Barmen. During the revolution of 1848 Marx devoted himself to his duties as editor in chief of the "Neue Rheinische Zeitung" while Engels combined work on the paper with active revolutionary propaganda in Cologne and the Rhineland. And after 1872 Marx and Engels agreed that Marx should work on the later volumes of "Das Kapital" while Engels should defend Marx's doctrines against all critics. When Marx died, Engels was left as the sole representative of the great partnership and socialists all over the world regarded his interpretation of Marx's doctrines as authoritative.

But during other periods of the collaboration between the founders of international socialism, Marx was very much the active revolutionary rather than the studious philosopher. In the days of the "Brussels Correspondence Committee" and the "Communist League" and later at the time of the First International, Marx was at the very centre of political activity. Between 1864 and 1870, while Engels was at the height of his business career in Manchester, Marx reduced his theoretical studies to a minimum and devoted his energies to the cause of international socialism. It is therefore only in particular periods that Marx was able to spend his time in research and in writing, leaving Engels to carry the burden of day to day political activity.

W. O. Henderson

LASCHITZA, Annelies und Günter RADCZUN: Rosa Luxemburg. Ihr Wirken in der deutschen Arbeiterbewegung. Hrsg. vom IML beim ZK der SED. — Berlin: Dietz 1971. 579 S. DM 10,80. Lizenzausg. für die BRD: Frankfurt/M.: Verlag Marxistische Blätter 1971.

Die Arbeit von Laschitza/Radcun ist eine Teilbiografie: sie setzt mit Rosa Luxemburgs Eintritt in die deutsche Arbeiterbewegung 1898 ein und spart auch für die Folgezeit ihre Wirksamkeit in der SDKPiL (Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauen) aus. Luxemburgs Beteiligung an der ersten russischen Revolution wird ebenfalls nur insoweit einbezogen, als sie von Bedeutung für ihre praktische und theoretische Arbeit in Deutschland (besonders in der Frage des Massenstreiks) wurde.

Die Quellenbasis stimmt weitgehend mit dem auch schon von Peter Nettl benutzten Material überein, doch gelingt es, aus dem 1968 erschienenen Briefwechsel Jogiches-Luxemburg, dem Dittmann-Nachlaß, Briefen Luxemburgs an Clara Zetkin, die im Zentralen Parteiarchiv des Instituts für Marxismus-Leninismus in Berlin/DDR aufbewahrt werden, und Briefen von Käthe an Hermann Duncker (ebd.) weitere Details vor allem über Rosa Luxemburgs parteiinterne Arbeit (etwa als Referentin) auszubreiten.

Methodisch unterscheidet sich die Arbeit von einer traditionellen Biografie dadurch, daß das Hauptinteresse des Lesers nicht ungeteilt auf Rosa Luxemburg gelenkt wird, sondern in gleichem Maße die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Gegenstand der Untersuchung ist: die Entwicklung Luxemburgs wird in diese historische Gesamtentwicklung so stark eingebettet, daß sie lediglich als ihr Teil erscheint und individuelle Züge nur als besondere politische Leistung etwa im Kampf gegen Revisionismus und Krieg, in der Analyse des Imperialismus, aber auch als Grenzen der Übereinstimmung mit den objektiven politischen Erfordernissen der gesellschaftlichen Entwicklung ("subjektive Erkenntnisstrahlen") sichtbar werden. Dieses sehr strenge Darstellungsprinzip wird allerdings immer wieder dort durch episo-

dische Detailschilderung unterbrochen, wo die Autoren neues Material, das von Nettl nicht verwandt oder zumindest nicht ausgebreitet wurde, heranziehen. Ursache dieser Ausnahmen ist offensichtlich nicht nur das Bestreben, den eigenen Forschungsbeitrag neben der mit dem traditionellen Anspruch einer möglichst lückenlosen Biografie auftretenden Arbeit Nettls deutlich zu profilieren. Tatsächlich ordnen sich nämlich auch die individualisierenden Abschnitte dem Hauptprinzip der Untersuchung ein: sie zeigen Rosa Luxemburg vor allem in ihrer Verankerung in der Masse der Parteimitglieder und ihrer Anhänger. Dies gilt etwa für die Schilderung ihres Auftretens auf einer Agitationsreise durch einen Arbeiterveteranen (S. 148 f.) oder ihre eigene Darstellung von dem Empfang, den ihr Berliner Arbeiterinnen nach ihrer Entlassung aus dem Gefängnis im Februar 1916 bereiteten (S. 382 f.). In dieser Einbettung der persönlichen Biografie in die historische Bewegung und in das Alltagsgeschehen der sozialdemokratischen Organisationswelt, zu dem Rosa Luxemburg offensichtlich doch eine engere Beziehung hatte, als die bisherigen Untersuchungen zeigen konnten, werden zugleich neue persönliche Züge sichtbar, die das von vornherein auf stärkere Individualisierung angelegte Luxemburg-Bild Nettls ergänzen.

Als Hauptaufgabe aber setzten sich Laschitza und Radczun die durchgehende kritische Interpretation der politischen Arbeit Rosa Luxemburgs. Interpretationsgrundlage ist Lenins Imperialismustheorie und ihre Anwendung auf Deutschland: Der Übergang von Imperialismus der freien Konkurrenz in den Monopolkapitalismus führt objektiv zur Spaltung der Arbeiterbewegung. Der Kampf gegen den Imperialismus kann nur durch eine "Partei neuen Typs" erfolgreich geführt werden, die auch subjektiv die Trennung von den Stützpunkten des Imperialismus in der Arbeiterbewegung — den Revisionisten — vollzieht. Gleichzeitig erfordert die Konzentration staatlicher und ökonomischer Macht bei den Monopolen und ihren politischen Agenturen ein Bündnis der Arbeiterklasse mit nichtmonopolistischen Schichten als Maßnahme einer antimonopolistischen Strategie. Die Krise des Imperialismus im Ersten Weltkrieg setzt zugleich die Er kämpfung der sozialistischen Demokratie in der Staatsform der Diktatur des Proletariats auf die historische Tagesordnung. Aufgabe der Biografie ist es, die Stellung Rosa Luxemburgs in diesem geschichtlichen Prozeß zu analysieren.

Als Beitrag zur Weiterentwicklung der sozialistischen Partei erscheint für Laschitza und Radczun Rosa Luxemburgs Einsicht im Revisionismusstreit 1904, daß die deutsche Partei hinter der im internationalen Maßstab stattfindenden Weiterentwicklung marxistischer Politik zurückbleibe (S. 133), daß die bisherige Form der Auseinandersetzung mit dem Revisionismus nicht mehr ausreiche, sondern "daß sich die Partei über ihn hinweg zu einer Kampforganisation entwickeln mußte" (S. 134). Doch erkannte Luxemburg den Revisionismus nicht als ein Produkt des Imperialismus, erklärte ihn "primär aus

dem inneren Entwicklungsprozeß der Partei und nicht aus dem Werdegang der kapitalistischen Gesellschaft" (S. 135). Deshalb erschien er ihr innerhalb der SPD reversibel; sie zog keine organisationspolitischen Konsequenzen aus ihrer Reformismuskritik und geriet so über ihre Schrift "Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie" in die Kontroverse mit Lenin (S. 135 ff.), wo sie die bisherigen Entwicklungsbedingungen der SPD und ihre organisatorischen Ausprägungen verabsolutierte (S. 139). Laschitzka und Radczun sehen hier einen "Widerspruch" zu Rosa Luxemburgs "revolutionärem Gesamtwerk" (S. 140). Über diese Differenz zu Lenin dürfe jedoch nicht die grundlegende Übereinstimmung beider Revolutionäre übersehen werden, die darin bestand, "daß sich das Proletariat von Imperialismus und Militarismus nur durch eine revolutionäre, politisch selbständige Klassenbewegung befreien kann und daß dieser Kampf in die Diktatur des Proletariats münden wird als objektive historische Voraussetzung für den historischen Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung" (S. 141). Der Unterschied besteht also lediglich in der Bestimmung der organisatorischen Form, in der diese selbständige Klassenbewegung sich vollzieht.

In der Auswertung der Erfahrungen der russischen Revolution von 1905 leistete Rosa Luxemburg einen Beitrag für die Weiterentwicklung der marxistischen Revolutionstheorie durch die Lehre vom Massenstreik und seiner Bedeutung für die Steigerung und Präzisierung politischen Klassenbewußtseins. Nach Laschitzka und Radczun wird sie dabei durchaus auch der Rolle der Partei gerecht: der Bewußtwerdungsprozeß, der durch den Massenstreik ausgelöst wird, läßt die Führung der Bewegung immer mehr in die Hände der Sozialdemokratie übergehen (S. 174). Doch gelangt Luxemburg nicht zu neuen Aussagen über die notwendige neue Form dieser Partei und die Unvermeidlichkeit ihrer organisatorischen Trennung vom Revisionismus, sondern geht davon aus, "daß mit der Entfaltung eines revolutionären Massenkampfes des Proletariats der Opportunismus von unten her überwunden werden könnte" (S. 176).

In der Auseinandersetzung mit Kautsky 1910 war es Luxemburgs Leistung, daß sie als erste die Rolle des Zentrismus sichtbar machte und ihn bekämpfte (S. 237). Doch blieb sie auch hier bei ihrem Versuch, durch die Entwicklung von Masseninitiative die Politik der Partei auf der gesamten Breite der überkommenen Organisation offensiv zu gestalten, ohne die Macht des Organisationsapparates richtig einzuschätzen (S. 221). Eine entschiedene Weiterentwicklung ihrer politischen Theorie aber war die Erhebung der Forderung nach der demokratischen Republik 1910: der hier gegen Monarchie, Junkerherrschaft und preußischen Militarismus geführte Stoß richtete sich zugleich gegen "die immer konzentriertere ökonomische und politische Herrschaft des deutschen Finanz- und Rüstungskapitals" (S. 226). Allerdings äußerte sie sich nicht über den Klassencharakter der demokratischen Republik beim Übergang von der demo-

kratischen zur sozialistischen Revolution und verneinte – im Unterschied zu Karl Liebknecht – die Möglichkeit eines Bündnisses der Arbeiterklasse mit anderen Klassen und Schichten im Kampf um die demokratische Republik (S. 230).

Die theoretische Voraussetzung für diese politische Schwäche Luxemburgs sehen Laschitzka/Radczun in ihrer Imperialismustheorie, die sie 1913 in der Schrift "Die Akkumulation des Kapitals" niederlegte. Indem sie – anders als Marx und Engels – die Krise des Kapitalismus "primär aus dem Widerspruch zwischen Produktion und Konsumtion" ableitete, "ohne den tiefer liegenden, grundlegenden Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und dem privaten Charakter der Aneignung zum Kernpunkt ihrer Analyse zu machen" (S. 291), verfehlte sie die Kategorie des Monopols (S. 296), die den Kernpunkt der Leninschen Imperialismusanalyse ausmachte. Dagegen sehen Laschitzka/Radczun in Luxemburgs These von der revolutionären Abkürzung der Geschichte des Kapitalismus durch eine Revolution vor der endgültigen Erschöpfung der letzten Möglichkeiten des Imperialismus – also vor der völligen kapitalistischen Penetration der Kolonialgebiete – eine realistische Einschätzung der Rolle des subjektiven Faktors in der Geschichte (S. 299-302).

Diese Unschärfe des Imperialismusbegriffs von Rosa Luxemburg ließ sie auch in ihrer Auseinandersetzung mit der SPD-Mehrheit im Ersten Weltkrieg noch verkennen, "daß im Monopolkapitalismus tatsächlich innerhalb des Proletariats ökonomisch bevorrechtigte Schichten abgespalten werden" (S. 348) und daß die Trennung von der politischen Repräsentanz dieser Schichten, dem "Opportunismus", durch die Schaffung einer "Partei neuen Typs" erfolgen muß: so führte sie ihren Kampf gegen die Parteirechte – etwa in der "Junius"-Broschüre – immer noch "primär politisch-ideologisch" (S. 349). Zugleich aber leistete Rosa Luxemburg in ihrem Nachweis des umfassend imperialistischen und antinationalen Charakters des Ersten Weltkrieges einen entscheidenden Beitrag zur Herausbildung einer organisierten Linken in der deutschen Arbeiterbewegung. Allerdings habe sie die Möglichkeit nationaler Kriege im Zeitalter des Imperialismus unterschätzt (S. 358).

Bis 1918 werden – mit Ausnahme der Schrift "Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie" und Lenins Kritik an der "Junius"-Broschüre (Luxemburgs Differenzen mit Lenin in Fragen der polnischen Parteipolitik bleiben, da außerhalb der Themenstellung dieser Biografie liegend, unerörtert) – die Unterschiede und Übereinstimmungen der Luxemburgschen Politik im Verhältnis zur bolschewistischen Theorie und Taktik nur durch Vergleiche mit Leninschen Positionen sichtbar. Seit der Oktoberrevolution kommt es zu unmittelbaren Stellungnahmen Rosa Luxemburgs zur Politik der Bolschewiki. Nach Laschitzka/Radczun abstrahierte ihre Kritik am Brester Frieden von der konkreten historischen Situation (S. 428), während Karl Liebknecht seine ur-

sprüngliche Ablehnung bald korrigierte (S. 430). Mit Lenin war Rosa Luxemburg in der Frage des Weitertreibens der russischen Revolution einig (S. 435 f.), wenngleich sie ein Scheitern für unvermeidlich hielt. Ihre Ablehnung der bolschewistischen Regierungspraxis (Auflösung der Konstituante) aber resultierte aus ihrer Vernachlässigung der Reflexion über die konkrete Staatsform, in der die sozialistische Demokratie als Diktatur des Proletariats Gestalt annehmen mußte. Während Luxemburg ebenso wie Lenin die Diktatur des Proletariats für eine Tagesaufgabe hielt, verkannte sie, daß diese eine besondere Form der Organisation staatlicher Gewalt, nicht nur eine spezifische Form des Verhaltens der Arbeiterklasse in einer parlamentarischen Republik unter den Bedingungen einer revolutionären Situation ist (S. 438 f.). Laschitzka/Radcun weisen nach, daß Luxemburg diese Position während der deutschen Revolution bei ihrer Entscheidung für die Räte, gegen die Nationalversammlung korrigierte (S. 462 f.). Ihrem Kampf gegen die Nationalversammlung "lag die Erkenntnis zugrunde, daß es sich ihrem Wesen nach um verschiedene Vertretungskörperschaften handelte, in denen zwei antagonistische Klassen ihre politische Macht organisieren" (S. 463).

Eine kritische Würdigung der Arbeit von Laschitzka/Radcun wird Nettls Biografie auch deshalb zum Vergleich heranziehen dürfen, weil die Verfasser eine Konfrontation durch eigene Netti-Kritik selbst suchen. Zweifellos bleibt Nettls Buch in seiner erstmaligen Erschließung zahlreicher Fakten unentbehrlich als detaillierte Darlegung der individuellen Biografie Luxemburgs. Seiner gesellschaftswissenschaftlichen Begriffslosigkeit – die auch die Person Luxemburgs letztlich so sehr isoliert, daß sie selbst als Individuum trotz aller Versuche zur Facettierung abstrakt bleibt – stellen Laschitzka/Radcun – auf sehr hohem theoretischen Niveau, das trotz der hermetischen Sprache der Verfasser, durch die der Leser sich nicht abschrecken lassen sollte, unverkennbar ist – die Geschlossenheit ihrer auf der Leninschen Imperialismustheorie beruhenden Konzeption entgegen. Eine Verzerrung des historischen Objekts erfolgt deshalb nicht, weil dieser historische Maßstab jederzeit von dem Gegenstand der Untersuchung unterschieden wird: gerade in der Betonung der Differenz Luxemburgs zur Theorie und Praxis Lenins wird ihre Vereinnahmung letztlich doch vermieden und behält sie ihre Individualität. Zumindest wird dieses Urteil derjenige Leser fällen, der parteiliche Geschichtsschreibung in der Art von Laschitzka/Radcun als eine Möglichkeit der Historiografie unter anderen begreift und es begrüßt, daß diese Arbeit das Bild der bürgerlichen und nichtkommunistischen sozialistischen Luxemburg-Literatur nunmehr – wenn auch zunächst nur für den Bereich der deutschen Arbeiterbewegung – komplettiert.

Georg Fülberth

RETZLAW, Karl: *Spartakus. Aufstieg und Niedergang. Erinnerungen eines Parteiarbeiters*. – Frankfurt/M.: Verlag Neue Kritik (1971). 500 S. DM 25,–.

Erinnerungen wie die von Retzlaw sind nicht nur interessant, weil man in ihnen bisher unbekannte Details zur Geschichte der Arbeiterbewegung finden kann, sondern auch durch die Einblicke in die subjektiven Vorstellungen und Motivationen, von denen sich aktive Teilnehmer an der Bewegung der Arbeiterklasse haben leiten lassen. Zwar sind Erinnerungen keine unmittelbaren Zeugnisse – die nachträgliche Reflexion und Interpretation des geschichtlichen Ablaufs wird sich trotz Vergegenwärtigung des Problems (S. 7) kaum vermeiden lassen – sie vermögen aber dennoch die Aktivität von Individuen im historischen Prozeß zu verdeutlichen.

Retzlaws Bericht umfaßt die erste Hälfte dieses Jahrhunderts. Er beschreibt seine Politisierung im Ersten Weltkrieg, seine Arbeit im Spartakusbund, die Tätigkeit in der KPD, die Zeit der Emigration und schließlich die Rückkehr nach Deutschland. Besonders interessant sind naturgemäß die Passagen, in denen Retzlaw Ereignisse beschreibt, an denen er selbst z. T. führend beteiligt war. Besonders wertvoll scheinen mir die Aussagen zur Frühphase der Weimarer Republik zu sein. An Hand seiner Erlebnisse entwirft Retzlaw ein plastisches Bild von den Entbehrungen der illegalen Arbeit, dem Idealismus der Spartakisten, aber auch von der Überschätzung der eigenen Wirkungsmöglichkeiten (S. 42). Vielleicht noch aufschlußreicher ist seine Schilderung der Bayerischen Räterepublik, in der Retzlaw für kurze Zeit Kommissar für das Polizeiwesen gewesen war. Retzlaws Beschreibung der Politik der kommunistischen Führer der 2. Räterepublik zwingt zu einer Überprüfung der in der Literatur vertretenen These, es habe sich um eine Gruppe unverantwortlicher Hasardeure gehandelt.¹ Vielmehr scheint sich in München dasselbe Drama abgespielt zu haben wie zwei Monate zuvor in Berlin, wo Luxemburg und Liebknecht ihre Loyalität zur revolutionären Arbeiterbewegung mit ihrem Leben bezahlen mußten.

Der Höhepunkt seiner Arbeit in der KPD stellt zweifellos Retzlaws Tätigkeit im illegalen Apparat der KPD dar. Diese Tätigkeit endet nach der Oktoberniederlage von 1923. Als Levi- und Brandleranhänger doppelt kompromittiert, war er für die Parteizentrale nicht mehr tragbar.

Um das Bild vollständig zu machen, muß noch einiges über die politische Einstellung Retzlaws gesagt werden. Er betont sehr stark seine antimilitaristische u. antinationalistische Einstellung, die sich als Topos durch das ganze Buch zieht. Sie bestimmte seinen Eintritt in den Spartakusbund und ließ in 1923 (Schlageter-Affäre) und Anfang der 30er Jahre gegen die (wenn auch nur weitgehend

1 Vgl. z. B. Allan Mitchell, *Revolution in Bayern 1918/19*, München 1967, S. 266 ff.

taktische) nationalistische Propaganda der KPD Stellung beziehen. Manchmal verstellt ihm jedoch auch seine Kritik des Nationalismus die Einsicht in politische Zusammenhänge. So erscheint die linke Opposition gegen die KPD-Zentrale 1919/20 fast ausschließlich unter dem Aspekt des Nationalbolschewismus eines Wolffheim und Laufenberg, ohne daß Retzlaw erkennt, daß diese Spielart kommunistischer Politik keineswegs kennzeichnend für die Linksoption und spätere KAPD gewesen ist. Retzlaw folgt hier der Taktik des von ihm verehrten Levi, den Linksradikalismus durch die Identifikation mit nationalistischen und syndikalistischen Strömungen zu diskreditieren (S. 179 ff.).

Neben und über Levi steht in Retzlaws Wertschätzung Leo Trotzki, mit dem er in fast allen Fragen – mit Ausnahme der Situationsbeurteilung von 1923 – übereinstimmt. Die frühzeitige Kritik an der Entwicklung sowohl der Sowjetunion als auch der deutschen Partei aus trotzkistischer Sicht macht Retzlaw immun gegen den Rückfall in bürgerliche Positionen, der oft das Ergebnis der Enttäuschung über die Entwicklung des Stalinismus in der Sowjetunion und in den westeuropäischen Parteien war. Nicht ohne Stolz kann sich Retzlaw im Gegensatz zu einer Reihe seiner ehemaligen Freunde zu dem bekennen, was er gewollt und getan hat (S. 7).

Eine Provokation ist die Aufmachung des Buches. Der Verlag, der seinem Prinzip der relativ hohen Preise auch bei diesem Bd. treu bleibt, hat es nicht einmal für notwendig befunden, die Tippfehler im Manuskript zu korrigieren, sondern er hat das Manuskript im Schreibmaschinensatz schlicht vervielfältigt. Von einer Einleitung, Anmerkungen oder gar einem Personenregister, das bei einem derartigen Werk unabdingbar ist, ganz zu schweigen.

Frank Dingel

HENDERSON, William O.: Britain and Industrial Europe 1750 - 1870. Studies in British Influence on the Industrial Revolution in Western Europe. – Leicester: Leicester University Press, 3. Aufl., 1972. VII, 267 S. £ 1,80.

Es zeugt für das große Interesse an ökonomiegeschichtlichen Abhandlungen, daß dieses 1954 erschienene Werk des führenden englischen Wirtschaftshistorikers bereits in der dritten Auflage vorliegt. W. O. Henderson, der im Laufe der letzten vierzig Jahre eine Reihe von grundlegenden und bahnbrechenden Untersuchungen über die Problematik der industriellen Revolution im 18. und 19. Jahrhundert publizierte, ist weit über die Fachwelt hinaus bekannt. Seine Arbeiten über die Wirtschaftspolitik Friedrichs II. von Preußen, über den Zollverein, über die wirtschaftlichen Umwälzungen in Frankreich, Deutschland und Rußland 1800 - 1914 sind den Studenten wirtschafts- und sozialgeschichtlicher Seminare längst unentbehrlich. Seine Ausführungen über die kaufmännische Tätigkeit von Friedrich Engels in Manchester riefen beim Engels-Kongreß 1970 in Wuppertal Aufsehen hervor.

In der Einleitung zur neuen Auflage seiner Arbeit weist Henderson auf die interessante Analogie hin, die zwischen Englands Anteil bei der Industrialisierung Westeuropas im 19. Jahrhundert und der heutigen Wirtschaftspolitik der USA und anderer hochentwickelter Länder im Hinblick auf die dritte Welt besteht. Die vor fast zwanzig Jahren geschriebene Studie gewinnt durch diesen Aspekt an Aktualität. Die historischen Parallelen sind zahlreich: die halbfeudale Sozialstruktur mancher Entwicklungsländer ähnelt der der mitteleuropäischen Staaten des Vormärz; England, die damalige "Werkstatt der Welt", sah Kontinentaleuropa ebenso als Teil seines "Invisible Empire" an wie heutzutage das amerikanische Großkapital die formal selbständigen Staaten Mittel- und Südamerikas, Schwarzafrikas und Südasiens als seine Domäne betrachtet; die aufstrebende Industriebourgeoisie Mittel- und Westeuropas stand bis zur Mitte des vorigen Jahrhunderts vor einem ähnlichen Dilemma gegenüber England wie heute die wirtschaftlichen Führungsgruppen Indiens, Mexikos und anderer unterentwickelter Länder gegenüber den USA: einerseits auf Kapitaleinfuhr angewiesen, befürchteten sie andererseits mit Recht, daß wirtschaftliche Übermacht in politische Einflußnahme und Intervention in innere Angelegenheiten umschlägt. Natürlich dürfen die Analogien angesichts der veränderten weltpolitischen Konstellation nicht zu weit getrieben werden.

Englische Industrielle führten die neuerfundenen Maschinen schon am Ende des 18. Jahrhunderts nach Frankreich, den Niederlanden und Deutschland aus. Nach dem Ende der napoleonischen Kriege errichteten Engländer zahlreiche Textil- und metallverarbeitende Fabriken auf dem Kontinent, exportierten Kapital, beteiligten sich an mitteleuropäischen Industrieanlagen und bildeten Fachleute aus. Auch beim Transportwesen waren Engländer führend. – Es nimmt nicht wunder, daß Henderson vor allem die positiven Leistungen der englischen Wirtschaftspolitik hervorhebt und auf die ökonomische und politische Abhängigkeit der Kontinentalstaaten weniger eingeht. Der englische Wissenschaftler sieht es auch nicht als seine Aufgabe an, sich mit den Wirtschaftstheorien von Friedrich List auseinanderzusetzen, der als entschiedener Gegner der britischen Freihandelspolitik mit Recht darauf hinwies, daß die britische Konkurrenz die Entwicklung einer eigenständigen deutschen Industrie hemme. Hingegen würdigt Henderson ausführlich die Tätigkeit des Gegenspielers Lists, des Engländer John Prince Smith (1809 - 1874), der sich 1830 in Deutschland niederließ und zu einem der führenden liberalen Freihandels-theoretiker Preußens wurde.

Der Nutzen des Buchs wird durch die ausführliche Bibliographie erhöht, die für die neue Auflage revidiert und auf den letzten Stand gebracht wurde.

Walter Grab

LASCHITZA, Annelies: *Deutsche Linke im Kampf für eine demokratische Republik. Der Kampf der deutschen Linken für eine demokratische Republik und die Anwendung des politischen Massenstreiks in Deutschland. Zur Entwicklung der deutschen Linken als politisch-ideologische Strömung in der deutschen Sozialdemokratie.* Hrsg. vom IML beim ZK der SED. — Berlin: Dietz 1969, 294 S. DM 12,80.

Annelies Laschitzka hat sich mit diesem Buch, einer überarbeiteten Fassung ihrer Dissertation, die Aufgabe gestellt, die Herausbildung einer dezidierten Linken innerhalb der deutschen Sozialdemokratie in den Jahren 1909/10 anhand der Diskussionen um die demokratische Republik und den politischen Massenstreik nachzuzeichnen (S. 8). Im Unterschied zu anderen Arbeiten mit ähnlicher Themenstellung akzentuiert sie dabei in den Auseinandersetzungen mit dem deutschen Imperialismus, in denen sich eine deutsche Parteilinke herauskristallisiert habe, nicht in erster Linie den antimilitaristischen Kampf, sondern die Problematik einer Aktualisierung der republikanischen Zielsetzung der Sozialdemokratie.

Laschitzka geht von einer Periodisierung der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie aus, in der — nach dem Übergang des Kapitalismus der freien Konkurrenz in den Imperialismus um 1900 — die Jahre 1909 und 1910 einen scharfen Einschnitt bedeuten: das gesellschaftliche und politische System des wilhelminischen Reiches reift einer politischen Krise entgegen (S. 33-60), die durch die Debatten um die Reichsfinanzreform 1908, die Wahlrechtskämpfe der Sozialdemokratie, die Bestrebungen nach einer Demokratisierung des preußischen Wahlrechts auch bei Freisinnigen und dem Zentrum sowie durch die Erschütterungen der Daily Telegraph-Affäre signalisiert wird. Um das Jahr 1910 endet die "relativ friedliche Entwicklung des Kapitalismus", und eine "vorrevolutionäre Situation" entwickelt sich. Hier stellen sich für die deutsche Arbeiterbewegung neue Aufgaben: Probleme der Veränderung der politischen Machtverhältnisse, in letzter Konsequenz also die Frage nach der anzustrebenden Staatsform, und neuer Kampfformen — vor allem des Massenstreiks — wurden virulent.

Nach Laschitzka entsprach dieser Verschärfung der politischen Situation eine Differenzierung in der SPD: die Richtungen, die sich jetzt herausbildeten, unterschieden sich nach dem Grad der Rezeption der neuen Arbeitsbedingungen. Hatten sich seit der Jahrhundertwende Revisionisten und "revolutionäre Sozialdemokraten" gegenübergestellt, so entwickelte sich jetzt als weitere Strömung der "Zentrismus", der objektiv den Revisionisten zuzurechnen sei, zugleich aber noch eine revolutionäre Terminologie beibehalte. Innerhalb der "revolutionären Sozialdemokraten" differenzieren sich die "deutschen Linken" (S. 70) heraus. Während die "revolutionären Sozialdemokraten" — im Unterschied zu den Revisionisten — auf den Grundsätzen des Erfurter Programms

beharren, ohne sie zu aktualisieren, versuchten die "Linken" diese Positionen in der Staatsfrage und bei der Reflexion über neue Kampfmethoden zu konkretisieren. Die adäquateste Anwendung einer Weiterentwicklung des Erfurter Programms unter den Bedingungen einer heranreifenden Krise des Imperialismus aber sei die Aktionslösung der demokratischen Republik, die in außerparlamentarische Kämpfe umgesetzt werden müsse. Die Grenzen der "revolutionären Sozialdemokraten" macht Laschitzka am Beispiel von Karl Kautskys Schrift "Der Weg zur Macht" deutlich: den revolutionären Prognosen, die Kautsky dort treffe, entsprechen keine konkreten Handlungsanweisungen, vor allem herrscht Unklarheit in der Staatsfrage, so daß diese Schrift insgesamt auf dem "Stand des Erfurter Programms und den Erfahrungen des vorwiegend parlamentarischen Kampfes der letzten Jahrzehnte" vor 1910 verbleibt (S. 117).

Die verschärfte Differenzierung innerhalb der Partei tritt nach Laschitzka deutlich auf dem Leipziger Parteitag der SPD 1909 hervor, der durch eine Offensive der Revisionisten gekennzeichnet sei (S. 117-133). Laschitzka versucht in einem historischen Rückgriff die Herausbildung einer neuen "linken" Position seit 1909/1910 in der Staats- und Aktionsfrage von der bisherigen Behandlung der Probleme der demokratischen Republik in der SPD abzuheben (S. 139-166). Als ein Hemmnis für die klare Ausformulierung einer politischen Position in dieser Frage erweisen sich rechtliche Bestimmungen, die es nicht zuließen, daß die demokratische Republik im Erfurter Programm expressis verbis als nächstes Ziel genannt wurde. Sie führten in der Folgezeit zu einer Verunklärung des Staatsproblems. Allerdings machte Bebel in seiner Auseinandersetzung mit Jaurès auf dem Kongreß der II. Internationale in Amsterdam (1904) deutlich, daß die deutsche Sozialdemokratie die demokratische Republik einerseits als eine bürgerliche Staatsform, andererseits aber als denkbar beste politische Bedingung für den Emanzipationskampf des Proletariats betrachtete. Damit blieb er jedoch in den allgemeinen Formulierungen des Erfurter Programms und unterließ eine Aktualisierung. In Nuancen gingen allerdings schon damals Karl Liebknecht (S. 146 f.), Rosa Luxemburg (S. 151-156) und Franz Mehring (S. 149 f.) über eine einfache Fortschreibung der Normen des politischen Kampfes der neunziger Jahre hinaus. Am weitesten kommt hier bereits vor 1910 Rosa Luxemburg, die die Erfahrungen der ersten russischen Revolution in der Staats- und Taktikfrage auf Deutschland anzuwenden sucht (S. 153 ff.). Doch reichten die Ansätze zu Sonderpositionen bei Luxemburg, Liebknecht und Mehring noch nicht aus, die Stagnation in der Erörterung der Staatsfrage, die damals die Partei beherrschte, zu überwinden. Dieser Stillstand führte vielmehr dazu, daß selbst die herkömmlichen Positionen der revolutionären Sozialdemokraten an Profil verloren.

Eine neue Qualität erhielt die Erörterung der Staatsfrage und damit auch die Herausbildung einer neuen lin-

ken Position in der SPD durch "Karl Liebknechts programmatische Vorschläge auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Preußens (Januar 1910) zur Schaffung demokratischer Verhältnisse in Deutschland" (S. 166-204). Hier hielt Liebknecht ein Grundsatzreferat über die behördlichen Ungesetzlichkeiten in der preußischen Verwaltung und gelangte dabei zu einer Definition des Klassencharakters der preußischen Bourgeoisie, die die bis dahin in der Sozialdemokratie gängige These von der "Junkerallein herrschaft" durch die Feststellung einer "Junkervorherrschaft" modifizierte, indem er den kapitalistischen Einfluß auf die öffentliche Verwaltung näher bestimmte (S. 176 f.). Allerdings blieb Liebknecht dabei weiterhin bei einer reinen Beschreibung und ließ die staatstheoretische Seite seines Problems ebenso außer acht wie "die Frage nach dem Schicksal der bürgerlichen Staatsmaschine in der proletarischen Revolution" (S. 185). In seinen "Leitsätzen zur Verwaltungsreform in Preußen", die Liebknecht auf demselben Parteitag zur Diskussion stellte, vertiefte er die Forderung nach dem allgemeinen Wahlrecht durch das Postulat einer gründlichen Demokratisierung der Exekutive, durch die eine Wahlrechtsreform erst nachhaltig wirksam werden konnte (S. 189). Doch beraubte er seine Forderungen teilweise wieder ihrer Wirkung dadurch, daß er Zeitpunkt und nähere Umstände der Verwirklichung einer unbekannten Zukunft überließ (S. 194).

Während Karl Liebknecht inhaltlich die demokratische Republik als Ziel sichtbar gemacht hatte, ohne sie zur Tagesaufgabe zu erklären, erhob Rosa Luxemburg sie 1910 direkt zur Aktionsparole und verband diese mit dem Massenstreik (S. 206-235). In ihrer Republikdefinition griff sie auf Positionen von Marx und Engels in der Revolution von 1848/49 zurück, verknüpfte diese jedoch mit aktuellen Losungen (Antimilitarismus, Kampf gegen die Kolonialpolitik) und dem Kampfmittel des Massenstreiks (S. 222 f.). Von Lenins Revolutionstheorie unterschied sich ihre Taktik nach Laschitzka durch das Fehlen bzw. die ungenügende Ausbildung von Vorstellungen über Bündnismöglichkeiten mit nichtproletarischen Schichten und dadurch, daß Luxemburg die Notwendigkeit einer Steigerung der Rolle der Partei im antiimperialistischen Kampf verkannt habe (S. 220). Die Vernachlässigung des Organisationsproblems äußerte sich auch darin, daß die linken Sozialdemokraten vor 1914 nicht koordiniert zusammenarbeiteten, sondern sich immer noch als Individuen begriffen, die lediglich agitatorisch auf die Masse ihrer Parteigenossen einzuwirken suchten. Laschitzka führt diese Schwäche darauf zurück, daß Liebknecht, Luxemburg und Mehring nicht den Zusammenhang zwischen Revisionismus und Imperialismus und die Notwendigkeit, beide mit einer "Partei neuen Typs" zu bekämpfen, erkannten (S. 225). Als Folge mangelnden organisatorischen Zusammenschlusses kam es sogar zu unmittelbaren Konfrontationen zwischen Rosa Luxemburg und Mehring in der Frage der Republik. Über die Resonanz von Luxemburgs Republikforderung gibt es nach Laschitzka bislang nur An-

haltspunkte, deren Erhellung Aufgabe weiterer Forschung sein müsse (S. 226).

Als gemeinsames Charakteristikum der "Linken" wird die Einsicht genannt, "daß die programmatischen Grundsätze der Partei wie der Marxismus insgesamt auf die neuen Bedingungen des Klassenkampfes angewandt und in Auseinandersetzung mit den Opportunisten weiterentwickelt werden mußten", als gemeinsame Schwäche das Versäumnis, daß sie sich keine ideologische Plattform schufen und es unterließen, sich fraktionell zu organisieren (S. 233).

Nach einer Darstellung der ersten offenen Auseinandersetzung zwischen der neuen Position der äußersten Linken und dem Zentrismus in der Kontroverse Luxemburg-Kautsky 1910 (S. 235-255) zeigt Laschitzka in einem letzten Abschnitt ihrer Untersuchung die ersten Ansätze organisierten Zusammenwirkens linker Oppositioneller in der SPD vor 1914 (S. 255-267). So bildeten sich in Baden "Marx-Clubs", die sich um die theoretische Qualifizierung ihrer Mitglieder in der Auseinandersetzung mit den Revisionisten bemühten. Das vorhandene Material gebe allerdings keinen Aufschluß darüber, ob diese Clubs insgesamt zur ideologischen Strömung der Linken in dem von Laschitzka definierten Sinn gehörten (S. 260). Wichtiger erscheinen ihr die vor allem durch Wilhelm Dittmann unternommenen Versuche zur fraktionellen Zusammenfassung der Organisation der Linken in der Zeit des Magdeburger Parteitags 1910 (S. 261-264). Sie waren die Antwort auf das koordinierte Vorgehen der Revisionisten in Leipzig 1909.

Zu den Verdiensten der Arbeit von Annelies Laschitzka gehört es, daß sie ein Forschungsinteresse artikuliert, das durch die Polarisierung in der deutschen Arbeiterbewegung seit 1914 vollauf gerechtfertigt ist, dem in der bisherigen Literatur aber immer noch in zu geringem Maße nachgegangen wurde: sie wendet sich nicht nur der Ausbreitung des Revisionismus in der deutschen Sozialdemokratie zu, sondern sucht die Anfänge jeder Differenzierungen nach links hin auf, die später zur Entstehung von USPD und KPD führten. Als eine sehr wichtige Quelle erwies sich dabei der von Laschitzka ausgewertete Nachlaß Wilhelm Dittmanns im Zentralen Parteiarchiv des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Moskau: ihm verdankt sie die in ihrer Arbeit ausbreiteten Hinweise auf die fraktionierende Tätigkeit Dittmanns und die Marx-Clubs in Baden, beides neue Forschungsergebnisse für die Geschichte der Arbeiterbewegung vor 1914. Ein weiteres von der Verfasserin in diesem Zusammenhang ausgewertetes Datum für die Beurteilung der Linksströmung in der Partei sind Karl Liebknechts Vorschläge für eine Verwaltungsreform in Preußen.

Trotz dieser Fortschritte kann nicht übersehen werden, daß die Untersuchung der Entstehung einer dezidierten Linken in der Vorkriegssozialdemokratie immer noch am Anfang steht. Auch Laschitzka verwendet in erster Linie "zentrales" Material vor allem theoretischen Charakters: d. h. programmatische Arbeiten von Liebknecht, Luxem-

burg u. a. (die Behandlung der Marx-Clubs ist eine Ausnahme). Die Tatsache, daß ihre Arbeit auf dieser Ebene ertragreich wurde, mag ein Hinweis darauf sein, daß eine Untersuchung der entstehenden Linksbewegung auch auf lokaler und regionaler Ebene notwendig ist und u. U. weiteren Aufschluß über die Anfänge der Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung verspricht.

Georg Fülberth

REISBERG, Arnold: An den Quellen der Einheitsfrontpolitik. Der Kampf der KPD um die Aktionseinheit in Deutschland 1921 - 1922. Ein Beitrag zur Erforschung der Hilfe W. I. Lenins und der Komintern für die KPD.

2 Bde. Berlin: Dietz 1971. Zus. 843 S. (Schreibmaschinensatz) 27,- DM.

Mit diesen Bänden legt Arnold Reisberg die bisher ausführlichste Untersuchung über die in Deutschland 1921/22 verfolgte Einheitsfrontpolitik der KPD vor. Nach einem kurzen Abriss der Parteientwicklung von der Gründung bis zur Vereinigung mit der linken USPD zur VKPD im Dezember 1920 widmet sich der Verfasser den Bemühungen der Parteileitung und Moskaus, dem zahlenmäßig den anderen deutschen Arbeiterorganisationen immer noch weit unterlegenen Kommunismus durch eine Politik der Aktionseinheit Massenanhang zuzuführen und dadurch dem deutschen Proletariat den Weg zur Macht zu bahnen. Diese Politik – das Wort "Taktik" wird tunlichst vermieden – setzte im Januar 1921 mit einem "Offenen Brief" ein, in dem die Parteizentrale an "sämtliche sozialistische Parteien und Gewerkschaftsorganisationen" appellierte, "sich . . . zu unmittelbar zu beginnenden . . . Aktionen zusammenzufinden", um sich als "proletarische Klasse . . . als Gesamtheit zur Wehr" zu setzen (S. 54). Obgleich dieses Ringen der KPD um die Massen schon durch die Märzaktion 1921 und weiterhin durch interne Richtungskämpfe (Levi-Krise, Friesland-Krise, Linke Opposition) verschiedentlich unterbrochen und gehemmt wurde, bestimmte es während des hier behandelten Zeitraumes die Generallinie der Partei. Nachdem im Sommer 1921 alle Sektionen der Kommunistischen Internationale auf dem III. Weltkongreß zur Durchführung der Einheitsfrontpolitik ("Heran an die Massen!") verpflichtet worden waren, widmete sich die KPD dieser Aufgabe mit verdoppeltem Eifer. Wie der Verfasser immer wieder hervorhebt, geschah das unter dem wachsamen Auge der K. I., wobei er besonders Lenins stetige richtungsweisende Kritik und Anleitung lobend erwähnt. Gestützt auf fast ausschließlich kommunistische Darstellungen und Publikationen, vor allem aber auf unveröffentlichtes Material aus den Archiven der DDR und der Sowjetunion, das westlichen Historikern nicht zugänglich ist, werden die verschiedenen Etappen dieser Politik eingehend geschildert. Die Partei versäumte keine Gelegenheit, durch Aufrufe zu gemeinsamen Demonstrationen, Konferenzen und Streiks den nichtkommunistischen Arbeitern ständig vor Augen zu

führen, daß allein die Kommunisten für die wahren Interessen des deutschen Proletariats zu kämpfen bereit seien. Eine Kampagne folgte der anderen: gegen den Mord an Erzberger, für die Erfassung der Sachwerte, die Einsetzung proletarischer Kontrollausschüsse und die Errichtung von Arbeiterregierungen in Braunschweig, Sachsen und Thüringen. Anfang 1922 unterstützte die Partei den Eisenbahnerstreik, agitierte dann für eine Konferenz der drei Internationalen, nahm an den Demonstrationen nach der Ermordung Rathenaus teil und rief zu einer Reichskonferenz der revolutionären Betriebsräte auf – um nur einige der wesentlichsten Aktionen zu nennen. Mit einem Bericht über die Auseinandersetzungen über die Einheitsfrontpolitik auf dem 8. Parteitag im Januar 1922 findet die Studie ihren Abschluß.

Dank der ausführlichen Behandlung des Themas und der Heranziehung einer Fülle bisher unbekannten Materials bringt der Verfasser wertvolle neue Einzelheiten zur damaligen Taktik des deutschen Kommunismus und der Komintern. Und obwohl die Arbeit unter anderem dem Zweck dient, die Einschätzung der Einheitsfrontpolitik durch nichtkommunistische Historiker zu berichtigen, d. h., zu widerlegen, halten sich die obligatorischen, ideologisch bedingten Polemiken gegen westliche Historiker in annehmbaren Grenzen. Anerkennenswert ist es auch, daß Persönlichkeiten wie Trotzki, Radek, Brandler, Thalheimer und andere kommunistische Führer, die jahrzehntelang entweder totgeschwiegen oder verunglimpft worden sind, hier zumeist sachlich und historisch unverfälscht auftreten. Sogar Paul Levis Rolle wird gewürdigt, jedenfalls bis zu dem Augenblick, da er gegen die Parteipolitik Stellung bezog. Nur der Bannfluch gegen Ernst Reuter-Friesland wird aufrechterhalten.

Außerdem zeichnet Reisberg mit der detaillierten Wiedergabe der Parteidebatten – seines im Zusammenhang mit den internen Richtungskämpfen (auf deren symptomatische Bedeutung er allerdings nicht eingeht) oder der Einheitsfrontpolitik – ein lebendiges Bild von der Meinungsfreiheit, die in den frühen zwanziger Jahren bei den Auseinandersetzungen innerhalb des Kommunismus noch vorherrschte.

Andererseits wirken sich parteiideologisch festgelegte Tabus vielfach hemmend aus. Zwar gewährt die Arbeit manche neue Einblicke in die Tätigkeit der KPD und der K. I., aber die aus ihr gefolgerte Interpretation hält sich strikt an die traditionelle kommunistische Auslegung, so daß verschiedene heikle Fragen entweder gar nicht berührt oder nur unverbindlich kurz erwähnt werden. Die Märzaktion von 1921 wird nach wie vor lediglich als Reaktion der KPD auf die Provokation der "arbeiterfeindlichen" preußischen Regierung erklärt, und im Verlauf des Aufstandes begangene terroristische Handlungen werden mit dem Wörtchen "angeblich" abgetan. Auch die Haltung der KPD zum Rapallo-Vertrag bleibt verschleierte.

Vor allem aber bewegt sich die Behandlung der Einheitsfrontpolitik als solche in einem wirklichkeitsfremd anmutenden Raum. Weder die Tatsache, daß ihr letzten Endes nur beschränkte Teilerfolge beschieden waren und sie das gesetzte Ziel nie auch nur annähernd erreichte, noch die Ursache dieses Versagens, daß nämlich diese Politik trotz ehrlicher Bemühungen der führenden deutschen Funktionäre schließlich zum Scheitern verurteilt war, weil Moskau jeden Schritt scharf kontrollierte und jeglichen aufrichtigen Zugeständnissen der KPD an die anderen Arbeiterorganisationen einen Riegel vorschob, kommt hier zur Geltung. Die internen und außenpolitischen Probleme der Sowjetunion werden ausgeklammert und damit auch die von den sowjetischen Interessen bestimmte Stellung der bolschewistischen Führung, speziell der K. I., zur KPD-Politik. "Die wahrheitsgetreue Darstellung des Geschichtsverlaufs widerlegt am besten die Verleumdungen . . . der imperialistischen und rechtssozialistischen Geschichtsschreibung über die angebliche Unselbständigkeit der KPD, über die Hand Moskaus . . ." schreibt der Verfasser (S. 691). Aber damit, daß wir lediglich eine ausführliche Schilderung darüber erhalten, was geschah, ohne daß dabei auch die tieferen historischen Zusammenhänge aufgedeckt werden, ist der geschichtlichen Wahrheit nur unvollkommen gedient. Das ist die schwächste Seite von Reisbergs sonst wertvoller und sorgfältiger Untersuchung.

Werner T. Angress

FABIAN, Walter: Klassenkampf um Sachsen. Ein Stück Geschichte 1918 - 1930. Reprint der Ausgabe Löbau 1930. - Berlin: Verlag die Arbeitswelt 1972. 200 S. DM 19,80.

Walter Fabian, der Schüler Gustav Meyers, heute vor allem bekannt als langjähriger Herausgeber der "Gewerkschaftlichen Monatshefte", hat seine frühe geschichtswissenschaftliche Arbeit für einen Nachdruck freigegeben. In der Tat ist sein Band über den "Klassenkampf um Sachsen" ein aufschlußreiches Zeugnis über die Schwierigkeiten einer sozialdemokratischen Politik im Wechselspiel von Revolution, Reform und Reaktion. Wer die sächsische Variante dieses historischen Prozesses studiert hat, wird die Probleme der ersten Jahre nach 1945 und die heutigen Fraktionskämpfe der Linken aus einer erweiterten historischen Perspektive betrachten.

Es geht Fabian nicht um eine kontinuierliche Geschichte der Jahre von 1918 bis 1930, sondern - nach einer revolutionären Vorgeschichte - um eine kritische Bestandsaufnahme des Jahres "Neunzehnhundertdrei- undzwanzig": Verständigung mit den Kommunisten, Bildung der Regierung Zeigner, Abwehr des Nationalsozialismus, Reformen in Gesetzgebung und Personalstruktur, Auseinandersetzung mit den Militärs. Fabian beschreibt diese Vorgänge aufgrund der Landtagsprotokolle, mit Berücksichtigung ungedruckter Unterlagen und persönlicher Berichte bis hin zum Einmarsch der Reichswehr und zur Absetzung der verfassungsmäßigen

Regierung. Er kritisiert besonders die Haltung Eberts in diesem Konflikt. Demnach ist Ebert "nicht getäuscht worden, sondern hat alles gewußt und alles gedeckt". Vom sozialistischen Standpunkt, den Fabian freimütig vertritt, ist das Verhalten des sozialdemokratischen Reichspräsidenten "nicht zu entschuldigen" (S. 181).

Das Schlußkapitel trägt die Überschrift "Trotz alledem". Es zeigt das unbestechliche Urteil des wissenschaftlichen Beobachters in Verbindung mit einem elementaren politischen Protest und dem Glauben an Wandlung durch Organisation und Aufklärung der Massen. Es gibt Einblick in eine Haltung, aus der heraus Parteien wie SAP und KPO entstanden. Es zeigt, wie morsch die Weimarer Republik war, bevor sie zusammenbrach, wie entschlossen aber auch junge Sozialisten, die ihren Grundsätzen treu bleiben wollten, "trotz alledem".

Gerhard Beier

KNÜTTER, Hans-Helmuth: Die Juden und die deutsche Linke in der Weimarer Republik 1918 - 1933. Düsseldorf: Droste 1971. 259 S. (= Bonner Schriften zur Politik und Zeitgeschichte, Bd. 4) Pb. DM 19,80; Ln. DM 28,-.

Gestützt auf eingehende Archivstudien und wohlvertraut mit der einschlägigen Literatur, hat H. H. Knütter wichtiges Material zusammengetragen, um das Verhältnis der Juden zur Linken und der Linken zu den Juden in der Weimarer Republik zu bestimmen. Der Wert seiner Arbeit wird dadurch erhöht, daß Knütter tief in das 19. Jahrhundert zurückgeht, um die Entwicklung historisch verständlich zu machen. Unter der Linken versteht er Sozialdemokraten, Kommunisten und den Kreis um parteipolitisch nicht festgelegte Organe, wie z. B. die "Weltbühne", der radikal sozialistischen oder pazifistischen Ideen huldigte. Die "Deutsche Demokratische Partei", 1918 als Gruppierung der bürgerlichen Linken begründet, übergeht er. Dafür lassen sich gute Gründe anführen, aber Knütter begibt sich dadurch der Möglichkeit, ein Zentralproblem zu untersuchen: die Haltung dieser Partei zu den Juden und der Juden zu derjenigen Partei, die sie als ihre politische Heimat betrachteten und der sie noch die Treue hielten, als die Mehrheit des Bürgertums schon nach rechts abgewandert war und sich republikfeindlichen Parteien verschrieben hatte. Knütter weiß, daß die Zahl der bei der Linken tätigen Juden gering war. Dennoch behauptet er verallgemeinernd, daß die Juden bei der Linken ihre politische Heimat suchten, obwohl, wie er richtig beobachtet, das jüdische Bürgertum bis kurz vor dem Ende der Republik den Linken distanziert gegenübergestanden hat.

Knütter will den gefühlsbetonten Philosemitismus und die durch Kampf gegen Judentum und Zionismus bestimmte Haltung der "Neuen Linken" überwinden. Aber ein unkritischer Philosemitismus ist nicht in der Geschichtsschreibung jüdischer Autoren beheimatet. Er war vielmehr - aus begreiflichen Gründen - bei deutschen Historikern bemerkbar. Zuweilen gerät der Re-

zessent in ein Dilemma, weil Knütter manche seiner Behauptungen selbst zu widerlegen scheint. In Schlußbemerkungen freilich findet man kategorische Feststellungen, etwa daß die Intellektuellen, unter ihnen zahlreiche Juden, von der Linken nicht akzeptiert wurden; sie galten immer als Fremdkörper. Dem kann trotz aller Skepsis gegen die "Theoretiker" nicht zugestimmt werden. Knütter neigt dazu, Intellektualismus und das Handarbeitertum sowie die aus diesem hervorgegangene Führungsschicht als polarisiert erscheinen zu lassen, was ihn manchmal zu unbegreiflichen Irrtümern verführt. Das gilt vor allem von dem Schlußabsatz: "Die unaufhebbaren innerjüdischen Differenzen, die soziologisch-ideologisch bedingten Spannungen im Verhältnis zur Linken und die Stärke des deutschen Antisemitismus haben die Vernichtung der jüdischen Minderheit, die keine sein wollte, verursacht". Nein! Allein der aus breiten Schichten des deutschen Volkes aufgestiegene Nationalsozialismus, verbündet mit dem institutionalisierten Kräften der traditionellen deutschen Oberschicht, trägt an der Vernichtung von Millionen von Juden die Schuld. Daß knapp 30 Jahre später ein junger deutscher Historiker Spannungen im Judentum und zwischen Juden und der Linken in erster Linie dafür verantwortlich macht, ist kaum faßbar und gibt Grund zu tiefer Sorge.

Eine Übersicht über Merkmalkomplexe für die Herausarbeitung sozialpsychologischer Unterschiede zwischen der intellektuellen und organisierten Linken ist anregend. Gewisse Merkmale waren zweifellos in höherem Maße und bei einer größeren Anzahl von jüdischen Intellektuellen ausgeprägt. Aber bei manchen, wie Ludwig Frank und Ernst Heilmann, finden wir eine stärkere, bis zum Nationalismus gehende "Betonung nationaler Traditionen" als bei den meisten aus der Arbeiterklasse hervorgegangenen Führern. Knütter definiert als Juden, wer Mitglied der jüdischen Religionsgemeinschaft ist und einen getauften Juden oder Dissidenten als Person jüdischer Abstammung. Seine Definition ist zwar unanfechtbar, hilft aber nicht weiter. Welcher Sozialdemokrat oder Antisemit hätte einen Unterschied zwischen Hugo Haase und Eduard Bernstein gemacht, obwohl jener, was überdies kaum jemand wußte, in der jüdischen Gemeinde geblieben, dieser aber aus ihr ausgeschieden war? Für die Weimarer SPD war Religion Privatsache und Rasse politisch bedeutungslos. Es gab Antisemiten, auch antisemitische Stimmungen in der Arbeiterbewegung und bei manchen ihrer Führer, aber keinen Arbeiterantisemitismus oder Rassismus trotz Knüters aus Akten und Reden zusammengetragener Dokumentation und der Klassifizierung ihrer Erscheinungsformen. Soweit Knütter sie richtig sieht, sind sie nicht bedeutungsvoll genug, um das traditionelle Bild der Partei zu modifizieren; zu einem anderen Teil werden sie von ihm überbewertet oder falsch gedeutet. Vor allem aber wiegen sie nichts gegenüber weit wichtigeren Fakten. In den letzten Jahren der Weimarer Republik, als die nationalsozialistische Propaganda die

weitesten Kreise erfaßt hatte, wurden sämtliche jüdischen Abgeordneten der SPD in den Parlamenten wieder als Kandidaten aufgestellt und Juden weiterhin als Spitzenkandidaten und auf der Reichsliste und den Landeslisten präsentiert. Bis 1933 war der Sekretär der Reichstagsfraktion ein Jude, ebenso der Vorsitzende der preußischen Landtagsfraktion. Die Kommunisten, bedenkenlos in dem Bemühen, nationalsozialistische Wähler zu sich herüber zu ziehen, haben zuletzt keine jüdischen Kandidaten zum Parlament mehr aufgestellt. Aber als antisemitische Partei sind sie deswegen nicht einzuordnen: Juden blieben weiter als hohe KPD-Funktionäre im politischen, organisatorischen und Pressebereich tätig. Richtig ist aber, daß die innerlich unwahrhaftige Agitation der KPD und ihr Zusammenwirken mit der NSDAP bei wilden Streiks und beim Volksentscheid über die Auflösung des preußischen Landtags 1931 Hunderttausende von Wählern zum unbekümmerten Hinüberwechseln von der einen zur anderen Partei und zurück im gemeinsamen Kampf gegen die Weimarer Republik veranlaßt haben.

Deutschland ist heute ein Land ohne Juden, die Sozialdemokratie, obwohl traditionsbewußt, ist im Empfinden, Denken und Handeln verschieden von der Weimarer SPD, und die damaligen Führer sind meist in Vergessenheit geraten. Knütter hat gründliche Detailarbeit geleistet, ist aber nicht immer fähig, sich in die Vergangenheit einzufühlen. Löbe, als Repräsentant und Redner wirkungsvoll, doch ohne sicheres politisches Urteil, empfahl, die Nationalsozialisten ans Ruder und sich abwirtschaften zu lassen. Adolph Hoffmann, der Berliner, vor dessen respektlosem Witz niemand und nichts sicher war, verstopfte die getauften Juden im "Taufhaus des Westens", der Kaiser Wilhelm Gedächtniskirche. Aber für jemanden, der mit beiden eng zusammengearbeitet hat, ist es bestürzend zu lesen, daß sie deswegen einer Konzession an den Antisemitismus geziehen werden. Dafür, daß es "ohne Zweifel" starke Vorbehalte gegen die Juden in der Mitgliedschaft der Partei und den Gewerkschaften gegeben habe, kann Knütter keine Belege geben. Hier hört der wissenschaftliche Dialog auf. Den raschen Rückgang des jüdischen Elements in Behörden — eine an sich irrtümliche Behauptung — führt Knütter nicht nur auf den Antisemitismus, sondern auch auf jüdische Eigenschaften, die seltsame Mischung ihrer Begabungen zurück. Aber wer jüdische Eigenschaften einseitig an Harden und Tucholsky exemplifiziert, wandelt falsche Wege. Er kann nicht die mindestens 600 Juden erklären, die zwischen 1870 und 1932 in Deutschland Recht gesprochen, nicht die rund 500 hohen jüdischen Beamten, die disziplinierte Verwaltungsarbeit geleistet haben. Knütter übernimmt bei einer anderen Gelegenheit eine von einem früheren Autor versuchte Einordnung jüdischer Politiker. Aber wie kann man Ludwig Marum, den Juristen, badischen Fraktionsführer und Reichstagsabgeordneten, und Hedwig Wachenheim, die Parlamentarierin, Leiterin der Arbeiterwohlfahrtsschule und Herausgeberin der "Arbeiterwohlfahrt", unter dem Typus des Journalisten einreihen oder Adolf Braun, den ent-

schiedenen Sozialisten und Lehrmeister sozialistischer Journalisten, unter die "bürgerlichen Idealisten"? Alles dies sind nur Beispiele aus einer Fülle irriger Identifizierungen.

Weitere gründliche Forschungsarbeit tut Not. Sie würde dazu führen, die wertvollen Partien in Knüters Buch zu ergänzen und die Probleme und Gesichtspunkte in klarerem Licht erscheinen zu lassen.

Ernest Hamburger

MÜSSENER, Helmut: Die deutschsprachige Emigration in Schweden nach 1933. Ihre Geschichte und kulturelle Leistung. – Stockholm 1971. VI, 794 S. Als Manuskript gedruckt.

Die Lizentiatsabhandlung des Stockholmer Universitätslektors Helmut Müssener ist Teil der jüngsten Bemühungen um jene deutsche Parteien-, Literatur- und Geistesgeschichte, die nach der Errichtung des NS-Staates außerhalb der Landesgrenzen, also in der Emigration, stattgefunden hat. Die vorliegende voluminöse Arbeit, "ein erster, breit angelegter Überblick über die deutschsprachige Emigration nach Schweden", ist in Zielsetzung und Methode eng mit dem Konzept der "Grundforschung" Walter A. Berendsohns verbunden, der Müsseners Vorhaben 1968 angeregt hat: Der "Erfassung der gesamten geistigen und kulturellen Wirksamkeit der Flüchtlinge in den Aufnahmeländern, /der/ Ermittlung, erschöpfende/n/ Ausnutzung und Veröffentlichung aller Quellen und Hilfsmittel".

Schweden, abseits der großen Exilzentren der Vorkriegsjahre gelegen, bot mit seinen etwa 5 000 deutschsprachigen Emigranten die Möglichkeit, in Einzelarbeit zumindest die "Erfassung" aller dort erreichbaren Daten zur Gesamtmigration in einem Lande zu versuchen. Trotz der Assistenz der "Stifts- och Landsbiblioteket Västerås" und der Tätigkeit der von Müssener betreuten "Stockholmer Koordinationsstelle zur Erforschung der deutschsprachigen Exil-Literatur" konnte ein solches Vorhaben nur durch den außergewöhnlichen Sammlerfleiß des Verfassers und sein Engagement für einen Forschungsgegenstand gelingen, der lange Jahre – und nicht ohne Motivation – von der etablierten Wissenschaft vernachlässigt worden ist.

Der Entwicklung der Forschung und der Quellenlage widmet Müssener auch einen umfänglichen Einleitungsteil seines Buches, wobei er u. a. sehr ausführlich auf die vor allem literaturwissenschaftlich relevante Terminologiefrage (Exulant-Emigrant-Flüchtling) eingeht. An frei zugänglichen ungedruckten Quellen standen Müssener hauptsächlich Gruppenkorrespondenzen, Rechnungsbücher, Mitgliederkarteien und Nachlässe der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Emigration im Stockholmer "Arbetrörelsens arkiv" zur Verfügung. Archivbestände in der Bundesrepublik und der DDR hat er – mit Ausnahme der Deutschen Bibliothek in Frankfurt/Main – nicht herangezogen; die angeführ-

ten Hinderungsgründe scheinen nicht in jedem Fall überzeugend, zumal die fraglichen Akten in der BRD schon von anderen Forschern benutzt werden konnten. Freilich macht Müssener, neben der gewissenhaften Überprüfung der deutschen Exilliteratur und -publizistik in Schweden, diese Beschränkung mit der Sicherung persönlicher Zeugnisse wett: durch Briefwechsel, Interviews und 170 beantwortete Fragebogen zweier "Enqueten" hat er die Kenntnisse und Stellungnahmen ehemaliger Schweden-Emigranten als originäre Quellen festgehalten und zu einer wesentlichen Stütze seiner Darstellung verarbeitet.

Die Ergebnisse seiner Recherchen gruppiert Müssener um vier thematische Schwerpunkte: schwedische Flüchtlingspolitik und Hilfsorganisationen, Zahl, Strukturen und Nachkriegsschicksale der deutschsprachigen Emigrantenpopulation, Geschichte und Publizistik der Interessenverbände und politischen Gruppen des Exils und schließlich die "geistige Leistung", also das Wirken von deutschsprachigen Wissenschaftlern, Künstlern, Publizisten und Schriftstellern in ihrem Asyl- oder Niederlassungsland Schweden.

Die Auslandsorganisationen der in Deutschland, Österreich und den deutschsprachigen Landesteilen der Tschechoslowakei zerschlagenen Arbeiterbewegung haben auch in der Schweden-Emigration das Spektrum der Exilpolitik und ihre Konflikte bestimmt, so als stärkste Gruppe die Sozialdemokratie mit ihrem Spannungsfeld zwischen Parteivorstands-Flügel und volksfrontgeneigter "Linken", die im wesentlichen einheitlichen kommunistischen Parteien, Oppositionsgründungen der republikanischen Zeit wie SAP und KPO und die als Modell der zukünftigen Einheitsorganisation sich entwickelnden Gewerkschaftsgruppen. Fritz Tarnow, Max Seydewitz, Willy Brandt, Herbert Wehner, Bruno Kreisky, Karl Mewis, Herbert Warnke, Paul Verner gehören zu den bekanntesten Politikern des schwedischen Exils.

Die für die Emigrationsgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung kennzeichnenden Grundfragen – etwa Vertretungsmandat, Einheits- und Volksfrontproblematik, Faschismusbegriff und Nachkriegsordnung – sind auch für die in Schweden ansässigen Gruppen beherrschend gewesen; im einzelnen dürften die speziellen schwedischen Bedingungen auf Diskussion und Organisationspolitik nicht ohne Einfluß geblieben sein: etwa, besonders bei der Sozialdemokratie, die Entfernung von den Zentren alliierter Politik, bei der KPD die Möglichkeiten des Kontakts nach Deutschland und der engeren Kommunikation mit der UdSSR (so erschien in Schweden von 1939 bis 1943 die Komintern-Zeitschrift "Die Welt"). Müsseners Zielsetzung, die Materialaufbereitung im Rahmen der "Grundforschung", gestattet ihm jedoch in der Regel nur ein Referieren der Organisationsgeschichten und der äußeren ideologisch-politischen Linien und Konfliktverläufe. Trotzdem wird seine Abhandlung auch für den Historiker der Arbeiterbewegung auf lange Zeit den Charakter eines Standardhandbuches der deutschsprachi-

gen politischen Emigration in Schweden behalten. Ein biographischer Anhang, ein Publikations- und Periodikaverzeichnis der deutschsprachigen Emigration in Schweden und ein Personenregister tragen zu seiner Benutzbarkeit bei.

Die Arbeit, die in 500 inzwischen vergriffenen Exemplaren vom deutschen Institut der Universität Stockholm vervielfältigt wurde, soll 1973/74 in einer gestrafften Version im Buchhandel erscheinen.

Werner Röder

HIRCHE, Kurt: Die Finanzen der Gewerkschaften. — Düsseldorf und Wien: Econ 1972. 495 S. DM 38,—.

Ein gewerkschaftspolitisches Thema, das seit über 40 Jahren immer wieder im Mittelpunkt wilder Spekulationen und Mystifikationen gestanden hat, wird nun endlich von einem unabhängigen Publizisten, der zugleich intimer Kenner seiner Materie ist, in akribischer Sorgfalt und epischer Breite dargelegt. Freunde aus dem DGB haben Kurt Hirche vor dieser Publikation gewarnt. Diese Stimmen waren dem Autor Ansporn zu größerer Sorgfalt, haben ihn dankenswerterweise aber nicht von der Veröffentlichung abhalten können.

Wer nun endlich Aufschluß über das sogenannte "Groschenimperium" der Gewerkschaften erwartet, wird schwerlich befriedigt sein. Dieses Buch ist keine Materialsammlung für Schnüffler, aber auch kein Weißbuch für Verbandskassierer und Schatzmeister. Es handelt sich vielmehr um eine solide finanzwissenschaftliche Arbeit, in der Zahlen, Daten und Fakten, aber nur wenige Namen, fast keine Krisen und schon gar keine Skandale genannt werden.

Wer etwas über Gewerkschaften und Parteifinanzierung wissen will, wird durch Hirche enttäuscht. Wer sich für Spitzengehälter interessiert, wird sie erfahren und ebenfalls enttäuscht sein. Wer ein wirtschaftlich gut fundiertes Organisationswesen sucht, findet darüber Tabellen und Übersichten wie in keinem anderen Werk der deutschen und internationalen Gewerkschaftsbewegung. Dennoch bilden diese Tabellen nicht das Kernstück des Buches. Sie sind notwendiges Zubehör einer eingehenden, problemorientierten, doch weitgehend ideologiefreien Interpretation.

Hirche nennt weder Theorien noch Programme der Gewerkschaftsbewegung. Ihm gelingt das Kunststück, weder Marx noch Bernstein, weder Kautsky noch Rosa Luxemburg zu erwähnen. Zugleich fehlen Namen wie Böckler und Rosenberg, Brenner und Reuter, wie sonst in keinem noch so schmalen Werk über die Nachkriegsgeschichte des DGB. Aber es dürfte auch kein Wörterbuch der deutschen Sprache geben, das so zahlreiche Kombinationen des Wortes "Beitrag" enthält: Beitragsaufkommen, Beitragsdifferenzierung, Beitragsehrlichkeit, Beitragseinnahmen, Beitragsentwicklung, Beitragsgerechtigkeit, Beitragskassierung, Beitragsrationalisierung, Beitragsrückgewähr, Beitragsstaffeln, Beitragsvielfalt.

Trotz aller Nüchternheit ist Hircches Buch von einer leidenschaftlichen Faszination der Sachlichkeit. Hier zeigt sich, wie die Operation mit Zahlen, Daten und Tabellen ein inhaltliches Eigenleben entwickelt, das auch die Aufmerksamkeit des nicht finanzwissenschaftlich vorgebildeten Lesers zu fesseln vermag. Ein Stück "Magie der Zahlen" wird wirksam, aber ohne jede Mystifikation. Sie bleibt immer auf die Sache bezogen, für die Hirche etliche Jahre sorgfältiger Recherchen aufgewandt hat.

Das umfangreiche Werk gliedert sich in vier große Teile, die zunächst eine nur formale Anordnung erkennen lassen: Einnahmen der Gewerkschaften; Ausgaben der Gewerkschaften; Finanzen des Deutschen Gewerkschaftsbundes; Finanzvermögen, Finanzverwaltung und Finanzkontrolle der Gewerkschaften.

Ein detailliertes Inhaltsverzeichnis und ein zuverlässiges Sachregister erlauben rasche Orientierung über einzelne Fragestellungen. Gleichwohl werden die Informationen nicht isoliert, sondern in größeren Zusammenhängen geboten, so daß der Leser vom Detail immer wieder zum Verständnis des Ganzen geführt wird. Das gelingt, weil Hirche mit den Finanzproblemen den "nervus rerum" der Gewerkschaftsbewegung freizulegen versteht. Die geschichtlich gewachsene finanzielle Unabhängigkeit ist nach Hirche bis auf den heutigen Tag "das wesentlichste konstitutive Element jeder modernen Gewerkschaft geblieben, die demokratisch von unten nach oben aufgebaut und freiheitlich geprägt ist" (S. 42). Hierin sieht er den entscheidenden Unterschied zu den "Staatsgewerkschaften hinter dem Eisernen Vorhang" (S. 43).

Gleichwohl wird nicht der Versuch unternommen, alle und jegliche gewerkschaftliche Problematik auf rein finanzielle Aspekte zurückzuführen. Gerade ein so zentrales Phänomen wie den Streik sieht Hirche primär soziologisch bedingt: Beim Streik handelt es sich "um das Tätigwerden von Massen, also um Bewegung, und erst in zweiter Linie um die Finanzhilfe der Gewerkschaften, also um die Streikunterstützung" (S. 212).

Hircches Buch ist kein historisches Werk. Der Autor hat vor allem versucht, die gegenwärtige Situation bis zu den Zahlen über das Jahr 1970 aufzuschlüsseln. Viele Tabellen reichen bis 1955 zurück oder gehen bis in das Jahr 1950 als dem ersten vollen Geschäftsjahr des "Deutschen Gewerkschaftsbundes". Zum Vergleich werden vor allem Zahlen über die Gewerkschaften der Weimarer Republik herangezogen, aber nur wo sie zum Verständnis der heutigen Gewerkschaftsfinanzen beitragen. Dennoch provoziert der tabellarische Vergleich etliche Einsichten über den Funktionswandel der deutschen Gewerkschaften in den letzten sechzig oder siebzig Jahren.

Eine historische Lücke bleibt die systematische Erarbeitung der Übergänge vom Gewerkschaftsvermögen der Weimarer Republik zur sogenannten "Deutschen Arbeitsfront" und von dort zurück zum DGB und FDGB der Nachkriegszeit. Schwerlich wird diese Problematik mit gleicher Akribie zu lösen sein, wie es Kurt Hirche für die Zeit nach 1950 geleistet hat.

Gerhard Beier

KURZANZEIGEN UND LITERATURHINWEISE

Nach wie vor ist die Redaktion bemüht, in dieser Rubrik auf Aufsätze, Miszellen und Editionen, sowie auf Broschüren aus unserem Berichtsbereich hinzuweisen. Da es uns aus finanziellen und Personalgründen auf absehbare Zeit nicht möglich sein wird, eine systematische Zeitschriftenumschau zu publizieren, möchten wir die dringende Bitte an unsere Leser richten, uns Sonderdrucke ihrer einschlägigen Publikationen (möglichst in je 2 Exemplaren) zur Verfügung zu stellen.

Die Redaktion

GOEBEL, Klaus: Das Engelsarchiv in Engelskirchen und sein Beitrag zur Erforschung des Lebens von Friedrich Engels, in: Romerike Berge. Zeitschrift für Heimatpflege im Bergischen Land, Jg. 21 (1971), H. 2, S. 76-83.

Wie Goebel nach Hinweisen auf die Geschichte dieses Spezialarchivs und seine wissenschaftliche Auswertung darlegt, enthält die Sammlung an Autographen von Friedrich Engels selbst nur noch drei Briefe und vier Manuskripte. Eine ihm zugeschriebene und ebenfalls im Engelsarchiv befindliche Zeichnung ist kürzlich durch Helmut Hirsch veröffentlicht worden. Zum Bestand gehören ferner neben Briefen der Eltern, von anderen Verwandten und Freunden auch der Konfirmationsdenkspruch von 1837 sowie Abschriften, Zeitungsexemplare, Drucksachen, Fotos und Fotokopien. — Den Beitrag ergänzen zwei Schreiben Eduard Bernsteins aus dem Jahre 1913, die mit der damaligen Publikation des Briefwechsels zwischen Marx und Engels im Zusammenhang stehen.

Henryk Skrzypczak

Hundert Jahre deutsche Metallarbeitergewerkschaft. Bibliographie. Hrsg. von der Zentralbibliothek der Gewerkschaften, Berlin 1967. III, 181 S., Ms.

Die Zentralbibliothek des FDGB hat eine Bibliographie als "Vorbereitungsarbeit für eine marxistische Darstellung der Geschichte der deutschen Metallarbeitergewerkschaften anlässlich ihres 100jährigen Bestehens im Jahre 1969 erarbeitet." Diese Bibliographie enthält im wesentlichen die Bestände der FDGB-Zentralbibliothek, die Titelsammlung aus dem Schlagwort- und Zeitschriftenkatalog der Bibliothek des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, den Dokumentendienst "Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" des IML, die in der "BzG" veröffentlichten Bibliographien, das Jahresverzeichnis der deutschen Hochschulschriften, Berlin 1887 - 1936, und den Katalog der Zeitschriftenaufsätze der Berliner Stadtbibliothek. Insgesamt sind 1242 Titel verzeichnet; hinzu kommen noch 12 in einem Nachtrag. Die Bibliographie ist in sieben Abschnitte untergliedert: 1. Arbeiten zur Geschichte der Metallarbeitergewerkschaften; 2. Schriften, die von den Metallarbeitergewerkschaften herausgegeben wurden; 3. Zeitungen und Zeitschriften; 4. Statuten der Metallarbeitergewerkschaften vor 1945; 5. Dissertationen; 6. Diplom- und Staatsexamensarbeiten an DDR-Hochschulen von 1945 - 1960; 7. Sonstige Schriften zur Metallarbeiterbewegung, zur Metallindustrie usw. —

Die Bibliographie enthält auch ein alphabetisches Autoren- und Schlagwortregister. — Für einen nicht unwesentlichen Teil der deutschen Gewerkschaftsgeschichte wurde mit dieser Bibliographie ein erster umfangreicher Literaturhinweis zu einem bestimmten Thema gegeben. Leider beschränkt sich die angegebene Literatur nur auf den Bestand bzw. nachweisbare Publikationen bestimmter, wenn auch sehr umfangreicher Bibliotheken. Der Titel der Publikation ist deshalb etwas irreführend.

Dieter Schuster

MARX, Karl, Jenny MARX, Friedrich ENGELS: *Lettres à Kugelmann*. Traduction, présentation et notes de Gilbert Badia. — Paris: Editions sociales, 1971. 269 S.

Die Jahrhundertfeier der Pariser Kommune war der Anlaß für die von Badia neu übersetzte und mit reichlichen Anmerkungen versehene Korrespondenz zwischen Marx und Kugelmann, die überdies um Briefe von Engels und Jenny Marx sowie um relevante Passagen aus Lenins "Staat und Revolution" bereichert wird. In seiner Einleitung unterstreicht Badia zu recht, daß der Briefwechsel nicht nur über die Marxsche Einschätzung der Pariser Kommune sondern auch über die Entstehungsbedingungen des 1. Bandes vom "Kapital" und die Marxsche Haltung zu Lassalle Aufschluß geben. Ob allerdings diese Briefe zur Rechtfertigung der Politik der KPF dienen können, wie Badia mit dem Anführen eines abschätzigen Marx Urteils über die Antiautoritären wohl suggerieren will, erscheint bei einer Textsammlung doch zweifelhaft, in der zur Zerstörung des Staatsapparats aufgerufen wird.

Heinz-Gerhard Haupt

An Interview with Karl Marx in 1879 (first published in the *Chicago Tribune*, January 5, 1879). Edited by Thomas W. Porter. — New York: The American Institute for Marxist Studies 1972. 31 S. (= Occasional Papers, No. 10.)

Unter dem Titel "Marx über die SPD, Bismarck und das Sozialistengesetz" veröffentlichte Bert Andreas 1965 im "Archiv für Sozialgeschichte" eine deutsche Übertragung des vorliegenden Interviews, die mit Ausnahme ihrer Annotationen als eine der Beilagen in *MEW*, Bd. 34 Aufnahme gefunden hat. Vom Originaltext, wie er jetzt durch Porter ediert worden ist, unterscheidet sie sich in der Hauptsache durch einige Abweichungen, die sachlich begründet sind, der deutschen Fassung jedoch den Charakter der Vollständigkeit und auch etwas vom Fluidum

der Vorlage nehmen. Diskrepante Angaben, die der Nachprüfung bedürfen, finden sich selten und sind praktisch ohne Belang. "The correspondent", lautet z. B. Porters Version, "has called upon him thrice", während die Übersetzung von Andreas besagt: "Ich habe Dr. Marx zwei- oder dreimal besucht". Wenn in dem angeblichen Marx-Zitat aus dem Jahre 1871 bei Porter von 8 Millionen, bei Andreas von 3 Millionen Kommunisten die Rede ist, könnte es sich lediglich um einen Druckfehler handeln. Keineswegs als Flüchtigkeitsfehler und Bagatelle zu werten ist es hingegen, wie Andreas mit der Marx-Aussage verfährt: "That is the Emancipation of Labor." Wer angesichts der Übersetzung: "Das ist die Freimachung der Arbeit" nicht stutzig wird, dem sei dringend ein Blick in Marx' Randglossen zum Gothaer Programm nahegelegt.

Henryk Skrzypczak

RAUCH, Georg von: **Lenin und das Problem der Widersprüche im "kapitalistischen" Lager. Zur Edition einer Rede vom 26. November 1920**, in: *GWU* Jg. 22 (1971), H. 11, S. 641-648.

Am Beispiel einer Rede Lenins vor Zellensekretären der Moskauer Parteiorganisation beleuchtet der Verfasser die quellenkritischen Schwierigkeiten, mit denen der Benutzer sowjetischer Editionen zu rechnen hat. In den ersten drei Auflagen der Gesammelten Werke erfolgte die angeblich nur unbedeutend verkürzte Wiedergabe nach einer stenographischen Aufzeichnung, die den Herausgebern zufolge der redaktionellen Verbesserung bedurfte. Seit der vierten Auflage (1942 - 50) ist dieser Text durch eine Kurzfassung ersetzt, die der *Pravda* entstammt und der die erste Auflage bedeutsame Entstellungen bescheinigt. Ergänzt durch einige Abschnitte aus dem Stenogramm behalten auch spätere Ausgaben die beanstandete Fassung der *Pravda* bei.

Als Motiv der Textmanipulation werden außenpolitische Bedenken zu gelten haben, die sich mit drastischen Bemerkungen über die Widersprüche im kapitalistischen Lager verknüpften. Lenins Rede zielte im Kern darauf ab, die Parteikader für seine Linie der Mobilisierung ausländischen Kapitals zu gewinnen. Um diesen Kurswechsel zu rechtfertigen und psychologisch zu erleichtern, würzte er seine Ausführungen durch starke Betonung der kommunistischen Grundregel, "daß man die Gegensätze und Widersprüche zwischen zwei Imperialismen . . . ausnutzen und sie gegeneinander hetzen muß". Dieser Tenor beherrschte die gesamte Rede, in der Lenin sogar kriegsartige Verwicklungen unter den imperialistischen Mächten in seine Spekulation einbezog. Die ihm im "Handbuch des Weltkommunismus", S. 174 der deutschen Ausgabe, zugeschriebene Äußerung: "Kommt es nicht von selbst zum Kriege, so muß dieser angestiftet werden", läßt sich allerdings aus dem publizierten Material nicht belegen. In der amerikanischen Ausgabe des Handbuchs steht der umstrittene Satz als redaktionelle Ergänzung denn auch außerhalb des ein-

schlägigen Lenin-Zitats. — Solange "eine gewissenhafte, quellenkritisch korrekte Veröffentlichung der Rede nach den archivalischen Unterlagen" fehlt, wird sich der Interessent an die Erstausgabe der Werke Lenins zu halten haben.

Henryk Skrzypczak

GOEBEL, Klaus: **Friedrich Engels starb vor 75 Jahren. Zwei unveröffentlichte Briefe aus dem Familienkreis**, in: *Romerike Berge. Zeitschrift für Heimatpflege im Bergischen Land*, Jg. 20 (1970), H. 3, S. 122-128.

Emil Engels, der Verfasser des ersten und ergiebigeren dieser beiden Briefe, hatte an der Einäscherung seines Onkels nicht teilnehmen können, zeigte sich nach Rückkehr der Familiendelegation jedoch über Todesursache, Trauerfeier und Testamente gut informiert. Dem erfolgreichen Textilunternehmer schien es seiner Mama gegenüber durchaus mitteilenswert, daß die am Sarge von Friedrich Engels versammelten Sozialdemokraten "einen ungemein schmierigen Eindruck gemacht" hätten. Die mutmaßliche Höhe des hinterlassenen Vermögens nötigte dem Schreiber sichtlich Respekt ab, während er das Lebenswerk Onkel Friedrichs nur auf die negative Gesamtformel zu bringen wußte: "Es ist jammerschade, daß ein Mensch mit derartigen Gaben so auf Abwege geraten ist." — Der zweite, aus dem Jahre 1913 stammende Brief, den bereits Gustav Mayer für seine Engels-Biographie ausgewertet hat, verrät die Spuren des hohen Alters seiner Verfasserin.

Henryk Skrzypczak

SCHULZ, Ursula: **Carlo Mierendorffs Tod. Ein Brief Adolf Reichweins an seinen Freund Harro Siegel**, in: *Kritische Solidarität. Betrachtungen zum Deutsch-Jüdischen Selbstverständnis*. Hrsg. von G. Schulz, — Bremen: Friedrich Röver 1971, S. 315-317.

Reichweins Bericht über die letzten Tage von Carlo Mierendorff, den im Dezember 1943 bei einem Luftangriff getöteten sozialdemokratischen Widerstandskämpfer aus dem Kreisauer Kreis, ist durch die gleichen irrationalen Akzente gekennzeichnet, die auch in der späteren Gedenkrede Theodor Haubachs hervorstechen. Gegenüber dem "Rätselvollsten", wo das "Geisterhafteste" wabert und "sich uns alles zu einem großen Bild" schließt, "dessen Hintergründe uns immer ein Geheimnis sein werden", bleibt dem Historiker nur das Bamarbasieren über die Dialektik von Zufall und Gesetzmäßigkeit oder aber das schlichte Eingeständnis, als Interpret hier total überfordert zu sein.

Henryk Skrzypczak

REETZ, Jürgen: **Vier Briefe von Jenny Marx aus den Jahren 1856 - 1860**. — Trier: Karl-Marx-Haus 1970. 16 S. (= Schriften aus dem Karl-Marx-Haus, Heft 3.)

Adressaten dieser vier Briefe aus dem Bestand des Staatsarchivs Hamburg sind Wilhelm von Florencourt sowie Louise und Ferdinand von Westphalen. Jennys Mit-

teilungen beschränken sich fast ausschließlich auf den familiären Bereich und spiegeln der hochmögenden Verwandtschaft eine häusliche Idylle vor, die von der finanziellen Misere im Hause Marx kaum etwas vermuten läßt. Für Stilanalytiker geradezu ein Paradebeispiel, entbehrt der Kondolenzbrief an Ferdinand und Louise auch nicht der besonderen Pikanterie. "Als ich", schreibt 1860 die Frau des streitharen Atheisten Karl Marx, "betend niederkniete vor der eben zur ewigen Ruhe Eingegangenen, da war es nicht der letzte, selige Schlaf den ich beweinte, ich dankte Gott für den Frieden der nun das müde, theure Haupt umfloß". Altertümliche Schreibweise und Fehler der Zeichensetzung dieser Edition sind grundsätzlich dem Herausgeber anzulasten, der sich für eine Veröffentlichung nicht nach modernen Editionsprinzipien, sondern "in buchstäblich getreuer Wiedergabe" entschieden hat.

Henryk Skrzypczak

COMYN, Marian: *Meine Erinnerungen an Karl Marx*. Übersetzt und annotiert von Frank T. Walker. — Trier: Karl-Marx-Haus 1970. Hektograph. 23 S. (= Schriften aus dem Karl-Marx-Haus, Heft 5.)

Diese im englischen Original 1922 publizierten Memoiren beziehen sich nach den Erwägungen Frank T. Walkers wahrscheinlich auf die erste Hälfte des Jahres 1881. Ihre Verfasserin, als Twen damals eng mit Tussy befreundet und dem Kreis um Marx durch gemeinsame Bewunderung Shakespeares verbunden, erspart dem Leser politisch unausgegrenzte Reflexionen. Sie berichtet stattdessen über den Menschen Karl Marx inmitten seiner Familie und Freunde, "mit dem ich während der letzten Jahre seines Lebens in der vertrauten Atmosphäre des Alltags Gespräche führte und dem ich die Erinnerung an manch gütiges Wort und an eine besonders großzügige Gastfreundschaft verdanke". Zum Ertrag der Darstellung, die keinerlei Ansatzpunkte für eine Revision des bekannten Marx-Bildes liefert, gehören die Hinweise auf früh und wiederholt erörterte Selbstmordabsichten von Tussy.

Henryk Skrzypczak

MROBKO, Kurt-Dietrich: *Richard Calwer. Wirtschaftspolitiker und Schriftsteller, 1868 - 1927*, in: *Lebensbilder aus Schwaben und Franken*, Bd. 12 (1972), S. 362-384.

"Wenn der Leser dieses Lebensberichtes bisher noch nichts von Richard Calwer gehört hat, ist das nur allzu verständlich: er ist vergessen. Sein Werk blieb ohne Ausstrahlung, seine Schriften verstauben in den Bibliotheken, niemand hat seinen Nachlaß gesammelt." Um so verdienstvoller ist es, daß MroBko sich an die biographische Skizze eines Mannes gewagt hat, der in den Jahren um den Ersten Weltkrieg zu den profiliertesten Sozial- und Wirtschaftspublizisten gehörte, 1898 bis 1903 den dritten Braunschweiger Wahlkreis im Reichstag vertrat und 1909 die Konsequenz seiner Entwicklung vom Marxisten zum eigenwilligen Exponenten des rechten Parteiflügels zog, als er sich unter Berufung auf sein Recht

der Meinungsfreiheit von der SPD trennte.

Seiner Herkunft nach in die gehobene Unterschicht oder oder die untere Mittelschicht einzuordnen, hatte sich Calwer nach abgebrochenem Studium — zunächst der evangelischen Theologie, später der Medizin — anscheinend gegen Ende der Ära des Sozialistengesetzes der Partei angeschlossen, die ihn bis Mitte der neunziger Jahre als Redakteur am "Braunschweiger Volksfreund" beschäftigte. Seit Oktober 1895 Wahlberliner, versuchte er sich in der Reichshauptstadt erfolgreich als freiberuflicher Journalist, dessen Stellenwert für die sozialdemokratische Presse mit seiner zunehmenden Spezialisierung auf volkswirtschaftliche Fragen im engsten Zusammenhang stand. Welche Bedeutung auf diesem Gebiet ihm die Führungsspitze zeitweilig beimaß, zeigt seine Funktion als offizieller Berichterstatter auf dem Parteitag von 1900, der zum Gipfel-, aber auch zum Wendepunkt der politischen Karriere Calwers geworden ist.

Solange er seine Abweichungen, etwa in den Fragen des proletarischen Internationalismus, der Schutzzollpolitik, der Budgetbewilligung und des Kolonialbesitzes, auf einer sozialdemokratischen Plattform vortrug, durfte er größerer Aufmerksamkeit und des Beifalls von bürgerlicher Seite gewiß sein. Nach seinem Bruch mit der SPD verlor sich schnell das Interesse an seinen politischen Ansichten, die er weiterhin als sozialistisch betrachtete, obwohl sie auf die Beibehaltung des kapitalistischen Systems hinausliefen. Durch die wachsende Macht der Gewerkschaften und der Konsumgenossenschaften erübrigte sich für Calwer die soziale Revolution. Die "Kuh" Kapitalismus sollte gemolken, nicht aber geschlachtet werden und der Staat als "Kampfwart" in ökonomische Konflikte eingreifen, ohne sich allerdings materiell einzumischen "oder gar sich zuzutrauen, er könne diesen Kampf ausschalten und das wirtschaftliche Tun regeln". Wie Calwers Eintreten für ein vereinigtes Europa ist auch diese Konzeption ohne Echo geblieben. "Er war ein Prediger ohne Gemeinde geworden", der 1927 mit seiner Frau in den Freitod ging.

Henryk Skrzypczak

THÜMLER, Heinzpeter: *Zur sozialen Struktur der Ausgewiesenen unter dem Sozialistengesetz, 1878 - 1890*, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte*, 1971, T. 3, S. 131-140.

Gestützt auf § 28 des "Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" vom 21. Oktober 1878, wurde über verschiedene Zentren sozialdemokratischer Aktivität im Deutschen Reich der Kleine Belagerungszustand verhängt. Der Paragraph bildete die formaljuristische Grundlage für die Ausweisung führender Sozialdemokraten aus dem Raum Berlin, Hamburg-Altona, Leipzig, Spremberg, Frankfurt/M.-Offenbach und Stettin. Aus den Polizeiakten des Historischen Archivs Greiz und des Staatsarchivs Potsdam stellte Heinzpeter Thümler eine vollständige Namensliste sämtlicher ausgewiesenen Personen zusammen. Die Angaben gehen erstmals über die von Ignaz Auer in "Nach zehn Jahren. Material und Glossen zur Geschichte des Sozialistengesetzes", Nürn-

berg 1913, veröffentlichten Daten hinaus und liefern neues Material zur Geschichte des Sozialistengesetzes und zur Biographie lokal bedeutsamer Parteifunktionäre. Im einzelnen wurde gegen 790 Personen 880 Mal eine Ausweisung verfügt. Von den Betroffenen gehörten sozialökonomisch gesehen 79 Prozent zur Arbeiterklasse (Zigarrenarbeiter 16 %, Tischler 11 %, Maurer 7 % usw.), rund 17 Prozent zum Kleinbürgertum (Schankwirte, Händler, Kleinfabrikanten) und 3,7 Prozent zur Intelligenz. Der hohe Anteil von Zigarrenarbeitern erklärt sich aus den günstigen Politisierungsansätzen ihrer Arbeitsbedingungen. Das Risiko, das mit dem Vertrieb und Druck verbotener Publikationen verbunden war, spiegelt sich in dem Anteil von 13 Prozent an der Gesamtzahl aller Ausgewiesenen wider. Am Beispiel der Streiks der Leipziger Steinmetzen zeigt Thümmler außerdem den direkten Zusammenhang zwischen Ausweisungen und Streikbewegung. Die Untersuchung der Sozialstruktur des Ausgewiesenen erhärtet die These, "daß die qualifizierten Arbeiter in dieser Zeit des vormonopolistischen Kapitalismus auch im politischen Klassenkampf eine führende Stellung innehatten" (S. 140).

H.-J. O. Kohl

ENGELBERG, Ernst: *Die Pariser Kommune 1871. Schöpferkraft der Massen und wissenschaftliche Theorie.* – Berlin: Akademie-Verlag 1971. 26 S. (= Sitzungsberichte des Plenums und der problemgebundenen Klassen der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Jg. 1971, Nr. 3.)

In seiner Karl-Marx-Vorlesung würdigt Engelberg die Pariser Kommune als eine frühproletarische Revolution, deren ideologische Verfassung "recht uneinheitlich, ja teilweise widersprüchlich war". Selbst von den etwa dreißig Mitgliedern der Internationale, die in den Kommunerat gewählt wurden und dort eine Minderheit bildeten, seien fast zwei Drittel als Quasi-Proudhonisten zu bezeichnen, während andere dem Blanquismus und Jakobinismus nahegestanden hätten. Der Vorwurf, Marx habe in seiner Schrift "Der Bürgerkrieg in Frankreich" die Kommune für Zwecke der eigenen Fraktion uminterpretiert, werde gleichwohl zu Unrecht erhoben. Methodisch sei festzuhalten: "Karl Marx ging es in jenem geschichtlichen Moment nicht darum, in erster Linie dogmatische Denkweisen zu untersuchen; er wollte vielmehr die inneren Gesetze im Handeln der Massen und der mit ihnen verbundenen Führer, das Wesentliche und Vorwärtsweisende in den Erscheinungen der revolutionären Praxis entdecken." Nicht zu verkennen sei sodann, daß die wichtigsten politischen Leitsätze und Losungen der I. Internationale über deren Sektionen hinaus "in hohem Maße das Denken und Handeln der Pariser Arbeiterorganisationen wie auch das Wirken und Kämpfen der Kommune" durchdrangen. Wenn ferner Marx und Engels immer wieder von unbewußten Tendenzen der Kommune sprachen, lag dem eine dialektische Auffassung zugrunde, für die jedes menschliche Handeln in ge-

wisser Weise bewußt ist. "Das Unbewußte (Spontane, Elementare) bedeutet bei Marx nur, daß sich die Menschen der historischen Tragweite ihres Handelns nicht bewußt waren, daß das An-sich-Sein ihrer Aktionen noch nicht zum theoretischen Für-sich-Sein erhoben wurde. Indem Marx dies im Falle der Pariser Kommune tat und dies im Interesse der weiteren Praxis des proletarischen Klassenkampfes sehr zugespitzt (aber nicht überspitzt) tat, hat er keine Mythen geschaffen, sondern das innere Wesen des historischen Geschehens erfaßt."

Ungewollt und nebenher steuert Engelberg eine wichtige Erkenntnis zur Räteproblematik in der Novemberrevolution bei: "In krisenhaften Situationen einer Gesellschaft, nicht zuletzt in Momenten, da es um Krieg oder Frieden geht, muß die Machtfrage stets eindeutig gelöst werden. Doppelherrschaft oder auch nur unklare Machtverhältnisse sind für längere Zeit nicht möglich."

Henryk Skrzypczak

BUSE, Dieter K.: *Ebert and the German Crisis, 1917 - 1920*, in: *Central European History* Bd. 5 (1972) H. 3, S. 234-255.

Der Vf. vermittelt im vorliegenden Aufsatz einen Überblick über die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie und eines ihrer führenden Repräsentanten, Friedrich Ebert, vor und während der Novemberrevolution. Buse beginnt mit der Darstellung der Julikrise von 1917, die er als typisch für die Zerrüttung politischer Institutionen ansieht. Bis zum Sommer 1918 konnte jedoch – u. a. durch das politische Verhalten Eberts und anderer Sozialdemokraten – das politische, soziale und ökonomische System in Deutschland noch relativ stabil erhalten werden. Eberts Rolle im Herbst 1918 ist dadurch gekennzeichnet, daß seine Bemühungen darauf gerichtet waren, letztlich die Revolution zu verhindern, obwohl die Entwicklung bereits außerhalb seiner Kontrolle lag. Versorgungsprobleme, die Umstellung der Industrie auf Friedenswirtschaft und die außenpolitische Situation limitierten dann den politischen Entscheidungsspielraum Eberts und des Rates der Volksbeauftragten. Hinzu kamen andere Faktoren: so sah Ebert in den Räten nicht nur eine Konkurrenz für die eigene Partei, sondern kritisierte sie – im Gegensatz zu der von ihm angestrebten Nationalversammlung – als nicht durch allgemeine Wahlen legitimierte Organe. Der Vf. wendet sich in seiner abschließenden Einschätzung der Bedeutung Eberts gegen das in der Literatur gängige Urteil, Ebert sei ein typischer Bürokrat gewesen. Vielmehr betont Buse, daß in der Person Eberts in eigenartiger Weise Idealismus und Realpolitik eine Verbindung eingegangen seien. U. a. hieraus erkläre sich, daß erst 1920 nach dem Kapp-Putsch der Reichspräsident erkannt habe, daß Nationalversammlung, Friedensvertrag und Verabschiedung einer Verfassung bestenfalls formal, nicht aber prinzipiell die deutschen Probleme haben lösen können. Der Verlauf der Novemberrevolution habe gezeigt, daß in Partei und Reichstag "the Social Democratic leaders had learned merely to administer, not to alter." Peter Lösche

WINKLER, Heinrich August: *Unternehmer und Wirtschaftsdemokratie in der Weimarer Republik*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, Jg. 11 (1970), Sonderheft 2, S. 308-322.

Das 1928 auf dem Hamburger ADGB-Kongreß dargelegte Programm der Wirtschaftsdemokratie gilt Winkler als der wichtigste zeitgenössische Beitrag "zur Überwindung des traditionellen Konflikts zwischen revolutionärer Theorie und reformistischer Praxis in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung Deutschlands". Bei differenzierender Betrachtung der Unternehmerreaktion wurden zwei Typen der Abwehr sichtbar, die sich verschiedenartigen Phasen der Auseinandersetzung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zuordnen ließen. Bis zum Beginn der Weltwirtschaftskrise habe eine im wesentlichen ökonomische Argumentation vorgeherrscht, die dann im Zuge der sich verschärfenden Depression und der sie begleitenden Staatskrise in den Versuch einer mehr oder minder weitgehenden Demontage der politischen Demokratie umgeschlagen sei.

Charakteristisch für die defensive Ausgangslage der Unternehmer war die häufig zu beobachtende Umfunktionalisierung des Begriffs, die allerdings nur die Hauptthese ergänzte, "daß die Regeln politischer Demokratie auf die Wirtschaft schlechterdings nicht übertragbar seien". In der folgenden Offensivphase verstanden viele Unternehmer die Parole der Wirtschaftsdemokratie nur noch als ein Symptom bestimmter politischer Verhältnisse, auf die sich deshalb der Angriff zu konzentrieren hatte. Den offiziellen Auftakt zur Kampagne gegen die verfassungsmäßigen Grundlagen der Republik bildete die im Dezember 1929 vom Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie veröffentlichte Denkschrift "Aufstieg oder Niedergang?" Sie richtete sich nicht mehr primär gegen das Programm der Wirtschaftsdemokratie, sondern darüber hinaus gegen das Parlament und die in ihm repräsentierten Interessen von Arbeitnehmern und Verbrauchern. Wie Winkler betont, war die Wendung der Unternehmer gegen die politische Demokratie keine Folge der Gewerkschaftsforderung nach Demokratisierung der Wirtschaft, sondern eher ihrer fehlenden Realisierung. Die Auflösung der Republik legt ihm den Schluß nahe, daß politische Demokratie solange nicht dauerhaft gesichert ist, wie "unkontrollierter wirtschaftlicher Macht die Möglichkeit gegeben wird, auf ihre Deformation oder Abschaffung hinzuwirken."

Henryk Skrzypczak

BRENNER, Otto, *Gewerkschaftliche Tarifpolitik in den siebziger Jahren*. — Tübingen: J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) 1970. 18 S. (= Kieler Vorträge, Neue Folge, Nr. 63.)

Als Otto Brenner, bis zu seinem Tode im April 1972 Erster Vorsitzender der Industriegewerkschaft Metall, das Kieler Institut für Weltwirtschaft zum Forum seiner tarifpolitischen Darlegungen wählte, standen nach der Rezession von 1966/67 und den spontanen Streiks im

Herbst 1969 die komplexen Themenbereiche der konjunkturellen Überhitzung und der sie begleitenden Preissteigerungen im Vordergrund der öffentlichen Debatte. Gleichzeitig hatten neue Instrumente der Wirtschaftspolitik — wie Zielprojektionen der Bundesregierung und Konzentrierte Aktion —, aber auch die Fortschritte der europäischen Wirtschaftsintegration und eine internationale Konzentrationswelle die Gewerkschaften vor tarifpolitische Fragen gestellt, deren sich Brenner mit der Einschränkung annahm, nur einige ihrer Aspekte streifen zu können.

Das bewährte Prinzip der Einheitsgewerkschaft, nach dem sich Arbeiter, Angestellte und Beamte in einer fachlich und sachlich zuständigen Gewerkschaft organisieren, wird Brenner zufolge auch in Zukunft — und möglichst verstärkt — die deutsche Gewerkschaftsbewegung bestimmen. Da die wirtschaftspolitische Diskussion im Unterschied zur ersten Hälfte der sechziger Jahre um das Problem kreisen werde, nicht ob, sondern im Dienst welcher Interessen staatlich geplant werden soll, müßten die Verbände mit eigenen Vorstellungen und Initiativen aufwarten können, was eine stärkere innergewerkschaftliche Koordinierung und — wie bisher — die tarifpolitische Eigenständigkeit der Einzelgewerkschaften erfordere. Während sich Brenner unter Hinweis auf die offenkundigen Grenzen, die einer Globalsteuerung in Systemen grundsätzlich marktwirtschaftlichen Charakters gezogen sind, mit größter Entschiedenheit für die Bewahrung der Tarifautonomie ausspricht, ergreift er in der Kontroverse über die zeitgemäße Tarifstruktur eindeutig Partei für den Regionalvertrag, dessen Mangel an Betriebsnähe sich durch Öffnungsklauseln begegnen lasse.

Mehr als in der Vergangenheit werden sich die Gewerkschaften zur Auseinandersetzung mit Problemen der Unternehmenskonzentration, der europäischen Integration und der multinationalen Konzerne gezwungen sehen. Der Weg zum europäischen Tarifvertrag allerdings sei noch weit, weil Wirtschafts-, Konjunktur-, Währungs- und Sozialpolitik in der EWG nationale Domänen geblieben sind, die Rechts- und Sozialordnungen erhebliche Differenzen aufweisen und die Gewerkschaften sich in verschiedene Richtungen gliedern. Dieser nüchternen Einschätzung läßt Brenner den Hinweis auf näher gelegene Ziele folgen, zu denen neben einer größeren Flexibilität der Tarifverträge die Korrektur der Einkommens- und Vermögensverteilung, die weitere Verkürzung der Arbeitszeit sowie die Gleichbehandlung von Arbeitern und Angestellten gehören.

Henryk Skrzypczak

Mitwirkung und Mitbestimmung. Die Rechte der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften in beiden deutschen Staaten. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung. — Bonn - Bad Godesberg: Verlag Neue Gesellschaft 1971. 61 S. (= Die DDR. Realitäten — Argumente.)

Unter diesem anspruchsvollen Titel verbirgt sich eine bescheidene Synopsis der Rechtsstellung von Betriebsräten, Betriebsgewerkschaftsleitungen und gesellschaftlichen Räten auf der Betriebs- und Unternehmensebene. Der Vergleich basiert auf dem "Gesetzbuch der Arbeit"

von 1961 und auf dem (inzwischen neugefaßten) Betriebsverfassungsgesetz von 1952 bzw. dem Mitbestimmungsgesetz. Hinzugezogen werden ferner Materialien des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Probleme des Personalvertretungsgesetzes bleiben ausgeklammert. Fragen der Mitbestimmung am Arbeitsplatz werden nicht erörtert. Die "gesamtwirtschaftliche" oder "überbetriebliche" Mitbestimmung erfährt nur flüchtige Betrachtung. Das gesellschaftspolitische Warum und Wozu der Mitbestimmung verschwimmt im Angedeuteten.

Zweck der Broschüre ist offenbar eine praktische Handreichung für Diskussionen zwischen Betriebsfunktionären aus Ost und West. Gleichzeitig soll sie wohl der Öffentlichkeitsarbeit für ein verbessertes Betriebsverfassungsgesetz der Bundesrepublik dienen. Werbe-psychologisch geraten die Verfasser dadurch in einen Zielkonflikt: Einerseits soll die Rechtsstellung der westdeutschen Arbeiter und ihrer Vertretungen besonders günstig erscheinen. Andererseits ist die Verbesserungsbedürftigkeit eben dieser Rechtslage herauszustreichen.

Gerhard Beier

Les syndicats face à l'Europe, in: *Socialisme* Brüssel, Jg. 19 (1972), H. 110, S. 105-176.

Bereits die Themenstellung "Die Gewerkschaften und Europa" läßt ein Problembewußtsein vermissen. Die vorliegenden Beiträge von Gewerkschaftern, Vertretern der hohen Bürokratie der Europäischen Gemeinschaften und Wissenschaftlern, die auf einer Studientagung am 12. Februar 1972 in Brüssel referiert und diskutiert wurden, kreisen um die Frage einer stärkeren Beteiligung der Gewerkschaften an den politischen Entscheidungsprozessen der Gemeinschaft, wie z. B. die Referate von Theo Rasschaert "Organiser le contrôle syndical au niveau où se prennent les décisions" und Georges Debunne "Avantages et inconvénients de la Communauté Economique Européenne" belegen. — Die durchgängige Tendenz einer stillschweigenden Billigung des westeuropäischen Integrationsprozesses durch die Vertreter der nationalen und westeuropäischen Gewerkschaftsbürokratie verhindert schon im Ansatz eine Analyse des westeuropäischen Kapitalismus. Die vorhandene Spaltung der westeuropäischen Gewerkschaftsbewegung und der Verzicht der Gewerkschaften, die gemeinsamen objektiven Interessen der Arbeiter zu artikulieren und durch transnationale Aktionen bewußt zu machen, sprechen für die These, daß die Mobilisierung der Betroffenen auch künftig nicht von den verkrusteten gewerkschaftlichen Organisationen ausgehen wird. Diese Aufgabe ist, wie beispielsweise die Aktion gegen den multinationalen Konzern Philips beweist, heute weitgehend von linkssozialistischen und linkskommunistischen Organisationen übernommen worden, für die stellvertretend die PSU in Frankreich angeführt werden soll mit ihrer Aktionsparole: "Gegen das Europa der Konzerne — Das Europa der Arbeit — das

ist (viel) sicherer!" Diese Alternativen wurden auf der Tagung nicht diskutiert.

H.-J. O. Kohl

HESSELBACH, Walter: Die Bedeutung der Gemeinwirtschaft in der deutschen Volkswirtschaft. Vortrag gehalten beim Verein zur Förderung der Gemeinwirtschaft e. V. Hamburg. Hrsg. von der Bank für Gemeinwirtschaft. — Frankfurt/M. 1970. 15 S. (= Schriftenreihe Gemeinwirtschaft. Nr. 1.)

Hesselbach betrachtet die "freie Gemeinwirtschaft" als Teil eines umfassenderen gemeinwirtschaftlichen Bereiches, zu dem er die Mehrzahl der Genossenschaften und besonders die gesamte öffentliche Wirtschaft rechnet. Er sieht darin eine "Ergänzung zur kapitalistischen Produktionsweise" (S. 5) und eine "Ordnungsfunktion" (S. 8) realisiert. Darüber hinaus spricht Hesselbach von einer "Alternative zum privatwirtschaftlichen System" (S. 11). Die zunehmende Bedeutung der Gemeinwirtschaft begründet der Verfasser mit der anhaltenden "Konzentrationstendenz", mit dem Übergang von der "naiven" Marktwirtschaft Erhardscher Prägung zur "aufgeklärten, rahmenplangesteuerten, wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik Schillers" (S. 13) und schließlich mit der "zunehmenden Demokratisierung unserer Gesellschaft" (S. 14).

Gerhard Beier

NEUENKIRCH, Gerhard: Die Zusammenarbeit in der Gemeinwirtschaft. Die zunehmende Kooperation und Konzentration der öffentlichen, der genossenschaftlichen und der freigemeinwirtschaftlichen Unternehmen. Vortrag anlässlich einer Tagung des "Centre international de recherches et d'information sur l'économie collective" (C.I.R.I.E.C.) Hrsg. von der Bank für Gemeinwirtschaft. — Frankfurt/M.: 1970. 26 S. (= Schriftenreihe Gemeinwirtschaft, Nr. 2.)

Der Verfasser ist stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Bank für Gemeinwirtschaft. In seinem Vortrag geht er davon aus, daß die Konzentrationstendenz, die er erstmals durch Charles Fourier festgestellt sieht, nicht allein eine Erscheinung des Kapitalismus ist. Vielmehr sieht er in ihr eine Voraussetzung und Folge der Industrialisierung, in welcher Wirtschaftsform auch immer sie auftritt. Entsprechend dieser Position sieht Neuenkirch die Notwendigkeit wachsender Kooperation und Konzentration auch der gemeinwirtschaftlichen Unternehmen. Diese Notwendigkeit verstärkt sich durch einen zweiten Faktor: die "zunehmende Bedeutung der Infrastrukturunternehmen" (S. 5). Der Verfasser betont die Kooperation der öffentlichen, genossenschaftlichen und freigemeinwirtschaftlichen Unternehmen. Er nennt die gemeinnützige Wohnungswirtschaft und den gemeinnützigen Städtebau, die Kooperation mit genossenschaftlichen Banken und Sparkassen, aber auch mit Privatbankiers.

Gerhard Beier

THIEMEYER, Theo: **Grundsätze einer Theorie der Gemeinwirtschaft.** Zusammengestellt nach Vorträgen, die in der Schule der Bank für Gemeinwirtschaft gehalten worden sind. Hrsg. von der Bank für Gemeinwirtschaft. — Frankfurt/M.: 1970. 40 S. (= Schriftenreihe Gemeinwirtschaft, Nr. 3.)

Der Autor stammt aus der Kölner Schule Gerhard Weissers. Er ist Professor für "Betriebswirtschaftslehre der öffentlichen Verwaltung und öffentlichen Dienste" in Linz. Das vorliegende Heft basiert auf einer umfangreicheren Publizistik desselben Autors zur gleichen Thematik. In einem ersten Teil befaßt Thiemeyer sich mit der Geschichte der Gemeinwirtschaftstheorie seit dem Zweiten Weltkrieg. Er greift damit eine wirtschaftstheoretische Diskussion wieder auf, die durch den "Siegesszug des marktwirtschaftlich-privatwirtschaftlichen Systems" (S. 5) viele Jahre in den Hintergrund gedrängt wurde. Im zweiten Teil geht es um den theoretischen Begriff der Gemeinwirtschaft, den Thiemeyer nach einem Exkurs über einige philosophische Aspekte bis hin zur Konkretisierung von "Gemeinwirtschaftlichkeit" entwickelt. Darin sieht er eine Frage der öffentlichen Kontrolle, der demokratischen Mitwirkung, der Mitbestimmung des Staatsbürgers im weitesten Sinne. Thiemeyer betont den "Dienstgedanken" als ethisches Postulat und gesellschaftliche Norm (S. 38). Auch seine Wissenschaft sieht er im Dienste entsprechender politischer Entscheidungen.

Gerhard Beier

HESELBACH, Walter: **Die gemeinwirtschaftlichen Unternehmen.** Versuch einer Typologie der nicht-kapitalistischen Unternehmensformen. Ein Vortrag vor der Akademie "Kontakte der Kontinente". Hrsg. von der Bank für Gemeinwirtschaft. — Frankfurt/M.: 1970. 32 S. (= Schriftenreihe Gemeinwirtschaft, Nr. 4)

Für ein Publikum, das "nicht der Gewinnmaximierung wegen tätig" (S. 5) ist, entwickelt der Vorsitzende des Vorstandes der Bank für Gemeinwirtschaft die Geschichte und wirtschaftliche Funktion der "gemeinwirtschaftlichen Unternehmen" in der Bundesrepublik.

Hesselbach bezieht sich auf die Geschichte des utopischen Sozialismus im 19. Jahrhundert, auf die "Vier-Säulen-Theorie" (S. 6) der Sozialdemokratie nach 1890, auf die Bewegung der Produktiv- und Konsumgenossenschaften, um darauf aufbauend die heutigen gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen in ihren positiven Zügen zu würdigen. Das "Neue" dieser Unternehmungen sieht der Verfasser in einer Unternehmensform, "die es erlaubt, mit unternehmerischen Mitteln auch in der modernen Wirtschaft altruistische Ziele zu verfolgen" (S. 3).

Gerhard Beier

WALLRAFF, Hermann Josef: **Aktuell-funktionale Gemeinwirtschaft.** Hrsg. von der Bank für Gemeinwirtschaft. — Frankfurt/M.: Europäische Verlagsanstalt 1971. 15 S. (= Schriftenreihe Gemeinwirtschaft, Nr. 5.)

Der Professor für Gesellschaftsethik an der philosophisch-theologischen Hochschule St. Georgen in Frank-

furt unternimmt den bemerkenswerten Versuch, die gemeinwirtschaftlichen Bestrebungen der Gegenwart im Rahmen der katholischen Soziallehre zu interpretieren und zu integrieren. Wallraff sieht die bestehenden gemeinwirtschaftlichen Unternehmen als Ansatz einer allgemeinen Entwicklung, die nicht von vornherein institutionell begrenzt, sondern ex post überall dort zu sehen ist, wo Unternehmen sich gemeinwirtschaftlich verhalten. Sein umfassender "genus-Begriff" umschließt alle "aktuellen Zielsetzungen eines Unternehmens, die darauf aus sind, einem öffentlichen Interesse zu dienen" (S. 4). Darunter subsumiert Wallraff die öffentlichen Unternehmen, die Unternehmen der freien Gemeinwirtschaft und drittens "die nur aktuellen Absichten, denen keinerlei Institution Dauer verspricht" (S. 4). Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen kommt der Autor auf Fragen der Vermögensbildung, der qualifizierten Mitbestimmung und des Umweltschutzes. Er schließt mit dem ahaungsvollen Satz: "Die funktionale Gemeinwirtschaft ist die elastischste der Potenzen, die sich dem Ziele zuwenden, das auch von anderen gesehen wird" (S. 15).

Gerhard Beier

KÜHNE, Karl: **Das gemeinwirtschaftliche Unternehmen als Wettbewerbsfaktor.** Anregungen für den Weiterbau der Theorie der unvollkommenen Konkurrenz. Hrsg. von der Bank für Gemeinwirtschaft. — Frankfurt/M.: Europäische Verlagsanstalt 1971. 53 S. (= Schriftenreihe Gemeinwirtschaft, Nr. 6.)

Kühnes Arbeit fußt weitgehend auf angelsächsischer Literatur über Fragen des Wettbewerbs in einer zunehmend oligopolistischen und monopolistischen Wirtschaft. Den Untertitel der "unvollkommenen Konkurrenz" entnimmt er einer Schrift Joan Robinsons aus dem Jahre 1933. In der aktuellen Diskussion lehnt er sich an Eli Ginsbergs Konzeption einer "pluralistischen Wirtschaft" an, in der eine Neuformulierung des deutschen Gemeinwirtschaftsgedankens gesehen wird. Kühne idealisiert die gemeinwirtschaftlichen Aufgaben als "Maß und Mitte" innerhalb der Unstabilitäts- und Überstabilitätserscheinungen des Oligopolbereichs. Er sieht größere Gefahren einer "Fossilisierung der Wirtschaft" (S. 47), denen die Gemeinwirtschaft entgegenwirken soll. Diese Funktionen skizziert Kühne besonders für den mikroökonomischen Bereich, von wo sie auf die makroökonomische Ebene "zurückstrahlen" sollen. Der Autor war als Jugendlicher aktiv im Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Nach dem Kriege hat er in zahlreichen gemeinwirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Gremien mitgearbeitet. 1959 wurde er nach Brüssel zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft berufen. Er ist durch Einzelpublikationen und Aufsätze in der Gewerkschaftspresse hervorgetreten.

Gerhard Beier

MATULL, Wilhelm: *Ostpreußens Arbeiterbewegung. Geschichte und Leistung im Überblick.* — Würzburg: Holzner-Verlag 1970. 150 S., 9 Bildtafeln. (= Ostdeutsche Beiträge aus dem Göttinger Arbeitskreis, Bd. 59.) DM 24.—

Von Wilhelm Matull, einem gebürtigen Königsberger Sozialdemokraten, waren bereits mehrere Aufsätze über die ostpreußische Arbeiterbewegung, vor allem im "Jahrbuch der Albertus-Universität zu Königsberg/Preußen", erschienen, ehe er diese Vorarbeiten und seine jüngsten Forschungsergebnisse in dem vorliegenden gut gedruckten und lebendig geschriebenen Buch zusammenfaßte. Da ihm die Archive und Bibliotheken seiner Heimat verschlossen blieben, wertete er hier im Westen an Material aus, was er nur finden konnte: sozialistische Monatsschriften, den Züricher "Sozialdemokraten", verstreute Einzelnummern ostpreußischer Zeitungen, Archivalien aus dem "Archiv der Sozialen Demokratie" und des DGB in Bonn sowie des "Internationalen Instituts für Sozialgeschichte" in Amsterdam. Darüber hinaus befragte er mündlich und schriftlich zahlreiche Wissensträger, vornehmlich Politiker der Weimarer Republik. Das kleine Werk, das nach jahrzehntelangen, mühsamen Forschungen entstanden ist, macht dem Verfasser große Ehre. Dieses Lob mag durch die folgenden kleinen Bemerkungen nur geringfügig eingeschränkt werden: Da Matull lediglich die sozialistische Arbeiterbewegung Ostpreußens behandelt — es gab dort, wenn auch in viel geringerem Ausmaß, ferner eine christliche —, trifft der Titel nicht ganz zu. Bei Zitaten im Text verzichtet der Verf. leider auf Quellenangaben.

Herbert Wehner hat völlig recht, wenn er im Geleitwort schreibt: "Wer in diesen Seiten blättert, bekommt einen bewegenden Eindruck davon, was diese ostpreußische Arbeiterbewegung geleistet hat in opferreichen Beiträgen mehrerer Generationen und in bedeutenden Persönlichkeiten wie Haase, Braun, Crispian und manchen anderen. Möge dieses Beispiel auch für andere Landschaften Nachahmung finden und einen bleibenden Eindruck davon vermitteln, was Ostdeutschland der Arbeiterbewegung bedeutet hat!"

Helmut Neubach

SCHÄFER, Hermann P.: *Die 'Gelben Gewerkschaften' am Beispiel des Unterstützungsvereins der Siemens-Werke, Berlin*, in: *Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*, Jg. 59 (1972) H. 1, S. 41-76.

In Deutschland entstanden wirtschaftsfriedliche Werkvereine, sog. gelbe Gewerkschaften, seit dem Ende des 19. Jahrhunderts. Im Interesse des Monopolkapitals zielten sie auf eine Harmonisierung von Kapital und Arbeit. Durch eine Spaltung der Arbeiterbewegung sollten die sozialdemokratisch orientierten Freien Gewerkschaften zurückgedrängt werden, die zur Durchsetzung sozialökonomischer Forderungen die Waffe des Streiks einsetzten. Schäfer beschreibt die Entstehung und Entwicklung des Unterstützungsvereins der Berliner Siemens-Wer-

ke, der mit 26.000 Mitgliedern 13 % der gesamten Mitgliedschaft aller Werkvereine auf sich vereinigte. Wegen der Auswertung des im Siemens-Archiv in München befindlichen Materials verdient die Arbeit ein beschränktes Interesse. Ohne einen kritisch-analytischen Bezugsrahmen gerät der Aufsatz jedoch zu einer verspäteten Rechtfertigung eines Spaltungsversuchs der Gewerkschaftsbewegung von rechts.

H.-J. O. Kohl

LIANG, Hsi-Huey: *Lower-Class Immigrants in Wilhelmine Berlin*, in: *Central European History*, Jg. 3 (1970), S. 94-111.

Der Verfasser, ein Schüler Hajo Holborns, stellt seinen Beitrag als Auszug einer im Entstehen begriffenen Studie über die Berliner Arbeiterbevölkerung der Jahre 1890 bis 1914 vor. Bestandteil seiner Quellenbasis sind die Ergebnisse einer 1953/54 durchgeführten Befragung von ungefähr hundertzwanzig älteren Berlinern aus verschiedenen sozialen und funktionalen Bereichen. Unter demoskopischem Aspekt mag der repräsentative Wert seiner Auswahl der Interview-Partner anfechtbar sein. Von der Warte des Historikers betrachtet, scheint Liangs Verfahrensweise hingegen uneingeschränkt legitim, dienen ihm die in kritischer Behutsamkeit verwendeten Mitteilungen der lebenden Quellen doch vornehmlich zur marginalen Ergänzung von Auswertungsbefunden, die nicht nur eine umfassende Kenntnis der einschlägigen Literatur, sondern auch enge Vertrautheit mit den gedruckten Quellen vertragen.

In seinem Einleitungskapitel weist der Autor auf die wichtigsten Anziehungskräfte hin, die Berlins Unterschicht während des Kaiserreichs durch fortgesetzte Zuwanderung vermehrten. Neben den Attraktivitäten des Arbeitsmarktes der Metropole, die durch eine starke Integrationsfähigkeit gekennzeichnet war und für ihre teilweise höheren Lebenskosten durch eine breite Konsumpalette, größere private Freizügigkeit sowie ein beachtliches Angebot an Bildungs- und Vergnügungsmöglichkeiten entschädigte, rechnet Liang auch politische Gründe zu den bemerkenswerten Faktoren. Wie hoch der Prozentsatz jener von ihm erwähnten Arbeiter zu veranschlagen ist, die den Weg nach Berlin vor allem deswegen einschlugen, weil sie als Sozialdemokraten dort weniger kleinliche Beschränkungen und machtvollere Organisationen erwarteten, sei dahingestellt. Als Tatsache bleibt jedoch festzuhalten, daß die sozialistische Arbeiterbewegung zu den Hauptnutznießern des zentripetalen Wanderungsprozesses gehörte.

Die mit dem schnellen Anwachsen der Bevölkerung und der gleichzeitigen Bauspekulation eng verbundenen Zustände im Wohnungswesen, denen sich die weitere Darstellung widmet, boten schon der zeitgenössischen Kritik zahlreiche Angriffsflächen, entbehrten in der behandelten Periode jedoch aller revolutionären Brisanz. Einer der Gründe ist darin zu sehen, daß Berlin keine dem Faubourg Saint-Antoine vergleichbaren, geschlossenen Arbeiterbezirke kannte, wie auch die berüchtigten Mietskasernen — einer Konzeption Baurat Hobrechts folgend — 'arm und

reich', Proletarier und Kleinbürger im selben Gebäudekomplex vereint. Wesentlicher noch dürfte sich die ländliche Herkunft vieler Arbeiter ausgewirkt haben, für die Berlin gleichbedeutend mit wirtschaftlicher Besserstellung und ungezählten Möglichkeiten sozialen Aufstiegs war. Die Metropole – so der Verfasser – begünstigte individuellen Ehrgeiz stärker als kollektive Aktion.

Henryk Skrzypczak

TYCH, Feliks: Some Conditions and Regularities of Development of the Polish Working Class Movement, in: *Acta Poloniae Historica*, 22 (1970), S. 158-179.

Der Titel verspricht mehr, als der Verfasser an dieser Stelle zu halten vermag, behandelt er doch – von wenigen Einflechtungen und den kursorischen Schlußbemerkungen abgesehen – nur den Zeitraum bis 1918, dem Geburtsjahr der zweiten polnischen Republik. Mit dieser Einschränkung ist Tychs Beitrag als ausgezeichnete Kurzanalyse einer Bewegung anzuerkennen, deren politischer Charakter durch sehr spezifische Bedingungen geprägt wurde: 1. die Nachzügler-Rolle des Kapitalismus in Polen; 2. die durch das Fehlen nationaler Unabhängigkeit verursachte Trennung in einen russischen, einen preußischen und einen österreichischen Zweig der polnischen Arbeiterbewegung; 3. die Notwendigkeit, in den Programmen der Arbeiterklasse – genauer: ihrer organisierten "Vorhut" – auf die Bedürfnisse der Bauern als der zahlenmäßig weitaus stärksten sozialen Schicht einzugehen. Als fernere wichtige Umstände kamen schließlich zur Geltung, daß die polnischen Organisationen im Einflußbereich sowohl der machtvollen deutschen Sozialdemokratie als auch der dynamischen Bewegung Rußlands operierten und daß sie die Entwicklung der jeweils national vorherrschenden Parallelorganisation in den drei Teilungsstaaten nicht außer acht lassen durften.

Von allen bei Tych erwähnten Faktoren ist der Teilung des Landes eine herausragende, ja vielleicht sogar die entscheidende Bedeutung beizumessen. Das außerökonomische Moment der nationalen Zerrissenheit hatte für die wirtschaftliche wie für die soziale Struktur Polens zahlreiche und zum Teil bis in die Gegenwart nachwirkende Disproportionen zur Folge, die im westeuropäischen Kapitalismus keine Parallele finden, in Osteuropa hingegen selbst die Art der Austragung gesellschaftlicher Konflikte erheblich mitbestimmt haben. Die offenkundige Doppelfunktion des Staatsapparates der Teilungsmächte, der auf die Stabilisierung gleichzeitig der Fremdherrschaft und der Klassenherrschaft ausgerichtet war, stellte bis 1918 jede soziale Emanzipationsbewegung mit innerer Notwendigkeit vor das Problem der nationalen Befreiung. Auffällig ist es in diesem Zusammenhang, daß Polen bei sonst ähnlichen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen wie in Italien, Spanien und Rußland ein denkbar schlechter Nährboden für anarchistische Strömungen war – nicht der Staat an sich, sondern die fremde Staatsgewalt erscheint offenbar der breitesten Mehrheit unterdrückter Völker als das zu bekämpfende Übel. Wie allerdings dieser Kampf zu führen, wie er mit der sozialistischen Zielsetzung zu vereinbaren sei, darüber stritten und zerstritten sich Polens Sozialdemokraten mit einzigartiger Heftigkeit. Auf allen anderen Sachgebieten übernahm die polnische Arbeiterbewegung, besonders in den neunziger Jahren, die programmatischen Formulierungen der Zweiten Internationale, bzw. der SPD als deren leitende Kraft. Das Thema der nationalen Frage bildete den großen Ausnahmefall. Sie forderte kontroverse Stellungnahmen heraus, in deren Summe der Verfasser den polnischen Hauptbeitrag zum ideologischen Denken der Internationale vor 1914 erblickt.

Henryk Skrzypczak

BERICHTIGUNGEN, ERGÄNZUNGEN UND BRIEFE AN DIE REDAKTION

"ARKIV för studier i Arbetarrörelsens Historia"

"Arkiv" is a scientific journal for the study of the labor movement. One volume comprising three issues has now been published (it was started in late 1971). Its main focus is, and will be, the working-class movements in Sweden and Scandinavia. "Arkiv" has published reports from work in progress, parts and summaries of Ph. D. theses, revised versions of M.A. essays, book reviews etc. "Arkiv" is not, its name notwithstanding, an exclusively historical journal. The majority of the papers have been written by sociologists and political scientists, if we look to the first three numbers. Focus and themes will be evident from the appended content list.

"Arkiv" is not exclusively directed to professional academic researchers – it aims to reach also the interested layman (be it students, officers in trade unions and

political organisations etc). A consequence of this ambition is certain restrictions on papers: no texts in non-scandinavian languages, quotes from other languages must be translated, no papers concerned only with technical details (of course tables, diagrams and plenty of footnotes may be used). The watchword has been "Scientific but not academic".

Vol. 2 (1973) will contain a section with bibliographies on working-class movements made in Swedish universities (M.A., Ph. D. theses etc) in the departments of history, economic history, sociology, political science, history of ideas etc. Up till now no issue of "Arkiv" has contained a foreign language summary, but we are planning to publish a separate summary of each volume, provided sufficient interest will be manifest.

"Arkiv" is published by the "Society for the Study of the Labor Movement", comprising essentially younger

researchers in different disciplines (history, sociology, political science). The "Society" is now concentrating its energy on the publication of "Arkiv" but hopes to be able to organize seminars and symposia on a Swedish and/or Scandinavian level in the future. You can subscribe to "Arkiv" by sending 7.50 dollars per volume to: "Arkiv", Fack, S-221 01 Lund, Sweden.

Nachtrag zu Toni Sender

Wer, ermutigt durch den Artikel Robert F. Wheelers (IWK, H. 16, S. 74-76) und die Zuschrift Ernest Hamburgers (IWK, H. 17, S. 116), weiteres Material zur Biographie und zur politischen Wirksamkeit Toni Senders erschließen will, sei noch auf einige Details hingewiesen: In der "State Historical Society of Wisconsin" befinden sich zwei Archivschränke mit Originalbriefen, Durchschriften von Briefen und Berichten Toni Senders, die in dem Beitrag Wheelers nicht aufgeführt sind. Nach Ausweis der Findbücher und Inventare wird man schwerlich auf diesen Bestand stoßen, denn er liegt unter folgender Beschreibung versteckt: "The American Federation of Labor Papers. US Mss 117 A. Series 8. File A. General File. Correspondence, telegrams, memoranda, clippings, reports, pamphlets and other materials relative to economic, social and political problems of interest to Miss Florence Thorne, as Director of Research of the AFL. Prominent in this file are materials bearing on World War II including defense, Education, International Relations and Post War Problems. 44 boxes."

Es handelt sich um eine wichtige Kollektion, auf die bereits Ronald Radosh hingewiesen hat und der er einige aufschlußreiche Berichte verdankt.¹ Florence Thorne war die persönliche Sekretärin und Vertraute Samuel Gompers. Nach dessen Tod galt sie als "grand old lady" der American Federation of Labor. Die Archivschränke 39 und 40 dieser Kollektion enthalten die genannten Materialien, und zwar in "Folders" mit den Aufschriften "United Nations. Toni Sender", "Slave Labor" und "Tony Sender - United Nations". Einzelne Schriftstücke sind auch über die Kollektion verteilt zu suchen. So findet sich ein erster Briefwechsel zwischen Toni Sender und Matthew Woll vom Dezember 1942 in der Archivschränke 31 unter "Post War Problems (Offers of Cooperation)". Ihre Tätigkeit für das "Office of Strategic Services" (OSS), auf die Wheeler hinweist, umschreibt Toni Sender in ihrem Brief vom 28. 12. 1942 wie folgt: "At present I am directing the office of EUROPEAN LABOR RESEARCH which has the task to study labor conditions and the situation of workers in the Nazi dominated countries of Europe. The work is done in close cooperation with the U.S. government."

Schwieriger erscheint es, Senders spätere Tätigkeit für die AFL bei den Vereinten Nationen angemessen zu beschreiben. In einer autorisierten deutschsprachigen Veröffentlichung wird sie als "Beigeordnete Beraterin der American Federation of Labor beim Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen" vorgestellt.² Welche weitgesteckten Erwartungen die AFL mit dieser Funktion verband, geht aus einem Brief hervor, den Matthew Woll nach Rücksprache mit David Dubinsky an William Green als Präsidenten der AFL richtete:

"I find ourselves in need of the following type of service: Regular and continuing information on proposed studies, surveys and plans of work within various organizations reporting to the Council and their work upon which the Council must take action. These organizations include the Economic and Employment Agency, Transportation and Communications, the Fiscal Division, the Statistical Division, Population, Social Commission, Human Rights, Status of Women, Narcotic Drugs, Economic Rehabilitation of Devasted Areas, Freedom of the Press, International Labor Organization, United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization, Food and Agricultural Organization, International Civil Aviation, International Bank, International Monetary Fund, World Health Organization, International Refugee Organization, International Trade Organization.

In order to know how to work with these organizations, we need in advance information of the personnel of the agencies and their previous policies. We need to have information on how the United Nations is operating internally and those persons who are friendly and those who are unfriendly. To do this work it is indispensable that a person have knowledge of languages and for our particular service the person should have knowledge of international labor".³

Aus dem beigefügten Lebenslauf geht hervor, daß Toni Sender Englisch, Französisch, Holländisch als Fremdsprachen beherrschte, und zwar "speaking, reading, writing". Sie war seit April 1943 "naturalized U.S. citizen". Dubinsky und Woll fanden in ihr eine Bewerberin mit den "essential qualities" und dem "necessary interest in free trade unions". Welche Bedeutung sie ihrer künftigen Mitarbeit beimaß, geht aus dem Gehaltsvorschlag in Höhe von \$ 5 000 hervor.⁴ Damit ist deutlich, daß Toni Sender unmittelbare Angestellte der AFL war. Als die eigentlichen "Labor Consultants" beim Wirtschafts- und Sozialrat zeichneten auch nach ihrer Einstellung weiterhin Matthew Woll und David Dubinsky, die einflußreichen Vizepräsidenten der AFL.

1 Ronald Radosh, *American Labor and United States Foreign Policy*, New York Random House, 1969, S. 310.

2 *Sklavenarbeit in Russland, Der Amerikanische Gewerkschaftsbund legt den Vereinten Nationen das Ergebnis seiner Ermittlungen vor*, (New York 1949), S. 43.

3 Matthew Woll an William Green, 12. 12. 1946, Box 40, Folder: United Nations - Tony Sender.

4 Ebenda.

Die Stellung der AFL und des Weltgewerkschaftsbundes (WGB) bei den Vereinten Nationen war seit der Gründung heftig umstritten. In einer Ausarbeitung vom Juli 1947 über die "American Federation of Labor in the United States" wurde ihre Position genauer definiert. Darin ist der Rahmen zu erkennen, in dem Toni Sender sich während ihrer ersten Amtszeit zu bewegen hatte:

"In the first phase, besides the American Federation of Labor and the World Federation of Trade Unions, the International Cooperative Alliance and the International Chamber of Commerce were entitled to send Consultants of Category "A" to the United Nations. Later on three more organizations were admitted to this group, namely: the International Federation of Christian Trade Unions, and the Interparliamentary Union. These seven organizations are authorized to designate representatives to sit as consultants at all public meetings of the Council, and to circulate to the various members of the Council written statements and suggestions. Upon recommendation of a Standing Committee of the Council, the Council as a whole may receive representatives of organizations in Category "A" for the purpose of hearing their views on specific items. In addition, the Non-Governmental Organizations in Category "A" may suggest items to be put on the Agenda of the Economic and Social Council. Such suggestions will be referred to a special Agenda Committee which will advise the Council in the matter.

The rights of the Consultants in the Commissions of the Economic and Social Council are more far-reaching. Here they may, with the consent of the delegates, express the view of their constituents and also make suggestions on the subject matter under discussion. To make this new experiment a success, much will depend upon the tact and the professional qualifications of the Consultant.

The task is a many sided one. The Consultant has to take track of all activities in the Council itself and those of the eleven Commissions. He also has to maintain liaison with the Government representatives. His contribution must be guided by the goal of making the United Nations an international institution where not only diplomats and Government representatives meet but where, also, the voice of the people and especially that of democratic labor can be heard directly".⁵

Ende 1947 reiste Toni Sender nach Europa, um an einer Session der Menschenrechtskommission in Genf teilzunehmen. Bei der Gelegenheit traf sie sich auch in London mit Hans Gottfurcht. Sie verständigte ihn über die zunehmend kritische Einstellung westeuropäischer Gewerkschaftsvertreter zum WGB und warnte vor einem Anschluß der deutschen Gewerkschaften an diese Orga-

nisation. Zugleich machte sie vage Andeutungen über Möglichkeiten eines neuen internationalen Gewerkschaftsbundes.⁶ Um die Jahreswende kam sie für einige Tage nach Frankfurt und referierte zum ersten Mal seit 15 Jahren in einem deutschen Gewerkschaftshaus. Ihr Thema hieß "Amerika und die deutsche Arbeiterbewegung". Sie meinte: "Amerika habe Verständnis für den Sozialismus in Europa und besonders in Deutschland. Washington habe eingesehen, daß der Entwicklung des Sozialismus in Deutschland nichts in den Weg gestellt werden dürfe".⁷

Die Frage, wie "links" Toni Sender nun wirklich war, dürfte einen Biographen vor manches Rätsel stellen. Zusätzlich zu den von Wheeler und Hamburger angedeuteten Interpretationen ist gewiß die eines zeitweise massiven Antikommunismus zu prüfen. Freilich muß man sich hüten, aus dieser späteren Sicht auch die jüngere Toni Sender weiter nach "rechts" zu rücken. Jedenfalls hat Fritz Tarnow noch im August 1939 gegenüber Friedrich Stampfer vor einer "linken" Konstellation aus Toni Sender, Paul Hertz und Siegfried Aufhäuser gewarnt. Freilich fügte er beruhigend hinzu: "Im Ernstfall würden die Amerikaner, besonders William Green, schwerlich dafür zu haben sein, daß Hilfsmittel in halbkommunistischen Kanälen abgelassen würden".⁸

Noch eine letzte Bemerkung: In verschiedenen Beiträgen der letzten Zeit wird Toni mit "y" geschrieben.⁹ Dabei handelt es sich um eine Amerikanisierung ihres Vornamens. Dort wo sie handschriftlich unterzeichnet hat, heißt es auch in den USA Toni mit "i". Man sollte bei dieser korrekten Schreibweise bleiben, die übrigens in der westdeutschen Gewerkschaftspresse durchgehalten wurde.¹⁰

Kronberg/Ts.

Gerhard Beier

6 *First Report on Geneva Session, Commission on Human Rights, Geneva, 2nd December, 1947*, S. 3, in: Box 40, Folder: United Nations – Tony Sender.

7 *Stimme der Arbeit*, Jg. 3 (1948), 15. 1. 1948.

8 Fritz Tarnow an Friedrich Stampfer, 14. 8. 1939, DGB-Archiv.

9 *Biographisches Lexikon zur deutschen Geschichte*, Berlin 1971, S. 641.

10 *Die Quelle*, Jg. 1 (1948), H. 1, S. 20; *Gewerkschaftliche Monatshefte*, Jg. 15 (1964), H. 8, S. 512.

5 Box 39, Folder: United Nations, Toni Sender, S. 1 f.

Anschrift: HISTORISCHE KOMMISSION ZU BERLIN, IWK-Redaktion,
1 Berlin 45, Tietzenweg 79. – Telefon: 73 03 61.

Die IWK versucht systematisch alle Forschungs- und Publikationsvorhaben zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und angrenzender Gebiete zu erfassen. In einer entsprechenden Rubrik der Zeitschrift werden regelmäßig die Ergebnisse dieser Erhebungen veröffentlicht. Bei der weiten Verbreitung der IWK in Fachkreisen ist mit der Anzeige eines Forschungsvorhabens gewährleistet, daß es allgemein zur Kenntnis genommen, somit Doppelarbeit vermieden und Kooperation gefördert wird. Die Redaktion bittet daher alle Bearbeiter einschlägiger Projekte – die in Frage kommenden Themenbereiche sind nebenstehend erläutert – um Ergänzung und Rücksendung des vorliegenden Fragebogens. Auch die Mitteilung von Projekten Dritter ist erwünscht. Juristische Bedenken hiergegen bestehen insofern nicht, als eine Titelanzeige in der IWK nur nach Rücksprache mit dem Bearbeiter erfolgt.

Die Kriterien für die Aufnahme in das Titelverzeichnis sind nicht immer scharf abzugrenzen. Neben Projekten zur Geschichte der deutschen, österreichischen und schweizerischen Arbeiterbewegung, zur Geschichte der Internationalen und zur Marx-Forschung finden verwandte Untersuchungen der Politologie und der empirischen Soziologie sowie Arbeiten zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Berücksichtigung, soweit sie sich mit den Problemen der Industrialisierung, Firmengeschichte und Unternehmerbiographie befassen. Einschlägige Vorhaben über andere Länder werden dann aufgenommen, wenn ein breiteres Interesse der deutschsprachigen Forschung vorausgesetzt werden darf oder wenn sie von Gelehrten der Bundesrepublik bearbeitet werden.

N A M E (des Verfassers, Bearbeiters oder Herausgebers):

VORNAME:

ANSCHRIFT:

ORT DER WISSENSCHAFTLICHEN WIRKSAMKEIT (bei Kandidaten: Sitz der Hochschule, an der die Prüfung abgelegt werden soll):

ART DES VORHABENS (z. B.: Edition, Aufsatz, Monographie, phil. Diss., Staatsexamensarbeit):

TITEL DES VORHABENS (Arbeitstitel genügt):

ERLÄUTERUNGEN (Problemstellung, Gliederung, Akzente; Quellenbasis):

WISSENSCHAFTLICHER BETREUER (falls vorhanden):

STAND DER ARBEIT (z. B.: geplant, Anfangsstadium der Bearbeitung, voraussichtlicher Zeitpunkt des Ms.-Abschlusses):

SONSTIGES (z. B.: soll im Herbst 197. im Verlag erscheinen):

N A M E (des Verfassers, Bearbeiters oder Herausgebers):

VORNAME:

ANSCHRIFT:

ORT DER WISSENSCHAFTLICHEN WIRKSAMKEIT (bei Kandidaten: Sitz der Hochschule, an der die Prüfung
abgelegt werden soll):

ART DES VORHABENS (z. B.: Edition, Aufsatz, Monographie, phil. Diss., Staatsexamensarbeit):

TITEL DES VORHABENS (Arbeitstitel genügt):

ERLÄUTERUNGEN (Problemstellung, Gliederung, Akzente; Quellenbasis):

WISSENSCHAFTLICHER BETREUER (falls vorhanden):

STAND DER ARBEIT (z. B.: geplant, Anfangsstadium der Bearbeitung, voraussichtlicher Zeitpunkt des
Ms.-Abschlusses):

SONSTIGES (z. B.: soll im Herbst 197. im Verlag erscheinen):

N A M E (des Verfassers, Bearbeiters oder Herausgebers):

VORNAME:

ANSCHRIFT:

ORT DER WISSENSCHAFTLICHEN WIRKSAMKEIT (bei Kandidaten: Sitz der Hochschule, an der die Prüfung
abgelegt werden soll):

ART DES VORHABENS (z. B.: Edition, Aufsatz, Monographie, phil. Diss., Staatsexamensarbeit):

TITEL DES VORHABENS (Arbeitstitel genügt):

ERLÄUTERUNGEN (Problemstellung, Gliederung, Akzente; Quellenbasis):

WISSENSCHAFTLICHER BETREUER (falls vorhanden):

STAND DER ARBEIT (z. B.: geplant, Anfangsstadium der Bearbeitung, voraussichtlicher Zeitpunkt des
Ms.-Abschlusses):

SONSTIGES (z. B.: soll im Herbst 197. im Verlag erscheinen):

